G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Helmut Wolfgang Kahn
Das Geheimnis einer „Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk"

Werner Rügemer
Die alarmierenden Prognosen von „Global 2000"

Wolfgang Kowalsky
Mitterrands Regierungsprogramm

Frank Niess
Der Hinterhof der USA
Zur Geschichte der US-Lateinamerikapolitik

Jörg Goldberg
Das japanische Modell – weniger oder mehr Staat?

Klaus Naumann
„Flucht und Vertreibung"
Aktuelle und historische Aspekte eines bundesdeutschen Syndroms

8'81

August 1981 Einzelheft 6,00 DM Im Abonnement 4,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 4,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

August 1981

CHRONIK DES MONATS JULI 1981 897

KOMMENTARE UND BERICHTE

Sozialdemontage ..... *David Schuster* 900

Mrs. Thatcher und andere Zampanos ..... *Gregor Hanck* 903

Unruhen in Großbritannien ..... *Ron Brown* 907

HAUPTAUFSÄTZE

Das Geheimnis einer „Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk"
Durch „Nach"rüstung zur Atommacht? ..... *Helmut Wolfgang Kahn* 911

Die alarmierenden Prognosen von „Global 2000"
Ein Bericht über die Weltstudie des amerikanischen Rates für Umweltqualität und des US-Außenministeriums ..... *Werner Rügemer* 927

Mitterrands Regierungsprogramm
Die Regierungserklärung des Premierministers Mauroy und die ersten Reaktionen ..... *Wolfgang Kowalsky* 946

Der Hinterhof der USA
Zur Geschichte der US-Lateinamerikapolitik ..... *Frank Niess* 958

Das japanische Modell – weniger oder mehr Staat?
Eine BDI-Analyse der Japan-Konkurrenz ..... *Jörg Goldberg* 972

„Flucht und Vertreibung"
Aktuelle und historische Aspekte eines bundesdeutschen Syndroms ..... *Klaus Naumann* 981

Erwiderung auf Mechtersheimer („Blätter", 1/1981) ..... *Hartmut Pohlman* 996

Kommentar zu einer „Erwiderung" von Oberst i.G. Hartmut Pohlman ..... *Alfred Mechtersheimer* 999

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Zielen amerikanische Atomwaffen auf deutsche Städte? Dokumentation eines „stern"-Artikels von 1970 und eine Anfrage der „Blätter" an die Bundesregierung 1000

Schritte zur Abrüstung – Welche Initiativen kann die Bundesrepublik Deutschland ergreifen und was können die Kirchen tun? Ein Abrüstungsvorschlag, vorgelegt von der Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung" im Mai 1981 (Wortlaut) 1005

„Neue Wege der Abrüstungsplanung" – Denkschrift der Arbeitsgruppe Abrüstungsplanung (Wortlaut) 1015

Erläuterungen von Verteidigungsminister Ustinow zum sowjetischen Moratoriums-Vorschlag in der „Prawda" vom 20. Juli 1981 (Wortlaut) 1022

Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn: Gegen die atomare Bedrohung – für Abrüstung und Entspannung in Europa 1023

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Sechsundzwanzigster Jahrgang · Heft 8/1981

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
RUDOLF HICKEL
JÖRG HUFFSCHMID
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
KLAUS NAUMANN
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Juli 1981

1. 7. – UNO. Vor dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen verweist Generalsekretär Waldheim auf eine zunehmende „Erosion" in der multilaterialen Zusammenarbeit: „Immer mehr Länder greifen zu einseitigen Maßnahmen und übertragen dadurch die Last wirtschaftlicher Anpassung auf ihre wichtigsten Handelspartner oder auf die ganze restliche Welt." Die wachsende Armut in einigen Regionen der Welt sei eine Bedrohung von Weltfrieden und Stabilität.

2. 7. – Naher Osten. Die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA meldet, die sowjetische Regierung werde der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) möglicherweise schon bald Botschafterstatus einräumen. Die Agentur bezieht sich auf vorausgegangene Gespräche eines hohen PLO-Vertreters mit Außenminister Gromyko und kündigt eine Reise des PLO-Vorsitzenden Arafat in dieser Angelegenheit nach Moskau an. – Am 7. 7. reist Präsident Reagans Sonderbeauftragter Habib erneut in den Nahen Osten (vgl. „Blätter", 6/1981, S. 641). – Am 17. 7. tritt in New York der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zusammen, um sich mit Angriffen der israelischen Luftwaffe auf Beirut zu beschäftigen; Israel begründet sein Vorgehen mit dem Kampf gegen Einrichtungen der Palästinenser. UN-Generalsekretär Waldheim verurteilt die Bombardierung dicht besiedelter Stadtgebiete und fordert ein Ende der Gewaltakte. Nach längerer Debatte ruft der Rat am 21. 7. ein-

stimmig dazu auf, „alle bewaffneten Angriffe im Libanon" innerhalb von 48 Stunden einzustellen. Die israelische Regierung stimmt einer befristeten Feuereinstellung am 24. 7. zu.

– Frankreich. Die neugewählte Nationalversammlung (vgl. „Blätter", 7/1981, S. 770f.) konstituiert sich und wählt Louis Mermaz zum Parlamentspräsidenten. – Am 8. 7. unterbreitet Ministerpräsident Mauroys der Versammlung sein Regierungsprogramm, dessen wirtschaftlicher Teil Einzelheiten über die geplante Verstaatlichung von privaten Banken und von elf Industriegruppen enthält. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit soll zunächst ein Zweijahresplan und später ein Fünfjahrplan ausgearbeitet werden; die Amtszeit Mitterands beträgt sieben Jahre. Vorgesehen ist ferner eine Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung.

– RGW. Der bulgarische Ministerpräsident Grischa Filipoff eröffnet die 35. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW/COMECON), die sich mit Energie- und Versorgungsproblemen in den Partnerländern und der weiteren wirtschaftlichen Integration innerhalb der Gemeinschaft beschäftigt. Die Mitgliedstaaten (darunter auch Kuba) sind durch ihre Regierungschefs vertreten. Weiter sind anwesend Beobachter aus Jugoslawien, Angola, Afghanistan, Äthiopien, der Volksrepublik Jemen (Südjemen) und Mosambik, die ein Assoziierungsabkommen mit dem Rat abgeschlossen haben.

3. 7. – DDR/BRD. Beauftragte der Außenministerien beider Staaten treffen sich in Berlin zu vertraulichen Konsultationen über Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Die Bundesrepublik wird durch Botschafter Friedrich Ruth vom Auswärtigen Amt, die DDR durch Hauptabteilungsleiter Ernst Krabatsch vom DDR-Außenministerium vertreten.

– Polen. Ministerpräsident Jaruzelski gibt vor dem Parlament (Sejm) eine umfassende Reorganisation der Regierung bekannt, die die wirtschaftlichen Ministerien und deren Kompetenzen betrifft. Acht Minister werden abgelöst, fünf neue berufen und vier in andere Ressorts versetzt. – Vom 14.–20. 7. tritt in Warschau der 9. (außerordentliche) Kongreß der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) zusammen. Nach Vorlage des Rechenschaftsberichts von Parteisekretär Kania werden zunächst Verfahrensfragen beschlossen, die die geheime Wahl aller Parteigremien und des 1. Parteisekretärs durch den Parteitag vorsehen. In der allgemeinen Aussprache kommt es dann zu heftigen, teilweise kontroversen Debatten. Ministerpäsident Jaruzelski verweist auf die außerordentlich ernste Wirtschaftslage des Landes, das sinkende Nationaleinkommen und die steigende Verschuldung. Für Polen, so erklärt der Ministerpräsident, bleibe das Bündnis mit der UdSSR und die Teilnahme am Warschauer Vertrag „das fundamentale Prinzip unserer Verteidigungspolitik". Die Wahlen zum Zentralkomitee (200 Mitglieder) und zum Politbüro (15 Mitglieder) führen zu weitreichenden Änderungen in der Zusammensetzung beider Gremien. Bei seiner Wiederwahl erhält Parteisekretär Kania 1311 von 1939 Delegiertenstimmen. Auf den einzigen Gegenkandidaten, ZK-Sekretär Barcikowski, entfallen 568 Stimmen. Der frühere Parteisekretär Gierek, der frühere Ministerpräsident Babiuch, sowie weitere Funktionäre aus Zentralkomitee und Politbüro werden aus der Partei ausgeschlossen. – Am 31. 7. nimmt Jaruzelski erneut eine Regierungsumbildung vor, die vor allem auf eine Vorschrift des neuen Parteistatuts zurückgeht, nach der bestimmte Doppelmandate in Partei und Regierung in Zukunft unvereinbar sein sollen. Zwei Ressorts, darunter das Innenministerium, werden von Militärs übernommen.

4. 7. – Vietnam. Der nach der Verfassung vom Dezember 1980 neu eingesetzte Staatsrat tritt unter Vorsitz von Truong Chin zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Staatsrat (13 Mitglieder) gilt als das „höchste ständig amtierende Gremium der Nationalversammlung" und als die „kollektive Präsidentschaft der Sozialistischen Republik Vietnam".

5. 7. – Iran. Mit 126 von 182 Stimmen bestätigt das Parlament Hussein Mousavi als neuen Außenminister. Wegen des Einspruchs von Präsident Bani Sadr mußte dieser Posten längere Zeit vakant bleiben. – Am 24. 7. wird der bisherige Ministerpräsident Mohamed Ali Rajai bei einer Wahlbeteiligung von fast 70% mit fast 90% der abgegebenen Stimmen zum neuen Präsidenten gewählt. (Zur Absetzung von Präsident Bani Sadr vgl. „Blätter", 7/1981, S. 770.) – Am 29. 7. gelingt Bani Sadr mit einer Militärmaschine die Flucht nach Frankreich, wo er politisches Asyl erhält. Die iranische Regierung übermittelt einen Auslieferungsantrag nach Paris, vor der französischen Botschaft in Teheran kommt es zu Demonstrationen.

6. 7. – EG. Der amtierende EG-Präsident, der britische Außenminister Lord Carrington, reist nach Moskau, um seinem sowjetischen Amtskollegen einen Vorschlag der Europäischen Gemeinschaften zur Lösung des Konflikts um Afghanistan zu unterbreiten (vgl. „Blätter" 7/1981, S. 771). Einzelheiten über die Reaktion Gromykos werden nicht bekannt. Es heißt lediglich, man wolle die Kontakte am Rande der bevorstehenden UN-Generalversammlung im September d. J. in New York fortsetzen. Nach dem Abflug von Carrington aus Moskau schreibt die sowjetische Nachrichtenagentur TASS in einem Kommentar, jeder Vorschlag, der die Regierung in Kabul von einer Regelung ausschließen wolle, könne nicht als Fundament für ernsthafte Verhandlungen dienen und sei völlig unrealistisch.

9. 7. – BRD/USA. Der SPD-Vorsitzende Brandt unterrichtet US-Botschafter Arthur Burns über die Ergebnisse seiner in Moskau geführten Gespräche über Abrüstungsfragen (vgl. „Blätter" 7/1981, S. 771). Auf Anweisung von Außenminister Haig fliegt Burns anschließend zur Berichterstattung nach Washington.

– DDR. ZK-Sekretär Hermann Axen, im SED-Zentralkomitee zuständig für die internationalen Beziehungen, empfängt in Berlin Mitglieder einer Delegation der Volksfront für die Befreiung Palästinas. Zur Delegation gehört auch der Generalsekretär der Organisation, Dr. Georges Habbasch.

9.–11. 7. – CSU. Die Christlich-Soziale Union hält in München ihren Parteitag ab. Hauptredner ist der Parteivorsitzende Strauß, ein Gastreferat hält der CDU-Vorsitzende Kohl. Mit über 96% der Delegiertenstimmen wird Strauß für zwei weitere Jahre in seinem Amt bestätigt.

12.–13. 7. – BRD/Frankreich. In Begleitung von acht Kabinettsmitgliedern hält sich Staatspräsident Mitterrand in Bonn auf, wo die regelmäßigen Konsultationen zwischen beiden Ländern stattfinden. Wichtigste Themen sind die Außen- und Wirtschaftspolitik.

15.–16. 7. – SI. Das Präsidium der Sozialistischen Internationale (SI), dem zahlreiche Regierungschefs und Parteivorsitzende sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien aus allen Erdteilen angehören, tritt in Bonn unter Leitung seines Präsidenten, des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt zusammen. Zu den Teilnehmern aus der Bundesrepublik gehören auch Bundeskanzler Schmidt und der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wischnewski. Beraten wird über das Ost-West-Verhältnis (vor allem das Abrüstungsproblem), über die Entwicklung der Nord-Süd-Beziehungen sowie über die Lage in Zentralamerika. Brandt gibt einen Bericht über seine letzte Moskaureise (vgl. „Blätter", 7/1981, S. 771).

20.–21. 7. – Kanada. Auf Einladung von Premierminister Trudeau treffen sich die Staats- bzw. Regierungschefs von sieben westlichen Industriestaaten zu einem „Wirtschaftsgipfel" in Ottawa. Neben Trudeau (Kanada) sind vertreten die Präsidenten Reagan (USA) und Mitterrand (Frankreich), die Ministerpräsidenten Thatcher (Großbritannien), Spadolini (Italien) und Suzuki (Japan), Bundeskanzler Schmidt (BRD) sowie der Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn (Luxemburg). In Abschlußerklärungen werden gemeinsame Standpunkte zu allgemeinen Fragen der Wirtschaft, des Handels, der Energie, zu den Wirtschaftsbeziehungen mit den Entwicklungsländern und zwischen Ost und West sowie zu Problemen der internationalen Politik und zum Terrorismus formuliert.

23. 7. – Abrüstung. Ohne Ergebnis wird die 24. Runde der Verhandlungen über einen Abbau von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa in Wien vertagt (zur Eröffnung vgl. „Blätter", 6/1981, S. 643 f.) Die Verhandlungen sollen am 24. September d. J. fortgesetzt werden.

28. 7. – KSZE. Das in Madrid abgehaltene Folgetreffen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vertagt sich (vgl. „Blätter", 12/1980, S. 1411 und 6/1981, S. 642). Die Konferenz soll am 27. Oktober d. J. wieder zusammentreten, ein neuer Schlußtermin ist für Dezember d. J. in Aussicht genommen.

30. 7. – Gambia. In Abwesenheit von Präsident Dawda Kairaba Jawara, der sich anläßlich der Hochzeit des britischen Thronfolgers Prinz Charles in London aufhält, übernimmt ein „Nationaler Revolutionsrat" vorübergehend die Macht, setzt die Verfassung außer Kraft und läßt Mitglieder des Kabinetts in Haft nehmen. Der seit 1965 amtierende Präsident ruft Truppen des benachbarten Senegal zu Hilfe, um die Macht wieder zu erlangen. Dawda Jawara begibt sich von London zunächst nach Dakar (Senegal), um von dort in die Hauptstadt Banjul zurückzukehren.

Kommentare und Berichte

Sozialdemontage

Einsparungen von 20 Milliarden DM im Bundeshaushalt 1982 – so wörtlich Bundeskanzler Schmidt im Fernsehen – seien „Brüningsche Deflationspolitik", also abzulehnen. Die Kürzungen sollten nicht mehr als ein Prozent des Bruttosozialprodukts betragen, d.h. etwa 16 Milliarden DM. So liegen zwischen Reichskanzler Heinrich Brüning, der mitten in der Weltwirtschaftskrise 1929/32 durch Ausgabenkürzungen vor allem im sozialen Bereich die Krise verschärfte und damit den Faschismus vorbereiten half, und Bundeskanzler Helmut Schmidt nach dessen eigenen Aussagen gerade noch 4 Milliarden Mark.

Nun, historische Vergleiche sind immer nur bedingt möglich und 1930 ist nicht 1981 – wobei sich der Verf. als Entschuldigung immerhin darauf berufen kann, daß der Vergleich vom Autor des „Sparhaushalts" 1982 selbst provoziert wurde.

Fast noch bemerkenswerter als die „Sparbeschlüsse" vom 30. Juli selbst ist die Vorgehensweise der Bundesregierung. Spätestens seit dem Scheitern des Haushaltsplans für 1981 – erhebliche Nachforderungen aus dem Rüstungssektor und aus der Bundesanstalt für Arbeit hatten die Neuverschuldung auf 34 Milliarden heraufgetrieben, die Ausgaben kletterten nicht um vier sondern um mehr als sieben Prozent – war die Öffentlichkeit auf Einschnitte im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen für 1982 vorbereitet worden. Kaum ein Politiker, der sich nicht „mutig" und öffentlich als Tabubrecher in den sozialen Leistungsgesetzen profilierte, Schmidt selbst sprach von „grausamen" Kürzungen, jede Woche wurden neue, rigorose „Sparmodelle" für den Sozialbereich vorgeschlagen.

Letzter Paukenschlag des Vorspiels zu den Rotstiftaktionen war der Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa. Während der Gipfel selbst auf wirtschaftlichem Gebiet so wenig Ergebnisse hervorbrachte, daß er schon heute in der Wirtschaftspresse keiner Erwähnung mehr für wert befunden wird, diente er der Bundesregierung als willkommener Vorwand zur Rechtfertigung der „Sparpolitik". Die Hochzinspolitik der USA sei es, die solche Einschnitte notwendig mache. Die „Frankfurter Allgemeine" beschrieb die Funktion des diesjährigen Gipfels in einem mit „Wirtschaftsgipfel als Alibi" überschriebenen Leitartikel folgendermaßen: „Die unvermeidlichen Etatkürzungen werden mit dem Weltwirtschaftsgipfel in Zusammenhang gebracht und damit gewissermaßen einer höheren Instanz zugeschoben." (FAZ v. 24. 7. 1981)

Dabei wird übersehen, daß der diesjährige Gipfel viel eher die große Chance der Bundesregierung demonstriert hatte, zusammen mit den westeuropäischen Staaten die US-Wirtschaftspolitik mit ihrem „monetaristischen" Restriktionskurs zu isolieren. Der Regierungswechsel in Frankreich hätte die Möglichkeit geboten, gemeinsam mit den anderen EG-Ländern (mit Ausnahme von Großbritannien) die wirtschaftspolitischen Akzente international in Richtung auf eine antizyklische, an der Sicherung von Arbeitsplätzen orientierte Wirtschaftspolitik zu verschieben. Die Wirtschaftspolitik Japans war ohnehin schon bisher eher auf Konjunkturförderung ausgerichtet, selbst Kanada, wirtschaftlich eng verflochten

mit den USA, hätte gern eine Lockerung der US-Hochzinspolitik gesehen. Nur Großbritannien und die USA wären dann dem „monetaristischen" Kurs verpflichtet geblieben, zahlreiche mittlere und kleinere kapitalistische Länder innerhalb und außerhalb der EG – Benelux, Österreich, Schweden, Dänemark – hätten bei einem Kurswechsel der Bundesrepublik aufatmen können. So könnte der Hinweis Schmidts auf den Gipfel ein propagandistischer Rohrkrepierer sein – sein Verlauf zeigt eher, daß der Verweis auf die internationale Situation als Entschuldigung für die konservative Politik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung gerade heute besonders untauglich ist.

Allerdings hat die massive Schützenhilfe aller bedeutenden Massenmedien diesen Tatbestand bisher weitgehend aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit gehalten. Es scheint der Bundesregierung sogar gelungen zu sein, die Kritik an den Beschlüssen bisher „im Rahmen" zu halten. Nach der Diskussion der letzten Monate mag mancher sogar aufgeatmet haben – scheint es doch, als seien die Einschnitte weniger scharf als zunächst zu erwarten gewesen war. Dies ist seit 1975, seit Vorlage des „Haushaltsstrukturgesetzes", eine bekannte Taktik: ist die Öffentlichkeit durch die Diskussion von ausgesprochenen Horrorvorschlägen ausreichend weich gemacht, dann erscheinen die immer noch erheblichen Kürzungen in einem viel milderen Licht. Zudem ist die Form der Haushaltseinschnitte, der oft verwirrende Sprachgebrauch, die bröckchenweise Präsentation geeignet, den Betroffenen eine Beurteilung zu erschweren. Die Auswirkungen werden oft erst dann überschaubar, wenn sie unmittelbar im Portemonnaie zu spüren sind.

Die Beschlüsse vom 30. Juli müssen in diesem Sinne insgesamt als ein Meisterwerk von Verschleierung und Verwirrung betrachtet werden!

Erstrebt wird eine Begrenzung des Ausgabenanstiegs im Bundeshaushalt auf 4,2 Prozent, d.h. real sollen die Ausgaben leicht sinken. Die Neuverschuldung soll auf 26,5 Milliarden reduziert werden. Zu diesem Zweck sind Ausgabenkürzungen in Höhe von etwa 16 Milliarden geplant, d.h. Einsparungen gegenüber dem Ausgabenvolumen, das sich aus den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen ergäbe.

Wichtigste Punkte der „Sparbeschlüsse" sind:
- Einsparungen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit in Höhe von 3,6 Milliarden DM.
- Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung, zeitweilige Senkung des Beitrags zur Rentenversicherung (Einsparvolumen für den Bundeshaushalt von 3,2 Milliarden).
- Kürzungen im Öffentlichen Dienst, insbesondere eine dreimonatige „Lohnpause" (Einsparvolumen für die öffentlichen Haushalte von 2,4 Milliarden).
- Kürzungen beim Kindergeld in Höhe von 1,5 Milliarden.
- Erhöhung der Tabaksteuer (Einnahmevolumen von 1,4 Milliarden).
- Erhöhung der degressiven Abschreibung für Anlagen (Einnahmeausfall ca. 700 Millionen DM 1981/82).
- Etwa 150 Einsparpunkte betreffen zahlreiche „kleinere" Bereiche wie das Wohngeld, Kriegsopferversorgung usw., die erst in der Summe bedeutsame Einsparungen beinhalten.

Neben den offiziell deklarierten „Sparbeschlüssen" ist eine Vielzahl von Maßnahmen zu sehen, die in anderen Zusammenhängen genannt werden. Hinzuweisen ist auf die Entscheidung, der Stahlindustrie in den nächsten drei Jahren Rationalisierungs- und Kapazitätsabbausubventionen in Höhe von 1,7 Milliarden DM zu gewähren. Einschneidend sind die im Gesundheitswesen geplanten Einsparungen, die vorwiegend die Leistungen der Krankenkassen einschränken und auf Sicht zu einer Form der Kostenbeteiligung der Versicherten führen

werden. Aufmerksam zu machen ist auch auf die Einsparmaßnahmen in den Länderhaushalten. Hier werden vor allem Stellen gekürzt, soziale Leistungen wie die Lernmittelfreiheit werden abgeschafft oder eingeschränkt. Folgen werden massive Kürzungen in den Kommunalhaushalten, deren finanzieller Bewegungsspielraum sich jetzt wesentlich verengt.

Wichtige Punkte des „Sparprogramms" wurden bisher nicht entschieden, sie sollen erst Anfang September von der Bundesregierung festgelegt werden. Dazu gehören die Frage, in welcher Form das Kindergeld gekürzt wird und die „Ergänzungsabgabe" auf die Lohn- und Einkommensteuer, die von der SPD in die Debatte geworfen worden war.

Doch auch ohne die Entscheidungen hier zu kennen, muß dem FDP-Generalsekretär Verheugen zugestimmt werden, der betonte, daß „der Schwerpunkt der Sparmaßnahmen dort liege, wo die großen Probleme für die Haushaltsstruktur entstanden seien, nämlich im sozialen Bereich" („Handelsblatt" v. 31. 7. 1981). Von „sozialer Ausgewogenheit" kann nicht die Rede sein. Dies gilt auch für den Rüstungshaushalt, der ja laut Aussage von Willy Brandt nicht ausgespart bleiben sollte. Er soll im Ausmaß des gesamten Bundeshaushalts, also um nominal 4,2 Prozent, erhöht werden. Real bedeute dies (so die Bundesregierung) eine Steigerung um 1,8 Prozent – eine Rechnung, die angesichts der massiven Preiserhöhungen absolut rätselhaft ist. Gleichzeitig mit den „Sparbeschlüssen" wurden Nachforderungen der Werft „Bremer Vulkan" für sechs Fregatten der Bundesmarine in Höhe von fast 300 Millionen bekannt. Es dürfte daher kaum gelingen, die Haushaltspläne hier einzuhalten.

Mit Hilfe eines verschleiernden Sprachgebrauchs soll der Eindruck einer Umverteilungspolitik zugunsten der Unternehmer verwischt werden. Zusätzliche Unternehmersubventionen werden daher mit dem Etikett „Beschäftigungsprogramm" versehen. Tatsächlich betreffen einige Kürzungen bei den Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit – so beim Kurzarbeitergeld – zunächst die Unternehmer. Doch abgesehen davon, daß diese in der Lage sein werden, die daraus resultierenden Mehrbelastungen auf die Beschäftigten abzuwälzen, stehen diesen Beschlüssen die Auswirkungen der zusätzlichen Abschreibungsvergünstigungen gegenüber. Da sie mit keinerlei Beschäftigungsauflagen verbunden sind, dürften die „Mitnehmereffekte" im Mittelpunkt stehen: ohnehin geplante Investitionen bringen eine erhöhte Steuerersparnis für die Unternehmer, zusätzliche Investitionen werden sich angesichts der ohnehin unterausgelasteten Kapazitäten auf die Rationalisierung beschränken.

Eine vorläufige Gesamtbeurteilung der Beschlüsse vom 30. Juli läßt daher die Bezeichnung „Sparhaushalt" als wenig zutreffend erscheinen. Denn Einsparungen im sozialen Bereich stehen Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen bei der „Investitionsförderung", also im Gewinnbereich, gegenüber. Es wird eher umstrukturiert zugunsten der Unternehmer als gespart. Diese Beurteilung erscheint auch deshalb gerechtfertigt, weil vor allem die Kürzungen im Öffentlichen Dienst Auswirkungen auf die Lohn- und Gehaltsentwicklung insgesamt haben werden. Die Verordnung einer dreimonatigen „Lohnpause" für die Beamten dürfte ein gewichtiges Argument nicht nur für die Tarifverhandlungen der Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst sein, sondern auch eine massive Schützenhilfe für die Unternehmer insgesamt darstellen.

Darüberhinaus ist schon jetzt absehbar, daß in den Haushaltsberatungen des Herbstes neue wirtschaftliche Faktoren zu berücksichtigen sein werden, die die jetzigen Planungen in wichtigen Teilen über den Haufen werfen werden. Vor allem die Entwicklung auf dem Arbeits-

markt ist wiederum zu optimistisch eingeschätzt. Der vorliegende Haushaltsplan der Bundesanstalt für Arbeit geht von 1,3 Millionen Arbeitslosen 1982 aus, eine Zahl, die nach allgemeiner Einschätzung bereits 1981 annähernd erreicht werden dürfte. Selbst wenn das von der Bundesregierung für 1982 erhoffte Wirtschaftswachstum in Höhe von zwei Prozent erreicht werden sollte, wird die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen, d.h. es muß mit neuen Nachforderungen der Bundesanstalt an den Haushalt gerechnet werden. Vorsorglich wurden denn auch die gesetzlichen Voraussetzungen für eine weitere Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung auf 4 Prozent geschaffen, sie kann bei Bedarf auf dem Verordnungswege durchgesetzt werden.

Die Beschlüsse von Ende Juli werden daher die Diskussion um Sozialabbau keineswegs beenden, sie sind lediglich ein Schritt in einer langfristig angelegten Strategie der grundlegenden Aushöhlung des geltenden Systems der sozialen Sicherung. Der Bundesregierung ist klar, daß plötzliche, radikale Einschnitte – wie sie von Unternehmerseite propagandistisch verlangt werden – von ihr sozial kaum durchsetzbar wären, ohne den massiven Widerstand seitens der Betroffenen zu provozieren. Sie verfolgt daher eine langfristig, schrittchenweise angelegte Strategie des Sozialabbaus, für die bisher noch ausreichend wirtschaftlicher Spielraum besteht. Es besteht allerdings die Gefahr, daß die Maßnahmen ein Moment der Selbstbeschleunigung in sich tragen: indem sie die Nachfrage beschneiden und so krisenhafte Entwicklungen verschärfen, erfordern sie – bei Beibehaltung des restriktiven Hauptkurses – im nächsten Schritt größere und einschneidendere Maßnahmen, usw. Es kann leicht passieren, daß die Bundesrepublik so auf „englische" Verhältnisse zusteuert – beim „Gürtel-enger-schnallen" kann einem leicht die Puste ausgehen.

David Schuster

Mrs. Thatcher und andere Zampanos

Rechtskonservative Regierungen treten ihr Amt gewöhnlich mit dem Imponiergehabe King Kongs oder des großen Zampano an, indem sie stark erhöhte Militärausgaben ankündigen, um der Sowjetunion aus einer „Position der Stärke" entgegenzutreten. Hauptsächlich wollen sie die ihnen nahestehenden Rüstungsinteressen alimentieren und alle jene Primitiven, auf die sie sich stützen, dadurch beeindrucken, daß sie laut reden und einen großen Rüstungsknüppel schwingen. Nach einiger Zeit jedoch stoßen sie unweigerlich an die Grenzen, die der anhaltende Krisenzustand der Wirtschaft ihnen setzt, auch wenn sie die Sozialausgaben rücksichtslos kürzen. Dann reden sie wohl immer noch laut, schnitzen sich aber einen leichteren Knüppel. Das heißt, sie sind gezwungen, die Militärausgaben wieder zu vermindern – oder sie müssen hohe Inflationsraten und andere Nachteile in Kauf nehmen, die die Militärausgaben zu einem großen Teil unwirksam machen. Die Verminderung erfolgt meistens durch eine Verlagerung von der personalaufwendigen konventionellen zur kapitalintensiven nuklearen Rüstung, was ihnen – nach dem Motto: „Mehr Donner pro Dollar" – zu behaupten erlaubt, sie wirtschafteten besser, „kosteneffektiver" als ihre Vorgänger.

Diese Entwicklung hat die „eiserne Lady" Margaret Thatcher in England bereits vorgemacht. Aber auch in den USA regt sich schon heute verstärkte Kritik (selbst in Wall-Street-Kreisen) an der absehenden inflationstreibenden Wirkung, die, bei bereits hohem Inflations- und Zinssockel, von Präsident Reagans Rüstungsprogramm ausgeht, wenn er es nicht reduziert. Und auch in der Bundesrepublik würde eine Rechtsregierung von CDU/CSU und FDP (falls sich die SPD durch Sozialabbau demnächst selbst ent-

behrlich machte) bald feststellen, daß sie allein durch Mitglieder wie Franz Josef Strauß abschreckend wirke und deshalb Einsparungen machen könne.

Mrs. Thatcher hatte sich das Attribut der „eisernen Lady" nicht zuletzt dadurch verdient, daß sie den Militärhaushalt bis 1984 jährlich um real 3% zu erhöhen versprach. Dabei handelt es sich um jene mythische Größe, die innerhalb der NATO kaum jemals erreicht wird, weil meistens eine zu niedrige allgemeine Inflationsrate zugrundegelegt wird, die obendrein von der Inflationsrate bei Rüstungsgütern weit übertroffen wird. Schon Ende Oktober 1980 sickerte durch, daß die britische Regierung die Militärausgaben für die nächsten drei Jahre (rund 8,2, 8,5 und 8,7 Mrd. Pfund) um jeweils 400 Mio. Pfund kürzen wolle. Verteidigungsminister Francis Pym, der auf dem Tory-Parteitag von einem „Zeitalter der Gefahr" gesprochen hatte, in dem man den Sowjets nur von einer „Position der Stärke" aus begegnen könne, war damit desavouiert und wurde im Januar 1981 durch den strikten Monetaristen John Nott ersetzt, dem die notwendige Härte zugeschrieben wurde, den Militärs bei ihren Finanzforderungen in den Arm zu fallen. Nott strich erst einmal 200 Mio. Pfund (fast eine Mrd. Mark) und stellte weitere Kürzungen in Aussicht; sein erster Militärhaushalt lag zwar um nominell 10% über dem des Vorjahres, aber, da schon die allgemeine Inflationsrate 12,5% betrug, in Wirklichkeit deutlich darunter.

Im Mai 1981 sickerte durch, daß bis 1992 Kürzungen im Militärhaushalt von insgesamt 10,5 Mrd. Pfund geplant sind, und zwar 8 Mrd. bei der Marine, 2 Mrd. beim Heer und 500 Mio. Pfund bei der Luftwaffe. Ende Juni legte Nott dem Unterhaus dar, was die Abmagerung in den nächsten fünf Jahren mit sich bringt. Besonders hart getroffen wird die Überwasserflotte, mit der Britannia einst „die Wellen beherrscht" hatte; sie wird, wie der rechtskonservative „Daily Telegraph" klagte, „mehr oder weniger zu einem Küstenschutz degradiert". In diesem Zusammenhang mußte schon im Mai der Marineminister Keith Speed seinen Hut nehmen (der zweite Wehrminister in fünf Monaten); kurz darauf wurden die Minister der Einzelstreitkräfte überhaupt abgeschafft. Beim Heer ergibt sich eine Verringerung der britischen „Rheinarmee" in der Bundesrepublik um 2500 Mann. Außer der relativ sanft gekürzten Luftwaffe bleibt die U-Boot-Waffe völlig unbehelligt, besonders das „Trident"-Programm, dessen Preis binnen einem Jahr von 5 auf 6 Mrd. Pfund gestiegen ist – also die nuklearstrategische Komponente. Hierzulande sprach die „Welt" prompt von größerer „Kosteneffektivität", während die „Frankfurter Allgemeine" treffender feststellte: „Die einschneidenden Kürzungen ... kommen dem Eingeständnis gleich, daß die konservative Regierung nicht nur innenpolitisch, sondern auch in der Außenpolitik ihre hochgesteckten Ziele verfehlt hat."

Den innenpolitischen Hintergrund bezeichnet, daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen 1980 um 65% stieg, heute bei 2,7 Millionen liegt (mehr als in der Großen Depression der 30er Jahre) und bis 1984 auf 3,3 Millionen ansteigen kann. Der Produktionsverlust aus Englands brachliegender Arbeitskraft wurde für 1980 mit annähernd 85 Mrd. Mark beziffert – zwanzigmal soviel wie die Kosten der Streiks von 1979. Wer immer noch glaubt, daß hohe Rüstungsausgaben Arbeitsplätze sichern, ist ein Fall für den Psychiater.

Was die USA betrifft, so hat Walter Heller, einst oberster Wirtschaftsberater Präsident Kennedys, festgestellt: „Was in den 30er Jahren die Große Depression war, das ist in den 80er Jahren die Große Inflation." Diesen amerikanischen Flächenbrand, verursacht durch unmäßige Rüstungsausgaben während des 1. Kalten Krieges und besonders im „heißen" Vietnamkrieg, bekämpft Präsident Reagan

mit Benzin: vornehmlich durch neue, stark erhöhte Rüstungsausgaben, mit denen er im Zeichen einer neuen Konfrontation mit der Sowjetunion die USA wieder zur „Nummer eins in der Welt" machen will. Entsprechend ist, der Wall-Street-Maklerfirma Bache zufolge, „die Rüstungsindustrie die einzige Gruppe, die sich ganz eng mit Reagan identifiziert", und die „Palette der Reagan-Profiteure" umfaßt laut „Wirtschaftswoche" Konzerne wie Boeing und General Dynamics (beides Hersteller von Cruise Missiles), Martin Marietta (Pershing II) und United Technologies (letzter Chef: Außenminister Haig, dessen 13monatige Präsidentschaft mit 1,21 Mio. Dollar an Bezügen und Aktien vergoldet wurde).

Reagan hat sich vorgenommen, das Militärbudget in den nächsten fünf Jahren nahezu zu verdoppeln – von 178 Mrd. Dollar 1981 auf 343 Mrd. 1986, aber er kocht auch nur mit Wasser. Der erste Jahressprung auf 222,2 Mrd. Dollar für 1982 wurde als eine reale Steigerung um 14,6% ausgegeben; dies ist jedoch die reinste Augenwischerei, denn während dabei eine allgemeine Inflationsrate von nur rund 10% zugrundegelegt wurde, hat die Inflationsrate auf dem Rüstungssektor (dem renommierten Defense Science Board zufolge) bereits 20% erreicht, weil die mit Aufträgen eingedeckten Rüstungskonzerne ihre Machtposition robust ausnützen.

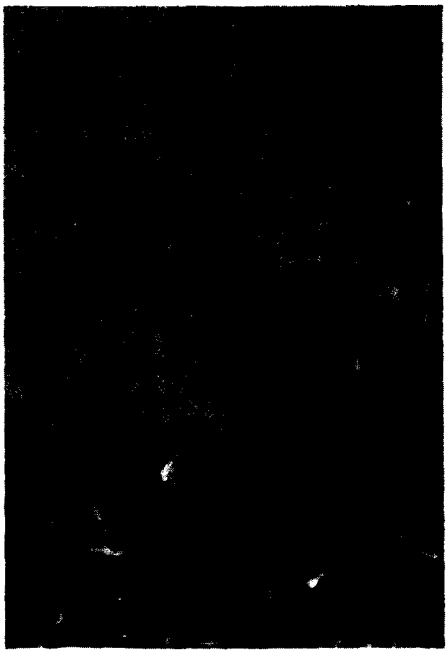
Wirtschaftswissenschaftler wie die Professoren Lester Thurow vom Massachusetts Institute of Technology und Edward Hewett von der Universität Texas, aber auch Wall-Street-Praktiker wie Henry Kaufman vom Bankhaus Salomon Brothers, Felix Rohatyn von Lazard Frères und Peter Peterson von Lehman Brothers weisen bereits darauf hin, daß die Militärausgaben die Inflation weiter antreiben werden, daß der Staat (trotz Sozialabbau) weiter Schulden machen wird, daß die hohen Zinsen bleiben werden und daß die Rüstungsindustrie der zivilen Industrie qualifizierte Arbeitskräfte und Investitionen entziehen wird, die nötig wären, um Amerika international (besonders gegenüber Japan) wieder wettbewerbsfähig zu machen. Laut Prof. Thurow sind das alles Wege, „wie Reagan die Wirtschaft ruinieren kann". In den Jahren 1983 bis 1986 will Verteidigungsminister Weinberger, dem als „Cap the knife" Erfahrung im Kürzen zugeschrieben wird, ohnehin kleinere Brötchen backen: Die Militärausgaben sollen dann jährlich „nur" noch um etwa 7% real steigen. Zweifellos werden Inflation und hohe Zinsen für eine weit niedrigere Steigerungsrate sorgen, wenn nicht für einen realen Rückgang.

In der Bundesrepublik haben drei sozialdemokratische Verteidigungsminister in den Entspannungsjahren weit mehr und weit teurer gerüstet, als ihre CDU/CSU-Vorgänger in den Jahren des 1. Kalten Krieges: Die Beschaffungsausgaben, die der in- und ausländischen Rüstungsindustrie direkt zugutekamen, stiegen von 1970 bis 1980 um nominell 120%, was einer realen Steigerung von 35% entsprechen soll. Daraus kann man schließen, daß die Inflationsrate auf dem Rüstungssektor 85% oder im Jahresdurchschnitt 8,5% verschlungen hat; sie wird aber heute bereits mit 10 bis 13% angegeben. Die Finanzierung der Rüstung wird damit immer schwieriger, zumal im gleichen Zeitraum die Verschuldung des Bundes sich nahezu verfünffachte (von 47,3 auf 225 Mrd. Mark) und der Bund sich heute mit 34 Mrd. Mark rund vier Fünftel des Betrages pumpen muß, den sein Verteidigungsbudget ausmacht (42 Mrd. Mark). Kreditaufnahme in dieser Größenordnung stellt aber vertagte Steuern oder vertagte Inflation oder beides dar.

Deshalb wird nun der Rotstift angesetzt, aber nicht beim Militär, weil Sozialdemokraten eine unsouveräne Angst haben, man könne sie „vaterlandslose Gesellen" schimpfen, sondern beim Sozialen gemäß Helmut Kohls Wort: „Was nützt das alles,

wenn die Kosaken kommen?" Als dem Verteidigungsminister Apel im Mai 1981 noch einmal 850 Mio. Mark zugeschanzt wurden, strich man z. B. im Etat des Arbeitsministers Ehrenberg 350 Mio. Mark für berufliche Bildung und die Rehabilitation von Behinderten – im „Jahr der Behinderten"! Aber wenn die SPD sich beim Streichkonzert für den Bundeshaushalt 1982 zu einschneidendem Sozialabbau hergibt, verrät sie nicht nur ihre Wähler, sondern macht sich entbehrlich: Genscher dürfte dann bald einen Grund zum Koalitionswechsel zur CDU/CSU finden, der auch Strauß wieder nach Bonn brächte. Dieser würde wohl Flicks Münchner Panzerschmiede Krauss-Maffei oder MBB keineswegs verhungern lassen, aber gleichwohl würde er, unter lautem „Stärke"-Gerede, bei den Militärausgaben sparen (wie er es schon als Finanzminister der Großen Koalition tat) und sich möglicherweise seines Wortes (als Verteidigungsminister) erinnern: „Eine Atombombe ist soviel wert wie eine Brigade und außerdem viel billiger." Die „Nach"rüstungspolitik würde ihm dabei in die Hände arbeiten.

Gregor Hanck



V. J. Sipols
Die Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags
Aus dem Russischen
360 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag,
DM 16,80

Nikolai I. Krylow
Stalingrad
Die entscheidende Schlacht des Zweiten Weltkriegs
Aus dem Russischen
431 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag,
DM 19,80
Mit zahlreichen Originalfotos

Lew Besymenski
Die Schlacht um Moskau 1941
Kleine Bibliothek Band 216
293 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Unruhen in Großbritannien

Die letzten Wochen haben Großbritannien aus seiner Lethargie gerissen. In fast allen Teilen des Landes kam es zu Aufruhr und Straßenunruhen in städtischen Zentren.

Wie konnte das geschehen? Schließlich galt Großbritannien bisher als die traditionelle Bastion der Stabilität und des „Fair play". Verschiedene Beobachter werden unterschiedliche Erklärungen für die Ursachen dieser Ereignisse geben, aber eine Hauptursache ist unbestreitbar – die Arbeitslosigkeit. Offizielle Regierungsstatistiken besagen, daß es zur Zeit über 2,8 Mio. Arbeitslose gibt, und wenn man die verschiedenen staatlichen Ausbildungs- und Umschulungsprogramme in Rechnung stellt, erhöht sich die Zahl auf über 3 Mio. Das ist schlimmer als in der schwärzesten Wirtschaftskrise der 30er Jahre. Die Arbeitslosenquote ist derart hoch, obgleich die Anzahl der Beschäftigten während der Sommermonate normalerweise zunimmt. Aber Großbritannien befindet sich gegenwärtig nicht in einer „normalen" Phase seiner Geschichte. Die Gewerkschaften behaupten, daß die tatsächliche Anzahl der Arbeitslosen weitaus höher, bei wahrscheinlich über 4 Mio. liegt, da viele weibliche Beschäftigte sich nicht registrieren lassen, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Wenn zunehmende Arbeitslosigkeit an sich schon ein großes Problem ist, dann betrifft das die Jugend ganz besonders, z. Zt. sind etwa 900 000 junge Menschen unter 25 Jahren ohne Arbeit und viele Schulabgänger reihen sich geradewegs in die Schlange der Arbeitslosenempfänger ein.

In den letzen Jahren war die Antwort der Tory-Regierung ein „Ausbildungs"-Programm für junge Leute. Dieses Programm vermittelt gegenwärtig 300 000 Jugendlichen Einblicke in die Arbeitswelt und eine gewisse Ausbildung zu den Bedingungen der Arbeitgeber. Da aber der Staat und nicht die Arbeitgeber die Bezahlung übernimmt, die bescheidene 23,5 Pfund die Woche ausmacht, werden die meisten dieser jungen Leute einfach als billige Arbeitskraft ausgenutzt und haben wenig Aussicht tatsächlich einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Im britischen Parlament ist darauf hingewiesen worden, daß in diesem Jahr um 10 % weniger Lehrlinge ausgebildet werden. Einerseits ist das darauf zurückzuführen, daß die Arbeitgeber die staatlichen Jugendprogramme ausnützen, andererseits ist aber auch die Tatsache dafür verantwortlich, daß viele Firmen unter der Rezession leiden, was wiederum durch Frau Thatchers monetaristische Politik verstärkt wird.

Der UK-Bankinformationsdienst bestätigt, daß die britische Industrie in Schwierigkeiten steckt, wenn er eröffnet, daß viele Firmen der wirtschaftlichen Misere zu entkommen versuchen, indem sie sich verschulden. Den Statistiken dieses Informationsdienstes zufolge hat sich die Kreditaufnahme allein in der Industrie von 5 Mio. Pfund Ende 1977 auf 9 Mio. Pfund 1980 erhöht, d. h. die Kredite haben um 82 % zugenommen. Das ist zwar gut für die Banker aber schlecht für die Industrie.

Während die Industriekapitäne selbstverständlich darauf hoffen, diese massive Verschuldung mit zukünftigen Profiten bezahlen zu können, stagniert die Wirtschaft weiterhin, da die Gesamtproduktion sinkt. Das hat einige Tory-Abgeordnete veranlaßt, Frau Thatchers Strategie in Frage zu stellen. Aber sie hat diese Kritik verächtlich zurüchgewiesen und erklärt, daß die Wirtschaft sich durch den Rückgang der Inflationsrate erholen werde. Dies bleibt weiterhin ihr Hauptziel.

Bei diesem wirtschaftlichen und politischen Hintergrund ist es leicht zu verstehen, warum viele Stadtzentren explodier-

ten und wie in Nordirland, Aufruhr und Gewalttätigkeit die Straßen beherrschten. Man war gewarnt, seit im vergangenen Jahr in Bristol Unruhen ausbrachen. Allerdings waren diese Unruhen geradezu eine Bagatelle im Vergleich mit den nachfolgenden Ereignissen. Und immer waren Jugendliche in die Unruhen verwickelt.

Offizielle Statistiken geben eine Vorstellung vom Ausmaß und der Intensität der Ausschreitungen.

	verletzte Polizisten	*Festnahmen*
St. Pauls, Bristol, 2. April 1980	*49*	*100*
Brixton, 9.–13. April 1981	*144*	*244*
Finsbury Park, 20. April 1981	*60*	*91*
Southall, 3. Juli 1981	*105*	*23*
Toxeth, 3.–8. Juli 1981	*250*	*200*
London, 10. Juli 1981	*43*	*385*
Birmingham, 10. Juli 1981	*34*	*42*
Wolverhampton, 10. Juli 1981	—	*22*
Liverpool, 10. Juli 1981	*24*	*65*
Preston, 10. Juli 1981	*4*	*24*
Hull, 10. Juli 1981	—	*27*
Luton, 10. Juli 1981	*1*	*21*

Die Tory-Presse versuchte natürlich den rassischen Aspekt dieser Unruhen hochzuspielen, da viele der Beteiligten junge Schwarze waren, je nach betroffenem Gebiet allerdings in völlig unterschiedlicher Anzahl.

Die Führer der ethnischen Gruppen haben ihre eigene Sichtweise der Sache dargestellt, indem sie darauf hinweisen, daß die überwiegend weiße Polizei (von 24 000 Londoner Polizisten sind lediglich 124 Farbige) häufig die Situation dadurch verschlimmert hatte, indem sie Asiaten oder Schwarze herausgriff und für angebliche oder tatsächliche Vergehen in den Stadtzentren verantwortlich machte.

Während sie den Rassismus-Vorwurf zurückweist, plädiert die polizeiliche Berufsorganisation in England, ironischerweise von einem Schotten geleitet, für körperliche Züchtigung und Todesstrafe, um mit der steigenden Welle von Verbrechen fertig zu werden. Einige aufgeschlossener Polizisten haben jedoch zugegeben, daß der Verfall der Innenstädte und die Massenarbeitslosigkeit, von der besonders die Jugend betroffen ist, die Erfüllung ihrer beruflichen Pflichten erschwert. Und das ist der Grund, warum sie auch langsam das Vertrauen der Öffentlichkeit verlieren.

Eine neuere Untersuchung gibt dazu Erklärungshilfen. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß in England, d. h. ohne Schottland, nahezu 1 $^1/_2$ Mio. Haushalte immer noch eine der Grund-Ausrüstungen nicht haben, nämlich die Toilette in der Wohnung, festes Bad, Waschbecken, Abfluß und Heißwasserversorgung. Mit anderen Worten, viele innerstädtische Wohnungen liegen in irgendeiner Weise unter dem Standard. Über 800 000 haben z. B. keine ausreichenden Schlafräume. Trotz dieser Tatsache ist der kommunale Wohnungsbau auf Anweisung der Tory-Regierung zum Stillstand gekommen, mit dem Erfolg, daß weniger Wohnungen als vor dem letzten Weltkrieg gebaut werden. Darüberhinaus sind weitere kommunale Projekte betroffen. Die Ausgaben für Bildungs- und Erholungseinrichtungen sind auf ein Minimum zusammengestrichen worden. Das Ergebnis ist, daß

viele junge Menschen, schwarze wie weiße, zunehmend verbittert und fustriert geworden sind, und es ist überraschend, daß die Eruption nicht schon viel früher gekommen ist.

Nach den ersten Ausschreitungen in diesem Jahr in Brixton, interviewte der „Daily Star", eine überregionale Tageszeitung mit sehr gemäßigten Ansichten, eine Einwohnerin der Stadt. Sie wurde gefragt, ob Extremisten für die Ladenplünderungen verantwortlich seien. Sie antwortete: „Was ist denn ein Extremist? Ein Kommunist? Wir sind hier alle böse Kommunisten, was kann man denn anders sein wenn man in einer heruntergekommenen Gegend lebt, wo die meisten Menschen arbeitslos und ohne Hoffnung sind, einen Job zu bekommen. Kommunisten reden von Umverteilung, nicht wahr? Gut, letzte Nacht sah ich hier die größte Umverteilung, die ich je erlebt habe."

Angenommen, dieser Bericht ist korrekt, und ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln, dann hilft er die zunehmende Desillusionierung über das kapitalistische System im heutigen Großbritannien zu erklären. Es wäre allerdings falsch zu glauben, daß die Unruhen durch irgendwelche politischen Gruppen organisiert sind, obgleich einige Neofaschisten offensichtlich versuchen, ihr eigenes Süppchen auf diesem Feuer zu kochen.

Es war vorauszusehen, daß die Medien sich auch an Enoch Powell, den bekannten Unterhausabgeordneten,wandten,um ihn nach seiner Meinung zu fragen. Dieser alternde Ex-Minister der Tories erinnerte vor den Fernsehkameras jedermann an seine infame Rede von 1968 in der er erklärt hatte, daß Großbritannien als Resultat der durch schwarze und asiatische Einwanderer entstandenen Probleme zwangsläufig „Ströme von Blut" erleben werde.

Powell sieht sich als De-Gaulle-ähnliche Figur, bereit Großbritannien vor dem Desaster zu „erretten", wobei er allerdings geflissentlich vergißt, daß die meisten der Grundprobleme, die die britische Gesellschaft erschüttern, schon bestanden, bevor überhaupt Emigranten in bemerkenswerter Zahl ins Land kamen.

Er versäumt es außerdem zu erwähnen, daß er als führendes Mitglied der Tory-Partei in den 50er Jahren direkt verantwortlich war für die Einladung an die Asiaten, nach Großbritannien zu kommen, um schlecht bezahlte Beschäftigungen in Krankenhäusern und anderen wenig attraktiven Sektoren der Wirtschaft zu übernehmen.

Frau Thatcher andererseits haben die Unruhen schwer angeschlagen. Ob Eiserne Lady oder nicht, sie muß nun erkennen, daß die Gewalt in den Straßen ihre Politik grundsätzlich in Frage stellt – eine Politik, die versucht, die arbeitende Bevölkerung für Großbritanniens wirtschaftliche Misere zahlen zu lassen. Bis zu diesem Jahr war das Regieren für die britische Premierministerin relativ leicht. Da es keine koordinierte Opposition gegen ihre Regierungspolitik gab, war sie in der Lage, eine Gruppe von Arbeitnehmern nach der anderen in Lohn- und Arbeitsplatzkonflikten matt zu setzen.

Als der „Monetarismus" im England der 20er Jahre erprobt wurde, endete dies zwangsläufig mit dem Generalstreik von 1926, der trotz der Kampfkraft der Arbeiterklasse zusammenbrach, weil die Gewerkschaftsführer jener Zeit kapitulierten. Frau Thatcher hat jedoch gelernt, daß eine umfassende Konfrontation heutzutage anders als in den 20er Jahren außerordentlich gefährlich wäre. Das liegt vor allem daran, daß die Gewerkschaften heute 13 Mio. Mitglieder haben und besser organisiert sind.

Frau Thatcher hat jedoch gelernt, daß im Gegensatz zu den 20er Jahren eine umfassende Konfrontation heutzutage außerordentlich gefährlich wäre. Der Hauptgrund dafür ist, daß die Gewerkschaften heute 13 Mio. Mitglieder haben und besser organisiert sind.

Sie wird sich auch an 1974 erinnern, weil in diesem Jahr der Streik der Bergleute sich quasi zu einem Generalstreik entwickelte, der die Tory-Regierung Heath zur Aufgabe zwang.

Jetzt sieht sie natürlich, daß die Unruhen in den Straßen die arbeitslosen Jugendlichen sowohl in Schottland als auch in England ermutigen zu direkten Aktionen gegen die Regierungspolitik überzugehen.

Anfangs reagierte Mrs. Thatcher mit dem Eingeständnis, daß mehr Hilfe für die Problemgebiete notwendig sei, und sie besichtigte sogar Liverpool und Teile von London, um sich an Ort und Stelle zu informieren. Dann aber scheint sie es sich anders überlegt zu haben, und im Parlament kündigte ihr Innenminister Whitelaw an, daß spezielle Aufruhr- (Demonstrations-) kontrollmaßnahmen und neue härtere Gesetze eingeführt werden sollen, um „Unruhestifter" zu unterdrücken.

Diese Tory-„Lösung" ist durch Labour-Abgeordnete kritisiert worden, die deutlich darauf hinweisen, daß diese Probleme soziale Ursachen haben, vor allem Arbeitslosigkeit und ungünstige Wohnverhältnisse. Aber da die Labour-Führung in der Vergangenheit in ihrer parlamentarischen Opposition halbherzig auftrat, ist es unwahrscheinlich, daß Frau Thatcher irgendwelche grundsätzliche Änderungen an ihrer monetaristischen Strategie vornimmt.

Allerdings verlieren einige Tories die Geduld. Die Gewalttätigkeiten waren ein schwerer Schock für ihre Partei und nun haben sie auch noch die Nachwahlen in Warrington am 16. Juli verloren. Der Kandidat der Konservativen erhielt lächerliche 7 % und verlor seinen Einsatz.

Es ist zu früh um vorherzusagen, was in der Tory-Partei passieren wird. Aber wenn die Wirtschaft weiterhin stagniert, mit zunehmender Arbeitslosigkeit, dann könnten einige von Frau Thatchers Kollegen ihr die Führung streitig machen.

Für die Labour-Partei wir die Zukunft sehr davon abhängen, wer im Herbst den Parteivorsitz erringen wird. Der Vertreter des rechten Parteiflügels Denis Healey oder der Vertreter des linken Flügels Tony Benn. Wenn Healey gewinnt, werden die Konservativen im Parlament einen Aufschwung erfahren, falls Benn gewinnt, dann besteht eine gute Chance, daß die desillusionierten jungen Menschen in den Straßen die Unterstützung erhalten, die sie erwarten.

Aber was auch immer passiert, die Herrschenden in Großbritannien haben sorgenreiche Monate vor sich.

Ron Brown M.P.

Das Geheimnis einer „Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk"

Durch „Nach"rüstung zur Atommacht?

Von Helmut Wolfgang Kahn

I

Vor zweiundzwanzig Monaten wurde in Heft 10/1979 der „Blätter" Politikern der „Genscher/Schmidt-Koalition" Befangenheit in einem gefährlichen Wahn attestiert, „wenn sie glauben, mit der Sowjetunion ‚verhandeln' zu sollen, indem sie die Drohung mit potentiellen ‚eurostrategischen' Waffen gegen sie auffahren." Am Beispiel des von Franz Josef Strauß versuchten „Griffs nach der Atommacht" wurde demonstriert, daß eine „Politik der Stärke" ein „Messer ohne Heft und Klinge" ist, wie Carlo Schmid einmal sagte. Wenn zumal auf westdeutschem Boden, so wurde gewarnt, „erstmals wieder eine Kapazität entstünde, die jene Verwüstung wiederholen könnte, die Nazi-Deutschland nach dem Überfall vom 22. Juni 1941 in der Sowjetunion angerichtet hat, würden dort die bittersten Kriegserinnerungen wieder aufbrechen" – die mit den Ostverträgen und dem Berliner Viermächteabkommen erreichte Entspannung, einschließlich der menschlichen Erleichterungen und des westdeutsche Arbeitsplätze sichernden Osthandels, wäre schnell zunichte gemacht; die Bundesrepublik würde verstärkt in die sowjetische Zielplanung einbezogen werden; mit neuen schweren Krisen um Westberlin und vielleicht Kuba sei zu rechnen[1]).

Kurz vor dem Erscheinen jenes Artikels hatte Breschnew in Ostberlin am 6. Oktober 1979 angeboten, „die Anzahl von Kernwaffenträgern mittlerer Reichweite, die in den westlichen Gebieten der Sowjetunion stationiert sind, im Vergleich zum heutigen Stand zu reduzieren – selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß in Westeuropa keine zusätzlichen Kernwaffenträger mittlerer Reichweite stationiert werden"[2]). Der Westen ignorierte dieses Angebot, so wie er seit 1970 alle sowjetischen Vorschläge, im Rahmen von SALT auch über Mittelsteckenwaffen zu verhandeln, verworfen hatte. Statt dessen kam es zwei Monate später, unter führender Beteiligung der Regierung Genscher/Schmidt, die alle Warnungen in den Wind schlug, in Brüssel am 12. Dezember 1979 zum sogenannten „Doppelbeschluß" der NATO, ab 1983 insgesamt 572 neue amerikanische Mittelstreckenwaffen mit Reichweiten, die sowjetisches Gebiet erfassen, in Westeuropa zu stationieren – davon alle 108 Pershing-II-Raketen sowie 96 Tomahawk-Marschflugkörper (Cruise Missiles) in der Bundesrepublik – und der Sowjetunion unter dieser Drohung „Verhandlungen" anzubieten. Welche Wirkungen hat diese Politik bisher erzeugt?

1) Helmut Wolfgang Kahn, Strauß und der Griff nach der Atommacht, in: „Blätter", 10/1979, S. 1196 ff.
2) „Blätter", 11/1979, S. 1401.

II

Die USA haben die angebotenen „Verhandlungen" bis heute nicht eröffnet und betrachten sie höchstens als Alibi-Veranstaltung zur Täuschung Leichtgläubiger; Weißes Haus und State Department haben im Mai 1981 erklärt, daß die USA „keine rechtliche oder moralische Verpflichtung" hätten, sich an SALT I und II zu halten[3]) – in deren Fortsetzung über die Mittelstreckenwaffen verhandelt werden sollte. Weil der „Doppelbeschluß" sich damit für immer mehr Bürger als Doppelbetrug und simpler Aufrüstungsbeschluß erweist, wird er (nach einer amerikanischen Erhebung) von 60% der Bundesdeutschen abgelehnt und nur von 20% unterstützt (obwohl 52% den Warschauer Pakt für militärisch stärker halten als die NATO)[4]). Weit mehr als eine Million Unterschriften für den „Krefelder Appell" und andere Initiativen, die zur Rücknahme des Beschlusses auffordern, bezeugen die Existenz einer breiten Friedensbewegung gegen die Potenzierung der Atomkriegsgefahr durch neue Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik – die schon ihre „Verteidigung" mittels der bereits vorhandenen taktischen Atomwaffen nicht überleben würde[5]).

Da wirkt es unsäglich peinlich, wenn der Bundeskanzler, der im sogenannten Verteidigungsfall – im Gegensatz zur Bevölkerung – die Chance hätte, das Resultat seiner „Verantwortungsethik" im Ahrtal-Regierungsbunker oder in einer Exilregierung zu überleben, kirchlichen Warnern vor der „Nach"rüstung bloße „Gesinnungsethik" und Bergpredigt-Pazifismus vorwirft; auf dem Hamburger Evangelischen Kirchentag im Juni fanden diese Warner eine eindrucksvolle Resonanz. Besonders in der SPD, aber auch in der FDP regt sich zunehmend Widerspruch, den Schmidt und Genscher dadurch zu „disziplinieren" versuchen, daß sie ihren Parteien, die nach dem Grundgesetz (Artikel 21) demokratisch verfaßt sein müssen, mit Rücktrittsdrohungen das „Führerprinzip" oktroyieren; trotzdem wächst der Widerstand an der Basis und findet Ausdruck durch Politiker, die die Zeichen der Zeit erkennen. Lediglich die Unionsparteien stehen „geschlossen hinter dem Kanzler", so behauptete wenigstens Manfred Wörner[6]); aber sogar in der CSU findet sich in der Person Alfred Mechtersheimers ein sachkundiger und entschiedener Gegner der „Nach"rüstung, und auch die Union-Wähler hegen zu 60% starke Bedenken gegen die Aufstellung neuer US-Raketen in Westeuropa[7]). Eine solche Spaltung zwischen Führung und Bevölkerung bietet offensichtlich keine solide Grundlage für eine „Politik der Stärke".

---

3) „Internationale Herald Tribune" (HIHT) v. 21. 5. 1981, S. 3.

4) Zahlen einer Anfang April 1981 von der International Communication Agency (ICA) verbreiteten Umfrage, zit. von Christian Potyka in: „Süddeutsche Zeitung" v. 23./24. 5. 1981, S. 8. – Die ZDF-Sendung „Kennzeichen D" berichtete am 25. 6. 1981, daß die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen bei einer Umfrage im Mai 1981 für den Kurs „Sofort über Abrüstung verhandeln und nicht weiter aufrüsten-nachrüsten" 67% Zustimmung ermittelte; „auch die meisten CDU/CSU-Anhänger, nämlich 60%, sagten ja." Für die Alternative „Über Abrüstung verhandeln, aber gleichzeitig soweit aufrüsten-nachrüsten, bis der Westen gleich stark ist wie der Osten" sprachen sich nur 25% aus.

5) Siehe: Karl Friedrich v. Weizsäcker (Hrsg.), Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971.

6) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 19. 5. 1981, S. 2.

7) „Der Spiegel", Nr. 26/1981 v. 22. 6. 1981, S. 30.

Durch ihre „Nach"rüstungspolitik, die lange vor „Afghanistan" begann, und durch ihr Mitmachen der amerikanischen Konfrontationspolitik haben Genscher/Schmidt das durch die Ost- und Entspannungspolitik ihrer Vorgänger Brandt/Scheel erworbene Vertrauenskapital bereits weitgehend verspielt, so daß Egon Bahr, der den Moskauer Vertrag von 1970 maßgeblich ausgehandelt hat, zu Recht befürchtet: „Die Ostverträge würden zu einer leeren Hülse, wir wären zurückgeworfen auf den Status quo ante (1969)."[8]) Wenn Schmidt à la Reagan oder Haig vom sowjetischen „Expansionismus" tönt und die „erstklassige Bundeswehr" rühmt, wird das Klima natürlich kälter, und aus Moskau schallt es entsprechend zurück: etwa in Form einer Erinnerung an das Nürnberger Tribunal („Sowjetskaja Rossija") oder der TASS-Empfehlung, „besser einen oder zwei allzu militante Politiker zu opfern als das ganze Land". Wenn Schmidt dann selbstgefällig meint, darin komme „Respekt zum Ausdruck vor der Unbeugsamkeit, vor der Geradlinigkeit unserer Politik"[9]) – welchen Älteren erinnerte das nicht an die „schlafwandlerische Sicherheit", mit der Deutschland voriges Mal in den Untergang geführt wurde?

Zu einer neuen Berlinkrise (oder Kubakrise) ist es bisher noch nicht gekommen, obwohl die DDR den Westberliner CDU-Senat bereits darauf hingewiesen hat, „daß man, wenn man auf einer Insel lebt, sich das Meer nicht zum Feind machen darf"[10]). In den deutsch-deutschen Beziehungen haben die „menschlichen Erleichterungen" schon dadurch Schaden genommen, daß Westbesuche in der DDR durch die Erhöhung des Mindestumtauschs reduziert worden sind. Wenn diese DDR-Maßnahme auch wirtschaftlich mit der Westinflation begründet wurde, so hat Honecker doch auch bemerkt, daß nicht von menschlichen Erleichterungen reden könne, wer sich (wie Schmidt) rühme, der Erfinder der Raketenpolitik zu sein[11]). Der Osthandel der Bundesrepublik ist ebenfalls bereits beeinträchtigt: Offensichtlich als Vorkehrung gegen wirtschaftliche Repressalien im Falle einer Krise hat die DDR große Industrieaufträge in Österreich, Japan und Frankreich placiert, die in entspannteren Zeiten der westdeutschen Industrie zugute gekommen wären. Ebenso hat die Sowjetunion unlängst einen Großauftrag über die Lieferung von Stahlröhren nach Japan vergeben. Diese bisher von Mannesmann monopolisierten Erdgas-gegen-Röhren-Geschäfte und viele Arbeitsplätze werden der Bundesrepublik völlig verloren gehen, wenn sie auch ihren Osthandel einer Konfrontationspolitik unterwirft, die nebenbei darauf hinzielt, Westeuropa zu einem Abnehmer amerikanischer Kohle zu machen[12]).

Schließlich geht mit der „Nach"rüstungspolitik auch das sowjetische Rake-

---

8) Ebd., Nr. 26/1981, S. 21.

9) Schmidt-Interview in der ARD-Sendung „Report", München, 2.6.1981; „Die Welt" v. 4. 6. 1981, S. 1.

10) „Die Welt" v. 4. 7. 1981, S. 4

11) Honecker-Rede in Gera, 1. 10. 1980.

12) Laut „Die Welt" v. 24. 6. 1981, S. 3, äußerte sich der Leiter des Instituts für strategischen Handel in Washington, Miles Costick, „äußerst skeptisch" zu dem geplanten Röhren-Erdgas-Geschäft der Bundesrepublik und anderer westeuropäischer Länder mit der Sowjetunion; als winw Alternative zum Bezug sowjetischen Erdgases nannte er den Ankauf amerikanischer Kohle zur Gasgewinnung. Costick sprach auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Hans Graf Huyn vor dem außenpolitischen Arbeitskreis der CSU-Landesgruppe.

tenprogramm weiter, wenn auch vorerst noch nicht in hohem Tempo. Die sowjetischen SS-20-Raketen mußten (neben dem sogenannten „Backfire"-Bomber)[13]) zur Begründung der NATO-„Nach"rüstung herhalten, obwohl sie lediglich die einen Sprengkopf von 1 Megatonne tragenden Mittelstreckenraketen SS-4 (Reichweite 1900 Kilometer) und SS-5 (4100 km) modernisieren und ersetzen, die seit rund zwanzig Jahren das Gegengewicht zu den schon vorher in Westeuropa stationierten US-Atomwaffen bildeten. Die SS-4 und SS-5 hatten den Westen nie sonderlich beunruhigt, zumal sie ihrerseits wieder durch mehrmals modernisierte seegestützte Systeme des Westens aufgewogen wurden. Wie künstlich oder hysterisch die Aufregung um die SS-20 ist, zeigt folgendes: Obwohl die SS-20, wie seit jeher die SS-4 und SS-5, zu einem Viertel bis zu einem Drittel auch östlich des Urals stationiert sind, haben sie bezeichnenderweise im konservativ, aber nüchtern regierten Japan *keine* „Nach"rüstungsreaktion ausgelöst[14]).

Die SS-20, wird behauptet, sei so gefährlich, weil sie die NATO mit einem Schlag entwaffnen könne. Nach amtlichen Bonner Angaben, die offensichtlich die phantasievollsten amerikanischen Mutmaßungen verkörpern, hat die SS-20 eine Reichweite bis zu 5000 Kilometer, trägt drei Sprengköpfe von jeweils „einigen hundert Kilotonnen", ist beweglich, treffgenau und nachladbar[15]). Aber diese Angaben sind umstritten, und die westlichen Geheimdienste haben bisher noch kein authentisches Foto einer SS-20 vorlegen können[16]). Noch mehr Schindluder wird mit den Stückzahlen getrieben: Die sowjetische Mittelstreckenrüstung wird nach oben, die ihr gegenüberstehende westliche nach unten manipuliert. Den Vogel schoß der ehemalige SPD-Verteidigungsminister Georg Leber schon im Februar 1979 mit der Tatarennachricht ab, es gebe 600 SS-20-Raketen[17]).

Demgegenüber begnügte sich ein Sprachregelungs- und Argumentationspapier des Auswärtigen Amtes zum „Doppelschluß", das vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung unter dem Datum des 11. Mai 1981 verteilt wurde, mit „mehr als" 160 SS-20-Raketen sowie 380 SS-4- und SS-5-Raketen „in und für Europa"[18]). Da die entsprechenden Stückzahlen Mitte 1979 etwa 90 und 442 betrugen[19]), sind die sowjetischen Mittelstreckenraketen „in und für Europa" seither um etwa 8 Stück (oder um 1,5%) vermehrt worden.

13) „SS-20" und „Backfire" sind westliche Bezeichnungen, wobei SS für „surface-to-surface" = Boden-Boden steht. Was die Stückzahlen und Eigenschaften der Raketen betrifft, so folgt der Verf. weitgehend den Jahresberichten „The Military Balance" (MB) des Londoner International Institute for Strategic Studies (IISS), das da es einen gewissen Ruf zu verlieren hat – seine vornehmlich amerikanischen Quellen sorgfältiger filtriert als einschlägige Bonner Stellen.

14) H.W.Kahn, Von Japan lernern – warum nicht?, in: „Blätter", 7/1981, S. 777—780.

15) Aspekte der Friedenspolitik. Der NATO-Doppelbeschluß, Hrsg. Presse- und Informitonsamt der Bundesregierung, Bonn, 11. 5. 1981, S. 40, 47. MB 1980—1981, S. 89, schreibt der SS-20 drei Sprengköpfe à 150 Kilotonnen zu.

16) „Der Spiegel", Nr. 13/1981 v. 23.. 3. 1981, S. 136—138.

17) FAZ v. 15. 2. 1979.

18) Aspekte. . ., S. 66. Nach MB 1980—1981, S. 9, gab es schon Mitte 1980 nur insgesamt 440 SS-4 und SS-5, nach Abzug des jenseits des Urals stationierten Viertels also nur 330 „in und für Europa".

19) MB 1979—1980, S. 9, gab für Mitte 1979 insgesamt 120 SS-20 und 590 SS-4 und SS-5 an. Wenn man die östlich des Urals stationierten Viertel abzieht (S. 115), erhält man die obigen Zahlen.

(Nach Angaben des Londoner International Institute for Strategic Studies erfolgte zwischen Mitte 1979 und Mitte 1980 eine Verminderung der europaorientierten sowjetischen Mittelstreckenraketen um 82 Stück![20]) Aber nur einen Tag nach dem Erscheinen des obigen Bonner Papiers behauptete der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Admiral Falls, die Sowjetunion habe 220 Raketen vom Typ SS-20 „gegen Europa in Stellung gebracht" und deren Vorgänger SS-4 und SS-5 nicht, wie zuerst geplant, aus dem Dienst gezogen[21]). Gleichzeitig entdeckte Springers „Welt" sogar: „Schon 440 Raketen vom Typ SS-20", weil jede SS-20-Rampe „mit mindestens zwei" Raketen ausgestattet sei[22]) – mit der famosen Nachladefähigkeit war der Zaubertrick erfunden, künftig beliebige Vielfachzahlen wie Karnickel aus dem Propaganda-Zylinder zu holen. Wieder einige Tage später behauptete auch der Bundeskanzler, bei seinem Auftritt vor der SPD in Recklinghausen am 16. Mai 1981, fälschlich, seit dem „Nach"rüstungsbeschluß bedrohten doppelt soviele sowjetische Mittelstreckenraketen wie damals Europa"[23]). Aus einer Vermehrung um allenfalls 1,5 % wurde so binnen fünf Tagen eine Vermehrung um 100 %.

Sofern sich die sowjetischen Raketen nicht nur auf wundersame Weise in ihren Gehirnen, sondern in der Realität vermehren, müssen Genscher und Schmidt die Schuld dafür bei sich selbst suchen: Sie haben Breschnews Reduzierungsangebot vom 6. Oktober 1979, das seinen Beratern Georgi Arbatow und Wadim Sagladin zufolge auch heute noch gilt[24]), nicht aufgegriffen; die SS-20, so sprachregelte man, könne auch von hinter dem Ural Westeuropa bedrohen (wobei man verschwieg, daß über eine solche Entfernung der angebliche Vorteil der Treffgenauigkeit verloren ginge). Im April 1980 redete Schmidt zwar einmal von einem Moratorium[25]) doch als die Sowjets den Vorschlag unterstützten, sagte er Nein[26]). Im Februar 1981 schlug Breschnew vor, „bereits jetzt ein Moratorium für die Stationierung neuer Raketenwaffen mittlerer Reichweite der NATO-Länder und der UdSSR festzulegen", um dann über eine Begrenzung „oder noch besser über die Reduzierung dieser Kernmittel in Europa" zu verhandeln[27]). Darauf sagte Genscher brüsk Nein und zog Schmidts Nein nach sich. Die Bonner Sprachregelung lautete nun, mit einem Moratorium werde nur das Ungleichgewicht zementiert[28]) – in Wirklichkeit wurde im Interesse der westlichen Aufrüstung bewußt die Chance verschenkt, einen Stopp des sowjetischen Raketenprogramms herbeizuführen. Als der SPD-Vorsitzende Brandt Anfang Juli 1981 von Sondierungen in Mos-

20) Mitte 1979 gab es (s.Anm. 19 und Text) „in und für Europa" insgesamt 532 SS-4, SS-5 und SS-20. Aufgrund der Angaben in MB 1980—1981, S. 9, gab es Mitte 1980 nur noch 450 derartige Systeme „in und für Europa", eine Verminderung um 82 Systeme also.
21) Lt. Adelbert Weinstein in : FAZ v. 13. 5. 1981, S. 1.
22) „Die Welt" v. 13. 5. 1981, S. 1.
23) „Frankfurter Rundschau (FR) v. 18. .5. 1981, S. 1.
24) „Der Spiegel", Nr. 13/1981 v. 23. 3. 1981, S. 129; ebd., Nr. 24/1981 v. 8. 6. 1981, S. 117.
25) Schmidt-Rede in Hamburg, 11. 4. 1980.
26) FR v. 1. 6. 1981, S. 2.
27) „Blätter", 3/1981, S. 379.
28) „Die Welt" v. 1. 3. 1981, S. 1.

kau mit weiteren Präzisierungen des Moratoriumsvorschlags zurückkehrte, blieben Genscher und Schmidt bei ihrer ablehnenden Haltung. Brandt brachte aber auch die sowjetische Warnung mit: „Falls es nicht zu erfolgreichen Verhandlungen kommt, wird es die ‚Nachrüstung' geben, ehe die Nachrüstung der USA stattgefunden hat."[29]) In diesem Falle würde zweifellos auf jede neue amerikanische Mittelstreckenwaffe in Westeuropa ein Mehrfaches an sowjetischen Waffen – auch kürzerer Reichweiten – kommen.

Nach der vorstehenden Zwischenbilanz hat die „Nach"rüstungspolitik auf den verschiedenen Gebieten nur negative Wirkungen gezeitigt, mit der Tendenz zu deren Vermehrung und Verschärfung, wenn sie weiter betrieben wird. Politiker, die sich eines halbwegs gesunden Menschenverstandes erfreuen, nehmen solche Flurschäden gemeinhin nur zwecks Erreichung eines Zieles in Kauf, das in ihren Augen alles Negative wettmacht. Erschöpft sich dieses Ziel aber wirklich in der Installation von 108 Pershings und 96 Cruise Missiles in der Bundesrepublik, die ausschließlich amerikanischer Verfügungsgewalt unterliegen würden? Oder wird mit „Unbeugsamkeit" und „Geradlinigkeit" in Wirklichkeit ein ganz anderes Ziel angesteuert, das eine „Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk"[30]) zu verbergen trachtet?

III

Wer diesem Geheimnis auf den Grund kommen will, muß die sentimentale Rhetorik beiseiteschieben, mit der das Verhältnis zwischen den USA und Westeuropa, insonderheit der Bundesrepublik, offiziell und offiziös beschrieben wird. Hauptsächlich von bundesrepublikanischen Politikern wird eine fast völlige Identität mit Amerika behauptet – so, als Schmidt anläßlich der 200-Jahr-Feiern der USA im Juli 1976 namens der Bundesrepublik und (ohne Zuständigkeit) der „Nationen Westeuropas" erkärte: „Bis zu einem gewissen Grade – so empfinde ich es – sind wir alle Amerikaner geworden."[31]) Diese einseitige Servilität[32]) kleidete Schmidt bei seinem Besuch in Reagans Washington im Mai 1981 in die Worte: „Ich fühle mich, als wäre ich heimgekommen"[33]); und als wäre er ein Gouverneur der deutschen Provinz des amerikanischen Imperiums, der sich nur in der Metropole wohl und heimisch fühlt, äußerte er sich dort wiederholt abfällig über den „deutschen Provinzialis-

29) Brandt-Interview in: „Der Spiegel", Nr. 28/1981 v. 6. 7. 1981, S. 25.

30) Der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Hansen erklärte am 8. 5. 1981 vor Jungsozialisten in Düsseldorf: „In diesem Zusammenhang muß man auch die Regierung kritisieren. In dieser Frage auf Leben und Tod kann man nicht weiter in Fragen der Sicherheitspolitik und Verteidigungspolitik eine Art Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk betreiben." Damit handelte Hansen sich ein Parteiausschlußverfahren ein. (Zitat nach: „Die Welt" v. 13. 7. 1981 S. 4.)

31) „Die Welt" v. 17. 7. 1976, S. 2.

32) Dieser harte Ausdruck wäre zweifellos hierzulande gebraucht worden, wenn Honecker – was er nie getan hat – namens der DDR und der Nationen Osteuropas erklärt hätte: „Bis zu einem gewissen Grade – so empfinde ich es – sind wir alle *Russen* geworden."!

33) „Der Spiegel", Nr. 22/1981 v. 25. 5. 1981, S. 28.

mus"[34]). Wieder zurück in seiner Provinz, schwärmte er: Nicht nur seien „die ökonomischen und die physischen oder geologischen Ressourcen der Vereinigten Staaten fast unerschöpflich, sondern auch ihre geistigen Ressourcen sind ungeheuer"[35]). – Bei solcher Bewunderung für und Identifikation[36]) mit Amerika erhebt sich im Zusammenhang mit dem zweiten Teil des „Doppelbeschlusses" die Frage nach der Fähigkeit des Bundeskanzlers, objektiv zu beurteilen, ob die USA in etwaigen künftigen „Verhandlungen" mit der Sowjetunion ernsthaft Ergebnisse anstreben (zumal er im Verneinungsfall verpflichtet wäre, sein Rücktrittsversprechen einzulösen).

Wenn es den USA nützt, bekunden auch amerikanische Politiker Identität mit der Bundesrepublik. So unterschrieb Reagan zusammen mit Schmidt bei dessen letztem Wahshington-Besuch eine Erklärung, „daß ihre beiden Länder eine Schicksalsgemeinschaft bilden, die sich auf gemeinsame Sicherheitsinteressen gründet und in der Gemeinschaft ihrer Wertvorstellungen . . . fest verwurzelt ist"[37]). Aber große Worte wie „Schicksalsgemeinschaft" sind wohlfeil und dazu da, die Wirklichkeit zu verhüllen. Wenn man die wirklichen Interessen illusionslos analysiert, findet man, daß sie gegensätzlicher Natur sind.

Die USA werden beherrscht von einem „Establishment" der „Reichen und Superreichen", die in jeder Administration vertreten sind (man denke nur an die Rockefeller-Lehnsleute John Foster Dulles, John J. McCloy, Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski). Das Interesse der Eigentümer Amerikas ist es, ihren Einfluß und Besitz zu wahren und zu mehren. Vermehrung erfolgt vornehmlich durch Rüstungsgeschäfte, die die höchsten Profite auf einfachste Art garantieren, sofern man zu ihrer Rechtfertigung durch die Konfrontation Kalter Kriege internationale Spannungen erzeugt. Als Großkapitalisten sind sie (mit raren Ausnahmen wie der verstorbene Cyrus Eaton oder heute Armand Hammer) natürlich scharf gegen die Sowjetunion eingestellt und würden sie gern verschwinden – oder zumindest geschädigt – sehen.

Aber einen „heißen" Krieg gegen die Sowjetunion scheuen sie wie der Teufel das Weihwasser, da die Sowjetunion seit Bestehen des atomaren Patts die

34) „Die Welt" v. 22. 5. 1981, S. 2.

35) Schmidt-Interview in: FR v. 30. 6. 1981, S. 9.

36) Für Bismarck galt: „Sympathien und Antipathien in betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienst meines Landes nicht zu rechtfertigen, weder an mir noch an anderen; es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient." Bismarcks Ansicht nach hatte „selbst der König nicht das Recht", die Landesinteressen „dem eigenen Gefühl von Liebe und Haß gegen Fremde unterzuordnen". Zit. nach: Robert Ingrim (Hrsg.), Bismarck selbst. Tausend Gedanken des Fürsten Otto von Bismarck, Stuttgart 1950, S. 158 f.

37) „Die Welt" v. 25. 5. 1981, S. 4. – Auch Genscher beschwört die gemeinsamen Wertvorstellungen und Sicherheitsinteressen: „Nichts ist gefährlicher, als die europäischen Sicherheitsinteressen anders zu definieren als die amerikanischen." Auch Kohl zweifelt nicht an „der Bündnistreue Amerikas zu Europa". (Beide nach: „Die Welt" v. 27. 11. 1980, S. 4). Auf das Prinzip: Nicht sein kann, was nicht sein darf hat es ein anonymer SPD-Bundestagsabgeordneter, „der früher als ein Exponent des linken Flügels galt", gebracht, den Wilhelm Bittorf (in: „Der Spiegel", Nr. 28/1981 v. 6. 7. 1981, S. 127) zitiert: „Ohne das Vertrauen auf die Amerikaner ist das westliche Bündnis erledigt.

USA vernichtend treffen kann. Da sie viel zu verlieren haben, sind sie vernünftigerweise keine Heroen, die frohgemut ihre komfortablen Atombunker beziehen würden; denn selbst, wenn sie „lebendig" wieder an die radioaktive Oberfläche kämen – was wäre das für ein „Leben", wenn die ihre oberirdischen Werte, ihre Produktionsmittel und Annehmlichkeiten, atomisiert vorfänden? Diese Angst der amerikanischen „Reichen und Superreichen" ist damit die beste Garantie dafür, daß die (ihnen) „verantwortlichen Politiker" – bei allem „Lieber tot als rot"-Gerede, „daß es wichtigere Dinge gibt, als im Frieden zu leben"[39]) – gegenüber der Sowjetunion letztlich große Vorsicht walten lassen. Hierzu zwei Anmerkungen:

Im US-Wahlkampf von 1964 schlugen sich führende Wirtschaftler von der Seite Barry Goldwaters, der ihnen als Rechtsrepublikaner eigentlich mehr lag, auf die Seite Lyndon Johnsons, da sie wegen Goldwaters verbalen Atombombenwürfen befrüchteten, daß mit dem Kreml auch ihre eigenen Fabriken in die Luft fliegen könnten[40]). Und im Gegensatz zu den makabren Kriegsspielen von „Verteidigungsintellektuellen" nach Art des „Dr. Seltsam, der die Bombe liebte"[41]), hat McGeorge Bundy, ein Brahmane des US-Establishments und Berater für nationale Sicherheit unter den Präsidenten Kennedy und Johnson, bezeugt: „In der wirklichen Welt wirklicher politischer Führer. . . würde man eine Entscheidung von vornherein als katastrophalen Fehler erkennen, wenn sie dazu führte, daß auch nur eine Wasserstoffbombe auf eine Stadt des eigenen Landes fiele . . ."[42]).

Das Interesse der Eigentümer Amerikas gebietet daher, das Territorium der USA unter allen Umständen aus einem Atomkrieg herauszuhalten. Damit aber entfällt die amerikanische strategische Nukleargarantie, die nach der NATO-Doktrin als letzte Sanktion die bösen Sowjets daran hindern soll, Westeuropa zu überrennen. Gerade wenn die NATO den Sowjets – bis heute unbewiesene – Angriffsabsichten in Europa unterstellt, gäbe es offensichtlich zwischen einem Westeuropa und besonders einer Bundesrepublik, die Schlachtfeld würden, und einem Amerika, dae „Sanktuarium" bliebe, keinerlei „Schicksalsgemeinschaft" – die damit als bloßer Public-Relations-Humbug entlarvt ist. Aber während die USA schon lange begonnen haben, sich von Westeuropa „abzukoppeln", hat in Westeuropa bisher allein Frankreich durch seinen Austritt aus der NATO-Militärorganisation unter de Gaulle 1966 die Konsequenz aus der Tatsache gezogen, daß sich die Sicherheitsinteressen *nicht* decken.

37) Der verstorbene Nelson Rockefeller besaß private Schutzräume unter seinem Haus auf dem Familienanwesen Pocantico Hills und unter seiner Stadtwohnung. Der Rüstungs-„Wagnis-Kapitalist" Laurence Rockefeller baute sich unter seinem Pocantico-Haus einen U-Boot ähnlichen Druckbunker, der mit einem Strahlenschutzraum verbunden war, der mit dem Nötigen für mehrere Monate unterirdischen Lebens ausgestattet war. Lt: Peter Collier/David Horowitz, The Rockefellers. An American Dynasty, New York 1976, S. 343 Fn.

39) US-Außenminister Haig laut: FAZ v. 12. 1. 1981.

40) David Halberstam, Die Elite (The Best and the Brightest), Reinbek bei Hamburg 1974. S. 402

41) Titelfigur von Stanley Kubricks Film „Dr. Strangelove or How I Came to Love the Bomb."

42) Zit. nach: Stockholm Internationale Peace Research Institute (SIPRI), SIPRI Yearbook 1974. World Armaments and Disarmament, Stockholm 1974, S. 64.

Mehr noch: Die Interessen Amerikas richten sich *gegen* seine Verbündeten. Während den USA in der Sowjetunion trotz – oder infolge – der „Eindämmungspolitik" des Kalten Krieges ein ebenbürtiger politischer und militärischer Gegenspieler erwachsen ist, sind in Westeuropa und Japan mächtige Wirtschafts- und Handelskonkurrenten für ein Amerika entstanden, das seine im Rüstungswahn des 1. Kalten Krieges zerrüttete Wirtschaft durch neue hohe Rüstungsausgaben immer unfähiger zum internationalen Wettbewerb macht-[43]). Der Egoismus des trotz Reagan/Haigschem „Stärke"-Gehabes und Schmidtscher Schwärmerei niedergehenden Amerikas gebietet ihm, nach einem Weg zu suchen, wie es sich seines politisch-militärischen Rivalen Sowjetunion *und* seiner Wirtschaftsgegner (die zugleich Wirtschaftspartner der Sowjetunion sind) entledigen kann[44]), um danach ungestört seine Kontrolle über die Rohstoffschätze (vornehmlich Erdöl) und Märkte der Dritten Welt wieder errichten und festigen zu können. Der beste Weg hierzu wäre offensichtlich, Westeuropa und Japan in einen militärischen Konflikt mit der Sowjetunion zu verwickeln, der zweitbeste: Westeuropa und Japan zu veranlassen, ihre Wirtschaften kaputtzurüsten. Da das nüchtern regierte Japan eine Hochrüstungsrolle dankend ablehnt[45]), bleiben Westeuropa und besonders die Bundesrepublik als Kandidaten für die Selbstruinierung übrig.

Einen historischen Präzedenzfall für den Versuch einer niedergehenden Weltmacht, sich zweier Rivalen auf einen Streich zu entledigen, indem sie den einen gegen den anderen hetzte, lieferte in den dreißiger Jahren das konservativ regierte England. Sein Premierminister Stanley Baldwin „pflegte zu sagen, daß in der Welt zwei große Kräfte des Bösen am Werk seien, die Nasties (wörtlich: Die Garstigen, gemeint waren die Nazis – d.Verf.) und die Bolshies (Bolschewiken). Glücklicherweise hätten die Nasties die Macht ergriffen als ein Instrument zur Vernichtung der Bolshies. Er könne sich nicht vorstellen, daß die britische Diplomatie so töricht sei, sich in einen Krieg mit den einen oder den anderen zu verwickeln, bevor sie sich gegenseitig an der Gurgel gepackt hätten. Dann könnten wir ja eine Weile mitansehen, wie es weitergin-

43) Prof. Lester Thurow, Nationalökonom am Massachusetts Institute of Technology (Mit), spricht von der „Schwäche der amerikanischen Wirtschaft und der wirtschaftlichen Stärke jener Länder, die unsere militärischen Verbündeten, aber unsere wirtschaftlichen Widersacher (adversaries) sind"; er meint, die USA müßten darauf bestehen, daß diese Länder sich ebenfalls hohe Rüstungslasten auferlegen. Lester Thurow, How Reagan Can Wreck the Economy: in: „New York Review of Books" v. 14. 5. 1981, S. 6.

44) Der Verf. wurde in dieser Überlegung bestärkt durch den französischen Admiral a.D. Antoine Sanguinetti, der in einem Interview („Blätter", 4/1981, S. 406f.). die Frage aufwarf: „Würde nicht letzten Endes ein eurpäischer Konflikt – bis hin zur gegenseitigen Vernichtung – zwischen der UdSSR, dem großen politischen Gegenspieler der USA, und Westeuropa, ihrem wichtigsten Konkurrenten auf wirtschaftlichem Gebiet, in höchstem Maße den amerikanischen Interessen dienen?" Siehe auch das Sanguinetti-Interview in: Generale für den Frieden (Hrsg. Gerhard Kade), Köln 1981, S. 297.

45) „Die Welt" v. 6. 7. 1981, S. 4, berichtete vom Treffen der „europäischen Demokratischen Union" (EDU) – der „schwarzen Internationale" – in Schloß Kleßheim bei Salzburg; „ Während vor allem die deutschen Vertreter die westeuropäische Nachrüstung unterstützten, kündigte der Parteichef der liberal-demokratischen Partei Japans, Susumu Nikaido, an, auch die neue japanische Regierung werde trotz des verstärkten Drucks aus den USA die nach dem Krieg in die japanische Verfassung aufgenommenen Rüstungsbeschränkungen nicht lokkern. Strauß verärgert: ‚Dadurch können sie ihren Beschützer Amerika um so besser wirtschaftlich bedrängen.'"

ge"[46]). Ende Juli 1936 erklärte Baldwin vor konservativen Parlamentsabgeordneten: „Wir alle kennen den deutschen Wunsch, sich nach Osten zu wenden, wie er (Hitler) es in seinem Buch („Mein Kampf") gesagt hat. Und wenn er sich gegen den Osten wendet, dann wird mein Herz nicht brechen. . . Wenn in Europa gekämpft werden muß, dann würde ich es gern sehen, daß die Bolschewiken und die Nazis dies besorgen."[47]) Folgerichtig lieferte sein Nachfolger Neville Chamberlain mit Österreich und der Tschechoslowakei Hitler zwei Sprungbretter für die „Ostwendung" aus, und seine „Garantie" für Polen erteilte er in dem klaren Wissen, daß dieses nicht würde standhalten können, aber in der Erwartung, daß dann die deutschen Heere an die Tore der Sowjetunion pochen würden. Dieses Kalkül ging wegen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes zunächst nicht auf, aber als Hitler diesen mit dem Überfall vom 22. Juni 1941 brach und sich so doch noch zum „Geschäftsführer" der westlichen Reaktion machte, hofften viele im Westen wieder auf eine gegenseitige Ruinierung Deutschlands und der Sowjetunion, die es dem Westen gestatten würde, der „lachende Dritte" zu sein[48]). Der Westen erzielte einen Teilerfolg: Das Deutsche Reich verschwand aus der Geschichte. – Das gleiche kann der Bundesrepublik passieren, wenn sie sich von den USA in die Rolle eines „Festlanddegens" gegen die Sowjetunion drängen läßt.

Angesichts der vorstehend analysierten amerikanischen Interessen – worin bestehen die Interessen Westeuropas und besonders der Bundesrepublik? Offensichtlich zuoberst darin, einen Krieg in Europa unter allen Umständen zu vermeiden. Dabei müssen sie davon ausgehen, daß die amerikanische Nukleargarantie längst nicht mehr existiert und daß ein Krieg in Europa den USA vielmehr gelegen kommen könnte – der UdSSR jedoch kaum, solange Westeuropa ihr Entspannungs- und Wirtschaftspartner bleibt. Um diese Sachverhalte illusionslos zur Kenntnis zu nehmen und ihren Völkern zu vermitteln, brauchten sie allerdings Staatsmänner, die nicht Amerika-Schwärmer und nach Osten hin Alarmisten sind, sondern fähig sind, das Schicksal ihrer Länder unabhängig zu gestalten. Dabei empfehlen sich für die Bundesrepublik Neutralität und eine nichtatomare Landesverteidigung, denn der Weg zur Atommacht à la de Gaulle ist ihr aus historischen Gründen verboten. Westeuropa und besonders die Bundesrepublik dürfen sich von den USA und deren Einflußagenten nicht mehr gegen die Sowjetunion hetzen lassen, sondern müssen die Beziehungen zu dieser verbessern – nach einem Wort Churchills vom 11. Mai 1953: „Es würde gewiß kein Schade sein, wenn eine Zeitlang jeder Staat nach Dingen Ausschau hielte, die dem anderen angenehm statt unangenehm sind."[49]) Sie dürfen sich nicht amerikanischen Wirtschaftsrepres-

46) Keith Middlemas /John Barnes, Baldwin. A Biography, London 1969, S. 955.

47) Ebd., S. 497, 955.

48) Der damalige demokratische Senator und spätere US-Präsident Harry S. Truman empfahl: „Wenn wir sehen, daß Deutschland den Krieg gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen, damit sie wechselseitig so viele wie möglich umbringen, wenn ich auch unter keinen Umständen einen Sieg Hitlers sehen möchte." („New York Times" v. 24. 6. 1941.)

49) Churchill-Rede mit dem Vorschlag eines „Ost-Locarno" in: House of Commons Debates, 5th Series, Vol. 515.

salien anschließen, die in erster Linie sie selbst schädigen würden und nach aller Erfahrung unwirksam sind[50]), sondern müssen ihren Osthandel verteidigen, der in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit Hunderttausende Arbeitsplätze sichert und das sowjetische Interesse an ihrer unabhängigen Existenz wachhält.

Realistischerweise ist freilich zu registrieren, daß sich auch im westdeutschen „Establishment" das Schwergewicht von den eher entspannungsfreundlichen Osthändlern nach rechts zu den spannungsbedürftigen Rüstungsinteressen verschoben hat, von – um zu personalisieren – Otto Wolff v. Amerongen zu Flick mit den Rüstungsfirmen Dynamit Nobel und Krauss-Maffei. Daß ein relativ schlechtes Geschäftsjahr des letzteren Unternehmens[51]) mit der Affäre um Leopard-2-Panzer für Saudi-Arabien zusammenfiel und daß Flicks Gesellschafter, der zeitweilig für Springer tätige Eberhard v. Brauchitsch, der sich schon für den Olympia-Boykott stark machte, zum nächsten Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI)[52]) gewählt wurde und einen „kurzen Draht zur sozialliberalen Regierung" hat[53]), sind Indizien für den gestiegenen Einfluß des „militärisch-industriellen Komplexes". Dieser ist vorwiegend in Süddeutschland konzentriert (auch MBB, die Elektronikkonzerne und v.a.m. gehören dazu), und sein „reinrassigster" politischer Vertreter ist seit jeher Franz Josef Strauß.

Nach seinem versuchten „Griff nach der Atommacht" in den 50er/60er Jahren zu urteilen[54]), würde Strauß zweifellos mit beiden Händen zugreifen, sollten die USA eines Tages ihre Abkoppelung von Westeuropa perfekt machen, indem sie diesem den Erisapfel der Verfügungsgewalt über die atomaren Mittelstreckenwaffen anbieten. Dadurch, daß sie die USA diese Waffen zunächst in rein amerikanischer Regie bei uns stationieren lassen, wären Schmidt (aus Alarmismus) und besonders Genscher (als künftiger Koalitionswechsler) also faktisch „Vorarbeiter" für eine „Atommacht Bundesrepublik" unter dem starken Einfluß von Strauß. Ist das das große Geheimnis? Wenn man die Argumente für die „Nach"rüstung eines nach dem anderen zerpflückt, wie sie es verdienen, und das fortschreitende Abkoppelungsinteresse der USA im Auge behält, bleibt gar kein anderer Schluß übrig.

IV

Als der Westen im Jahre 1975 durch den amerikanischen Aufklärungssatelliten „Big Bird" erstmals von der Erprobung der SS-20 erfuhr[55]), war die Entwicklung der amerikanischen „Nach"rüstungswaffen bereits seit einem Jahr

50) Worauf der Verband des europäischen Groß- und Außenhandels (FEITA) unlängst in Brüssel hinwies, s. „Die Welt" v. 4. 7. 1981, S. 9.
51) „Die Welt" v. 11. 2. 1981, S. 15; 29. 4. 1981, S. 16.
52) Geschäftsführer des BDI ist seit mehreren Jahren der ehemalige Rüstungs-Staatssekretär Siegfried Mann.
53) „Der Spiegel" Nr. 52/1980 v. 22. 12. 1980, S. 57
54) Siehe Anm. 1.
55) Helmut Berndt, Grauzonenwaffen bedrohen Europa, in: „Zivilverteidigung", 2/1979, S. 30.

(Pershing II)[56]) bzw. seit mehreren Jahren (Cruise Missiles)[57]) im Gange. Nachdem das Londoner Internationale Institut für strategische Studien (IISS) in seinem Bericht „The Military Balance 1977—1978" mit dem Stichdatum Juli 1977 der Sowjetunion erstmals ganze 20 (in Worten: zwanzig) SS-20-Raketen zugeschrieben hatte[58]), wurde Schmidt im Herbst 1977 zum Entdecker einer angeblich zuungunsten des Westens in Europa bestehenden Mittelstreckenraketen-„Lücke"[59]). Schmidts Alarmschrei bot den USA, nach anfänglichem Zögern, die Gelegenheit, den Westeuropäern ihre neuen Mittelstreckenwaffen aufzudrängen, um für diesen vermeintlichen „Schutz", der in Wirklichkeit das nukleare Risiko und damit die Angst in Europa steigern mußte, desto besser ein vielfältiges „Schutzgeld" erpressen zu können, insbesondere von einer verängstigten Bundesrepublik[60]). Schmidt hingegen, in seinem grenzenlosen Vertrauen zu den USA und Alarmismus nach Osten hin, behauptet heute, diese „Nach"rüstung sei nötig, um zu verhindern, daß die sowjetischen Raketen „übermorgen zur politischen Pression benutzt werden können"[61]).

Trotz seiner Fähigkeit, einen besonnenen Staatsmann zu mimen, ist die Neigung zu alarmistischen Fehlurteilen in Schmidts Psyche fest verwurzelt. Schon 1960 fiel er als SPD-„Wehrexperte" auf das Märchen von einer zuungunsten der USA bestehenden strategischen Raketen-„Lücke" herein, mit dem die Kennedy-Demokraten im damaligen Wahlkampf den Republikanern zusetzten[62]). Nachdem die Kennedy-Administration bereits 1961 diese „Lükke" ins Reich der Legende verwiesen hatte, bekannte Schmidt erst 1965 seinen „gravierenden Fehler: die falsche Einschätzung des sowjetischen Vorsprungs auf dem Gebiete der Raketenrüstung am Ende des Jahrzehnts der fünfziger Jahre"[63]). Dieses verspätete Eingeständnis kompensierte er flugs mit einer alarmistischen, weltweiten Dominotheorie, indem er im Blick auf Vietnam schrieb: „Wenn die Amerikaner in einer asistiaschen Kuba-Krise unterliegen sollten, so wären die Konsequenzen nicht nur zum Beispiel für Indien und Japan, sondern im Anschluß daran auch für die Nordatlantik-Mächte möglicherweise schicksalentscheidend"[64]). Alarmismus auch nach der Warschauer-Pakt-Intervention in der Tschechoslowakei im August 1968, als der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Schmidt öffentlich „die Verteidigungs-

56) Hubertus Hoffmann/Rolf Steinrücke, Von der Pershing zur MMIRBM. Neue Mittelstreckenraketen der NATO, in: „loyal", 6/1979, S. 26.
57) Vgl. „Newsweek" v. 19. 6. 1972, S. 22.
58 MB 1977—1978, S. 8.
59) Schmidt-Vortrag vor dem IISS, London, 28. 10. 1977. Siehe auch Anm. 71 und Text.
60) Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, gek. Ausgabe Berlin o.J., S. 336, warnte davor, „die Begehrlichkeit unserer einstweiligen Freunde und ihre Rechnung auf unser Gefühl sorgenvoller Bedürftigkeit (zu) steigern."
61) „Der Spiegel", Nr. 9/1981 v. 23. 2. 1981, S. 27.
62) Helmut Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung. 5. Aufl. Stuttgart 1968 (erstmals erschienen 1961), S. 70f.: „Für mindestens zwei bis drei weitere Jahre muß damit gerechnet werden, daß auf dem Gebiete der interkontinentalen Raketen die Sowjetunion einen erheblichen zahlenmäßigen, vielleicht sogar einen qualitativen Vorsprung vor den USA haben wird."
63) Ebd., S. I im Vorwort zur 3. Aufl. vom Sommer 1965.
64) Ebd. S. XIII.

position Westeuropas . . . als zum Nachteil des Westens beeinträchtigt" erklärte, da der „sowjetische Aufmarschraum gegen das Territorium der Bundesrepublik " verbreitert worden sei ; nachdem ihm klar gemacht worden war, daß er damit die Angstmache der Unionsparteien unterstützte und ihnen ein Jahr vor Bundestagswahlen verängstigte Wähler in die Arme trieb, wiegelte er sechs Wochen später wieder ab: Das militärische Gleichgewicht sei „nicht sonderlich tangiert"[65]). Als Verteidigungsminister malte er im Dezember 1969 (während sein Kanzler Brandt die Entspannung mit dem Osten anstrebte) die folgenden „drei hauptsächlichen Gefahren für den Westen – zugleich die drei hauptsächlichen Versuchungen für den Osten –" an die Wand: „ein massiver Angriff auf breiter Front, ein begrenzter Würgegriff . . ."[66]). Kein Wunder, daß ihm die „Frankfurter Allgemeine" bescheinigte: „Solange . . . Schmidt in der Regierung sitzt, behält die Opposition den besten Verfechter ihrer eigenen Thesen."[67]) Als Kanzler und „Weltökonom" hatte Schmidt zunächst mehrere Jahre lang allen Grund, sich über den Zustand der westlichen Wirtschaften zu sorgen (wobei der „Macher" kaum mehr als ein Durchwurstler war) – bis 1977 sein militärpolitischer Alarmismus wieder offen ausbrach, der ihn heute ausrufen läßt: „Ich habe Angst, ich habe Angst vor den Russen."[68])

Über deutsche Psychen, die von der Angst beherrscht sind, daß „die Russen kommen", und die offenbar auch dadurch keines Besseren belehrt werden, daß die Russen Jahr um Jahr *nicht* kommen, hat Sebastian Haffner einmal (ohne Erwähnung Schmidts, der mit Hitlers Wehrmacht fast bis Leningrad und Moskau kam) verallgemeindernd geschrieben: „Jeder Psychiater weiß, daß Angstneurosen meist eine verdrängte Form von Selbstbestrafung sind . . . Die deutsche Russenangst ist ein gutes Beispiel. Objektiv ist sie unbegründet, aber tiefenpsychologisch ist sie nur zu begründet. Sie ist der unterbewußte Ersatz für verweigerte Reue. Nicht die Russen haben die Deutschen, die Deutschen haben die Russen überfallen. Weil sie dafür nicht mit Reue bezahlen wollen, bezahlen sie mit Angst . . . Sie sind seither dazu verurteilt, von den Russen ständig das zu erwarten, was sie selbst den Russen angetan haben."[69])

Eine solche Psyche – so repräsentativ für ältere Westdeutsche sie auch sein mag – erscheint kaum qualifiziert zur Regierung eines Landes, das zur Wahrung seiner Interessen nichts so nötig hat wie ruhige und richtige Urteilskraft. Eine solche Psyche fühlt sich natürlich bestätigt und bestärkt, wenn die USA aus eigennützigen Gründen eine „sowjetische Bedrohung" an die Wand malen, um desto leichter Tributleistungen erpressen zu können[70]). Wenn sie Be-

65) Helmut Wolfgang Kahn, Helmut Schmidt, Fallstudie über einen Populären, Hamburg 1973, S. 59.
66) Bulletin der Bundesregierung, Bonn, 12. 12. 1969, S. 1988.
67) FAZ v. 13. 5. 1971, S. 1.
68) „Der Spiegel", Nr. 27/1981 v. 29. 6. 1981, S. 19.
69) Kahn, Schmidt, S. 72.
70) Freilich gibt es in hohen amerikanischen Ämtern auch echte Paranoiker: Der erste Verteidigungsminister der USA, James v. Forrestal, wurde im Frühjahr 1949 aufgegriffen, als er im Schlafanzug durch die Straßen des Badeortes Hobe Sound/Florida lief und schrie: „Die Roté Armee ist gelandet . . . Die Russen kommen. Sie sind schon da. Ich habe russische Soldaten gesehen." Einige Wochen später beging der Verfolgungswahnsinnige Selbstmord.

schlüsse wie die „Nach"rüstung herbeiführt, auf die Moskau nur unerfreut reagieren kann, steigt die Angst abermals und mit ihr die Erpreßbarkeit durch die USA. Dann noch mehr „Nach"rüstung, noch mehr Angst, noch mehr Erpreßbarkeit – eine Spirale ohne Ende, solange Alarmismus in Bonn regiert.

Als Erfinder der Mittelstreckenraketen-„Lücke" trat Schmidt mit einem Vortrag vor dem Londoner IISS am 28. Oktober 1977 erstmals öffentlich hervor. Er behauptete u.a.: „SALT kodifiziert das nuklearstrategische Gleichgewicht zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten. Mit anderen Worten: SALT neutralisiert ihre strategischen Nuklearpotentiale. Damit wächst in Europa die Bedeutung der Disparitäten auf nukleartaktischem und konventionellem Gebiet zwischen Ost und West. . . Begrenzungen der strategischen Rüstungen, die auf die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion beschränkt sind, beeinträchtigen unvermeidlich die Sicherheit der westeuropäischen Bündnispartner gegenüber der sowjetischen Militärmacht in Europa, wenn es uns nicht gelingt, die militärischen Machdisparitäten in Europa parallel zu den SALT-Verhandlungen zu beseitigen. Solange dies nicht der Fall ist, müssen wir das Gleichgewicht auf dem ganzen Gebiet der Abschreckungsstrategie aufrechterhalten. Das Bündnis muß deshalb bereit sein, die Mittel bereitzustellen, die seine gegenwärtige Strategie stützen, die immer noch die richtige ist . . . Bis jetzt hat die Sowjetunion nicht klar zu erkennen gegeben, daß sie willens ist, das Prinzip der Parität für Europa ebenso zu akzeptieren, wie sie es für SALT akzeptiert hat. . ."[71])

Damit hatte Schmidt in mehrfacher Beziehung falsch gedacht und vorschnell geredet: 1. Der SALT-II-Vertrag war damals noch in Verhandlung; er wurde erst am 18. Juni 1979 in Wien von Breschnew und Carter unterzeichnet, geriet im US-Senat sofort (*vor* „Afghanistan") in Schwierigkeiten, wurde nicht ratifiziert, und die Reagan-Administration erkennt „keine rechtliche oder moralische Verpflichtung" an, sich an ihn zu halten. 2. Ein nuklearstrategisches „Gleichgewicht" bestand insofern nicht, als die USA ein *Übergewicht* von mehreren tausend Sprengköpfen über die Sowjetunion besaßen und noch längere Zeit behalten würden. 3. Nicht erst SALT „neutralisierte" die beiden strategischen Nuklearpotentiale, sondern das seit langem bestehende atomare Patt. 4. Von „Disparitäten" in Europa konnte nicht ernsthaft die Rede sein, da ein gewisser konventioneller Vorteil des Ostens durch ein Verhältnis von 7000 amerikanischen zu 3500 sowjetischen nukleartaktischen Sprengköpfen ausgeglichen wurde; es war daher nicht nötig, neue westliche „Mittel bereitzustellen". 5. Ob die Abschreckungsstrategie „immer noch die richtige" war, ist höchst zweifelhaft; die westliche „Abschreckung" ist immer lückenhaft gewesen – sowohl technisch wie insbesondere willensmäßig auf der höchsten Eskalationsebene – und hat nur deshalb *scheinbar* funktioniert, weil offenbar keine sowjetischen Angriffsabsichten bestanden. 6. Die Sowjetunion hat sehr wohl ihren Wunsch zu erkennen gegeben, die amerikanischen „vorgescho-

71) Helmut Schmidt, The 1977 Alastair Buchan Memorial Lecture, 28. 10. 1977, in: „Survival", Januar/Februar 1978, S. 3 f.

benen Waffensysteme" (FBS) in Europa in die SALT-Verhandlungen einzubeziehen – was automatisch ihre Mittelstreckensysteme einbezogen hätte –, aber dem hatten sich die Westeuropäer, besonders die Bundesrepublik, stets widersetzt, wie der ehemalige amerikanische SALT-Unterhändler Paul C. Warnke bestätigt hat[72]).

Besonders auf die Punkte 2 und 3 ist näher einzugehen: Auf das Verhältnis der nuklearstrategischen *Sprengköpfe* zwischen den USA und der Sowjetunion kommt es an, da man von Sprengköpfen getroffen wird, nicht von ihren „Trägern" (Raketen, Flugzeuge etc.). Es betrug bei Beginn der SALT-Verhandlungen 4000:1800, bei Abschluß von SALT I (1972) 5700:2500 und bei Unterzeichnung von SALT II (1979) 9200:5000 [73]). Heute beträgt es, nach dem Jahresbericht des Pentagons für das Finanzjahr 1981, 9200:6000 [74]) – nach anderen Angaben 13 000:7400 [75]). Schon 1974 rief der damalige US-Außenminister Kissinger aus: „Was in Gottes Namen ist strategische Überlegenheit? Was bedeutet sie politisch, militärisch, praktisch bei dieen hohen Zahlen? Was fängt man damit an?"[76])
Nach Schmidts Alarmschrei vom Herbst 1977 und unter ausdrücklicher Bezugnahme auf diesen berichtete das Londoner IISS 1978, selbst die Carter-Administration habe zunächst darauf hingewiesen, „daß die USA weiterhin eine beträchtliche Überlegenheit in einsatzfähigen Sprengköpfen über die Sowjetunion genießen und daß die Einführung luftgestützter strategischer Cruise Missiles diese weiter vermehren werde". Der IISS-Bericht fügte hinzu: „In der Tat vermehren sich die Sprengköpfe viel schneller als die potentiellen Ziele."[77]) Das ist der springende Punkt: Selbst wenn die Sowjetunion, mit oder ohne SALT II, im Verhältnis der strategischen Sprengköpfe mit den USA gleichziehen sollte, behielten die USA zweifellos genügend, um *alle* potentiellen Ziele in der UdSSR (einschließlich ihrer Mittelstreckenraketen) und in Europa „abzudecken" – so wie Sowjets zweifellos genügend besäßen, um neben den USA und Westeuropa auch einen potentiellen Gegner wie China und Westeuropa auch in Schach zu halten. Und dies galt zweifellos, „bei diesen hohen Zahlen", bereits 1977, als Schmidt zusätzliche „Mittel" forderte.

Es fehlte den USA also keineswegs an strategischen Mitteln. Was ihnen fehlte, das war (und ist) der politische *Wille,* sie Westeuropa zuliebe einzusetzen, Westeuropas wegen ihre eigene Existenz aufs Spiel zu setzen. Dies hat Schmidt nicht auszusprechen gewagt; hätte er es getan, hätte er freilich nichts Neues verkündet.

Schon 1959 (während einer Berlinkrise) hatte US-Außenminister Christian Herter vor dem Senat erklärt: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendein Präsident *uns* in einen totalen Nuklearkrieg verwickelt, außer die Tatsachen

72) „Der Spiegel", Nr. 20/1979, v. 14. 5. 1979, S. 144.
73) Prof. Dr. Dieter Senghaas, Leserbrief in: „Der Spiegel", Nr. 19/1981 v. 4. 5. 1981, S. 9.
74) „Die Zeit" v. 17. 4. 1981, S. 3.
75) Laut Christian Potyka in: „Süddeutsche Zeitung" v. 23./24. 5. 1981, S. 8.
76) „Der Spiegel", Nr. 28/1974 v. 8. 7. 1974, S. 62 f.
77) IISS, Strategic Survey 1977, London 1978, S. 76.

zeigen klar, daß *wir selbst* in Gefahr totaler Verwüstung stehen oder daß tatsächlich Schritte ergriffen worden sind, *uns* zu vernichten."[78]) (Hervorh. v.Verf.) De Gaulle reagierte auf die damals schon gegebene Gefahr eines auf Europa beschränkten Atomkrieges prompt, indem er die Stationierung amerikanischer Kernwaffen in Frankreich untersagte[79]). 212 US-Flugzeuge mit atomarer Kapazität mußten daraufhin von französischen Basen nach England und Westdeutschland verlegt werden[80]). Damit und mit der beginnenden Herauslösung seiner Streitkräfte aus der NATO handelte de Gaulle als französischer Patriot. Strauß dagegen erklärte sich am 16. Dezember 1959 vor der NATO „trotz der dichten Besiedlung der Bundesrepublik und trotz ihrer exponierten militär-geographischen Lage. . . bereit, die damit (mit der Aufnahme von Kernwaffen – d.Verf.) verbundenen Belastungen auf uns zu nehmen und die dabei sich ergebenden Risiken vor unserem eigenen Volke zu vertreten"[81]). De Gaulle wiederum, der in der Kuba-Raketenkrise von den USA nur informiert, nicht konsultiert worden war, bezweifelte im Januar 1963 öffentlich, „ob, wie, wo und wann und in welchem Umfang die amerikanischen Waffen zur Verteidigung Europas eingesetzt würden[82]); auch der konservative britische Verteidigungsminister Peter Thorneycroft äußerte 1963 ähnliche Zweifel[83], Diesen setzte Kennedy am 25. Juni 1963 in der Frankfurter Paulskirche das große Wort entgegen: „Amerika setzt seine Städte aufs Spiel, um Ihre Städte zu verteidigen"[84]), und Adenauer glaubte, dies „habe Kennedy ernst gemeint"[85]). Aber die ganze Strategie der „flexiblen Reaktion", die Kennedys Verteidigungsminister Robert S. McNamara eingeführt hatte und die nach Frankreichs Austritt aus der NATO von dieser 1967 formal übernommen wurde, lief darauf hinaus, den „Augenblick der Wahrheit" für die USA möglichst spät und möglichst gar nicht eintreten zu lassen.

In jüngerer Zeit, schon in Verbindung mit der „Nach"rüstung, hat Strauß erklärt: Es wäre „völlig falsch, sich auf die abschreckende Wirkung der strategischen Kernwaffen der Amerikaner zu verlassen, denn die Amerikaner können und werden diese nicht einsetzen"[86]). Auch der Staatssekretär für die britische Luftwaffe, Geoffrey Pattie, hat geäußert: „Die nukleare Schutzgarantie der USA. . . ist nicht mehr verläßlich."[87]) Und dem ehemaligen US-Außenminister Kissinger stand klar das Überleben der amerikanischen „Zivilisation" vor Augen, als er in Brüssel am 1. September 1979 einer Konferenz über die Zukunft der NATO sagte: „Die europäischen Verbündeten sollten nicht fortfahren, uns um strategische Versicherungen zu bitten, die wir unmöglich ernst

78) Hearings on the Nomination of Christian A. Herter to be Secretary of State, Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, 86th Cogress 1st Session, S. 9 f.
79) Dwight D. Eisenhower, Waging Peace, Garden City/New York 1965, S. 359, Fn. 15.
80) D.F. Fleming, The Cold War and Its Origins, London 1961, Bd. II, S. 968.
81) FAZ v. 22. 12. 1969.
82) „Europa-Archiv" (EA) 1963, S. D91.
83) Zit. in: Ronald Steel, The End of Alliance, New York 1964, S. 43.
84) EA 1963, S. D355.
85) Konrad Adenauer, Erinnerungen, Stuttgart Bd. IV, S. 222.
86) Strauß-Interview in: „Der Welt" v. 12. 2. 1979, S. 3
87) James Bellini/Geoffrey Pattie, A. New World Role for the Medium Power: The British Opportunity, London 1977, S. 8

meinen können oder die wir, falls wir sie ernst meinen, nicht wahrmachen könnten, weil wir sonst die Zerstörung der Zivilisation riskieren würden."[88]) Selbst der Genscher/Schmidt-Regierung erscheint eine amerikanische Antwort mit interkontinental-strategischen Waffen„wenig glaubhaft"[89]).

Mit diesen kompetenten Zeugnissen ist empirisch erhärtet, was die Analyse der amerikanischen Interessen im letzten Abschnitt bereits ergeben hat. Die amerikanische strategische Nukleargarantie ist entfallen, die USA haben sich eindeutig von Westeuropa „abgekoppelt". Die Abkoppelung erfaßt – wie noch gezeigt werden wird – auch die Reichweiten unterhalb der interkontinentalen.

(Zweiter Teil folgt)

Die alarmierenden Prognosen von „Global 2000"

Ein Bericht über die Weltstudie des amerikanischen Rates für Umweltqualität und des US-Außenministeriums

Von Werner Rügemer

Die alarmierenden Zukunftsaussichten, mit denen die Menschheit nach den Prognosen der amerikanischen Gobalstudie für das Jahr 2000 zu rechnen hat, haben weltweit Aufsehen erregt. Mit dem nachstehenden „Bericht über den Bericht" wollen wir unseren Lesern einen so kurz wie möglich gefaßten Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der über 1500 Druckseiten umfassenden Weltstudie zur Verfügung stellen. Die Analyse der Leistungen und Defizite von „Global 2000" bleibt nachfolgenden „Blätter"-Beiträgen vorbehalten. D. Red.

I. Vorbemerkungen

In seiner Botschaft an den Kongreß vom 23. Mai 1977 hatte Präsident Carter den Council on Environmental Quality und das Außenministerium aufgefordert, eine Untersuchung über die „voraussichtlichen Veränderungen der Bevölkerung, der natürlichen Ressourcen und der Umwelt auf der Erde bis zum Ende dieses Jahrhunderts" vorzulegen. Die Ergebnisse, zu denen der 1980

88) Henry Kissinger, NATO: The Next Thirty Years, 1. 9. 1979, in: „Survival", November/Dezember 1979, S. 264, 266.
89) Aspekte (Anm. 15), S. 51.

meinen können oder die wir, falls wir sie ernst meinen, nicht wahrmachen könnten, weil wir sonst die Zerstörung der Zivilisation riskieren würden."[88]) Selbst der Genscher/Schmidt-Regierung erscheint eine amerikanische Antwort mit interkontinental-strategischen Waffen„wenig glaubhaft"[89]).

Mit diesen kompetenten Zeugnissen ist empirisch erhärtet, was die Analyse der amerikanischen Interessen im letzten Abschnitt bereits ergeben hat. Die amerikanische strategische Nukleargarantie ist entfallen, die USA haben sich eindeutig von Westeuropa „abgekoppelt". Die Abkoppelung erfaßt – wie noch gezeigt werden wird – auch die Reichweiten unterhalb der interkontinentalen.

(Zweiter Teil folgt)

Die alarmierenden Prognosen von „Global 2000"

Ein Bericht über die Weltstudie des amerikanischen Rates für Umweltqualität und des US-Außenministeriums

Von Werner Rügemer

Die alarmierenden Zukunftsaussichten, mit denen die Menschheit nach den Prognosen der amerikanischen Gobalstudie für das Jahr 2000 zu rechnen hat, haben weltweit Aufsehen erregt. Mit dem nachstehenden „Bericht über den Bericht" wollen wir unseren Lesern einen so kurz wie möglich gefaßten Überblick über die wichtigsten Ergebnisse der über 1500 Druckseiten umfassenden Weltstudie zur Verfügung stellen. Die Analyse der Leistungen und Defizite von „Global 2000" bleibt nachfolgenden „Blätter"-Beiträgen vorbehalten. D. Red.

I. Vorbemerkungen

In seiner Botschaft an den Kongreß vom 23. Mai 1977 hatte Präsident Carter den Council on Environmental Quality und das Außenministerium aufgefordert, eine Untersuchung über die „voraussichtlichen Veränderungen der Bevölkerung, der natürlichen Ressourcen und der Umwelt auf der Erde bis zum Ende dieses Jahrhunderts" vorzulegen. Die Ergebnisse, zu denen der 1980

88) Henry Kissinger, NATO: The Next Thirty Years, 1. 9. 1979, in: „Survival", November/Dezember 1979, S. 264, 266.
89) Aspekte (Anm. 15), S. 51.

fertiggestellte, umfangreiche Bericht kommt, werden von den Verfassern selbst als „alarmierend" bezeichnet. (19; Seitenangaben in Klammern nach der deutschen Ausgabe) Sie plädieren deshalb für „mutige und entschlossene neue Initiativen . . . Es muß eine neue Ära der globalen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Verpflichtung beginnen, wie sie in der Geschichte ohne Beispiel ist". (20f.)

Ob die Carter-Regierung entsprechende politische Initiativen ergriffen hätte, bleibe dahingestellt. Präsident Reagan jedenfalls ließ die regierungsoffizielle Verbreitung des Berichts stoppen, schon die Diskussion darüber paßte nicht in seine Politik der forcierten Prioritäten, Aufrüstung, Unternehmerfreiheit, Sozialabbau und internationale Konfrontation. Hermann Kahn wird Reagan nicht ferngestanden haben, als er in seinem Artikel „Globalony 2000" (etwa zu übersetzen mit Globalblödheit 2000) den Bericht als irreführend und zu pessimistisch charakterisierte und meinte, daß die Armen der unterentwickelten Länder am Problem der Ungleichheit nicht interessiert seien.

Es ist das Verdienst der Studie, nachzuweisen, daß die langfristige Entwicklung der Nahrungsmittel, der natürlichen Ressourcen, der Umwelt usw. auf Katastrophen zusteuert – unter der Bedingung, daß „sich an den Grundlagen der heutigen Politik nichts ändert" (19) und neue Initiativen nicht ergriffen werden. Dieser Nachweis wird mit einer Fülle von Fakten und einer Komplexität der Faktoreninterdependenz geführt, die weit über vergleichbare Analysen wie etwa des „Club of Rome" hinausgeht. Es ist lehrreich, sich die Diskrepanz zu vergegenwärtigen, die zwischen dem von den staatlichen Stellen der westlichen Führungsmacht USA verfügbaren Wissen (neben dem Council und dem Außenministerium waren 11 weitere Bundesbehörden einbezogen) und der Konsequenzlosigkeit bei den unmittelbar politisch Verantwortlichen besteht.

Sicherlich muß man auf starke analytische Unschärfen des Berichts hinweisen, etwa wenn Rüstung und Kriege praktisch überhaupt nicht berücksichtigt werden, wenn bei den „weltweiten Trends" und den „Grundlagen der heutigen Politik" die Belege doch nur aus den USA oder anderen kapitalistischen Ländern kommen, wenn bei den unterentwickelten Ländern nicht zwischen solchen unterschieden wird, die noch ganz vom kapitalistischen Weltmarkt abhängen, und solchen, die sich daraus mehr oder weniger befreit haben, oder wenn die Lösungen fast nur auf internationalen Ebenen gesucht werden und den einzelnen Nationen und demokratischen Bewegungen keine Handlungskompetenz zugeschrieben wird. Es wäre auch zu überprüfen, ob bei „Global 2000" nicht ein Entwicklungsmodell vorliegt, das biologischen und ökologischen Systemen eine zu geringe Lern- und Assimilationsfähigkeit zugesteht. Dennoch sollte das hier zusammengetragene Wissen und der globale und prozessuale Analyseansatz genutzt werden.

Verschiedentlich wird zu Recht auf Lücken und Inkonsistenzen bei den zur Durchführung der Studie verfügbaren Methoden hingewiesen, etwa Unterschiede bei Kriterien der beteiligten Bundesbehörden oder die als vermutlich

zu optimistisch beurteilte durchgängige Annahme, man könne auch in Zukunft für die gleiche Anzahl von reicheren Nationen von einer gleichen Kapitalgrundlage wie gegenwärtig ausgehen. Man ist sich z. B. bewußt, daß einige Daten, mit denen man arbeiten mußte, von der sehr wahrscheinlich falschen Annahme ausgehen, daß die Güter und Dienstleistungen, die bisher auf der freien Verfügbarkeit und der guten Beschaffenheit von Land, Luft und Wasser basierten, auch in Zukunft ohne größeren Kosteneinsatz in wachsenden Mengen verfügbar sind. Weiterhin ist man sich bewußt, daß das bewußte Aussparen von Kriegen und politischen Konflikten im Analysemodell gerade jetzt problematischer denn je ist, da sich ein „wachsendes Potential für internationale Konflikte" abzeichnet.

Dem folgenden Bericht über die wichtigsten Prognosen von „Global 2000" liegt die mittlerweile in 24. Auflage gedruckte deutsche Ausgabe beim Verlag 2001, Frankfurt/M., zugrund. (Titel der Originalausgabe: The Global 2000 Report to the President, hrsg. vom Council on Environmental Quality und vom US-Außenministerium; Washington, US Government Printing Office, 1980).

„Global 2000" besteht aus drei Bänden. Der erste Band, auf den sich unser „Bericht über den Bericht" im wesentlichen stützt, trägt den Titel „Der Schritt ins 21. Jahrhundert" und faßt die wichtigsten Erkenntnisse und Schlußfolgerungen zusammen; der zweite und umfangreichste Band, „Technischer Bericht", enthält die Untersuchungsergebnisse im einzelnen sowie Angaben zum Weltmodell der US-Regierung, auch im Vergleich zu anderen Weltmodellen (Club of Rome, Lateinamerikanisches Weltmodell, UNO usw.). Der dritte Band, der in die deutsche Ausgabe nicht aufgenommen wurde, enthält Einzelheiten zur Funktionsweise der Weltmodelle.

II. Die wichtigsten Prognosen

Die Prognosen werden im Bericht selbst unter erhebliche Vorbehalte gestellt: erstens sind die Prognosen trotz der dramatischen Ergebnisse wahrscheinlich immer noch zu optimistisch, da die Möglichkeiten gegenseitiger Verschlechterung der Einzelentwicklungen nicht intensiv genug durchgerechnet werden konnten; zweitens bleiben Auswirkungen von Kriegen und möglichen Einzelkatastrophen unberücksichtigt; drittens sind die Prognosen nur Fortschreibungen der gegenwärtigen Trends, also unter der Voraussetzung gemacht, daß sich an den „Grundlagen der gegenwärtigen Politik nichts ändert".

Eingangs wird darauf hingewiesen, daß ungeachtet im Durchschnitt weiteren Wirtschaftswachstums die Menschheit in den nächsten Jahrzehnten einer immer unsichereren Zukunft entgegengeht und die Kluft zwischen arm und reich sich weiter vertieft. Die Energieträger Kohle, Erdöl, Erdgas, Ölschiefer, Uran werden zwar als ausreichend „noch für Jahrhunderte" bezeichnet, sie werden aber für die ärmeren Nationen immer weniger bezahlbar. Ähnliches gilt für die mineralischen Rohstoffe. Knapp in absoluter Hinsicht werden aber die „einfachen" Energieträger und Rohstoffe, deren einfache Verfügbarkeit

insbesondere für die armen Nationen lebenswichtig ist: Brennholz, Wasser, Wald, agrarisch nutzbarer Boden, reine Luft, Pflanzen- und Tierarten.

Für das Jahr 2030 wird eine Weltbevölkerung von 10 Mrd. und für das Ende des 21. Jahrhunderts von 30 Mrd. Menschen angenommen. Da diese Zunahme insbesondere in den unterentwickelten Ländern (im folgenden abgekürzt als UL) stattfinden wird, werden Hunger, Krankheit, Unterernährung, geistige und körperliche Behinderungen zunehmen. Der Bericht konstatiert zwar ein in den letzten Jahren gewachsenes Problembewußtsein (Aufforstungen, Erforschung von Alternativen zum Erdöl, Familienplanung, Abfallbeseitigungssysteme, Ersatz für langlebige Pestizide usw.), aber angesichts der tiefergehenden globalen Herausforderungen werden solche Maßnahmen als „bei weitem nicht ausreichend" bezeichnet. „Diese Probleme sind unauflöslich mit den komplexesten und dringendsten Problemen unserer Welt verknüpft – Armut, Ungerechtigkeit und gesellschaftliche Konflikte". Allerdings läßt der Bericht Vorschläge auf der immer wieder abstrakt angesprochenen gesellschaftlichen Ebene vermissen.

Bevölkerung

Eine der wichtigsten Erkenntnisse von Global 2000 besteht drin, daß es bis zum Jahre 2000 unter jeder der weitgefächterten Vorannahmen, die die Untersuchung berücksichtigt hat, zu einem enormen Anwachsen der Weltbevölkerung kommen wird . . .

Den größten Anteil am Bevölkerungswachstum (92%) werden die unterentwickelten Länder und nicht die Industrieländer haben. Von den 6,35 Mrd. Menschen des Jahres 2000 werden 5 Mrd. in den UL leben . . .

Die prognostizierten Fruchtbarkeitsraten und Lebenserwartungen zusammen mit der Altersstruktur der Weltbevölkerung sind für spätere Jahre von größter Bedeutung, da es von diesen Faktoren abhängt, wie bald die Weltbevölkerung aufhört zu wachsen und wie groß die schließlich stabilisierte Weltbevölkerung sein wird. Die Prognosen der Studie gehen davon aus, daß die Fruchtbarkeitsraten auf der Welt im Zeitraum von 1975 bis 2000 um mehr als 20% fallen, von durchschnittlich 4,3 Kinder je fruchtbarer Frau auf 3,3 Kinder. In den UL ist ein Absinken der Fruchtbarkeitsraten um 30% prognostiziert infolge einiger bescheidener Fortschritte in der sozialen und ökonomischen Entwicklung und infolge einer besseren Zugänglichkeit und häufigeren Verwendung von Methoden zur Empfängnisverhüting. Die Prognosen gehen auch davon aus, daß sich infolge verbesserter Gesundheitsverhältnisse die Lebenserwartung bei der Geburt weltweit um 11% auf 65,5 Jahre erhöhen wird. Die prognostizierte Steigerung der Lebenserwartung und das Sinken der Fruchtbarkeitsraten halten sich in ihren demographischen Auswirkungen annähernd das Gleichgewicht.

Zu dem schnellen Bevölkerungswachstum gesellt sich in den UL eine dramatische Abwanderung der Landbevölkerung in die Großstädte und deren Randbezirke. Wenn die heutigen Trends anhalten, werden in Zukunft viele Großstädte in den UL von fast unübersehbarer Ausdehung und völlig übervölkert sein. Den Prognosen zufolge wird Mexico City im Jahre 2000 mehr als 30 Mill. Einwohner haben, nahezu dreimal so viel wie die heutige Bevölkerung des Stadtgebiets von New York. Kalkutta wird sich einer Zahl von 20 Mill. nähern, Groß-Bombay, Groß-Kairo, Djakarta und Seoul werden voraussichtlich alle im Bereich von 15 bis 20 Mill. Einwohnern liegen, und 400 Städte werden die Millionengrenze überschritten haben.

Eindringlich führt „Global 2000" vor Augen, welche Folgen die Landflucht in den UL heraufbeschwört:

Das rasche Städtewachstum wird für die Abwasserbeseitigung, die Wasserversorgung, die Ge-

sundheitspflege, die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Wohnraum und Arbeitsplätzen enorme Probleme aufwerfen. Die UL werden ihre städtischen Dienstleistungen bis zum Jahre 2000 um nahezu zwei Drittel erhöhen müssen, nur um das Pro-Kopf-Niveau von 1975 zu halten. Die Mehrzahl der Menschen in den Großstädten der UL werden wahrscheinlich in „wilden Siedlungen" leben – Slums und Shantytowns, in denen die sanitären Verhältnisse und die sonstige öffentliche Versorgung bestenfalls rudimentär sind. In vielen Großstädten – z. B. Kalkutta, Bombay, Mexico City, Rio de Janeiro, Seoul, Taipeh – lebt schon heute ein Viertel der Bevölkerung oder mehr in wilden Siedlungen, und der Trend weist steil nach oben. Es ist nicht sicher, daß der prognostizierte Trend einer enormen Zunahme der Stadtbevölkerung in den UL sich in den nächsten 20 Jahren fortsetzen wird. In den kommenden Jahren könnten Nahrungsmangel, Arbeitsplatzmangel und die Zunahme von Krankheit und Elend bei den Armen in den Städten zu einer Verlangsamung des Städtewachstums führen und den Trend verändern.

So schlimm die Verhältnisse in den Städten sind, in den ländlichen Gebieten vieler UL sind sie im allgemeinen noch schlimmer. Nahrungs-, Wasser-, Gesundheits- und Einkommensprobleme sind in entlegenen Acker- und Weidegebieten oft äußerst drückend. In einigen Gebieten wird die Land-Stadt-Migration und das rasche städtische Wachstum durch eine Verschlechterung der Verhältnisse auf dem Land beschleunigt.

Einkommen

Einkommensprognosen ließen sich nicht durchführen, an ihrer Stelle wurden Bruttosozialprodukt-Prognosen verwendet. Das BSP, allerdings – wie die Autoren einräumen – ein unzureichendes Maß für sozialen und ökonomischen Wohlstand, werde den Prognosen zufolge in den 25 Jahren zwischen 1975 und 2000 weltweit um 145% ansteigen. Wegen des Bevölkerungswachstums werde das BSP in den ärmeren wie in den reicheren Ländern nach 1985 absinken.

Das BSP-Wachstum werde in den UL voraussichtlich rascher voranschreiten (im Durchschnitt jährlich um 4,5%, d. h. nahezu eine Verdreifachung in 25 Jahren) als in den entwickelten Regionen (durchschnittliches Wachstum von jährlich 3,3%, d. h. etwas mehr als eine Verdoppelung).

Das Wachstum des Bruttosozialprodukts in den UL geht jedoch von einem sehr niedrigen Niveau aus, und das Bevölkerungswachstum in den UL reduziert die Pro-Kopf-Zunahme des BSP auf sehr niedrige Werte. Während einige UL, vor allem in Südamerika, den Prognosen zufolge ihr BSP pro Kopf bis zum Jahre 2000 erheblich steigern werden, kommen andere Länder nur geringfügig oder gar nicht über das gegenwärtige Niveau hinaus. Indien, Bangladesch und Pakistan steigern ihr Pro-Kopf-BSP um 31% bzw. 8% bzw. 3%, aber in allen drei Ländern wird das Pro-Kopf-BSP unter $ 200 (Dollarwert von 1975) bleiben . . .

Die gegenwärtigen Einkommensdisparitäten zwischen den wohlhabendsten und den ärmsten Ländern werden sich den Prognosen zufolge verstärken. Wenn man davon ausgeht, daß sich die heutigen Trends fortsetzen, wird das Pro-Kopf-BSP in den Industrieländern im Jahre 2000 fast $ 8 500 (Dollarwert von 1975) betragen, und Nordamerika, Westeuropa, Australien, Neuseeland und Japan werden durchschnittlich auf einen Betrag von $ 11 000 kommen. Dagegen wird das Pro-Kopf-BSP in den UL im Durchschnitt unter $ 600 liegen. Für jeden Dollar, um den das Pro-Kopf-BSP in den UL wächst, wird es in den Industrieländern den Prognosen zufolge um $ 20 wachsen. . . Das Ungleichgewicht zwischen den entwickelten und den unterentwickelten Ländern ist so einschneidend, daß drastische Veränderungen der Wachstumsraten notwendig wären, um die bestehende Kluft irgendwann einmal zu schließen.

Nahrungsmittel

Die Angaben, die „Global 2000" über die voraussichtliche Entwicklung der

Ernährungsmöglichkeiten macht, gehen von außerordentlich optimistischen Berechnungen aus. Den Prognosen der vorliegenden Studie zufolge werde die Nahrungsmittelproduktion auf der Erde in der Zeit zwischen 1970 und 2000 im Jahr durchschnittlich um 2,2% zunehmen. Diese Steigerungsrate würde in etwa den Rekordsteigerungen während der 50er, 60er und frühen 70er Jahre entsprechen, des Zeitraums also, in den auch die sog. Grüne Revolution fiel. Unter der Voraussetzung, daß es nicht zu Wetter- oder Klimaverschlechterungen kommt, werde die Nahrungsmittelproduktion im Jahre 2000 um 90% höher liegen als im Jahre 1970. Nach den an anderer Stelle in „Global 2000" nachzulesenden ökologischen Prognosen erscheint die hier gemachte Voraussetzung allerdings als durchaus unrealistisch.

Die Prognosen deuten darauf hin, daß die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion zum größten Teil mit der intensiven Verwendung ertragssteigernder, energie-intensiver Inputs und Technologien zusammenhängen wird – etwa Kunstdünger, Pestizide, Herbizide und künstliche Bewässerung –, bei vielfach rückläufigen Gewinnen. Das kultivierte Land wird den Prognosen zufolge bis zum Jahre 2000 nur um 4% anwachsen, weil der größte Teil geeigneten Landes bereits bewirtschaftet wird. In den frühen 70er Jahren ernährte ein Hektar anbaufähigen Landes durchschnittlich 2,6 Personen; im Jahre 2000 wird ein Hektar 4 Personen ernähren müssen. Wegen dieses zunehmenden Drucks auf das Land wird sich die Nahrungsmittelproduktion wahrscheinlich nicht schnell genug erhöhen, um den wachsenden Bedarf zu befriedigen, es sei denn, die Landwirtschaft macht sich weltweit sehr viel stärker abhängig vom Erdöl. Stärkere Abhängigkeit vom Erdöl wirkt sich aber auch auf die Kosten der Nahrungsmittelproduktion aus. Nach Jahrzehnten allgemein fallender Preise werden die Realpreise für Nahrungsmittel den Prognosen zufolge im Zeitraum von 1970 bis 2000 um 95% steigen, zu einem erheblichen Teil infolge der verstärkten Erdölabhängigkeit. Wenn die Energiepreise noch schneller steigen sollten, als die Prognosen annehmen, könnten die Auswirkungen auf die Nahrungsmittelpreise noch drastischer ausfallen.

Die Studie prognostiziert, daß die Weltnahrungsmittelproduktion im Durchschnitt voraussichtlich schneller anwachsen wird als die Weltbevölkerung, wobei sich der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch zwischen 1970 und 2000 um ca. 15% erhöht. Der Pro-Kopf-Verbrauch in den Industrienationen erhöht sich den Prognosen zufolge um 21% gegenüber dem Niveau von 1970, wobei es in Japan, Osteuropa und in der UdSSR zu Steigerungen zwischen 40 und mehr als 50% und in den USA zu einer Steigerung um 28% kommen wird. In den UL dagegen wird die steigende Nahrungsmittelproduktion mit dem Bevölkerungswachstum nur eben Schritt halten.

Für die UL insgesamt wird eine Erhöhung des Pro-Kopf-Verbrauchs an Nahrungsmitteln von 9% angenommen, allerdings mit enormen Unterschieden in den verschiedenen Regionen und Ländern. In den großen, volkreichen Ländern Südasiens, die im Jahre 2000 voraussichtlich von 1,3 Mrd. Menschen bevölkert sein werden, verbessern sich die Verhältnisse so gut wie gar nicht. Das gleiche gilt für große Gebiete mit geringem Einkommen in Nordafrika und im Mittleren Orient. Der Pro-Kopf-Verbrauch in den UL südlich der Sahara wird den Prognosen zufolge sogar sinken. Die UL, die den größten Pro-Kopf-Zuwachs (Steigerungen von ca. 25%) aufweisen, konzentrieren sich auf Südamerika und Osteuropa . . .

Die Aussicht auf bessere Ernährungsverhältnisse für die ärmsten Menschen in den ärmsten UL ist ernüchternd. In den 70er Jahren erreichte der Kalorienverbrauch in den UL im Durchschnitt nur 94% des von der UN Food and Agriculture Organization (FAO) festgestellten Minimums. Im übrigen ist die Einkommens- und Nahrungsmittelverteilung innerhalb der einzelnen UL so ungleichgewichtig, daß der durchschnittliche nationale Kalorienverbrauch um 10–20% über dem Minimum liegen muß, bevor auch für die Ärmsten mit einiger Wahrscheinlichkeit Ernährungsverhält-

nisse geschaffen sind, die dem Minimalstandard der FAO entsprechen. Lateinamerika ist die einzige unterentwickelte Region, in der der durchschnittliche Kalorienverbrauch den Prognosen zufolge im Jahre 2000 20% über dem FAO-Minimum liegen wird. In den übrigen unterentwickelten Regionen – in Süd-, Ost- und Südostasien, in den armen Gebieten Nordafrikas und des Mittleren Orients und vor allem in Zentralafrika, für das ein verhängnisvoller Nahrungsmittelrückgang pro Kopf prognostiziert ist – wird die den ärmsten Gruppen der Bevölkerung zur Verfügung stehende Menge an Nahrung einfach nicht ausreichen, um Kindern die Erreichung eines normalen Körpergewichts und einer normalen Intelligenz und Erwachsenen eine normale Tätigkeit und Gesundheit zu gestatten.

In Zentralafrika wird der Verbrauch laut „Global 2000" in 20 Jahren um mehr als 20% unter dem FAO-Minimum liegen – unter der alles andere als gesicherten Voraussetzung, daß es nicht wieder zu einer schweren Dürre kommt. In Südasien (vor allem in Indien, Pakistan und Bangladesch) werde der durchschnittliche Kalorienverbrauch voraussichtlich unterhalb des FAO-Minimums bleiben, aber leicht ansteigen. In Ostasien, Südostasien und den wohlhabenden Gebieten Nordafrikas und des Mittleren Orients werde der Kalorienverbrauch pro Kopf durchschnittlich 6–7% über dem FAO-Minimum liegen.

Weil aber die große Mehrheit der Menschen in diesen Regionen in äußerster Armut lebt, wird die ihnen zur Verfügung stehende Nahrungsmenge mit ziemlicher Sicherheit auch weiterhin unterhalb des Minimums liegen. Die Weltbank schätzt, daß die Zahl der unterernährten Menschen in den UL von 400–600 Mill. (Mitte der 70er Jahre) auf 1,3 Mrd. im Jahre 2000 steigen könnte.

Weltweit werde die Verwendung von Mitteln zur Ertragssteigerung wahrscheinlich geringer und die Bodenerosion stärker sein als erwartet. Infolgedessen würde eine erneuerte Nahrungsmittelprognose für die Zukunft in diesem Bereich ein noch kritischeres Bild ergeben – eine etwas geringere Produktion und etwas höhere Preise –, als es die Prognosen von „Global 2000" entworfen haben.

Fischfang

Ausgesprochen ernüchternd – und im Hinblick auf die allgemeine Entwicklung der Ernährungslage geradezu alarmierend, wenn man die bisherigen Hoffnungen auf Meeresprodukte als möglichen Ersatz für traditionelle Nahrungsmittel wie Fleisch bedenkt – sind die Prognosen, die „Global 2000" auf dem Gebiet des Fischfangs stellt.

Leider werden die Fangergebnisse bis zum Jahre 2000 voraussichtlich nur geringfügig, wenn überhaupt, steigen. Die Welt-Fangergebnisse für natürlich produzierten Fisch pegelten sich in den 70er Jahren bei etwa 70 Mill. metrischen Tonnen jährlich ein (60 Mill. Tonnen Seefische, 10 Mill. Tonnen Süßwasserfische). Die Erträge aus der traditionellen Fischerei werden sich wahrscheinlich auf Dauer nicht steigern, und selbst eine Beibehaltung des jetzigen Niveaus erfordert verbesserten Schutz der Meeresumwelt. Möglichkeiten für größere Erträge können sich aus der Aquakultur und aus der Verwendung nicht-traditioneller Arten, wie dem antarktischen Krill, ergeben, die für den direkten menschlichen Vezehr heute kaum genutzt werden.

Traditionelle Süßwasser- und Seefischarten könnten mit Hilfe der Fischzucht in einigen Gebieten vermehrt werden. Die Weltkonferenz der FAO zur Aquakultur von 1976 kam zu dem Ergebnis, daß eine Steigerung der Produktion aus Fischzucht bis zum Jahre 2000 um das Fünf- bis Zehnfache möglich sei, wenn ausreichende finanzielle und technische Mittel zur Verfgung stehen. (Die Aquakultur hatte an den Weltfangergebnissen des Jahres 1975 einen Anteil von schätzungsweise

6 Mill. metrischen Tonnen.) Begrenzte finanzielle und technische Möglichkeiten ebenso wie die zunehmende Verschmutzung der Binnen- und Küstengewässer bilden wahrscheinlich ein ernsthaftes Hindernis für ein solches Wachstum . . .

Ein Ertrag von 115 Mill. Tonnen wäre erforderlich, um 27% des Proteinbedarfs von 6,35 Mrd. Menschen im Jahre 2000 zu decken. Selbst wenn man annimmt, daß die Fangergebnisse für See- und Süßwasserfische auf das unwahrscheinliche Niveau von 100 Mill. metrischen Tonnen im Jahr steigen und daß sich die Erträge aus der Aquakultur verdoppeln und auf 12 Mill. Tonnen erhöhen würden, so würde die hypothetische Gesamtmenge von 112 Mill. metrischen Tonnen nicht so viel Protein pro Kopf erbringen wie die Erträge Mitte der 70er Jahre. Auf einer Pro-Kopf-Basis wird der Fisch im Jahre 2000 also wahrscheinlich einen geringeren Anteil an der Welternährung haben als heute.

Wälder

Was „Global 2000" über die Zukunft der Wälder auf dieser Erde aussagt, läßt die unterentwickelten Länder in besonders drastischer Weise als Hauptleidtragende einer Fortsetzung des bisherigen Raubbaus erscheinen.

Wenn sich die heutigen Trends fortsetzen, werden sowohl die Waldflächen als auch der Nutzholzbestand in den unterentwickelten Regionen (Lateinamerika, Afrika, Asien und Ozeanien) bis zum Jahr 2000 um 40% schrumpfen. In den industrialisierten Regionen (Europa, UdSSR, Nordamerika, Japan, Australien, Neuseeland) werden die Wälder nur um 0,5% und der wachsende Bestand um 5% zurückgehen. Pro Kopf werden die Holzbestände weltweit voraussichtlich um 47% und in den UL um 63% zurückgehen.

Bis zum Jahre 2020 wird sich laut „Global 2000" die massive Abholzung fortsetzen. Danach werde sich die Waldfläche der Erde bei insgesamt 1,8 Mrd. Hektar stabilisieren.

Zu den größten Verlusten wird es in den tropischen Wäldern der Entwicklungsregionen kommen. In den Industrieländern hat sich eine Waldfläche von etwa 1,45 Mrd. Hektar bereits stabilisiert, und ca. 0,37 Mrd. Hektar Wald in den UL sind von den landschaftlichen Gegebenheiten her bzw. unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt unzugänglich. Voraussichtlich bis zum Jahre 2020 wird praktisch der gesamte zugängliche Wald in den UL abgeholzt sein.

Die Realpreise für Holzprodukte – Brennholz, Schnittholz, Holzplatten, Papier, Chemikalien auf Holzbasis – werden voraussichtlich stark ansteigen, in dem Maße, wie das BSP (und damit die Nachfrage) steigt und das Angebot knapper wird. In den Industrieländern könnte das einschneidende, aber keine katastrophalen Folgen haben. In den UL werden 90% des benötigten Holzes zum Heizen und Kochen verwendet, und Holz ist eine Lebensnotwendigkeit. Der Verlust von Waldgebieten wird die Menschen in vielen UL zwingen, schnell steigende Preise für Brennholz und Holzkohle zu zahlen oder sehr viel mehr Kraft auf das Sammeln von Holz zu verwenden – oder eben ohne Holz auszukommen.

Wasser

Daß mit dem Wasser nicht mehr lange in der bisher üblichen Weise umgegangen werden kann, gehört zu den ökologischen Einsichten, die mittlerweile schon Eingang ins öffentliche Bewußtsein finden – zumindest im Hinblick auf die zunehmende Verseuchung der europäischen Gewässer. „Global 2000" macht deutlich, daß auch das Wasser-Problem weltweite Dimensionen annimmt und nicht auf die „Industriegebiete" beschränkt bleibt.

Für den Zeitraum von 1975 bis 2000 wird weltweit eine Steigerung des Wasserverbrauchs um 200–300% erwartet. Den bei weitem größten Anteil hat dabei die künstliche Bewässerung. Die

Vereinten Nationen schätzen, daß sich die Menge des zur Bewässerung erforderlichen Wassers, deren Anteil am gesamten Wasserverbrauch sich 1967 auf 70% belief, bis zum Jahre 2000 verdoppeln wird. Hinzu kommt, daß die Bewässerung eine stark „konsumtive" Verwendungsart ist, d.h. ein großer Teil des für diesen Zweck abgezweigten Wassers steht für die unmittelbare Wiederverwendung nicht zur Verfügung, weil es verdunstet, von den Pflanzen transpiriert wird oder versalzt.

Regionale Wasserknappheit und eine Verschlechterung der Wasserqualität, die schon heute in vielen Teilen der Welt ernste Formen angenommen haben, werden sich bis zum Jahre 2000 wahrscheinlich noch verstärken . . .

Allein schon das Bevölkerungswachstum wird die Nachfrage nach Wasser nahezu in der Hälfte aller Länder gegenüber 1971 zumindest verdoppeln. Noch größere Steigerungen wären für eine Hebung des Lebensstandards erforderlich.

Ein großer Teil der erhöhten Nachfrage nach Wasser wird sich in den UL Afrikas, Südamerikas, Südasiens, des Mittleren Orients und Lateinamerikas ergeben, wo Süßwasser für menschlichen Gebrauch und Bewässerung schon heute in vielen Gebieten knapp ist. Obwohl die Daten hier lückenhaft sind, ist bekannt, daß einige Nationen in diesen Gebieten bis zum Jahre 2000 die Obergrenzen der ihnen zur Verfügung stehenden Wassermengen erreichen werden und daß es ziemlich kostspielig sein wird, weitere Wasservorräte zu erschließen. Überdies werden viele UL unter der Destabilisierung der Wasserzufuhr infolge der großen Waldverluste zu leiden haben. In den Industrieländern wird die Konkurrenz zwischen verschiedenen Formen der Wasserverwendung – zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, für neue Energiesysteme (wie die Erzeugung synthetischer Brennstoffe aus Kohle und Tonschiefer), zur Steigerung der Stromerzeugung und für den Bedarf anderer Industrien – die Wasserknappheit in vielen Gebieten verschlimmern.

Auf den letzten Stand gebrachte Wasserprognosen würden im wesentlichen das gleiche Bild ergeben. Die einzige bedeutsame Veränderung, seitdem die vorliegenden Prognosen erstellt wurden, besteht darin, daß sich der Preis für Energie (besonders für Erdöl) deutlich erhöht hat. Gestiegene Energiekosten werden sich nachteilig auf die wirtschaftliche Situation zahlreicher Wassererschließungsprojekte auswirken und könnten für eine Reihe möglicher Verwendungsformen die zur Verfügung stehende Wassermenge verringern. Die künstliche Bewässerung, die im allgemeinen große Energiemengen zum Pumpen benötigt, könnte davon besonders betroffen werden.

Mineralische Rohstoffe

Der von „Global 2000" angenommene Trend für mineralische Rohstoffe deutet, wie der für andere Ressourcen, auf eine ständige Steigerung von Nachfrage und Verbrauch hin:

Den Prognosen zufolge werden die Nachfrage und der Verbrauch der meisten wichtigen mineralischen Rohstoffe jährlich um 3–5% steigen und sich bis zum Jahre 2000 etwas mehr als verdoppeln. Der Verbrauch aller wichtigen für die Stahlerzeugung benötigten Rohstoffe wird voraussichtlich um wenigstens 3% im Jahr ansteigen. Der Verbrauch aller zur Herstellung von Kunstdünger erforderlichen Rohstoffe wird den Prognosen zufolge jährlich um mehr als 3% steigen, der Verbrauch von Phosphat sogar um 5,2% – die höchste Steigerungsrate im Bereich mineralischer Rohstoffe überhaupt. Die NE-Metalle weisen sehr unterschiedliche Steigerungsraten auf. Die Steigerungsrate für Aluminium ist mit 4,3% im Jahr die höchste.

Die Prognosen lassen vermuten, daß der Anteil der UL an der Verwendung mineralischer Rohstoffe nur wenig ansteigen wird. Im Zeitraum zwischen 1971 und 1975 verarbeiteten Lateinamerika, Afrika und Asien 7% der Weltaluminiumproduktion, 9% der Kupfer- und 12% der Eisenproduktion. Die drei Viertel der Weltbevölkerung, die im Jahre 2000 in diesen Regionen leben werden, werden voraussichtlich nur 8% der Aluminiumproduktion, 13% der Kupferproduktion und 17% der Eisenproduktion verarbeiten. Jenes Viertel der Menschheit, das in den Industrieländern lebt, wird den Prognosen zufolge weiterhin mehr als drei Viertel der Weltproduktion an mineralischen Rohstoffen verbrauchen . . .

Die Prognosen deuten bei den mineralischen Rohstoffen nicht auf eine Erschöpfung der Ressourcen hin . . . Allerdings werden zusätzliche Erschließungen und Investitionen erforderlich sein, um die Vorräte und Fördermengen einiger Rohstoffe auf dem erwünschten Niveau zu halten. In den meisten Fällen sind die Ressourcen jedoch noch groß, vor allem bei Erzen mit niedrigem Gehalt.

Die Zusammenfassung der Ergebnisse im I. Band von „Global 2000" stellt ergänzend fest, daß auf den neuesten Stand gebrachte Prognosen zwei Faktoren, die die Bergbauinvestitionen betreffen, deutlicher hervorheben würden. Zum einen hätten sich im vergangenen Jahrzehnt die Investitionen in Förderung und Verarbeitung aus den Entwicklungsländern stärker in die Industrieländer verlagert (obwohl sich dieser Trend gegenwärtig möglicherweise umkehre). Der zweite Faktor seien die raschen Energiepreissteigerungen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Förderung von mineralischen Rohstoffen sehr energie-intensiv ist und daß die vor kurzem eingetretenen ebenso wie die prognostizierten Ölpreissteigerungen voraussichtlich die Ausweitung des Angebots an mineralischen Rohstoffen verlangsamen werden.

Energie

Zur Energieproblematik äußert sich „Global 2000", gemessen an der Brisanz des Themas und der gerade hier besonders großen Prognoseunsicherheiten, bemerkenswert zurückhaltend. In dieser Frage wird die Begrenztheit besonders spürbar, die aus der bloßen Fortschreibung gegenwärtiger Trends resultieren muß.

Die Energieprognosen von „Global 2000" deuten nicht auf eine baldige Lösung der weltweiten Energieprobleme hin. Die Prognosen zeigen, daß die Förderkapazität bei Erdöl nicht so schnell wie die Nachfrage steigt. Darüber hinaus scheint bei der Erschließung neuer Erdölreserven die Erfolgsquote bezogen auf den jeweiligen Explorationsaufwand zu fallen. Technische und geologische Überlegungen deuten darauf hin, daß die Erdölproduktion auf der Erde noch vor dem Ende dieses Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichen wird. Politische und ökonomische Entscheidungen der OPEC-Länder könnten zu einer Festschreibung der Fördermengen unterhalb der technisch bedingten Grenzen führen. . .

Der Weltenergiebedarf steigt den Prognosen zufolge um 58%. . . Kernenergie und Energie aus Wasserkraft (vor allem die erstere) steigen am schnellsten an (um 226% bis 1990), gefolgt von Öl (58%), Erdgas (43%) und Kohle (13%). Erdöl wird den Prognosen zufolge mit einem Anteil von 46–47% an der Gesamtenergieproduktion der Welt bis 1990 die wichtigste Energiequelle bleiben, wenn man davon ausgeht, daß der Realpreis für Erdöl auf dem Weltmarkt zwischen 1975 und 1990 um 65% steigt. Die Energieprognosen weisen darauf hin, daß es noch erhebliche Möglichkeiten zur Energieeinsparung gibt.

Der Pro-Kopf-Energieverbrauch wird den Prognosen zufolge überall steigen. Die größte Steigerung – 72% im Zeitraum von 1975 bis 1990 – wird sich in den Industrieländern außer den USA ergeben. Die geringste Steigerung – 12% – wird sich in den zentralen Planungswirtschaften Osteuropas ergeben. Die prozentuale Zunahme für die USA und die UL ist die gleiche: 27%. Aber der wirkliche Pro-Kopf-Verbrauch ist sehr unterschiedlich. Bis zum Jahre 2000 wird der Pro-Kopf-Energieverbrauch in den USA jährlich bei etwa 422 Mill. Btu liegen. In den UL wird er bei nur 14 Mill. Btu liegen, im Unterschied zu 11 Mill. Btu im Jahre 1975.

Ausführlich behandelt „Global 2000" das Problem der Brennholzverknappung und -verteuerung in den Entwicklungsländern, wo sich das Energieproblem, wie die Holzfrage zeigt, anders, aber keineswegs weniger scharf als in den Industrieländern stellt.

Während die Preise für Öl und andere kommerzielle Energiequellen steigen, wird Brennholz – das Öl der armen Leute – voraussichtlich sehr viel knapper werden als heute. Die FAO schätzt, daß die Nachfrage nach Brennholz in den UL jährlich um 2,2% steigt und 1994 zu lokalen Brennholzknappheiten führt, die insgesamt einen Fehlbestand von 650 Mill. Kubikmeter ausmachen, d.h. annähernd 25% des prognostizierten Bedarfs. Brennholzmangel ist heute noch örtlich beschränkt, breitet sich jedoch immer mehr aus. In der trockenen Sahelzone ist das Brennholzsammeln zu einer Ganztagsbeschäftigung geworden, die in einigen Gegenden pro Haushalt 360 Arbeitstage im Jahr erfordert. Wo sich die Nachfrage in Großstädten konzentriert, ist das Umland bereits heute weiträumig – an manchen Orten in einem Umkreis von 50 bis 100 Kilometern – verödet. In einigen westafrikanischen Großstädten geben Familien, die von sammelbarem Holz zu weit entfernt sind, 20–30% ihres Einkommens für Holz aus.

Die prognostizierte Verknappung von Brennholz hat zur Folge, daß die Brennstoffverwendung für lebenswichtige Zwecke reduziert werden wird, daß die Abholzung der Wälder zunimmt, daß die Holzpreise steigen und daß wachsende Mengen von Dung und Ernterückständen vom Feld ins Küchenfeuer wandern. Regelrechte Prognosen über die Verwendung von Dung und Ernterückständen als Brennstoff ließen sich für „Global 2000" nicht erstellen, es ist aber bekannt, daß die Verwendung solcher organischen Brennstoffe im Himalaya, in der baumlosen Gangesebene in Indien, in anderen Teilen Asiens und in der Andenregion Südamerikas stark zugenommen hat. Die FAO berichtet, daß 1970 in Indien 68 Mill. Tonnen Kuhdung und 39 Mill. Tonnen Pflanzenabfälle verfeuert wurden, womit ungefähr ein Drittel des Gesamtverbrauchs an nicht-kommerzieller Energie in diesem Jahr bestritten wurde. Auf der ganzen Welt werden jährlich schätzungsweise 150–400 Mill. Tonnen Dung als Brennstoff verwendet.

III. Folgen für die Umwelt

Die Prognosen über Bevölkerung, Einkommen und Ressourcen bedeuten, daß die Qualität der Umwelt insgesamt in Frage gestellt wird. „Global 2000" kommt zu dem Ergebnis, daß praktisch alle wichtigen Elemente des Ökosystems und der gegenwärtigen wie der zukünftigen Ressourcenbasis betroffen sind.

Auswirkungen auf die Landwirtschaft

Die vermutlich schwerwiegendste Auswirkung nimmt „Global 2000" für die Grundlagen der Agrarwirtschaft an, und da wiederum für die der Entwicklungsländer. Von da aus müßten die Prognosen für Nahrungsmittel, Fischfang, Wälder und Wasser für die UL und für bestimmte besonders gefährdete Regionen in den UL neu durchgerechnet werden.

Die Verschlechterung der Böden in den UL schreitet mit der Ausbreitung wüstenähnlicher Verhältnisse in trockenen Regionen und schwerer Bodenerosion in den feuchten Gebieten schnell voran. Die Bodenverluste infolge von Wüstenausbreitung werden zur Zeit für die gesamte Erde auf jährlich 6 Mill. Hektar geschätzt (eine Fläche etwa von der Größe des US-Bundesstaates Maine): 3,2 Mill. Hektar Weideland, 2,5 Mill. Hektar regenbewässertes Ackerland und 125000 Hektar künstlich bewässerter Boden. Wüstenausbreitung bedeutet nicht unbedingt die Entstehung von Sandwüsten ähnlich der Sahara, sondern umfaßt eine Vielfalt ökologischer Veränderungen, die in den trockenen Regionen der Erde die Pflanzendecke und die fruchtbaren Böden zerstören und das Land für Weide- und Anbauzwecke unbrauchbar machen. Die wichtigsten direkten Ursachen hierfür sind Überweidung, destruktive Anbaupraktiken und die Verwendung von Holzgewächsen als Brennstoff.

Bei der für heute geschätzten Geschwindigkeit der Wüstenausdehnung würden sich die Wüstengebiete auf der Erde, die jetzt etwa 800 Mill. Hektar umfassen, bis zum Jahre 2000 um fast 20% vergrößern. Aber es besteht Grund zu der Annahme, daß sich die Wüstenausdehnung beschleunigen wird, da eine wachsende Zahl von Menschen in den trockenen Regionen der Welt das Land

immer mehr belastet, um den Bedarf an Weideland, Ackerland und Brennholz zu befriedigen . . .

Obwohl Bodenverluste und Bodenverschlechterung in vielen UL besonders schwerwiegend sind, wirken sie sich auch auf die Aussichten für die Landwirtschaft in den Industrieländern aus. Die gegenwärtige Geschwindigkeit der Wüstenausdehnung in den Industrienationen muß unbedingt gebremst werden, wenn ernsthafte Folgen für die landwirtschaftliche Produktion vermieden werden sollen. In den USA ist z. B. der Soil Conservation Service im Hinblick auf die Wind- und Wassererosion amerikanischer Böden zu dem Ergebnis gekommen, daß die Bodenverluste um die Hälfte reduziert werden müssen, wenn die landwirtschaftliche Produktion etwa auf dem gegenwärtigen Stand bleiben soll.

Die Aussichten, in den USA und anderswo solche Fortschritte zu erzielen, sind nicht gut. Die Nahrungsmittel- und Waldprognosen deuten auf eine zunehmende Belastung der Böden in der ganzen Welt hin. Die Verluste aufgrund fehlerhafter Bewässerung, zu kurzer Brachzeiten, aufgrund der Kultivierung abschüssiger und wenig ertragreicher Böden und aufgrund einer Zerstörung der Pflanzendecke werden voraussichtlich steigen, vor allem in Nord- und Zentralafrika, in feuchten, hochgelegenen Gebieten Südamerikas und in vielen Teilen Südasiens. Außerdem wird die zunehmende Verwendung von Dung und Ernterückständen als Brennstoff dem Boden Nährstoffe entziehen und durch eine Verringerung der organischen Bestandteile seine Fähigkeit zur Bewahrung von Feuchtigkeit beeinträchtigen. Für die Armen auf der Welt sind diese organischen Stoffe oft die einzige Nährstoffquelle, die ihnen zur Verfügung steht, um die Produktivität des Ackerlandes zu erhalten. Und es sind eben diese Ärmsten – jene, die am wenigsten in der Lage sind, chemische Düngemittel zu kaufen –, die gezwungen sind, ihre organischen Düngemittel zu verbrennen. Dabei werden diese Nährstoffe für die Nahrungsmittelproduktion der kommenden Jahre dringend benötigt, denn bis zum Jahre 2000 werden die Ackerländer der Erde um die Hälfte mehr Menschen ernähren müssen als im Jahre 1975. In den industrialisierten Regionen hat eine gesteigerte Verwendung von chemischen Düngemitteln, von Hochertragssorten und künstlicher Bewässerung, von Herbiziden und Pestiziden eine grundsätzliche Verschlechterung der Böden bisher ausgeglichen. Aber auch die starke Abhängigkeit von chemischen Düngemitteln führt zum Verlust an organischen Bodenbestandteilen, wodurch die Fähigkeit des Bodens, Feuchtigkeit zu bewahren, beeinträchtigt wird.

Des weiteren spielen hier die im nächsten Abschnitt geschilderten Auswirkungen auf die Wasserressourcen eine große Rolle, auch angesichts der Tatsache, daß die notwendige Steigerung der Bodenerträge zu einem großen Teil auf der Ausweitung der künstlichen Bewässerung beruhen muß.

Die zunehmende Verwendung von Pestiziden wird die Ernteerträge voraussichtlich schnell und nachhaltig steigern, vor allem in den UL. Viele dieser Chemikalien haben jedoch eine ganze Reihe schwerwiegender Folgen für die Umwelt, von denen sich einige wieder nachteilig auf die Agrarproduktion auswirken. Die Vernichtung natürlicher Schädlingsvertilger und die zunehmende Resistenz von Schädlingen gegen viel verwendete Pestizide sind bereits zu einem ernsten Problem geworden. Auf den kalifornischen Farmen sind heutzutage 17 der 25 wichtigsten landwirtschaftlichen Schädlinge gegen ein oder mehrere Schädlingsbekämpfungsmittel resistent, und die natürlichen Feinde der Schädlinge sind stark reduziert. Jährlich werden in Kalifornien Ernteschäden, die sich auf viele Millionen Dollar belaufen, von resistenten Schädlingen verursacht, deren natürliche Feinde ausgerottet worden sind.

Die Ernteerträge werden voraussichtlich durch eine sehr viel stärkere Verwendung von hochertragreichen Getreidesorten erheblich gesteigert werden. Leider erhöhen große Monokulturen genetisch uniformer Pflanzensorten die Gefahr katastrophaler Verluste durch Insekten oder Pflanzenkrankheiten.

Auswirkungen auf die Wasserressourcen

Auch bei der Entwicklung der Wasserqualität wird die Verschlechterung vermutlich in den UL in größerer Geschwindigkeit um sich greifen, ausgehend von einigen Ballungszentren. Eine große Rolle spielt auch die in den UL

zwischen 1975 und 2000 vermutlich vorgenommene Vervier- bis Versechsfachung des Einsatzes schwer abbaubarer Pestizide in der Landwirtschaft.

Die Qualität der Wasserressourcen auf der Erde wird mit ziemlicher Sicherheit aufgrund der zwischen heute und dem Jahre 2000 eintretenden Veränderungen sinken. Die Wasserverschmutzung infolge der starken Anwendung von Pestiziden wird zunehmend Probleme aufwerfen. In den Industrieländern vollzieht sich bereits eine Abkehr vom starken Gebrauch langlebiger Chemikalien wie DDT, aber in den UL, für die die größte Zunahme beim landwirtschaftlichen Einsatz von Chemikalien prognistiziert wurde, werden wahrscheinlich auch in Zukunft persistente Pestizide verwendet werden. Der Pestizid-Verbrauch wird sich in den UL zwischen 1975 und 2000 voraussichtlich zumindest vervierfachen (eine Steigerung um das Sechsfache ist möglich, wenn es bei den gegenwärtigen Zuwachsraten bleibt). Die Verschmutzung durch schwer abbaubare Pestizide ist bereits heute ein ernstes Problem. In einigen Gebieten Asiens weigern sich die Bauern, Reisfelder und Teiche mit Fischen zu besetzen, weil diese durch Pestizide getötet werden. Das führt zu einem starken Verlust an hochwertigem Protein bei der Ernährung der Familien auf dem Lande.

Außer den oben erörterten Folgen für das Ackerland ergeben sich aus der künstlichen Bewässerung durch Versalzung des in die Flüsse zurückgelangenden Wassers auch nachteilige Folgen für die Wasserqualität. Unterhalb von großen Bewässerungsprojekten ist das Flußwasser für den weiteren Gebrauch zu salzhaltig, soweit man nicht kostspielige Maßnahmen zur Entsalzung ergreift. Da die Verwendung von Wasser zu Bewässerungszwecken zunimmt, wachsen mit Sicherheit auch die Probleme, die sich aus einem zu hohen Salzgehalt des Wassers ergeben.

Die Wasserverschmutzung in den UL wird sich wahrscheinlich mit dem Anwachsen der städtischen Bevölkerung und mit verstärkter Industrialisierung verschlimmern. Schon heute ist das Wasser unterhalb vieler Großstädte in den UL sehr stark von Abwässern und Abfällen aus Papierfabriken, Gerbereien, Schlachthäusern, Ölraffinerien und Chemiewerken verschmutzt.

„Global 2000" weist darauf hin, daß die Erschließung von Flußgebieten mit Maßnahmen zum Schutz gegen Überschwemmung, zur Elektrizitätserzeugung und zur Bewässerung in vielen unterentwickelten Regionen, wo das größte bislang ungenutzte Wasserkraftreservoir der Welt liegt, zunehmen wird. Neben zahlreichen Vorteilen, die sie bieten, könnten große Deich- und Bewässerungsprojekte jedoch auch sehr nachteilige Veränderungen im Ökosystem der Fluß- und Küstenregionen verursachen. „Global 2000" nennt als Beispiele Gesundheitsprobleme (Bilharziose, Flußblindheit, Malaria), Überflutung von wertvollem Land und Verdrängung ganzer Bevölkerungen. Wenn außerdem die Erosion in den Einzugsbereichen der Projekte nicht kontrolliert werde, könne die Lebensdauer derartiger Projekte durch Verschlammung und Ablagerungen sehr verkürzt werden.

Praktisch alle Prognosen der vorliegenden Studie deuten auf eine zunehmende Zerstörung und Verschmutzung der Ökosysteme der Küstengebiete hin, eine Ressource, von der die kommerzielle Fischerei auf der ganzen Welt stark abhängig ist. Man schätzt, daß 60–80% aller kommerziell bedeutsamen Seefischarten auf irgendeiner Stufe ihres Lebenszyklus Flußmündungen und Meeresbuchten, Salzmarschen oder Mangrovensümpfe als Lebensraum benutzen. Auch die Riffe liefern einer großen Zahl von Fischarten und Wirbellosen Nahrung und Unterschlupf. Die schnell sich ausbreitenden Großstädte werden die Sumpfgebiete an den Küsten wahrscheinlich immer stärker in Anspruch nehmen, und eine zunehmende Verschmutzung der Küsten durch Landwirtschaft, Industrie, Holzwirtschaft, Erschließung neuer Wasserressourcen, Energiegewinnung und Küstenstädte läßt sich in vielen Gebieten voraussehen.

Auswirkungen der Waldverluste

„Global 2000" nimmt einen schnellen und einschneidenden Verlust tropi-

scher Wälder und daraus resultierende äußerst nachteilige Auswirkungen auf Wasser- und andere Ressourcen an. Vor allem in Südasien, im Amazonasbekken und in Zentalafrika werde die Abholzung eine Destabilisierung der Gewässer nach sich ziehen und zur Verschlammung von Flüssen, Stauseen und Bewässerungsanlagen, zur Absenkung des Grundwasserspiegels, zu einer Verstärkung von Überschwemmungen und zu zunehmendem Wassermangel während der Trockenzeiten führen.

In Süd- und Südostasien lebt annähernd 1 Mrd. Menschen in stark kultivierten Schwemmlandbecken und Tälern, die ihr Wasser aus bewaldeten Einzugsgebieten im Gebirge beziehen. Wenn sich die gegenwärtigen Trends fortsetzen, werden die Wälder in diesen Regionen bis zum Jahre 2000 etwa um die Hälfte reduziert sein, und Erosion, Verschlammung sowie dauernde Veränderungen der Flußbetten werden schwerwiegende Folgen für die Nahrungsmittelproduktion haben.

In vielen tropischen Wäldern bilden Bodenbeschaffenheit, Bodenformen, Temperaturen, Struktur der Regenfälle und Verteilung der Nährstoffe ein kompliziertes Gleichgewicht. Wenn diese Wälder durch extensive Abholzung zerstört werden, werden dort weder Bäume noch produktives Weidegras nachwachsen. Auch in weniger empfindlichen tropischen Wäldern wird der große Artenreichtum bei einer extensiven Abholzung verloren gehen.

Auswirkungen auf Atmosphäre und Klima

Die Auswirkungen auf die chemische und phsysikalische Struktur der Erdatmosphäre sind vergleichsweise am schwierigsten zu diagnostizieren (hier sind die Methoden am wenigsten entwickelt), werden aber als vermutlich sehr besorgniserregend angenommen. In den großen Städten industrialisierter Gebiete weisen Einzelmessungen bereits seit Jahren eine Konzentration von Schwefeldioxyd, Staubteilchen, Stickstoffdioxyd und Kohlenmonoxyd auf, die weit über den von der WHO als noch zuträglich erachteten Werten liegt.

Obwohl in jüngster Zeit in vielen Industrieländern Fortschritte bei der Eindämmung verschiedener Arten von Luftverschmutzung erzielt wurden, wird sich die Luftqualität wahrscheinlich auch in diesen Ländern verschlechtern, wenn immer größere Mengen fossiler Brennstoffe, vor allem Kohle, verbrannt werden. Emissionen von Schwefel- und Stickstoffoxyden sind besonders bedrohlich, weil sie in der Atmosphäre eine Verbindung mit Wasserdampf eingehen und sauren Regen oder andere saure Niederschläge bilden. In großen Teilen Norwegens, Südkanadas und im Osten der USA sind die pH-Werte des Regens von 5,7 auf unter 4,5 in den Säurebereich gefallen. Auch in bestimmten Gebieten Deutschlands, Osteuropas und der UdSSR ist der Regen fast mit Sicherheit saurer geworden, obwohl die verfügbaren Daten unvollständig sind.

Die Auswirkungen sauren Regens sind noch nicht vollständig untersucht, aber Schäden an Seen, Wäldern, Böden, Ernten, stickstoffbindenden Pflanzen und Baumaterialien sind schon nachgewiesen worden. Die Schädigung von Seen ist am gründlichsten untersucht worden. So enthielten von 1500 Seen in Südnorwegen mit einem pH-Wert unter 4,3% 70% keine Fische mehr. Ähnliche Schäden sind in den Adirondack Mountains im Bundesstaat New York und in einigen Gebieten Kanadas beobachtet worden. Auch die Flußfische sind stark betroffen. In den letzten 20 Jahren verschwand mit steigendem Säuregehalt zunächst der Lachs und dann die Forelle aus zahlreichen norwegischen Flüssen.

Als ein weiteres Umweltproblem, das im Zusammenhang mit der Verbrennung fossiler Brennstoffe (und vielleicht auch im Zusammenhang mit dem weltweiten Verlust an Wäldern und Humusböden) steht, hebt „Global 2000"

die zunehmende Konzentration von Kohlendioxyd in der Erdatmosphäre hervor.

Steigende CO_2-Konzentrationen sind besorgniserregend, weil sie möglicherweise zu einer Erwärmung der Erde führen. Die Meinungen der Wissenschaftler über mögliche Folgewirkungen gehen auseinander, aber die Ansicht ist weitverbreitet, daß es noch vor der Mitte des 21. Jahrhunderts zu höchst problematischen Auswirkungen auf die Landwirtschaft kommen kann. Der CO_2-Gehalt der Erdatmosphäre ist in den letzten hundert Jahren um etwa 15% gestiegen und wird im Jahre 2000 voraussichtlich um ein Drittel über dem vorindustriellen Niveau liegen. Wenn die prognostizierten Steigerungsraten bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe (jährlich etwa 2%) fortbestehen sollten, wird es voraussichtlich zu einer Verdoppelung des CO_2-Gehalts der Atmosphäre nach der Mitte des nächsten Jahrhunderts kommen; und wenn die Abholzung die tropischen Wälder stark reduziert (wie es die Prognosen vorsehen), könnte es noch früher zu einer solchen Verdoppelung kommen. Es könnten eine entscheidende Veränderung in der Struktur der Niederschläge auf der ganzen Erde und ein Temperaturanstieg um 2–3 Grad in den mittleren Breiten der Erde eintreten. Landwirtschaft und andere Tätigkeitsbereiche des Menschen hätten große Schwierigkeiten, sich einem so großen und schnellen Klimawechsel anzupassen. Schon eine Steigerung der durchschnittlichen Temperaturen auf der Erde um 1 Grad C würde das Erdklima wärmer machen, als es jemals in den letzten 1000 Jahren gewesen ist.

Ein kohlendioxyd-bedingter Temperaturanstieg wird an den Erdpolen drei bis viermal so groß sein wie in den mittleren Breiten. Ein Anstieg der Polartemperaturen um 5–10 Grad C könnte am Ende zum Abschmelzen der grönländischen und antarktischen Eiskappen und damit zu einem schrittweisen Anstieg des Meeresspiegels führen. Zahlreiche Küstenstädte müßten dann aufgegeben werden.

Ozon wirft ein weiteres wichtiges Problem auf. Die Ozonschicht in der Stratosphäre schützt die Erde vor schädlichen Ultraviolett-Strahlen. Diese Ozonschicht ist jedoch durch Fluorkohlenwasserstoff-Emissionen aus Spraydosen und Kühlaggregaten, durch Distickstoffmonoxyd (N_2O)-Emissionen aus der Denitrifikation organischer und anorganischer Stickstoffdünger und möglicherweise auch durch hochfliegende Flugzeuge bedroht. Nur die USA und einige andere Länder haben bisher ernsthafte Schritte unternommen, um die Verwendung von Spraydosen unter Kontrolle zu bringen. Kühlmittel und Stickstoffdünger werfen noch schwierigere Probleme auf. Der meistdiskutierte Effekt einer Zerstörung der Ozonschicht und des daraus resultierenden Anstiegs an UV-Licht ist ein vermehrtes Auftreten von Hautkrebs, aber die Schäden an Feldfrüchten wären ebenfalls erheblich und könnten sich sogar als das schwerwiegendste Problem in diesem Zusammenhang erweisen.

Auswirkungen der Kernenergie

Auf die mit der Kernenergie verbundenen Probleme wird in „Global 2000" vergleichsweise kurz eingegangen, sowohl was zivile als auch insbesondere militärische Aspekte betrifft. Dennoch fallen die kritischen Aussagen des Berichts zu den negativen und noch unvorhersehbaren Auswirkungen einer Fortschreibung der bisherigen Kernenergiepolitik recht eindeutig aus und kontrastieren mit den selbstsicheren Aussagen von Regierung und Energiekonzernen.

Die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung der Umwelt infolge von Kernreaktorunfällen nimmt ebenso zu wie die Möglichkeit einer weiteren Verbreitung von Kernwaffen. Bisher hat keine Nation ein Modellprogramm für die zufriedenstellende Lagerung radioaktiver Abfälle entwickelt, und die Menge dieser Abfälle steigt rasch an. Während der Lebensdauer der Kernkraftwerke, die bis zum Jahre 2000 wahrscheinlich errichtet werden, fallen voraussichtlich mehrere hunderttausend Tonnen hoch radioaktiver, verbrauchter Brennelemente an. Außerdem bringt die Kernenergieerzeugung Millionen von Kubikmetern schwach radioaktiver Abfälle hervor, und auch der Abbau und die Verarbeitung von Uran bringen Hunderte von Millionen Tonnen schwach radio-

aktiver Rückstände hervor. Es ist bislang nicht demonstriert worden, daß sich all diese hoch und schwach radioaktiven Abfälle aus der Kernenergieproduktion sicher lagern und ohne Unfall beseitigen lassen. Im übrigen haben die Nebenprodukte der Reaktoren Halbwertzeiten, die annähernd fünfmal so lang sind wie die Periode der überlieferten Geschichte.

Aussterben von Pflanzen- und Tierarten

Nach den Schätzungen von „Global 2000" wird im Zeitraum der nächsten 20 Jahre ein Aussterben von 15–20% der gegenwärtig auf der Erde lebenden Arten (Pflanzen und Tiere) möglich sein. Dies wäre vermutlich der einschneidendste Artenrückgang während der Menschheitsgeschichte.

Der bis zum Jahre 2000 prognostizierte Artenrückgang wird zur Hälfte oder zu zwei Dritteln auf die Ausräumung oder Zerstörung der tropischen Wälder zurückgehen. Bei den Insekten, anderen Wirbellosen und den Pflanzen – von denen viele Arten bis heute nicht klassifiziert und analysiert sind – werden die größten Verluste zu verzeichnen sein. Der potentielle Wert dieses genetischen Reservoirs ist immens. Wenn man sie bewahrt und bei sorgfältigem Umgang könnten die Arten des tropischen Waldes eine dauerhafte Quelle neuer Nahrungsmittel (besonders Nüsse und Früchte), pharmazeutischer Chemikalien, natürlicher Schädlingsvertilger, von Baustoffen, Spezialhölzern, Brennstoffen usw. bilden. Auch eine sorgfältige Pflege der verbleibenden biotischen Ressourcen kann die schnellen, umfangreichen Verluste nicht wieder ausgleichen, zu denen es voraussichtlich kommen wird, wenn die gegenwärtigen Trends anhalten.

Die gegenwärtigen Entwicklungstrends bedrohen auch zahlreiche Süßwasser- und Seefischarten. Physikalische Veränderungen – Deichbau, Kanalisierung, Verschlammung – und Verschmutzung durch Salze, sauren Regen, Pestizide und andere giftige Chemikalien ziehen die Ökosysteme der Süßwassergebiete weltweit stark in Mitleidenschaft. Gegenwärtig sind 274 Arten von Süßwasserwirbeltieren vom Aussterben bedroht, und wahrscheinlich sind bis zum Jahre 2000 viele von ihnen auf immer verloren.

Einige der wichtigsten genetischen Verluste ergeben sich nicht aus dem Aussterben von Arten, sondern aus dem Verschwinden von Unterarten und Varietäten von Getreidepflanzen. Vier Fünftel der Weltnahrung stammen von weniger als zwei Dutzend Pflanzen- und Tierarten. Wildwachsende, lokale Sorten werden benötigt, um den heute viel verwendeten Hochertragsvarietäten Resistenz gegen Schädlinge und Krankheitserreger einzukreuzen. Der Bestand an Varietäten nimmt rasch ab, da abgelegene, unberührte Landstriche zunehmend kultiviert werden. Lokale Varietäten, die oft ausschließlich den örtlichen Verhältnissen angepaßt sind, gehen auch deshalb verloren, weil sie durch ertragreichere Varietäten ersetzt werden. Heute setzt sich die Praxis der Monokultur einiger weniger Sorten immer mehr durch, womit die Ernten anfälliger für epidemische Pflanzenkrankheiten und Schädlingsbefall werden, während gleichzeitig die genetischen Ressourcen, die helfen könnten, solchen Katastrophen zu begegnen, verloren gehen.

IV. „Der Schritt ins 21. Jahrhundert"

Auch in den Teilen von „Global 2000", die sich ausdrücklich mit den Konsequenzen aus den vorgelegten Erkenntnissen für die gegenwärtige und zukünftige Politik befassen, bleiben die Vorschläge für Maßnahmen merkwürdig blaß. Hier konnten sich die Verfasser des Berichts nicht aus den Grenzen eines im Theoretischen bleibenden, liberalen Problembewußtseins befreien. Diese Grenzen liegen weniger in den Verfassern selbst, sondern sind im wesentlichen durch die herrschende politische Praxis in den USA und die daraus resultierende Aufgabenzuschreibung der am Bericht beteiligten Institutionen gezogen. Auf die politischen Gefahren eines auch durch diesen Bericht möglicherweise weiter geförderten Bewußtseins – die Katastrophentendenz der gegenwärtigen Entwicklung wird mit aller Klarheit und gestützt auf eine Un-

menge von Einzeldaten erkannt, ein praktikabler Ausweg aber bleibt außer Sichtweite – sei nur kurz hingewiesen. Die weitere Diskussion hätte sich sicherlich mit den Problemen der Entwicklung praktikabler und gleichzeitig grundlegender neuer Lösungen intensiv zu befassen.

Die Welt des Jahres 2000 wird sich von der heutigen in wichtigen Punkten unterscheiden. Auf ihr werden mehr Menschen leben. Wo 1975 zwei Menschen auf der Erde lebten, werden es im Jahre 2000 drei sein. Die Zahl der Armen wird sich vergrößert haben. Vier Fünftel der Weltbevölkerung werden in unterentwickelten Regionen leben. Und bezogen auf die absolute Zahl von Menschen, um die die Weltbevölkerung jährlich wächst, wird das Wachstum im Jahre 2000 um 40% über dem des Jahres 1975 liegen.

Die Kluft zwischen den Reichsten und den Ärmsten wird sich vertieft haben. Jeder Maßstab für materiellen Wohlstand, den die Studie zur Verfügung stellt – Pro-Kopf-BSP und Verbrauch von Nahrungsmitteln, Energie und mineralischen Rohstoffen – deutet darauf hin, daß diese Kluft zunehmen wird. So wird den Prognosen zufolge z. B. die Differenz zwischen dem Pro-Kopf-BSP in den UL und in den Industrieländern von etwa $ 4000 im Jahre 1975 auf etwa $ 7900 im Jahre 2000 zunehmen. Auch innerhalb der einzelnen Länder werden die starken Ungleichheiten voraussichtlich fortbestehen.

Die Ressourcen, mit denen die Welt auskommen muß, werden knapper werden. Während 1975 im Weltmaßstab pro Kopf etwa vier Fünftel Hektar anbaufähigen Landes zur Verfügung standen, wird es im Jahre 2000 nur noch etwa ein halber Hektar sein . . . Bis zum Jahre 2000 werden von den ursprünglich weltweit vorhandenen Rohölressourcen in Höhe von annähernd 2000 Mrd. Barrels etwa 1000 Mrd. Barrels verbraucht sein. Im Zeitraum von 1975 bis 2000 werden die verbleibenden Rohölressourcen pro Kopf voraussichtlich um mindestens 50% abnehmen. Im gleichen Zeitraum werden sich die vorhandenen Wasservorräte allein aufgrund des Bevölkerungswachstums pro Kopf um 35% verringern. Wachsende konkurrierende Nachfragen werden die vorhandenen Wasservorräte einer zusätzlichen Belastung aussetzen. Der Holzbestand wird im Jahre 2000 pro Kopf um 47% unter dem von 1978 liegen.

Die Umwelt wird wichtige Fähigkeiten zur Erhaltung von Leben verloren haben. Bis zum Jahre 2000 werden 40% der im Jahre 1978 in den UL noch vorhandenden Wälder abgeholzt sein. Die Kohlendioxyd-Konzentration in der Atmosphäre wird das vorindustrielle Niveau um ein Drittel übersteigen. Die Bodenerosion wird weltweit im Durchschnitt mehrere Zentimeter Ackerland abgetragen haben. Die Wüstenausdehnung (eingeschlossen die Versalzung von Böden) wird sich auf einen erheblichen Teil des Weide- und Ackerlandes auf der Erde erstrecken. In etwas mehr als zwei Jahrzehnten werden 15–20% aller Pflanzen- und Tierarten auf der Erde ausgestorben sein – ein Verlust von mindestens 500000 Arten.

Als zusätzliche Belastung wird eine starke Verteuerung der Nahrungsmittel und der in der Landwirtschaft benötigten Energie und ein ressourcenbedingter Inflationsdruck vorausgesagt, der sich vor allem in den UL auswirkt.

Die Welt wird anfälliger sein für Naturkatastrophen ebenso wie für von Menschen verursachte Störungen. Die meisten Nationen werden im Jahre 2000 noch abhängiger von ausländischen Energiequellen sein, als sie es heute schon sind. Die Nahrungsmittelproduktion wird anfälliger für Störungen bei der Versorgung mit fossilen Brennstoffen und für Klimaveränderungen, wenn zunehmend auch weniger ertragreiche Böden kultiviert werden. Der Verlust an diversem Protoplasma in lokalen Sorten und wildwachsenden Ausgangsvarietäten von Nahrungsmittelpflanzen zusammen mit der Tendenz zur Monokultur bringt die wachsende Gefahr massiver Mißernten mit sich. Eine große Zahl von Menschen wird bei ungünstigen Witterungsverhältnissen unter höheren Nahrungsmittelpreisen oder gar Hungersnot zu leiden haben. Die Spannungen, die zu Kriegen führen könnten, werden sich vervielfachen. Das Konfliktpotential allein in bezug auf Süßwasser wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß 148 der 2000 größten Flußläufe der Erde zwei und 53 Flüsse drei bis zehn Anrainerstaaten haben. Anhaltende Konflikte in bezug auf unter mehrere Länder geteilte Flüsse wie den Plata (Brasilien, Argentinien), den Euphrat (Syrien, Irak) oder den Ganges (Bangladesch, Indien) könnten sich leicht verschärfen.

Es wird betont, daß die Prognosen insbesondere die Zustände in zwei bis drei

Jahrzehnten herausarbeiten, daß es aber in einigen Bereichen dann schon zu unumkehrbaren Zerstörungen gekommen sein kann, weswegen grundlegende Maßnahmen schon jetzt einzusetzen hätten. Eine zusätzliche Komplikation ergebe sich dadurch, daß die Umwelt- und Ressourcenprobleme mit den „schwierigsten sozialen und ökonomischen" Problemen verbunden seien. Als Beispiel wird das Afrika südlich der Sahara herausgegriffen:

In Afrika südlich der Sahara stellt sich das Problem der Ressourcenerschöpfung in aller Schärfe. Zahlreiche Ursachen und Wirkungen sind hier zusammengekommen und haben exzessive Anforderungen an die Umwelt hervorgebracht, die schließlich zur Ausdehnung der Wüsten führen. Überweidung, Brennholzsammeln und destruktive Anbaupraktiken sind die wichtigsten direkten Ursachen für die schrittweise Verwandlung einer offenen Baumlandschaft in Buschland, dann in empfindliches halb-dürres Weideland, in wertlosen Unkrautboden und schließlich in nacktes Erdreich. Die Verhältnisse werden noch verschlimmert, wenn die Menschen aus Brennstoffmangel gezwungen sind, tierischen Dung und Ernteabfälle zu verbrennen. Der Boden, der der organischen Stoffe beraubt wird, verliert seine Fruchtbarkeit und die Fähigkeit, Feuchtigkeit festzuhalten, so daß sich die Wüsten ausbreiten. In Bangladesch, Pakistan und großen Teilen Indiens ziehen die Anstrengungen einer wachsenden Zahl von Menschen, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, genau die Äcker, Weiden, Wälder und Wasservorräte in Mitleidenschaft, auf die sie für ihren Lebensunterhalt angewiesen sind. Um das Land und die Böden wiederherzustellen, wären Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte erforderlich, und zwar *nachdem* die jetzige Belastung des Landes zurückgegangen ist. Aber diese Belastung geht nicht zurück, sie nimmt zu.

Schnelle, einfache Lösungen gibt es nicht, vor allem nicht in jenen Regionen, wo der Bevölkerungsdruck bereits heute zu einer Verringerung der Belastbarkeit des Landes führt. In diesen Regionen liegt dem Rückgang der Belastbarkeit des Landes ein Komplex gesellschaftlicher und ökonomischer Faktoren zugrunde (u. a. sehr niedrige Einkommen, ungerechte Verteilung des Landbesitzes, beschränkte oder fehlende Bildungsschancen, Mangel an Arbeitsplätzen außerhalb der Landwirtschaft und eine ökonomisch bedingte Tendenz zu größerer Fruchtbarkeit bei den einzelnen Familien). Im allgemeinen geht man davon aus, daß sich die ökonomischen und sozialen Verhältnisse verbessern müssen, bevor die Fruchtbarkeitsrate auf ein Niveau sinkt, das der Bevölkerungsstabilität entspricht. Man hat es hier möglicherweise mit einem Teufelskreis zu tun: Eine Verschlechterung der Umweltverhältnisse, verursacht durch Übervölkerung, schafft Lebensbedingungen, unter denen eine Verringerung der Fruchtbarkeit schwer zu erreichen ist. Und das anhaltende Bevölkerungswachstum verstärkt wiederum den Druck auf Umwelt und Boden.

Der Rückgang der Belastbarkeit der Erde, der schon heute in ganz unterschiedlichen Gebieten zu beobachten ist, verweist auf ein Phänomen, das sich bis zum Jahre 2000 sehr viel weiter ausbreiten könnte. Tatsächlich deuten die besten zur Zeit verfügbaren Unterlagen – die auch die zahlreichen günstigen Auswirkungen der Entwicklung und Übernahme neuer Technologien berücksichtigen – darauf hin, daß die Weltbevölkerung im Jahre 2000 vielleicht nur noch wenige Generationen von dem Zeitpunkt entfernt ist, wo sie die Grenze der Belastbarkeit des gesamten Planeten erreicht hat. . .

Es könnte leider der Fall eintreten, daß sich das Bevölkerungswachstum aus anderen Gründen als einem Absinken der Geburtenraten verlangsamt. Wenn die Weltbevölkerung überhand nimmt und sich die Belastbarkeit des Landes in immer größeren Gebieten verringert, könnte der Trend der letzten hundert oder zweihundert Jahre zu größerer Gesundheit und längerer Lebenserwartung gestoppt werden. Hunger und Krankheit würden mehr Menschenleben fordern, vor allem unter Babys und Kleinkindern. Und von denen, die überleben, würde eine wachsende Zahl aufgrund von Unterernährung in der Kindheit geistig und körperlich behindert sein.

Die Zeit zum Handeln, um solchen Ergebnissen vorzubeugen, geht zu Ende.

V. Das „Weltmodell" von „Global 2000" im Vergleich mit anderen Weltmodellen

Abschließend wird im Bericht ein Vergleich mit anderen „Weltmodellen"

vorgenommen. Nach der grundsätzlichen Feststellung, daß „die wichtigsten Erkenntnisse von ‚Global 2000' im allgemeinen mit denen der fünf anderen Globalstudien" übereinstimmen, werden die Unterschiede herausgearbeitet.

„Global 2000" unterscheidet sich von den anderen Modellen einmal durch eine größere Detailfülle, zum anderen durch eine im ganzen geringere Verknüpfung der Entwicklungen in den Einzelbereichen. „Global 2000" setzt den Zielpunkt seiner Analyse an der Jahrhundertwende an, während die anderen Modelle die Entwicklung weiter ins 21. Jahrhundert untersuchen, weshalb deren Prognosen im allgemeinen noch dramatischer ausfallen.

Am meisten rechnet das *Lateinamerikanische Weltmodell* (entwickelt von einer Gruppe südamerikanischer Wissenschaftler aus dem Umkreis des Club of Rome) mit möglichen politischen Veränderungen und deshalb mit der Abwendbarkeit katastrophaler Entwicklungen. Man nimmt für den Zeitraum von etwa 30 Jahren eine starke Einschränkung des individuellen Konsums und eine damit finanzierte starke Steigerung von Investitionen an, um Umweltverschmutzungen, Bodenerosion usw. zu überwinden. Danach sollen ein stabiles Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft und die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen möglich sein – zumindest in Afrika und Lateinamerika, während für Asien eine Nahrungsmittelkrise prognostiziert wird.

Die Weltmodelle des *Club of Rome* stehen dem Modell von „Global 2000" am nächsten, indem sie ebenfalls die Entwicklungen und Interdependenzen von Bevölkerung, Ressourcen und Umwelt zum Gegenstand haben, regionale Unterschiede allerdings stark vernachlässigen. Die eigentlich katastrophale Wende wird für die Mitte des 21. Jahrhunderts vorausgesagt. Es wird zwar eine Problemlösung aufgrund politischer Entscheidungen für möglich gehalten, diese bleiben aber wie bei „Global 2000" undeutlich.

Das Modell von *Mesarovic und Pestel* (World Integrated Model) wurde ebenfalls im Auftrag des Club of Rome ausgearbeitet und unterscheidet sich von dessen anderen Modellen nur durch die stärkere Einbeziehung regionaler Unterschiede.

Das Weltmodell der *UNO* ähnelt sehr dem „lateinamerikanischen", indem es für die großen Investitionen in den Entwicklungsländern starke Einschränkungen des individuellen Konsums zur Voraussetzung macht.

Das Weltmodell *MOIRA* (Model of International Relations in Agriculture; Jan Tinbergen mit einer Arbeitsgruppe an der Universität Amsterdam) beschäftigt sich nur mit der Landwirtschaft und auch da ohne die Umweltprobleme, ist also für die Fragestellung der anderen Modelle nur bedingt aussagefähig.

Nach einer Durchrechnung der Daten von „Global 2000" mithilfe der stärkeren Verknüpfungen der unmittelbaren Modelle des Club of Rome kam man insgesamt zu noch drastischeren Ergebnissen: höhere Kosten bei Erhaltung und Erschließung der Ressourcen, Rückgang des BSP, stärkere Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln, größerer Umfang der Verarmung in den UL.

Mitterrands Regierungsprogramm

Die Regierungserklärung des Premierministers Mauroy und die ersten Reaktionen

Von Wolfgang Kowalsky

Am 10. Mai 1981 wurde Francois Mitterand mit 51,76% der abgegebenen Stimmen zum neuen Staatspräsidenten Frankreichs gewählt. Noch besser schnitt die „neue Mehrheit", auf die der sozialistische Präsident sich stützt, bei den nachfolgenden Neuwahlen zur Nationalversammlung ab. Die Parteien der Linken und der linken Mitte erreichten mit fast 56% der abgegebenen Stimmen ihren historischen Höchststand, während die Rechte auf 43% zurückfiel. Erstmalig hatte die Linke im Anschluß an die Befreiung im Oktober 1945 die 5%-Marke gestreift. Innerhalb der Linken war das Kräfteverhältnis damals allerdings umgekehrt: die Kommunistische Partei erhielt 26,2% der Stimmen gegenüber 23,8% für die Sozialisten. In den jüngsten Wahlen hat die Sozialistische Partei mit 36% eine dominierende Position erlangt. Sie stellt mit Pierre Mauroy den Premierminister einer Koalitionsregierung, in der jetzt alle Kräfte der neuen „Präsidentenmehrheit" vertreten sind, darunter – erstmals seit 1947 wieder – auch die Kommunisten mit vier Ministern. In den neuen Kurs Frankreichs werden je nach dem Standort der Urteilenden unterschiedliche, in jedem Fall aber gespannte Erwartungen gesetzt.

Ersten Aufschuß über die Praxis der neuen Mehrheit bietet die Regierungserklärung Pierre Mauroys vom 8. Juli 1981, über die im Folgenden berichtet werden soll[1]).

Die Regierungserklärung beginnt auf einer kurzen Rückschau: mit der Wahl Mitterands zum Präsidenten habe die französische Linke am 10. Mai „den Weg der Erneuerung" eröffnet. Bei den darauffolgenden Parlamentswahelen sei es darum gegangen »der Veränderung Gesetzeskraft (zu) verleihen". Die Regierung verpflichte sich, die von Mitterand vorgeschlagenenOrientierungen streng zu respektieren. Mauroy erinnerte an die erste Geste des neuen Präsidenten, mit der er einen Weg abgestecht habe: „Mit drei Rosen. Drei Rosen im Halbdunkel des Panthéon." Diese symbolischen Rosen sind von Interesse, weil sie die Traditionslinien markieren, in die sich die neue Regierung stellt. Eine Rose fiel auf das Grab von Jean Jaurès, des Mitbegründers der französichen sozialistischen Partei SFIO (1905), der ein Jahr zuvor „l'Humanité" ins Leben gerufen hatte und am 31. Juli 1914 wegen seiner pazifistischen Einstellung auf offener Straße ermordet wurde.

Die zweite Rose galt dem französischen Patrioten Jean Moulin, der als erster Präsident des Nationalrats der Résistance CNR das im Schatten kämpfende

1) Zit. nach „Le Monde" v. 10. 7. 1981.

Frankreich sammelte. 1943 kam er in der Deportation durch die Nazis um. Die dritte Rose war für Victor Schoelcher, der sich die Befreiungskämpfe der schwarzen Sklaven 1848 auf der damaligen Kolonie, dem jetzigen Überseé-Departement Martinique zu eigen machte.

Die Botschaft dieser drei Rosen drückt laut Mauroy „eine einzige Erfordernis aus: der Mensch soll ‚das Maß aller Dinge' werden."

I. Schwerpunkte der Regierungserklärung

Der *erste Abschnitt* der Regierungserklärung *„Ein Frankreich stark durch die Arbeit aller Französinnen und Franzosen"* enthält eine kurze Sizze der Lage Frankreichs, vergleicht den Produktionsapparat mit einem verkümmernden Baum, der völlig vertrocknet, wenn die bisherige Politik weitergeführt wird und erläutert die Orientierungen der Beschäftigungspolitik, die die Schaffung von 210 000 Stellen im öffentlichen Bereich und die Verkürzung der Arbeitszeit vorsieht.

„Unser Land zählt 1800 000 Arbeitslose. Einer von sechs Jugendlichen ist ohne Arbeit, auf 100 Arbeitslose kommen 60 Frauen. Die Ursachen des ÜBels sind einfach. Gewiß befinden wir uns – wie auch andere – in der Krise, die Rezession ist allgemein. Aber mußte man das Schrumpfen unseres Produktionsapparates hinnehmen, die Stagnation der Investitionen, die Veralterung unserer Maschinen, das Ableben ganzer Industriesektoren, das Verschwinden so vieler Unternehmen, das kostspielige und effektlose Flickschustern in sovieler Branchen?" Unter Protestrufen der Opposition fuhr Mauroy fort:

„Der Wiederaufschwung wird nicht an einem Tag vor sich gehen. Wir werden noch lange dem Schatten der vorhergehenden Verwaltung unterliegen und nicht vor Ablauf einiger Monate die geerbte Tendenz zum Anwachsen der Arbeitslosigkeit umkehren." Um aus dem bisherigen Krisenmanagement herauszukommen, wird ein Zweijahresplan vorgelegt, der 1984 von einem „ehrgeizigeren" Fünfjahresplan abgelöst werden soll. Eine effektive Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden die Woche bis 1985 und die Herabsetzung des Rentenalters bilden Bestandteil der neuen Beschäftigungspolitik: „Den Krieg, den wir gegen die Arbeitslosigkeit führen, gewinnen wir nicht ohne eine starke Verkürzung der Arbeitszeit."

Der *zweite Abschnitt „Ein solidarisches Frankreich"* erläutert das Programm zur Reduzierung der sozialen Ungleichheiten durch progressive Anhebung der Niedriglöhne und der verschiedenen Beihilfen sowie die Einführung einer Vermögenssteuer. „Indem wir für die Beschäftigung kämpfen, bauen wir gemeinsam ein solidarisches Frankreich auf, ein Frankreich, in dem das Recht auf Arbeit wieder Wirklichkeit wird. Ein solidarisches Frankreich ist ein Frankreich, das aufhört, unter den großen Industrienationen Meister der Ungleichheiten zu sein. Ein solidarisches Frankreich ist auch ein Frankreich, das jedem Bürger, jedem Einwohner, jedem Arbeiter seinen Teil an Verantwortung zu geben versteht, das die Autonomie und Würde aller respektiert." Zum Recht auf Arbeit gehöre auch „das Recht auf einen Lohn, der zu leben er-

laubt." Die 10prozentige Erhöhung des Mindestlohns SMIC stelle einen ersten Schritt dar auf dem Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit, überarbeitet werden müsse die Staffelung der Löhne und Gehälter, die skandalösen Niedriglöhne müßten verschwinden.

Was die Sozialleistungen angeht, grenzt Mauroy sich ausdrücklich von der Austeritätspolitik seiner Vorgänger ab, die eine Höchstgrenze der Sozialausgaben festlegen wollten: „Wir wollen anders argumentieren. Es gibt keine andere Grenze der Finanzierung der Sozialleistungen als diejenige, die sich die nationale Gemeinschaft selber setzt." Weiterhin schneidet er die Verbesserung der Lage alter Menschen und die Rechte der in Frankreich ansässigen ausländischen Arbeiter an.

Der *dritte Abschnitt „Ein verantwortliches Frankreich"* behandelt die „neue Staatsbürgerschaft", die Justiz sowie die Dezentralisierung und Demokratisierung des „extrem zentralistischen Frankreichs".

„Ein verantwortliches Frankreich muß geschaffen werden. Als Entgegenung auf die Ungleichheiten werden wir die Grundsteine einer ‚neuen Staatsbürgerschaft' legen. Die zurückliegenden Wahlen bringen zum Ausdruck, daß die Franzosen eine Regierungsmacht erwaten, die nicht nur durch andere, sondern anders ausgeübt wird." Es soll also nicht nur um das Auswechseln von Personen und Mannschaften, sondern um einen Kurswechsel der Politik gehen. Die Bürger und Verbraucher selbst sollen „Mittel zur wirklichen Beteiligung an der Organisation ihres täglichen Lebens" erhalten: „Wir sind entschlossen, entschiedene Fortschritte der ökonomischen und sozialen Demokratie in die Wege zu leiten. Bürger in ihrer Gemeinde, müssen die Franzosen auch Bürger am Ort ihrer Arbeit sein." Die Ausdehnung der Demokratie hat „keinen Sinn, wenn sie nicht vorrangig auf die Lage der Arbeiter in den Betrieben angewendet wird." Eine Untersuchung über die Rechte der Gewerkschaften sei bereits im Gang. Deren bekannter Verantwortungssinn erhalte eine neue Bedeutung, da die Regierung „ihre Hoffnungen teilt" und sie auffordert, „vollwertige Partner und Akteure der Veränderung zu werden." Die Einhaltung der durch den Arbeitskodex den Unternehmenskomitees eingeräumten Vollmachten soll strenger überwacht werden. Verhandlungen zwischen den Gewerkschaftssektionen und Betriebsleitungen über Löhne, Beschäftigungspolitik, Dauer und Organisation der Arbeit sowie vertragliche Übereinkünfte werde man fördern.

Ein Gesetzentwurf „über die Rechte und Freiheiten der Gemeinden, Departements und Regionen" hat die Abschaffung der lähmenden Vormundschaft der Präfekten zugunsten einer richterlichen Kontrolle, die im Nachhinein stattfindet, zumZiel: „Ein verantwortliches Frankreich ist auch ein Land, das künftig die Einheit der Republik in der Vielfalt und Verantwortung seiner lokalen Gemeinschaften verwurzelt." Bereits seit Jahrhunderten leide Frankreich an der äußerst zentralistischen Sturktur seiner staatlichen Verwaltung. Der Gesetzentwurf der neuen Regierung sieht die Übertragung von zentralen Entscheidungsbefugnissen auf die Ebenen der Gemeinderäte von 36 413 Ge-

meinden (zum Vergleich: 7580 in der BRD), der Generalräte der 95 Departements und vor allem der Regionalräte der 22 Regionen vor. Auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens wird das allgemeine Verhältniswahlrecht eingeführt und die Rolle der gewählten Versammlungen aufgewertet. Für die Ausdehnung der Demokratie ist die Einrichtung einer wirklichen Regionalmacht als Zwischenstufe zwischen dem Departement und dem Zentralstaat unerläßlich. Sie soll die Region ökonomisch, sozial und kulturell leiten. Eine wirkliche Autonomie wird nur möglich, wenn ausreichende administrative und finanzielle Mittel bereitstehen. Die derzeit dem Präfekten zukommende Exekutivmacht äußert sich beispielsweise so: Wenn ein Generalrat sich über Angelegenheiten ausspricht, die der Präfekt für „politisch" hält, verläßt dieser traditionellerweise einfach den Sitzungssaal. Wenn die Präfekturen in den letzten Jahren verstärkt zum Zielpunkt von Demonstrationen wurden, so haben die Demonstranten sich nicht in der Adresse geirrt: unter der Kappe des Präfekten konzentrieren sich wichtige Vollmachten, ihm ist nicht nur die Polizei unterstellt, der sorgt auch für Ausführung von Gesetzen und Verordnungen der Regierung.

Wie Mauroy ankündigte, sollen, um das durch Einschränkung von Freiheitsrechten in den letzten Jahren angeschlagene Vertrauen in die Justiz wiederherzustellen, der Staatssicherheitshof, die ständigen Tribunale der Streitkräfte sowie die Todesstrafe abgeschafft werden.

Im Bereich der audiovisuellen Medien soll die volle Autonomie gegenüber der Regierung wie den Finanzmächten gesichert, deren Dezentralisierung organisiert und die Vielfalt der Ausdrucksformen gefördert werden.

Der *vierte Abschnitt „ein unternehmerisches Frankreich"* betrifft die ökonomischen Orientierungen, die gekennzeichnet sind durch die Nationalisierung des Bank- und Kreditsystems und der elf Industriegruppen. „Frankreich an die Arbeit zurückzubringen, soziale Gerechtigkeit zu praktizieren, die Rechte der Bürger zu verstärken – alle diese Ziele sind nicht zu erreichen ohne ein unternehmerisches, phantasievolles Frankreich, das entschlossen ist, die Herrschaft über seinen Produktionsapparat zurückzuerlangen. Die neue ökonomische Politik, die wir vorschlagen, beruht weitgehend auf dem Willen, zu unternehmen, zu innovieren, zu investieren und Arbeitsplätze im privaten Sektor zu schaffen."

Die Verstärkung und Ausdehnung des öffentlichen Sektors, dem bei Investitionen eine Führungsrolle zukommen soll, bildet eine grundlegende Strukturreform: „Die Natioanlisierungen geben der Regierung die entscheidenden Mittel zur Durchführung ihrer Wirtschaftspolitik." Diese Reform wird als „Vollendung" und „Weiterführung" der Gesetze von 1936 und 1945 verstanden: unter der Volksfront von 1936 wurde die „Banque de France" nationalisiert, von der Regierung der nationalen Einheit von 1945 unter General de Gaulle vier große Depotbanken, elf Versicherungsgruppen, Kohlebergwerke, Renault, Air France sowie die Gas- und Elektrizitätswerke.

Die Industriebeteiligungen der Banken sollen dem Privatsektor zurückerstattet werden; das betrifft insbesondere die vielfältigen Beteiligungen der Finanzgruppen Paribas und Suez. Die Banken unter ausländischer Kontrolle werden nicht nationalisiert.

Nationalisiert werden hingegen elf Industriegruppen: „Eine moderne Industriewirtschaft zieht ihre Kraft zugleich aus einem Gefüge von kleinen und mittleren, sehr vielseitigen Unternehmen und einem Kern großer Industriegruppen, die sowohl die stark kapitalintensive Grundstoffindustrie als auch die Spitzensektoren mit ihren äußerst kostspieligen Forschungen erfordern. Diese großen Gruppen müssen konkurrenzfähig sein und durch ihre gemeinsamen Anstrengungen den Platz Frankreich in den Sektoren mit scharfer Weltkonkurrenz wahren." Den einzelnen Unternehmensleitungen „fällt es zu, eine industrielle Strategie aufzustellen und durchzuführen. Das ist gleichzeitig ihre Aufgabe wie ihre Verantwortung, die völlig intakt bleiben." Die Nationalisierung ist nicht mit einer Verstaatlichung gleichzusetzen: „Wir wahren die Identität und Autonomie der somit geschaffenen nationalen Gesellschaften. Diesen kommt ihre volle Unternehmensverantwortung zugute, sie sind dazu aufgerufen, nach eigener Initiative auf nationalem wie internationalem Gebiet einzugreifen." Allerdings innerhalb der Orientierungen des Plans. Die Rechte der Arbeiter sollen erweitert und der öffentliche Sektor „zum bevorzugten Ort für soziale Innovation" werden.

Vier Typen von Nationalisierungen werden unterschieden[2]):

1. Die Gruppe Dassault, „die hauptsächlich von Rüstungsaufträgen lebt" (Zivil- und Militärluftfahrt, Elektronik, Presse, Immobilien; Geschäftsumsatz 1980 10,7 Mrd. FF, Nettogewinn 312 Mio. FF, 15 800 Beschäftigte) und der Rüstungszweig des Matra-Konzern (Rüstung, Raumfahrt, Audiovisuelles, Presse; Umsatz 5,6 Mrd., davon 2,2 Mrd. im Rüstungssektor; 5 100 Beschäftigte, 489 Mio. Gewinn).

2. Die Stahlkonzerne Usinor (17 Mrd. Umsatz, 1,2 Mrd. Verlust, 34 000 Beschäftigte) und Sacilor (10 Mrd. Umsatz, 2 Mrd. Verlust, 24 650 Beschäftigte).

3. Fünf Industriegruppen „auf der Ebene der Muttergesellschaften":
– Compagnie générale d'électricité (CGE) (Elektronikbauteile, elektromechanische Ausrüstungsgegensätnde, öffentliche Arbeiten; Umsatz 45,7 Mrd., 180 000 Beschäftigte, davon 30 000 im Ausland, Profite 2 Mrd., +53% gegenüber 1979).
– Péchiney Ugine Kuhlmann (PUK) (Aluminium, Spezialeisen, Chemie, Pharmazie, Kernkraftwerke; Umsatz 38 Mrd., davon 54% im Ausland, Profite 2,265 Mrd., 89 000 Beschäftigte, davon 30 000 im Ausland).
– Rhône-Poulenc (Chemie, Pharmazie, Texteil; Umsatz 30 Mrd., davon 55% im Ausland, erklärte Verluste 1,9 Mrd., Profite 1,730 Mrd., 95 300 Beschäftigte, davon 34 600 im Ausland).
– Saint-Gobain Pont-à-Mousson (SGPM) (Glas, Baustoffe, Röhren, Verpackung, Papier, Datenverarbeitung; Umsatz 43,5 Mrd., davon 53% im Ausland, Profite 6 Mrd., verdoppelt seit 1975, 163 000 Beschäftigte, davon 86 700 im Ausland).
– Thomson-Brandt (Telefonwesen, elektrisches und elektronisches Material, Haushaltsgeräte, Weltraumausrüstung; Umsatz 36,5 Mrd., Gewinn 502 Mio., im Vorjahr 1,2 Mrd. Verluste deklariert, 128 000 Beschäftigte, davon 20 000 im Ausland).

2) Zahlenangaben nach „Le Monde" v. 10. 7. 1981 sowie „l'Humanité" v. 9. 7. 1981. Profitangaben aus letzterer.

4. Mit drei Gruppen werden Verhandlungen eröffnet:
– CII-Honeywell Bull (Datenverarbietung, zu 47% im Besitz von Honeywell Informations Systems; 6,3 Mrd. Umsatz, 180 Mio. Gewinn, 20 000 Beschäftigte, davon 4500 im Ausland).
– ITT-Frankreich (Telefonwesen, Bauteile, Meß- und Warnapparaturen; in USA-Besitz; Umsatz 3,9 Mrd., Gewinn: nicht mitgeteilt, 14 400 Beschäftigte).
– Roussel Uclaf (Chemie, Pharmazie, Kosmetik, zu 58% in Hoechst-Besitz; Umsatz 5,3 Mrd., Gewinn 132 Mio., 17 000 Beschäftigte, davon 7000 im Ausland).

Die Produktion der Landwirtschaft soll erhöht werden: „Die französiche Landwirtschaft kann nur eine Landwirtschaft in Expansion sein. Dafür gibt es mehrere Gründe. Der erste liegt im Reichtum unseres Landes, dessen Vielfalt Ihnen bekannt ist, das mit 33% der anbaufähigen Fläche der Gemeinschaft aber nur wenig mehr als ein Viertel der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion der zehn Mitgliedsländer erzeugt. Es bestehen als beträchtliche Erweiterungsspielräume . . . Der zweite liegt im anwachsenden Nahrungsdefizit der Länder der Dritten Welt und insbesondere unserer Nachbarn im Mittelmeerraum und in Afrika, das in menschlicher wie politischer Hinsicht alarmierend ist."

Im *fünften* und letzten *Kapitel „Ein stolzes Frankreich"* unterstreicht Mouroy den Platz und die Rolle des Landes in der Welt sowie dessen Willen, zu einer neuen internationalen Ordnung beizutragen und Spannungszonen abzubauen. „Unser Ziel ist es, ein stolzes Frankreich aufzubauen, ein Frankreich der Menschenrechte, ein Frankreich, das entschlossen ist, eine neue internationale Ordnung voranzubringen." Drei „Imperative" sollen die diplomatischen Aktionen leiten: den Platz Frankreichs in der Welt zu wahren, für den Respekt des Rechts zu kämpfen und die internationale Solidariät vorwärtszubringen. Die „Treue" gegenüber den Alliierten bringt Mauroy dazu, „die Bedeutung zu unterstreichen, die wir dem Netz von Freundschaften und Allianzen beimessen, das uns mit andern Nationen der Welt verbindet. In der ersten Reihe unserer Alliierten stehen natürlich die Vereinigten Staaten von Amerika und unsere anderen Partner der atlantischen Allianz. . . . Frankreich kann seinen Platz in der Welt nur halten, wenn seine Unabhängigkeit, seine Sicherheit, sein Wohlstand durch eigene Anstrengungen garantiert werden. Daher lege ich Wert darauf, feierlich an unser Festhalten an allen Bestrebungen zu erinnern, die unser Land unternommen hat, um sich mit den Mitteln seiner Unabhängigkeit zu versehen, ganz besonders den militärischen. Diese Bemühungen werden fortgesetzt, damit unsere Verteidigungspolitik, die sich auf die nationale Abschreckungsfähigkeit stützt, die letzte Garantie unserer Souveränität bleibt. . . . Alle Gründe zur Sorge sind leider nicht ausgeräumt. Sie liegen vor allem im ununterbrochenen Anwachsen des Militärpotentials der Sowjetunion, das sich heute auf dem Gebiet der Waffen mittlerer Reichweite, die direkt Westeuropa bedrohen, äußert. Andererseits erklärte Mauroy: „Wir hoffen, daß der Dialog zwischen Frankreich und der Sowjetunion bald einen neuen Aufschwung erfahren wird, entsprechent den traditionellen Beziehungen der Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern, die beide gleichermaßen im letzten Weltkrieg einen schweren Tribut gezahlt haben."

Bei den Ausführungen über das sowjetische Militärpotential applaudierten

zwar Teile der Opposition, doch deren Abneigung gegenüber den innenpolitischen Vorhaben überwog bei weitem die wenigen außenpolitischen „Rosinen", die sie in der Rede gefunden hatten.

II. Die ersten Reaktionen

Die allgemeinen *Stellungnahmen auf die Regierungserklärung* reichten von demagogischer Zurückweisung von Seiten der Rechten bis hin zu hoffnungsvoller Zustimmung bei der Linken. Die härtesten Kritiken konzentrierten sich schwerpunktmäßig auf die Nationalisierungen und das Dezentralisierungsprojekt.

Als erster Redner nach Mauroy erklärte Jean-Claude Gaudin für die zentristische *UDF* („Giscardisten"): „Wenn die Zeit gekommen ist, werden wir sehen, ob die Zahl der Arbeitslosen abgenommen hat, ob es Ihnen gelungen ist, die Inflation zu zügeln." Und zusammenfassend: „Das Regime, das Sie einrichten, ähnelt vollkommen einem staatlichen Sozialismus und die Anwesenheit kommunistischer Minister auf nicht zu vernachlässigenden Posten in Ihrer Regierung zeigt klar den Weg an, den Sie zu gehen beabsichtigen." Michel Barnier nahm für die neogaullistische Sammlungsbewegung *RPR* zur Kenntnis, daß die Franzosen die Veränderung gewünscht haben, jedoch: „Sie wollten diese Veränderung nicht irgendwie irgendwofür!" Er schließt: „Wir wünschen nicht Ihr Scheitern, denn dieses Scheitern wäre das Scheitern Frankreichs. Wahrlich, wir wünschen es nicht, aber wir befürchten es." André Lajoinie begründet die Zustimmung der *FKP*-Fraktion und führt zur Außenpolitik aus: „Ein souveränes Frankreich, das die Mittel zur Gewährliestung seiner Sicherheit besitzt, muß den notwendigen Kampf für Frieden und Abrüstung entwickeln und insbesondere für baldige internationale Verhandlungen über die Begrenzung und Verminderung der Rüstung in Europa eintreten. Diese müssen sich gegen die Anwesenheit sowjetischer Raketen und die Entscheidung, amerikanische zu installieren, richten. Es erscheint uns unerläßlich, daß die Suche nach dem Kräftegleichgewicht eher auf eine Verminderung als eine Erhöhung abzielt."[3])

Auf außerparlamentarischem Gebiet reagierten die Gewerkschaften und der französische Arbeitgeberverband CNPF. Für die Gewerkschaft *CGT*, deren Programm ehrgeiziger ist als das Mitterands, erklärte Henri Krasucki: „Fangen wir damit an und machen wir das gut." Die Exekutivkommission der Gewerkschaft *CFDT* stellte fest, daß sich in der Regierungserklärung eine große Anzahl ihrer eigenen Vorschläge wiederfindet und erinnterte daran, daß „die soziale Mobilisierung letzten Endes die beste Garantie für die Verwirklichung der Veränderung ist". Der Präsident des Unternehmerverbandes *CNPF*, François Ceyrac, nahm ausführlich Stellung: „Ich bin erstaunt über eine gewisse ideologische Herangehensweise an die Probleme." Hinzu-

3) Die Haltung der FKP zur französischen Atomstreitmacht hatte bereits der Wirtschaftswissenschaftler Philippe Herzog auf folgenden Punkt gebracht: „Eine Regierungspartei ohne zusammenhangenden Plan ist wie eine französische Verteidigung ohne Abschreckungsstreitmacht.", in: „Révolution" v. 10. 7. 1981.

kommt, daß er „einige Schwierigkeiten" hat, „in der Rede von Herrn Mauroy einen Zusammenhang zu finden". Einerseits wird die Notwendigkeit zu unternehmen betont, aber andererseits „nimmt der Premierminister Positionen zu den Nationalisierungen und der Macht der Gewerkschaften ein, die schwer mit seinen liberalen Äußerungen in Übereinstimmung zu bringen sind." Einerseits lobt Mauroy „die Entwicklung Frankreichs in der Welt", andererseits überführt er „eine gewisse Anzahl der gläzendsten Unternehmen unter die Kontrolle des Staats". Nationalisierungen stellen „eine wirtschaftliche Absurdität dar, die droht, katastrophal für die französische Wirtschaft zu sein", sie sind kostspielig und unnütz". Von einer Herabsetzung der Arbeitszeit hält Ceyrac auch nichts: „Wir möchten das Problem anders gestellt wissen, das heißt in der Perspektive einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen", einer Humanisierung der Arbeit. Er polemisiert gegen die Ausdehnung der Rechte der Arbeiter: „Es besteht die beträchtliche Gefahr, eine gewerkschaftliche Gegenmacht einzurichten, d. h. die Entscheidungsfähigkeit der Verantwortlichen auf allen Ebenen herabzusetzen, zu stören." Der Einsatz des noch bevorstehenden Kampfes, der ohne den Eingriff der Betroffenen nicht zu gewinnen ist, wird hier deutlich.

In der Presse wurde die Rede von Mauroy ebenfalls unterschiedlich aufgenommen. Das Editorial von *„Libération"* (vom 9. 7.) spricht von einem „Rosenwasser-Sozialismus": „Die Reform wird gemäßigt, begrenzt, behutsam sein. Mauroy hat von 36 und 44 gesprochen. Er will ebensoviel machen. Er hat drei- oder viermal mehr Zeit vor sich. Trotzdem kündigt er viel weniger an." *„L'Humanité"* (vom 9. 7.) erscheint der vorgeschlgene Terminkalender zu zögernd, zu abwartend, da gerade die Situation der Arbeitslosen auf sofortige Veränderung dränge. Das Organ der FKP fährt fort: „Um in Richtung der Demokratie, des sozialen Fortschritts und Friedens voranzukommen, ist es nicht unnütz daran zu erinnern, daß die Aktionen der Arbeiter und des ganzen Voks das unerläßliche Mittel sind, um die Widerstände zu bezwingen und die Hindernisse zu überwinden." *„Le Matin de Paris"* (vom 9. 7.) ist zurückhaltend: „Eine Rede, die vom Siegel des Pragmatismus geprägt war, das eher den Willen eines Regierungschefs widerspiegelt als die Wünsche eines Parteichefs." *„Le Monde"* (vom 10. 7.) faßt die Rede als „idealistischen Gaullismus", da Mauroy den Akzent auf Menschenrechte, internationale Solidarität und den Beispielswert Frankreichs in der Welt lege, aber vom Gaullismus das Festhalten an der Unabhängigkeit des Landes übernämhe. Der *„Figaro"* (vom 9. 7.) vergleicht die Regierungserklärung mit einem Warenhauskatalog: „Im Katalog eine Sammlung von schön präsentierten Artikeln, die man mit Kredit bezahlt. Am Ende steht der Bankrott." Hinter der Erklärung verberge sich „ein fester und entschiedener Wille, die Strukturen unserer Gesellschaft zu zerschlagen, sofort und wenn möglich für immer." Das Skandalöseste liege jedoch darin, daß es nicht darum geht, „Titelträger auszutauschen, sondern die Hierarchie zu zerschlagen, um die Wirklichkeit der Macht an die Basis zu übertragen." Der „Figaro" (vom 11./12. 7.) stellt sich ebenfalls die Frage, ob der Sieg der Linken einfach im Rahmen des Wechselspiels von Regierung und

Opposition eine Ablösung darstelle oder nicht vielmehr einen Punkt ohne Umkehr markiere. Die Linke schere sich überhaupt nicht darum, ob die Rechte später „mit einem Federstrich die Gesamtheit der Reformen, die die Linke wünscht, ausstreichen und am unterbrochenen Faden ihrer eigenen Politik wiederanknüpfen" kann: „Der Begriff des Regierungswechsels ist dabei, durch den der Unumkehrbarkeit ersetzt zu werden. Das Mindeste, was man sagen kann, ist aber, daß diese beiden Begriffe schwerlich miteinander vereinbar sind."

Im „*Express*" vom 24. 7. meint Raymond Aron als „Liberaler" der Regierungserklärung zunächst Gründe zur Zufriedenheit abgewinnen zu können. Vor allem in außenpolitischen Fragen, da „ohne Umschweife die militärische Präsenz der Sowjetunion in Afghanistan verurteilt", der „Neutralismus in Westeuropa" kritisiert und damit Bundeskanzler Schmidt „gegenüber der Linken in seiner Partei" der Rücken gestärkt werde. Das Dezentralisierungsprogramm habe schon in den „Träumen der dem Jakobinismus feindlich gegenüberstehenden Republikaner" gestanden; jedoch: „Es bleibt die Hauptsache." Denn neben dem Liberalismus finde sich in den Reden und Texten der sozialistischen Partei „eine aus alter Tradition hervorgegangene ökonomische Ideologie", natürlich die der Nationalisierungen: „Die Regierung stürzt sich in dieses Abenteuer in einer Zeit, wo die Wiederherstellung der großen Gleichgewichte erstes Gebot sein müßte. Alles deutet auf eine Verschlimmerung sowohl der Inflation wie des Außenhandelsdefizits in den kommenden zwölf Monaten hin. Zweitrangige Betrachtungen für Leute, die vor allem sofort einen Bruch herbeiführen wollen – einen Bruch zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus, als ob sie sich dasselbe Bild von diesen beiden Regimen machten wie Jean Jaurès und Léon Blum; mit einem oder einem halben Jahrhundert Verspätung."

In gleiche oder ähnliche Kerben schlug die „*Frankfurter Allgemeine Zeitung*" (vom 11. 7.) unter dem Titel „Signale aus Frankreich": die Pläne Mitterands müßten unweigerlich „mit der Politik der englischen Premierministerin und der des deutschen Bundeskanzlers in Kollision geraten". Es drohe entweder die Desintegration Europas oder „die Infektion der europäischen Wirtschaftspolitik durch sozialistische Ideen", beides wäre „das Ende" der europäischen Politik: „Die Signale aus Frankreich sollten die Völker hören; was sie verkünden, muß sie schrecken." In der FAZ vom 15.7 geht es dann um die Nationalisierungen: „Daß man eine Volkswirtschaft mit sozialistischen Heilslehren leicht ruinieren kann, ist hinreichend bekannt. Handelspartner, Nachbarn und Freunde Frankreichs fürchten dies und hoffen – um Karl Schiller zu zitieren –, man werde in Paris ‚die Tassen im Schrank lassen'."

Am 22. 7. gibt die FAZ dann noch einen sachten Hinweis auf die Bedeutung fortschrittlicher Innenpolitik in Frankreich für die übrigen Länder. Die Rede ist von der „vielleicht zusätzlichen Verlockung" des „französischen Beispiels" für Arbeitszeitverkürzungen. Die FAZ weiß, wie solche Verkürzungen zu handhaben sind, nämlich: „Ohne Lohnausgleich".

III. Zur Nationalisierung von Banken und Industriekonzernen

Die *Nationalisierungen* wurden 1981 wie 1972 beim „Gemeinsamen Programm" am härtesten kritisiert. Der Unterschied zwischen Verstaatlichung und Nationalisierung wird von den Kritikern meistens nicht beachtet: Nationalisierungen sind im Unterschied zu Verstaatlichungen mit einer Demokratisierung verknüpft. Der Staat ist zwar der Form nach Enteigner, aber der Betrieb behält eine autonome Verwaltung, in der der Staat keine Mehrheit hält. Die Betriebe werden nationales Eigentum, die Kontrolle durch Staat oder Nationalversammlung erfolgt erst im Nachhinein.

Der Vorteil von Nationalisierungen für die betroffenen Arbeiter liegt auf der Hand: in einem nationalisierten ITT wird es leichter sein, die 35-Stunden-Woche und mehr Rechte für die Beschäftigten durchzusetzen, als in der Privatfirma ITT.

Den Platz, den die nationalisierten Unternehmen im Rahmen des Plans einnehmen könnten zur Durchsetzung einer neuen ökonomischen Logik, die nicht mehr die des Profits und des Markts sondern die der Bedürfnisse und der Planung ist, wird von Mauroy nur angedeutet. Die Nationalisierungen werden nicht mehr mit dem Argument, „die Herrschaft des Großkapitals zu zerbrechen" (Gemeinsames Programm), begründet, vielleicht um der ohnehin scharfen Kampagne der Rechten keinen weiteren Vorschub zu leisten. Bestimmte Belastungen für die Betriebe will Mauroy streichen, um die Anreicze für Investitionen zu erhöhen. Die Maßnahme ist ebenfalls politischer Art: das Vertrauen der Unternehmer soll gesucht werden, um das Schlimmste, nämlich den weiteren Rückgang von Investitionen und Produktion zu verhindern.

Die Verbesserung der sozialen Lage wird verknüpft mit Strukturreformen: Arbeitsplatzbeschaffungen sind nur möglich bei Umstrukturierung der Ökonomie, d.h. Nationalisierungen, Arbeitszeitverkürzungen und Kaufkrafterhöhungen. Den Konsum der Volksmassen anzukurbeln, stellt in der Tat einen Versuch dar, mit der Austeritätspolitik von Barre zu brechen. Durch Erhöhung der Niedriglöhne und Sozialleistungen soll die Massenkaufkraft gestärkt und durch diese Steigerung der Massennachfrage das ökonomische Wachstum begründet werden.

Dieser Versuch stößt auf harte Hindernisse: außenpolitisch steht dem die Reagansche Hochzinspolitik, die Kapitalabgänge begünstigt, entgegen, und innenpolitisch droht die Inflation, die Maßnahmen zur Ankurbelung des Volkskonsums wieder zunichte zu machen.

Bei ausreichender Größe des öffentlichen Sektors kann dieser Rahmenbedingungen für den verbleibenden kapitalistischen Sektor setzen, da die Ausweitung des öffentlichen Sektors einen Teil der Schlüsselindustrien unter gesellschaftliche Leitung und Kontrllle stellt. Die Frage, ob die von Mauroy vorgeschlagenen Nationalisierungen dazu ausreichen, beherrscht die aktuelle öffentliche Diskussion nicht mehr in dem Maße wie das naoch vor einigen Jahren der Fall war. Das mag umso mehr verwundern, als die jetzige Ausweitung

des öffentlichen Sektors noch hinter die vom „Gemeinsamen Programm" von 1972 festgelegte „Mindestschwelle" zurückfällt. So werden die Grundstoffindustrien (Erdöl, Kohlebergwerke, Kernkraftwerke) und Unternehmen, die kollektive Funktionen wahrnehmen (Chemie, Pharmazie, Computer) nur zum Teil nationalisiert und nicht „überwiegend" oder „insgesamt", wie es 1972 vorgesehen war.

Selbst die Tatsache, daß Mauroy die Nationalisierung der Versicherungsgesellschaften offenbar fallengelassen hat, obwohl sie im Wahlprogramm Mitterands, das nach Eigenangaben „das Programm der Regierung skizziert", ausdrücklich neben dem Kredit und den neun im „Gemeinsamen Programm" namentlich erwähnten Industriegruppen vermerkt sind, als Punkt 21 der „110 Vorschläge für Frankreich" ruft kaum Kritik hervor. Wie ist dieses zunächst erstaunliche Phänomen zu erklären? Besonders aufschlußreich ist in dieser Hinsicht naturgemäß die neuere Diskussion bei den Kommunisten.

Das „Gemeinsame Programm" schrieb dem Staat die Aufgabe zu, die Kohärenz und den Zusammenhalt der verschiedenen, gleichzeitig durchzuführenden Maßnahmen zu gewährleisten und herzustellen. Ihm wurde die Führungsrolle bei der Veränderung der Gesellschaft zugesprochen. Anläßlich der Verhandlungen über dieses Programm wie auch zum Zeitpunkt seiner Aktualisierung bestand die Hauptsorge darin, ein kohärentes Ensemble von für wichtig erachteten Strukturveränderungen aufzustellen: „Der Begriff der Schwelle – die Mindestschwelle der Nationalisierungen war hierfür zentrales Beispiel und Symbol – bedingte weitgehend die Gesamtheit der Reflexion auf die Gefahr hin, bis zum Übermaß die Sorge um formelle Kohärenz zu verstärken und die Bedeutung der notwendigen Verbindung zwischen politischem Projekt und der realen gesellschaftlichen Bewegung zu unterschätzen"[4]).

In kritischer Auswertung dieser Erfahrungen hat die FKP seit 1977 ihre Strategie der Selbstverwaltung (stratégie autogestionnaire) entwickelt und spricht nicht mehr von „einer" zu überschreitenden Schwelle, „einem" Bruch, sondern von einer Reihe von Schwellen und Brüchen, die in Funktion der Fortschritte, die die Volksbewegung und die Einheit der Arbeiterbewegung vollzieht, überschritten werden. Diese Brüche verschachteln sich ineinander, um die Hegemonie des Großkpitals zu brechen. Lösungsvorschläge im Programm erhalten erst ihren Sinn im Leben, wenn sie Schritt für Schritt mit dem Eingriff, der Intervention der Massen einhergehen. So stellt die Resolution des 23. Parteitags fest: „In der Aufeinanderfolge erbitterter Kämpfe –deren Formen und Rhythmen weder im voraus programmiert noch von oben diktiert werden können – werden sich die durch die Verwirklichung und Aufrechterhaltung der Volksunion gestellten Probleme lösen"[5]).

Das „Gemeinsame Programm" war als Etappe konzipiert, die der „fortgeschrittenen Demokratie". Dieses Etappenschema, das zu seiner Zeit positive

4) Anicet Le Pors, Marinanne à l'encan. Stratégie du déclin et autogestion nationale, Editions sociales, Paris 1980, S. 14.

5) „L'avenir commence maintenant", Resolution des 23. Parteitages der FKP, Paris o.J., S. 37.

Aspekte hatte, wird heute infragegestellt, da es die Vorstellung beinhaltete, das soziale Bewußtsein auf das hohe Niveau eines von vornherein festgelegten Programms emporzuheben. Der klaffende Spalt zwischen dem Niveau der Bewegung und dem des Programms hat jeoch nach Auffassung der FKP 1977 der SP erlaubt, sich des revolutionären Inhalts dieses Programms zu entledigen.

Übereinkünfte zwischen den beiden Parteien waren zur „Achse der Politik" der FKP geworden, obwohl sie nur das Ensemble der Kämpfe der Bewegung widerspiegeln. Dadurch wurden Illusionen über die Fähigkeiten dieser Übereinkünfte hervorgerufen, so als wären diese von selbst in der Lage, die Probleme zu lösen: Nach ihrem Abschluß brauchten nur die kommenden Wahlen abgewartet werden.

Das Programm selbst wies eine bisher ungekannte Kohärenz auf, weil alle Schwellen aufeinander abgestimmt und gleichzeitig zu überschreiten waren. Diese Abstimmung war nur durch staatliche Intervention und Koordination zu leisten, da diese Aufgabe der Volksbewegung, die zu differenziert und verschiedenartig war, nicht anvertraut werden konnte. Die jetzige Selbstkritik an der Periode des „Gemeinsamen Programms" erklärt die damalige Strategie keineswegs für null und nichtig: sie hat immerhin erlaubt, das Niveau politischer Kämpfe in Frankreich zu erhöhen. Es geht jedoch darum, zukünftig die vorherige Strategie nicht einfach zu reproduzieren, da die Geschichte sich bestenfalls als Karikatur wiederholt. Das gilt auch für die Debatte um die Nationalisierungen.

Die Vorstellung der Schwelle in jedem Sektor bleibt nach wie vor gültig, an der Idee der Nationalisierung der Schlüsselsektoren wird festgehalten. Hingegen soll die notwendige Kohärenz in der Dynamik der Volksbewegung liegen. „Die Idee des nichtprogrammierten, differentiellen Überschreitens der Schwellen vermindert in nichts die Rolle der revolutionären Partei, sondern neigt eher dazu, sie beträchtlich anwachsen zu lassen"[6]).

Letzten Endes hängt der Erfolg eines linken Programms von der Mobilisierung und Intensivierung der demokratischen Masseninitiativen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ab; somit hat sich das Gewicht vom Programm auf die wirkliche Bewegung der Volksmassen hin verlagert: das Verhältnis zwischen Union, Programm und Bewegung ist neu zu durchdenken – in Richtung auf eine größere Aktivität und Dynamik der Massenbewegung.

6) Felix Damette/Jacques Scheibling, Pour une stratégie autogestionnaire, Editions sociales, Paris 1979, S. 158.

Der Hinterhof der USA

Zur Geschichte der US-Lateinamerikapolitik

Von Frank Niess

I. Der „panamerikanische Traum"

Die Expansion der USA nach Süden, über den Rio Grande nach Mexiko und von dort aus weiter über die mittelamerikanische Landbrücke auf den Subkontinent, war schon zu einem Zeitpunkt vorgezeichnet, als die Väter der amerikanischen Revolution sich gerade erst anschickten, die vormaligen britischen Kolonien zu einer soliden Republik, zu einer starken Föderation staatsrechtlich zu verschweißen. Zumindest rhetorisch verschlug es die nordamerikanischen Politiker schon ab und an nach Süden. Entgegen der Legende, die behauptet, daß die Gründungsväter, der Händel, der Geheimdiplomatie, der kriegerischen Auseinandersetzungen und der Unmoral Europas überdrüssig, nichts Eiligeres zu tun gehabt hätten, als sich dem Isolationismus hinzugeben, haben die ersten Vollstrecker der Bundespolitik, ob sie nun Thomas Jefferson, James Madison oder anders hießen, sehr wohl schon ein Auge auf die Umwelt der USA geworfen. Es war ein begehrlicher Blick, der andeutungsweise schon verriet, daß die junge Union sich nicht für alle Zeit der Selbstgenügsamkeit verschreiben wollte[1]). Fürs erste allerdings konnten die amerikanischen Politiker die Gelüste zügeln, die dem spanischen Kolonialreich galten. Die Union fand direkt vor der eigenen Tür Raum genug, um sich auszudehnen. Mittels Verträgen oder Käufen, aber auch mit Mord und Totschlag, wenn Lug und Trug nicht weiterhalfen, raffte sie im Süden und im Westen, jenseits der Appalachen, Land zusammen, bis zwischen Atlantik und Pazifik überall das Sternenbanner wehte. Erst erwarb sie von Frankreich Louisiana. Das war 1803. 1819 mußte Spanien für 5 Mio. Dollar Florida an sie verkaufen. Unter heftigen Kämpfen mit den Eingeborenen, den Indianerstämmen, drangen Siedler schon wenige Jahre nach der Gründung der Union mit Hilfe der Regierung nach Westen vor. 1845 wurde Texas annektiert. Ein Jahr später trotzten die USA der Londoner Regierung im Oregon-Vertrag nach fast dreißig Jahren Kondominium riesige Gebiete im Nordwesten ab. Und nach dem amerikanisch-mexikanischen Krieg „kauften" sie dem Gegner für lumpige 15 Mio. Dollar den ganzen Südwesten des Kontinents ab.

Mit dem Vertrag von Gadsden, der 1853 einen weiteren Landstrich von Nord-Mexiko in den Besitz der Vereinigten Staaten brachte, hatte sich die Union, dem Zug zu ihren „natürlichen" Grenzen folgend, arrondiert[2]). Was

1) Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus, Göttingen 1974, S. 12f.
2) Vgl. u.a. Die Vereinigten Staaten von Amerika. Geschichte, Probleme, Perspektiven (USA-Ploetz), Würzburg 1976, S. 58f.; sowie: Carl Oglesby/Richard Shaull, Amerikanische Ideologie. Zwei Studien über Politik und Gesellschaft in den USA, Frankfurt/M. ^{2}1970, S. 64ff.

aber keineswegs bedeutet, daß damit der Ausdehnungsdrang befriedigt war. Noch während die Expansion über den Kontinent hinweg im Gange war, schweiften die politischen Träume schon nach Süden aus. Kuba geriet ins Visier der amerikanischen Machtelite. Dann die Anrainerstaaten des Golf von Mexiko. Und die Antillen gleich darauf. Im Geiste wurden sie schon der amerikanischen Einflußsphäre zugeschlagen, lange bevor die Siedlungsbewegung im Westen angekommen war. Der Gedanke, daß sie den Vereinigten Staaten wie reife Früchte zufallen würden, beflügelte die Phantasie der Handelsunternehmer, der Politiker und der Diplomaten gleichermaßen. Als hätte die Geschichte die USA dazu vorherbestimmt, in Besitz zu nehmen, was sie zu besitzen wünschten, nannten sie die karibische See „amerikanisches Mittelmeer"[3]). Der Glaube an die Vorsehung, daß die USA von der Geschichte dazu ausersehen wären, der übrigen Welt zu demonstrieren, wie eine wahre Republik, eine solide Demokratie und eine Wirtschaft, die den Wohlstand mehrt, idealiter beschaffen sind, schwang in allen ideologischen Präliminarien vor der Expansion der USA nach Süden mit. Vor allem in der Monroe-Doktrin von 1823[4]). Kaum hatten Simon Bolivar, José de San Martin und andere die Kolonialherrschaft der Spanier abgeschüttelt, da witterten die Politiker in Washington schon Morgenluft. Zwar fehlte ihnen die Macht, die Seemacht insbesondere, um die entstehenden Nationen gleich unter Kuratel zu stellen. Aber sie bezogen die südliche Halbkugel vorsorglich schon einmal in den Hegemonialanspruch der nördlichen Republik mit ein. Diese geopolitische Doktrin, die den europäischen Mächten untersagte, die Hand auf Lateinamerika zu legen und gleichsam einen völkerrechtlichen Schutzschirm über die südliche Hemisphäre zu spannen beanspruchte, ist für die außenpolitische Ideologie der USA so typisch wie kaum eine andere. Denn sie macht es möglich, den Schein der Uneigennützigkeit um handfeste machtpolitische Interessen zu verbreiten. Und sie ist heute noch gültig wie vor 160 Jahren, wenngleich mit einer anderen Spitze: nämlich gegen die Sowjetunion oder den Kommunismus im allgemeinen.

Fürs erste mußten sich die Nordamerikaner weiter damit begnügen, in der Zukunftsvision zu schwelgen, daß sie dermaleinst mit ihren vorbildlichen Institutionen die Welt beglücken könnten. „Manifest Destiny" hieß einer der geschichtsphilosophischen Glaubenssätze, der von der Mitte des 19. Jahrhunderts an wie ein Lauffeuer durch die Publizistik ging: der schicksalhafte Auftrag der USA, sich ihre Umwelt untertan zu machen[5]). Zahlreiche Elemente des traditionellen Sendungsbewußtseins der Amerikaner flossen in diese Blankolegitimation für jede auch noch so rüde und aggressive Außenpolitik mit ein. Die ins Profane gewendete Heilsgewißheit, daß die USA als „Neues Jerusalem" oder als „Stadt auf dem Hügel" dem Rest der Welt voranzuleuchten hätten. Das säkularisierte Erbe des Puritanismus. Die Philosophie

3) Vgl. Wehler, a.a.O., S. 9.
4) Vgl. u.a. Hans R. Guggisberg, Geschichte der USA. Bd. I, Stuttgart u.a. 1975, S. 74f.
5) Ausführlich zur Begriffsgeschichte: Knud Krakau, Missionsbewußtsein und Völkerrechtsdoktrin in den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankfurt/M. 1967, S. 128ff.

vom Wandern der Weltreiche, die besagte, daß der historische Zug der Imperien um den Globus in den Vereinigten Staaten zum Ziel gelangt sei. Der Adventismus, der verhieß, daß die Menschheit mit dem Aufstieg der USA zugleich den Gipfel der Zivilisation erklommen habe. Etcetera, etcetera[6]).

Mit den Ideen von William H. Seward kristallisierten sich aus diesem ideologischen Gebräu dann folgerichtig die Gebrauchsanweisungen heraus, die der amerikanischen Expansion noch fehlten. Statt den Nachbarn südlich des Rio Gande eine formelle Kolonialverwaltung zu oktroyieren, die nur unnötig Geld verschlang und Heere von Beamten wie Soldaten in Atem hielt, empfahl der Außenminister Lincolns und Andrew Johnsons die Errichtung eines „informellen" beziehungsweise kommerziellen Weltreichs. Um an dieses Ziel zu kommen, brauchten die USA, wie dieser Prophet des Handelsimperialismus meinte, nichts anderes als Verträge, Konsuln und Kanonenboote. In seinen politischen Tagträumen erstand schon ein Empire beider Amerika mit Regierungssitz in Mexiko[7]). Noch aber blieben diese Träume pure Illusion. Denn vor allem: die Kanonenboote waren vorerst nichts als graue Theorie. Erst als der Marinestratege Alfred T. Mahan auf den Plan trat mit seiner Theorie des Navalismus, nahm die panamerikanische Politik der USA und damit auch ihr Imperialismus Konturen an[8]). Getreu der Forderung von Mahan, eine Flotte moderner Schlachtschiffe als Rückgrat der auswärtigen Interessenpolitik zu schaffen, arbeiteten sich die USA binnen weniger Jahre noch vor dem Ende des 19. Jahrhunderts vom zwölften auf den dritten Platz unter den Seemächten vor. Damit waren sie imstande, dem europäischen Einfluß in der Hemisphäre Einhalt zu gebieten. Und sie machten von diesem Potential bei der erstbesten Gelegenheit Gebrauch.

II. Materielle Wurzeln der Expansion

Freilich folgte die amerikanische Expansion nach Süden den rhetorischen Exzessen nicht auf dem Fuß. Erst mußten einige Voraussetzungen dafür erfüllt sein. Zunächst eine sozialökonomische. Die Phase der Hochindustrialisierung in den USA, die lange Welle der Konjunktur von 1865–1897, wurde von drei schweren Depressionen unterbrochen: 1873–79, 1882–1885, 1893–1897. Gleichgültig, was die Ursachen dieser Überproduktionskrisen im einzelnen gewesen sind. Die Folgen: Konkurse, Bankzusammenbrüche, Produktionsrückgänge, Arbeitsplatzverluste und so weiter, waren so fatal, daß sie den Optimismus der Amerikaner, in einer intakten, fortgeschrittenen und prosperierenden Gesellschaft zu leben, zutiefst erschütterten. Während einerseits der Glaube an die Chance, den Wohlstand in einem fort zu mehren, der wirtschaftlichen Skepsis wich, versetzten die sozialen Kämpfe, die als Echo auf die Krisen zwischen Kapital und Arbeit wüteten, das Bürgertum in Angst und Schrecken. Auf den Haymarket-Aufstand von 1886 folgte der Homestead-Streik von 1892, und 1894 kam es neben vielen kleineren Ausständen zum

6) Vgl. Wehler, a.a.O., S. 7ff.
7) Vgl. ebd., S. 14ff.
8) Vgl. ebd., S. 23.

Pullman-Streik, der mit dem Massaker von Chicago endete. Auch die Kommerzialisierung der Landwirtschaft, die dazu führte, daß die Farmen stets mehr produzierten, als die Bevölkerung der USA zum Leben brauchte, brachte die Sozialphilosophie ins Wanken. Desgleichen auch die Wirtschaftskonzentration.

Je unerbittlicher sich aus dem liberalen der „organisierte" Kapitalismus mit seinen Trusts und Monopolen herauskristallisierte, desto mehr entschwand das Dogma vom „freien Unternehmertum" in den Wolken der Illusion. Panisch haben die Amerikaner jener Zeit auch auf ein demographisches Datum reagiert. Der Zensus von 1890 stellte fest, daß die USA von Ost bis West besiedelt waren. Die einstmals offene Grenze, die in der Ideologie der Amerikaner mit einem Tor zur Freiheit gleichbedeutend schien, war geschlossen. Wo aber die Chance, als Siedler, Handwerker oder Krämer den sozialen Konflikten westwärts zu entfliehen, nicht mehr offenstand, drohte in der Phantasie der Zeitgenossen, nachdem das Sicherheitsventil im Westen verstopft war, der geschlossene soziale Kessel eines Tages unter dem Druck der Gegensätze zu zerbersten. Noch ein außenpolitisches Faktum kam hinzu, um Unsicherheit und Angst zu schüren: der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt. Eifersüchtig sahen die Amerikaner zu, wie die Briten vor allem in Lateinamerika Handel und Wandel nach ihren Geschäftsinteressen lenkten, während die Handelsbilanz der USA mit den südlichen „Schwesterrepubliken" chronisch unter Schwindsucht litt. All diese Faktoren zusammen, die sich im Spektrum der öffentlichen Meinung zum Trauma, zum Schreckbild einer um ihre „Manifest Destiny" betrogenen, von sozialen Spannungen erschütterten und von bürgerkriegsähnlichen Konflikten heimgesuchten Gesellschaft verdichteten, stimulierten die Expansion nach Süden, wenn sie nicht gar der Anlaß waren. Von Beginn der 80er Jahre an fanden sie in einem von Politikern und Unternehmern unterschiedlichster Couleur beschworenen Patentrezept denselben Widerhall. Es lautete: Export der inneren Probleme durch Expansion[9]).

III. Anfänge des Imperialismus

Der Handelsimperialismus bahnte sich den Weg nach Süden Schritt für Schritt gegen die Vormachtstellung des britischen Kapitals, die bis zur Jahrhundertwende dauerte. Erst investierte man in Mexiko und Kuba. Um die Handelschancen in Lateinamerika zu testen, bereiste eine eigens vom Kongreß eingesetzte Studienkommission 1884 die Länder des Subkontinents. Das Ergebnis, das dabei herauskam, kann, post festum, kaum verblüffen: Lateinamerika, so hieß es, sei der natürliche Markt der USA[10]). Was lag näher, als dieses Geschenk des Himmels auch wirklich in Besitz zu nehmen. Das Handelsvolumen

9) Vgl. ebd., S. 24 ff.

10) Vgl. ebd., S. 83 f. Die Handelsunternehmen eiferten der Regierung mit eigenen Initiativen nach, obwohl sie in den verschiedenen US-Präsidenten dieser Zeit engagierte Anwälte ihrer ökonomischen Interessen sehen durften. So hatte z. B. der Unternehmerverband „National Association of Manufacturers" (NAM) nach seiner Gründung 1895 nichts Eiligeres zu tun, als spezielle Kommissionen einzurichten, die helfen sollten, die Expansion in Lateinamerika und anderswo voranzutreiben. Vgl. dazu William Appleman Williams, Die Tragödie der amerikanischen Diplomatie, Frankfurt/M. 1973, S. 36 f.

nahm nach 1885 kontinuierlich zu[11]). Und vor allem änderte sich auch die Exportstruktur. Petroleum, Maschinen und andere Fertigwaren ergänzten die Ausfuhrpalette landwirtschaftlicher Produkte. Doch diese Vorstöße einzelner Unternehmer entbehrten des Systems, und sie waren gegen massive Hemmnisse wie mangelnde Verkehrsverbindungen beziehungsweise Bankfilialen und Restriktionen so lange nicht gefeit, wie die ordnende und schützende Hand der Regierung fehlte. Eigentlich hätte James G. Blaine die Regierung, der er als Außenminister angehörte, schon 1881 vorgeschickt als Vorhut der Unternehmer. Seine langjährige Initiative, eine Panamerikanische Konferenz in Washington zusammenzubringen, trug erst 1889 Früchte. Für den Anfang allerdings auch nur bescheidene Früchte. Denn aus der Schiedsgerichtsbarkeit, der Zollunion, den wechselseitigen Handelsverträgen sowie den einheitlichen Zoll-, Maß- und Münzbestimmungen, die den USA Lateinamerika als Markt erschließen helfen sollten, wurde vorerst nichts. Die Verhandlungspartner waren nicht devot genug, um sich der informellen Herrschaft der USA, die damit offenbar einherging, kampflos zu unterwerfen. Sie waren andererseits aber auch höflich genug, um dem Gastgeber wenigstens einen Konferenzerfolg zu gönnen: ein gemeinsames Informationszentrum unter dem gleichermaßen prätentiösen wie verräterischen Titel „Pan-American Union". Trotzdem: die I. Panamerikanische Konferenz leitete einen Umschwung in der Lateinamerika-Politik der USA ein. Von jetzt an wurde sie offensiver und auch aggressiver. Kaum ein Teilnehmer der Konferenz hat die Wende so klar erkannt wie der Abgesandte von Uruguay, der ins Exil getriebene Kubaner José Marti. Seine Prophetie der künftigen Abhängigkeit und Unterdrückung brachte er auf die Formel: „Das Volk, das kauft, befiehlt. Das Volk, das verkauft, muß ihm dienen."[12]) Präziser konnte damals kaum jemand der Einsicht in den Konnex zwischen wirtschaftlicher Vorherrschaft und politischer Hegemonie Ausdruck verleihen. Als „Magd der Ökonomie" betätigte sich die amerikanische Diplomatie[13]) erstmals ungeniert, als im Krieg, den José Marti bis zu seinem Tod mit seinen Landsleuten gegen die Spanier geführt hatte, der Sieg für die Kubaner zum Greifen nahe war. Unter nichtigen Vorwänden mischte sich der „Koloß aus dem Norden" in diese Auseinandersetzung ein. Kuba wurde zur leichten Beute der USA. Sie brauchten nicht mehr, wie Präsident Polk der spanischen Regierung fünfzig Jahre vorher angeboten hatte, 100 Mio. Dollar als Kaufpreis dafür zu entrichten. Sie bekamen es von der abgetaktelten Kolonialmacht Spanien gratis. Damit waren nicht nur die schon investierten 50 Mio. Dollar der nordamerikanischen Zuckerbarone und Finanzjongleure sicher[14]). Die Pseudorepublik Kuba, die unter dem Protektorat der

11) Und zwar überstieg der Export in die amerikanischen Nachbarrepubliken (einschließlich Kanada) noch vor der Jahrhundertwende die 100 Mio.-Dollar-Grenze, um dann 1916 sprunghaft von 576 auf 1145 Mio. Dollar anzuwachsen. Die Importe wuchsen von 183 Mio. Dollar (1885) über 224 (1900) und 734 (1915) auf 1086 Mio. Dollar 1916; vgl. Historical Statistics of the United States. Colonial Times to 1970, Washington 1975, S. 903ff.

12) S. José Martí, Mit Feder und Machete. Gedichte, Prosaschriften, Tagebuchaufzeichnungen, Berlin 1974, S. 31.

13) So: Ekkehart Krippendorff, Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik, Frankfurt/M. 1970, S. 25.

14) Vgl. Ulrich Küntzel, Der nordamerikanische Imperialismus. Zur Geschichte der US-Kapitalausfuhr, Darmstadt und Neuwied 1974, S. 54ff.

USA entstand, bot den Investoren aus dem Norden darüber hinaus alle erdenklichen Vergünstigungen an. Hungerlöhne, Steuerfreiheit, Streikverbote und dergleichen Konzessionen machten Kuba fortan zu einem Eldorado raffgieriger Unternehmer. Und für den Fall der Fälle, daß die Geschäfte doch nicht so reibungslos verliefen, hatte die amerikanische Regierung in die kubanische Verfassung das sogenannte Platt-Amendment (1902) eingebaut.

Getreu der wenig später von Teddy Roosevelt verkündeten Devise, daß die Amerikaner bei ihrer Expansion im Süden leise reden, aber einen dicken Knüppel mit sich führen sollten, sicherten sie sich für kritische Situationen das Recht zur Intervention mit Militärgewalt. Ein „Recht", von dem sie zum Schutz der privaten Investitionen auf der Zuckerinsel, speziell der Zuckerplantagen, der Elektrizitätswerke und Transportunternehmen bis 1934 Gebrauch machten, so oft nach ihrem Dafürhalten Gefahr im Anzug war[15]). Der „splendid little war", der Kuba und daneben auch Puerto Rico unter die Herrschaft der Nordamerikaner brachte, ist ein Wendepunkt in der Geschichte der USA, vor allem in der Geschichte ihrer Beziehungen zu Lateinamerika. Der „Aufstieg des amerikanischen Imperialismus" hatte mit Aplomb begonnen. Und die Formen, in denen die Yankees ihre Hegemonie über ein Land des Subkontinents legitimierten und praktizierten, erweist sich im nachhinein als Musterfall für alle weitere Dominanz der USA im „Hinterhof" Lateinamerika.

IV. Dollar-Diplomatie

Vor 1914 teilten die USA mit ihren nächsten Nachbarn das Schicksal, im Vergleich zu den europäischen Ländern eine weniger entwickelte und vor allem eine Schuldnernation zu sein. Aber sie setzten alles daran, mit der unfreiwilligen Hilfe dieser Nachbarn, diesen Status hinter sich zu lassen. Die Masse des Auslandskapitals der USA floß vor dem Ersten Weltkrieg nicht nach Europa, sondern nach Lateinamerika[16]). Allerdings erreichten die privaten Investitionen in Lateinamerika bis 1913 nur die vergleichsweise „bescheidene" Summe von 1,25 Mrd. Dollar[17]).

Wie in Kuba im kleinen, so galt es auch im großen, diese gewinnträchtigen Investitionen mit Hilfe der Marine, der Stützpunktpolitik und geschäftstüchtiger Diplomaten abzusichern. Der Bau des Panama-Kanals war ein strategischer Schritt in dieser Richtung. Gemessen an den handels- und verkehrspolitischen Vorteilen, die er brachte, nahmen sich die Umstände seiner Entstehung nur wie kleine Schönheitsfehler aus. Erst ein von Washington und von der Panama Company inszenierter Aufstand gegen Kolumbien und die Landung amerikanischer Kriegsschiffe 1903 verbürgten den Erfolg: Panama erklärte seine Unabhängigkeit und trat den benötigten Gebietsstreifen an die US-Regierung ab. Nachdem Präsident Roosevelt 1904 die Monroe-Doktrin

15) Vgl. z. B. Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas. I. Parteitag der KPK. Materialien, Berlin 1976, S. 14 ff. Demnach beliefen sich die Investitionen der USA in Kuba schon 1906 auf 160 Mio. Dollar, 1911 auf 205 Mio. und im Jahre 1923 auf 1200 Mio. Dollar.
16) Vgl. Küntzel, Imperialismus, S. 53f.
17) Vgl. Gustavo Beyhaut, Fischer Weltgeschichte: Süd- und Mittelamerika II, Frankfurt/M. 1965, S. 182.

durch einen Zusatz (Corollary) listigerweise dahingehend ausgeweitet hatte, daß sie den europäischen Mächten untersagte, gegen zahlungsunwillige Gläubigerländer in Lateinamerika einzuschreiten, traten die USA im Süden als internationale Polizeimacht auf[18]).

Die Finanzmacht USA, die es zu unterstützen galt, war in aller Stille längst am Werk: mit kräftigen Kapitalinvestitionen in Westindien, in Mexiko, in Mittel- und in Südamerika. Wobei der größte Teil der Dollars, die aus dem satten Markt der USA in lukrativere Anlagesphären drängten, in den Bergbau, in die Ölindustrie sowie in den Kaffee- und Bananenanbau flossen. Alles, was nötig war, um diese Produktionsinseln in einer rückständigen und folglich marginalen Umwelt aufzubauen, stampften die Gringos aus dem Boden, um darüber dann auch für Jahrzehnte zu gebieten: die Infrastruktur mit Häfen, Straßen und dergleichen und die Versorgungsbetriebe wie Elektrizitätswerke, Transportunternehmen undsoweiter[19]). Gleichzeitig sicherten sie sich die Aufsicht über das Rechtswesen in den Ländern Lateinamerikas, die Kontrolle über die politischen Strukturen und Regierungen und nicht zuletzt die Finanzhoheit.

Was die USA heute über den Internationalen Währungsfonds indirekt abwikkeln, übten sie vor dem Ersten Weltkrieg in San Domingo beispielsweise oder in Haiti ganz offen aus: die Aufsicht über das Finanzgebaren und die Sozialpolitik der unterworfenen Nationen im Sinne der eigenen Bankhäuser und Unternehmen[20]). „Dollar-Diplomatie" ist das treffende Etikett für diese Politik, die außer gelegentlichem Säbelrasseln nicht viel kostete, dafür aber um so sattere Gewinne eintrug[21]). Lateinamerika war bald unter amerikanische Industrie- und Finanzkonzerne aufgeteilt. In Kuba herrschten die Zuckertrusts. In Mexiko hatte die Firma American Smelting and Refining, die Nichteisenmetalle förderte, das Sagen. Acht kleine mittelamerikanische und karibische Länder standen unter der Fuchtel der United Fruit Co. und der National City Bank. Über Venezuela und Kolumbien gebot die Standard Oil (N.J.). Peru war dem Reeder W. R. Grace und dem Kupfergiganten Cerro de Pasco untertan. Die Anaconda und Kennecott hatten in Chile mit den Kupferminen zugleich die Regierungen in der Hand. Und Brasilien teilten verschiedene Konzerne mehr oder weniger brüderlich unter sich auf[22]).

V. „Gute Nachbarschaft"

Auch nach dem Ersten Weltkrieg suchten die amerikanischen Außenpolitiker, wann immer Krisen drohten, ihr Heil in der Flucht nach außen, speziell nach Süden. Mitsamt den überschüssigen Kapitalien und Produkten die potentiellen Sozialkonflikte zu exportieren: dieses Rezept schien um so unab-

18) Vgl. u. a. Guggisberg, a.a.O., Bd. II, S. 165ff.
19) Vgl. Küntzel, Imperialismus, S. 56f.
20) Vgl. ebd., S. 58f.
21) Diesen besonderen Begriff für den damaligen amerikanischen Imperialismus prägten Scott Nearing und Joseph Freeman, zwei bürgerliche Radikale, mit ihrem Werk „Dollar Diplomacy", das 1925 in New York erschien. Vgl. auch Ulrich Küntzel, Der Dollar-Imperialismus, Neuwied und Berlin 1968.
22) Vgl. Victor Perlo, Der USA-Imperialismus I, Frankfurt/M. 1971, S. 37ff.

weislicher, als sich die USA in ihrer neuen Rolle als Gläubigernation und Weltmarktführer zu behaupten hatten. Es begann die zweite Phase der Expansion. Von einem selbstauferlegten Isolationismus, wie ihn die Historiographie teilweise konstatiert, konnte gerade im Verhältnis der USA zu den südlichen Nachbarrepubliken nicht die Rede sein. Zumindest dann nicht, wenn darunter zu verstehen wäre, daß sich die USA aus den Händeln der Staatenwelt um sie herum konsequent herausgehalten hätten. Wenn sie sich auch eine gewisse bündnispolitische Abstinenz verordneten: aus dem Handel haben sie sich nicht zurückgezogen, ganz im Gegenteil. Zur Illustration: zwischen 1920 und 1929 flossen rund 3 Mrd. Dollar nach Iberoamerika, nahezu ein Drittel der damaligen Ausfuhr von Dollarkapital[23]). Eine gewaltige Summe, wenn man bedenkt, daß 1914, während der imperialistischen Phase der amerikanischen Außenpolitik also, die gesamten Auslandsinvestitionen nur wenig mehr betrugen. Und: ausgerechnet in der Ära des sogenannten Isolationismus (1921–1933) sind die USA öfter auf inter-amerikanischen Konferenzen, vor allem solchen, die Marktchancen in Lateinamerika eröffneten, präsent gewesen – auf 41 von 44 – als in der vorangegangenen Periode rauhen imperialistischen Gebarens, als sie von 50 nur 24 Konferenzen mit Delegationen beschickt hatten[24]).

Die Weltwirtschaftskrise mit ihren katastrophalen binnen- und außenwirtschaftlichen Folgen tat ein übriges, die Außenpolitiker auf den pseudoliberalen Grundsatz der „offenen Türe" (Open Door Policy) aufs neue einzuschwören. Gegen die aus der Weltwirtschaftskrise heraus entstandene Tendenz der Staaten, sich in Wirtschaftsblöcken protektionistisch abzuschotten, die den Welthandel vor allem zu Lasten der USA empfindlich schrumpfen ließ[25]), kämpften sie unablässig mit ihrem Konzept der wechselseitigen Handelsverträge an. Die Open Door Policy ließ sich in Lateinamerika jedoch nur gegen den Widerstand der hartnäckigen Wirtschaftskonkurrenten Großbritannien und Deutsches Reich verwirklichen. Die „gute Nachbarschaft", die Franklin D. Roosevelt mit den armen Vettern im Süden zu etablieren vorgab (1933), war nicht nur Ausdruck einer neuen außenpolitischen Moral. Sie sollte auch dem handfesten Interesse dienen, den Einfluß der europäischen Mächte zurückzustutzen und den amerikanischen Kaufleuten, allen voran den Erdölmagnaten, Tür und Tor zu öffnen. Und zwar auch notfalls mit Gewalt. Die Tradition, daß amerikanische Diplomaten, den Colt locker an der Hüfte, in den Hauptstädten Lateinamerikas in Gestalt serviler Diktatoren die Puppen nach der Pfeife des Big Business tanzen ließen, setzte sich unter Roosevelt unrühmlich fort[26]). Auch seinen außenpolitischen Gehilfen schien im Zweifelsfall, wenn nämlich die sozialen Konflikte in einem Lande zum Schaden US-amerikanischer Inve-

23) Vgl. Küntzel, Imperialismus, S. 86f.
24) Vgl. Krippendorff, a.a.O., S. 28.
25) Von 12,4% im Jahr 1928 sank der Anteil der USA an den Weltimporten auf 8,9% 1938, während ihr Anteil an den Weltexporten von 15,8% im Jahr 1928 auf 14,2% 1938 zurückging. Vgl. Norman S. Buchanan/Friedrich A. Lutz, Rebuilding the World Economy. America's Role in Foreign Trade and Investment, New York 1947, S. 45.
26) Zur Fortsetzung der traditionellen amerikanischen Lateinamerika-Politik auch unter F. D. Roosevelt u. a.: Erich Angermann, Die Vereinigten Staaten von Amerika, München 1966, S. 179f.; und: Sergio Arce Martinez, Lateinamerika. Hinterhof des US-Imperialismus, Frankfurt/M. 1969, S. 22ff.

stitionen eskalierten, die Investur von Marionetten, ob sie nun Batista oder Somoza (I.) hießen, als probates Mittel[27]). Je wahrscheinlicher der internationale Wirtschaftskrieg zu einem regelrechten Krieg auszuufern drohte, desto intensiver suchten die USA den „Hinterhof" Lateinamerika als strategisches Gebiet, als Rohstoffreservoir und auch als Markt zu usurpieren. Was ihnen mit Ausnahme Argentiniens, das dem Einfluß des faschistischen Deutschland offenstand, im großen ganzen auch gelang. Aber der deutsche Einfluß schwand dahin. Genauso wie die Domänen Großbritanniens in Lateinamerika. Als der Zweite Weltkrieg Großbritannien in die mißliche Lage versetzte, in immer größerem Umfang materielle Hilfe von den USA zu brauchen, gingen britische Vormachtspositionen an Washington verloren. Durch die enge Liaison mit dem Big Business war die amerikanische Regierung so sehr ins Geschäftemachen eingeübt, daß sie sich ihre Kriegsschiffe von England mit Stützpunkten in der karibischen See bezahlen ließ[28]). Auch wenn die Atlantik-Charta vom Sommer 1941 auf den ersten Blick nur hehre Freiheitsprinzipien postulierte, war sie doch zugleich auch ein Dokument dafür, daß die USA in der anglo-amerikanischen Rivalität um wirtschaftliche Einflußsphären, speziell um die lateinamerikanische, die Oberhand bekommen wollten[29]). Der Zweck heiligte, wie so oft in der Geschichte der amerikanisch-amerikanischen Beziehungen, die Mittel. Tatsächlich wuchsen die US-Investitionen in den amerikanischen Republiken allein im Zeitraum 1945–1948 um 1,4 Mrd. Dollar auf 5,4 Mrd. an[30]).

VI. Expansion und Kalter Krieg

Die amerikanischen Außenpolitiker, die während des Krieges für die Zukunft planten, befürchteten, daß mit dem Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft Rezessionen, wenn nicht gar heftige Krisen, auch soziale Krisen, einhergehen würden. Ob sie Acheson, Harriman oder sonstwie hießen: sie alle prophezeiten Firmenzusammenbrüche, Massenarbeitslosigkeit und andere Übel, wenn es nicht gelänge, den überschüssigen output der im Kriege aufgeblähten Wirtschaft auf dem Weltmarkt loszuschlagen[31]). Auf einem Weltmarkt, der nach all den Restriktionen der jüngsten Vergangenheit, den Handelshemmnissen und Währungshürden, alles andere als aufnahmeträchtig schien. Einen Ausweg aus der prospektiven Krise versprach ein Instrument zu weisen, das während des Krieges in Form der Pacht-Leih-Hilfe bereits erprobt war: die Auslandshilfe[32]). Und diese Hilfe wurde nicht nur in die verwüsteten europäischen Länder, sondern vor allem auch in Gestalt von Rüstungs-

27) Vgl. u. a. Wilhelm M. Breuer, Sozialismus in Kuba. Zur politischen Ökonomie, Köln 1973, S. 37 f.
28) Vgl. Perlo, a.a.O., S. 237.
29) Zur symptomatischen Entstehungsgeschichte der Atlantik-Charta: Sumner Welles, Where are we heading?, New York/London 1946, S. 1 ff.
30) Vgl. Perlo, a.a.O., S. 61.
31) Vgl. u. a. Lloyd C. Gardner, New Deal, neue Grenzen und Kalter Krieg: über die amerikanische Expansionspolitik 1933–1945, in: David Horowitz (Hrsg.), Big Business und Kalter Krieg, Frankfurt/M. 1971, S. 102–138, hier: S. 108 ff.
32) Vgl. Winfried W. Kretzschmar, Auslandshilfe als Mitte der Außenwirtschafts- und Außenpolitik, München 1964.

gütern, Krediten und Waren nach Lateinamerika gepumpt. Diese Hilfe brachte den Unternehmen als Staatsgeschenk auf Kosten der Steuerzahler Absatzgarantien ein. Denn die Lateinamerikaner mußten für die amerikanischen Kredite Waren „made in USA" einkaufen. Als Initialzündung für die neuerliche amerikanische Expansion nach Süden, diesmal von einem noch größeren Kapitalplafond aus, war die Auslandshilfe besonders wirklungsvoll. Zogen doch die ersten, kreditfinanzierten Importe, zum Beispiel in Form von Ersatzteilen, weitere Importe nach sich. Eines der Instrumente, die den Kapital- und Warenstrom nach Süden stimulieren half, ist die Export-Import-Bank, die 1934 gegründet worden war[33]). Daß die „Auslandshilfe" Washingtons für die Lateinamerikaner eher den Gebern als den Empfängern nützte, ist zum einen an den rosigen Gewinnbilanzen der engagierten Firmen, zum anderen an der düsteren Bilanz der Verletzungen von Menschenrechten abzulesen. Just die Länder, denen die USA nach internen „Schlüsselereignissen", die mit massiver Unterstützung und nach dem Gusto Washingtons verlaufen waren, mehr Auslandshilfe als zuvor gewährten, machten der Demokratie ein Ende und setzten die Menschenrechte außer Kraft: Guatemala 1954, die Dominikanische Republik im Jahre 1965 und Chile 1973[34]).

Die Auslandshilfe ist erklärtermaßen dazu da, ein günstiges Investitionsklima zu schaffen. Ein solches Klima ist aber, wie die Verhältnisse in Lateinamerika beweisen, der Demokratie und den Menschenrechten unzuträglich, weil es der Mehrheit der Bevölkerung nur soviel Luft zum Atmen läßt, wie sie zur Fronarbeit, zum Überleben braucht. Wie im Bauche eines Trojanischen Pferdes bringt die Auslandshilfe der USA Übel nach Lateinamerika[35]), die ihren hehren Anspruch Lügen strafen. Sie ist an sich schon ein Entwicklungshindernis, weil sie nur Produktionsinseln schaffen hilft, die dem Hinterland Arbeitskräfte und Kapital entziehen, ohne darauf aktivierend zurückzuwirken. Ein Instrument der internationalen Wirtschaftspolitik, das die Amerikaner 1944 aus der Taufe hoben aus Angst vor einer neuerlichen Kontraktion des Weltmarkts, macht die Lage für die Masse der Lateinamerikaner nur noch hoffnungsloser: der Internationale Währungsfonds ebenso wie auch die Weltbank. Ursprünglich zu dem Zweck geschaffen, den Handelspartnern der USA, falls sie wegen Devisenmangel als Käufer amerikanischer Produkte auszufallen drohten, mit eben solchen Devisen beizuspringen, hat sich diese Organisation zu einem Instrument der auswärtigen Gesellschaftspolitik Washingtons entwickelt. Denn er diktiert den Regierungen der Empfängerländer, was sie zu tun und was sie zu lassen haben, wenn sie Dollars haben wollen für die Sanierung ihrer maroden Volkswirtschaften[36]).

Ob in Chile, Peru oder anderswo, in der Regel lautet das Rezept: Löhne runter, Preise rauf und freier Einlaß für die Warenschwemme aus dem Norden. Die Zeche für diese Art Sanierung zahlen die Arbeiter in den Minen, die Campe-

33) Vgl. u. a. Encyclopedia of American History. Bicentennial Edition, New York u. a. 1976, S. 410.
34) Vgl. „amnesty international-Informationen", 6/1980, S. 22.
35) Vgl. Steve Weissman (Hrsg.), Das Trojanische Pferd. Die „Auslandshilfe" der USA, Berlin 1975.
36) Vgl. ebd., S. 25ff.

sinos und die kleinen Leute in der Stadt. Ihre Lage wäre vermutlich weniger verzweifelt und die Diktatoren in Argentinien, Chile, Bolivien und so weiter säßen weniger fest im Sattel, wenn nicht die „normale", ökonomisch bedingte Expansion der USA nach Süden vom Ost-West-Konflikt und vom Antikommunismus überlagert worden wäre. Diese dritte Phase der Expansion stand ganz im Zeichen des Kalten Krieges. Und sie tut es heute noch. Die Containment-Strategie, die George F. Kennan 1947 erfunden hat und die keineswegs nur die „Eindämmung" des Kommunismus an den bis dahin erreichten Grenzen seines Machtbereichs bedeutet, sondern auch Einwirkung von außen mit dem Ziel der Erosion: diese Strategie[37]) ist heute unter der Regierung Reagan für Washingtons Lateinamerika-Politik ebenso wie die Domino-Theorie noch so strikt gültig, als hätte es die Entspannungspolitik zwischen den Supermächten nie gegeben. Aus der Containment-Politik und der Monroe-Doktrin brauten die amerikanischen Außenpolitiker eine Legitimation für ihren Herrschaftsanspruch in Lateinamerika zusammen, die besagt, daß der Kommunismus eine ohnehin feindliche, exterritoriale Macht darstellt, die mit aller Macht aus der westlichen Hemisphäre herauszuhalten ist[38]).

Die intensivierte panamerikanische Zusammenarbeit diente vor allem diesem Zweck: mit dem Pakt von Rio (1947) und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die 1948 gegründet wurde, sollte der Import des Kommunismus vereitelt werden[39]). Daß die Partner dieser Bündnisse sehr ungleiche Rollen spielten, offenbarte fürs erste schon die außenpolitische Dramaturgie der USA auf dem Forum der Vereinten Nationen. Mit den lateinamerikanischen Staaten im Schlepptau gelang es ihnen während der ersten Jahre viele Male, die internationale Organisation als Werkzeug der Containment-Politik zu gebrauchen[40]). Und die OAS geriet mit ihrer Politik so sehr ins Fahrwasser der amerikanischen Außenpolitik, daß sie nicht zu Unrecht als „Kolonialministerium der USA" der Lächerlichkeit preisgegeben worden ist.

Nachdem die OAS unter der Vormundschaft der USA 1962/64, um den kommunistischen Bazillus an der Ausbreitung über den Subkontinent zu hindern, die „rote Insel" Kuba unter Quarantäne gestellt, das heißt: von ihrer nächsten Umwelt politisch, diplomatisch, kulturell und wirtschaftlich völlig abgeschnitten hatte, brauchten die lateinamerikanischen Staaten über ein Jahrzehnt, um ein Stück der an Washington abgetretenen Souveränität wiederzuerlangen. Erst 1975, nach einer knappen Abstimmung gegen die Position der USA, beschlossen sie in San José in Costa Rica, die Beziehungen zu Kuba zu normalisieren[41]). Die USA dagegen halten die Blockade seit nun fast zwei

37) Vgl. George F. Kennan, Amerikas Außenpolitik 1900 bis 1950 und ihre Stellung zur Sowjet-Macht, Zürich/Stuttgart/Wien 1952, S. 140ff.
38) Dazu vor allem: Knud Krakau, Die kubanische Revolution und die Monroe-Doktrin, Frankfurt/M./Berlin 1968.
39) Vgl. Heinrich v. Siegler, Die Zusammenschlüsse und Pakte der Welt, Bonn/Wien/Zürich, versch. Aufl.
40) Vgl. David Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Berlin 1969, Bd. I, S. 31.
41) Vgl. „Frankfurter Rundschau" v. 31. 7. 1975.

Jahrzehnten in dem Glauben aufrecht, mit der kubanischen Revolution ein Werk des Kreml zu bekämpfen.

Die Reaktionen der USA auf soziale Umbrüche in Lateinamerika waren, von gelegentlichen Nuancen abgesehen, stereotyp die gleichen: Denunziation der Revolten als kommunistische Verschwörungen, Bündnisse mit den reaktionären Kräften, Repression des sozialen Aufbegehrens oder, falls die Unterdrückungspolitik mißlang, Versuche, die „Revolutionsherde" einzudämmen. Daß soziale Unruhen in Lateinamerika von sozialen Ungerechtigkeiten herrühren und nicht, wie die amerikanische Außenpolitik offensichtlich immer wieder unterstellt, entflammen, weil Kommunisten Feuer legen, will den amerikanischen Außenpolitikern nicht in den Kopf, solange die antikommunistische Verschwörungstheorie die außenpolitischen Strategien überlagert. Aus der Perspektive des State Department zerfällt die Szene in Lateinamerika in jene Kräfte, die den Sicherheitsinteressen und den kommerziellen Ambitionen der USA willfahren, und den anderen, die versuchen, sie mit Unterstützung von außerhalb des Kontinents zu untergraben. Daß die USA ihre außenpolitischen Aktionen in Lateinamerika nach diesem Muster strukturieren, obwohl sie damit öfter Schiffbruch erlitten als Erfolge errungen haben, ist nicht nur der Lernunfähigkeit des Regierungsapparates und dem Verlangen einer medienbeherrschten Öffentlichkeit nach simplen Rastern, sondern vor allem dem kurzatmigen Run der großen Unternehmen nach optimalen Renditen zuzuschreiben. Was zählt, ist die Sicherheit der Kapitalanlagen (1972: ca. 16 Mrd. Dollar)[42]) und der Gewinn (15% und mehr), der sich daraus binnen Jahresfrist, in überschaubaren Fristen zumindest, herauswirtschaften läßt. Und dazu scheint jedes Mittel recht, je nach politischer Wetterlage.

Subtilere Methoden und Instrumente hatten beziehungsweise haben Vorrang, wenn die Situation nicht bedrohlich für die US-Interessen ist: die „Allianz für den Fortschritt" mit der dazugehörigen Inter-American-Bank beispielsweise, die John F. Kennedy 1962 organisierte, um dem kommunistischen Einfluß in Lateinamerika zu wehren, die allerdings mit finanziellen Mitteln und ideologischem Konsens zu dürftig ausgestattet war, um die Suprematie der USA gegen alle potentiellen Gefahren abzusichern[43]). Oder: gemeinsame Projekte der Militärs und Wissenschaftler, die, wie das berühmt-berüchtigte Camelot-Projekt, darauf ausgerichtet sind, die Gesellschaftsstrukturen lateinamerikanischer Länder zum Zwecke ihrer Konservierung oder im Sinne potentieller Gegenrevolutionen auszuforschen[44]). Oder: die Aktivitäten offiziöser Organisationen, wie das Peace Corps, die unter dem

42) Vgl. Küntzel, Imperialismus, S. 180f.

43) Dazu u. a.: Arthur M. Schlesinger, A thousand days. John F. Kennedy in the White House, London 1965, insbesondere S. 168ff.; ferner: Adolf A. Berle, Latin-America – Diplomacy and Reality, New York 1962, S. 127. Und: Wolf Grabendorff, Lateinamerika – wohin?, München 1970, S. 137.

44) Vgl. Norbert Lechner, Sozialwissenschaftliches Krisenmanagement in Lateinamerika, in: Dankwart Danckwerts u.a., Die Sozialwissenschaften in der Strategie der Entwicklungspolitik, Frankfurt/M. 1970, S. 111–157, hier: S. 126.

Deckmantel des sozialen Altruismus das Feld für die Interessen Washingtons bestellen[45]).

Wenn jedoch die Situation in einem Land so kritisch wird, daß diese Mittel nicht mehr tauglich scheinen, dann greift die amerikanische Außenpolitik allemal noch auf den Knüppel aus der Ära Teddy Rossevelts zurück. So 1954 in Guatemala, als der rechtmäßig gewählte Präsident Arbenz daranging, die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse zu reformieren[46]). Betroffen von der Landreform war auch die schier allmächtige United Fruit Company. Grund genug für die amerikanische Regierung, der John F. Dulles, Aktionär und langjähriger Firmenanwalt der United Fruit, als Außenminister und sein Bruder Allen, vormaliger Präsident der United Fruit, als CIA-Chef dienten, Arbenz der Schützenhilfe für den internationalen Kommunismus zu bezichtigen. Mit dem Segen und mit Waffen Washingtons versehen, drang der Oberst Castillo Armas im Juni 1954 von Honduras aus in Guatemala ein und putschte das Land wieder in die Friedhofsruhe, die der Bananenkonzern zur gedeihlichen Bilanzentwicklung brauchte.

Kuba sollte es nach dem Willen der Kennedy-Administration 1961 genauso gehen, weil es mit der Revolution von 1959 aus der panamerikanischen „Arbeitsteilung" zwischen den Habenichtsen südlich des Rio Grande und dem „Koloß im Norden" mir nichts dir nichts ausgeschert war und amerikanischen Besitz enteignet hatte. Aber das Unternehmen in der Schweinebucht mußte mit einem Debakel für die exilkubanischen und amerikanischen Invasoren enden, weil die amerikanische Regierung in ihrer antikommunistischen Verblendung die Loyalität der Mehrzahl der Kubaner mit der Regierung Fidel Castros übersehen hatte[47]). Auch spätere Versuche, dem „sozialistischen Experiment" in Kuba mit Hilfe des Geheimdienstes von innen oder mittels wirtschaftlichem und militärischem Druck von außen ein Ende zu bereiten, schlugen fehl[48]). Die amerikanischen Außenpolitiker bissen sich daran die Zähne aus, weil es sich dabei eben nicht um eine von kommunistischen Weltverschwörern aufgezwungene Gesellschaftsordnung, sondern um einen autochthonen Sozialismus handelt. Allerdings folgten dem Desaster in der Schweinebucht erfolgreiche amerikanische Interventionen anderswo in Lateinamerika. Als die Anhänger des progressiv-demokratischen Parteiführers und früheren Präsidenten Juan Bosch in der Dominikanischen Republik 1965 gegen das konservative Regime von Donald Reid Cabral rebellierten, ließ Präsident Johnson über 20 000 Marineinfanteristen landen, um den Bürgerkrieg im Sinne amerikanischer Interessen zu beenden[49]). Monoton wie immer bei solchen Gelegenheiten lautete die Begründung für die Intervention: es

45) Vgl. Krippendorff, Amerikanische Strategie, S. 434ff.
46) Die 54er Ereignisse in Guatemala rekonstruiert ausführlich: Horowitz, Kalter Krieg, S. 150ff.
47) Zur Geschichte der Schweinebucht-Invasion authentisch: Schlesinger, a.a.O., S. 194, sowie S. 204–270; ausführlich dazu auch Dieter Ahrens, Der karibische Raum als Interessensphäre der Vereinigten Staaten von Amerika, Stuttgart 1965, S. 100ff.
48) Vgl. Frank Niess, Kubas Sozialökonomie und Politik seit 1968, in: Anton-Andreas Guha u.a., Cuba libre, Lampertheim 1977, S. 83–156, hier: S. 83ff.
49) Vgl. Horowitz, Kalter Krieg, S. 219ff.

gelte, einen Umsturzversuch der Kommunisten zu vereiteln. 1973 folgte die verdeckte Intervention der USA in Chile: der Sturz der rechtmäßigen Regierung von Salvador Allende mit Hilfe des Geheimdienstes CIA und mit Hilfe amerikanischer Subsidien an die reaktionären Kräfte in dem Andenstaat[50]). Wieder maßte sich die amerikanische Regierung an, einem der südlichen Nachbarn zu oktroyieren, nach welcher wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fasson seine Bewohner glücklich werden sollten. In Nicaragua hielt Washington dem raffgierigen Familienclan Somoza die Stange bis zum bitteren Ende. In El Salvador machen sich die Amerikaner mit den blutrünstigen Militärs gemein, auch hier in dem stupiden Glauben, sie müßten Kommunisten das Handwerk legen[51]). Morgen werden sie wohl in Guatemala oder anderswo dasselbe tun. Als Präsident Carter nach seiner Amtsübernahme 1977 den Primat der Menschenrechte proklamierte, schien eine neue Ära auch in den Beziehungen der USA zu Lateinamerika angebrochen. Aber es dauerte nicht einmal die ganze Amtszeit dieses Präsidenten, bis die Menschenrechte wieder unter die Räder des Big Business kamen und sich seine Außenpolitik als die Variante ein und derselben Strategie entpuppte. Und diese Strategie heißt: Aufrechterhaltung der US-Dominanz über die Staaten Lateinamerikas[52]). Die amerikanische Regierung sieht sich außenwirtschaftlich und weltpolitisch derart in der Defensive, daß sie wieder, wie gehabt, grobes Geschütz auffahren wird, um die Länder Lateinamerikas im Sinne von Ruhe und Ordnung zur Räson zu bringen. Die Präliminarien dazu hat Ronald Reagan eingeleitet, indem er die Menschenrechte als Luxusartikel deklarierte, den Waffenhandel zum probaten Instrument der Außenpolitik erklärte und denjenigen Diktatoren Lateinamerikas die Hand zum kommerziellen Bunde reichte, die es verstehen, aus der Hände Arbeit ihrer Völker den größten Mehrwert herauszupressen[53]). Reagan will eine „Kubanisierung" Lateinamerikas verhindern, indem er Kuba notfalls auch mit Militärgewalt blockiert und linksnationalisitische Bewegungen auf dem Subkontinent im Keim erstickt. Im „Hinterhof" der USA soll wieder Ordnung herrschen. Freilich: dieser „Hinterhof" ist nicht mehr das, was er noch vor zwanzig, dreißig oder vierzig Jahren war*).

50) Vgl. u. a. Arno Münster, Chile – friedlicher Weg? Historische Bedingungen, „Revolution in der Legalität", Niederlage, Berlin 1973.

51) Diese Version kehrt eintönig in allen Reden, Kommuniqués, Presseverlautbarungen und dergl. der Reagan-Administration wieder. Vgl. „Wireless Bulletin from Washington", diverse Ausgaben 1981.

52) Etwas vornehmer ausgedrückt in der Sprache von Sicherheitsberater Richard Allen (21. März 1981 vor der Conservative Political Action Conference): „Es ist die Absicht des Präsidenten, unser Verhältnis zu den Völkern Lateinamerikas auf die höchste Priorität anzuheben". „Amerika-Dienst". Dokumentation, 25. März 1981, S. 5.

53) So kündigte die Reagan-Administration im Juli 1981 an daß sie sich wegen der „Fortschritte in der Menschenrechtssituation in Chile, Argentinien, Paraguay und Uruguay" für internatioanle Finanzhilfen an diese Staaten stark machen würde; vgl. „Wireless Bulletin from Washington", No. 128, July 10, 1981, S. 30.

*) Der Verfasser bereitet eine Studie vor, die sich mit dem Zeitraum von Kennedys „Allianz für den Fortschritt" bis zu Reagans neuer Lateinamerikapolitik befassen wird. Anm. d. Red.

Das japanische Modell – weniger oder mehr Staat?

Eine BDI-Analyse der Japan-Konkurrenz

Von Jörg Goldberg

Zur Zeit ist kaum eine offizielle oder offiziöse wirtschaftspolitische Stellungnahme aus Regierungs-, Oppositions- oder Unternehmerkreisen denkbar, in der nicht die grundlegende Überlegenheit der „Marktwirtschaft" gegenüber jeglicher staatlicher Einflußnahme betont wird. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft gelten geradezu als Krisenursache, neben einer Senkung der Lohnkosten wird der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft als unabdingbare Voraussetzung für ein Wiedererstarken der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik bezeichnet.

Dies gilt allerdings nur für Stellungnahmen, die an eine breite Öffentlichkeit gerichtet sind. Intern ist den „Marktwirtschaftsideologen" dagegen klar, daß heute staatliche Maßnahmen zur Unterstützung der privaten Unternehmen notwendiger denn je sind, daß die Verflechtung von Staat und Privatwirtschaft verstärkt werden muß. Dies steht im Mittelpunkt eines nicht veröffentlichten Papiers des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) zur „Japan-Konkurrenz". Konzentration und staatliche Unterstützung – nicht Wettbewerb und Privatinitiative – werden am „japanischen Modell" bewundert und zur Nachahmung empfohlen. Im folgenden wird das in der Abteilung „Außenhandel und Integration" des BDI Ende 1980 erarbeitete Papier vorgestellt, die Zitate sind dem hektographierten Manuskript entnommen.

Das Angstthema „Japan"

Ausgangspunkt des Papiers bildet eine Beurteilung der von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff nach einem Japan-Besuch 1980 gemachten Äußerungen: „In diesen Interviews hatte der Minister die japanischen Export-Erfolge auf dem europäischen und deutschen Markt als Zeichen einer abnehmenden Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie gewertet und die *Ursache* vorwiegend in einer *verminderten Leistungsfähigkeit bzw. -bereitschaft* deutscher Unternehmer und Arbeitnehmer gesehen.

Diese Aussagen sind auch unter dem Aspekt zu sehen, den in einer *Vorwahlkampfphase* erwünschten Aufmerksamkeitseffekt zu gewinnen und sich als liberaler Partner zu profilieren."

Wenn auch die liberale Profilierungssucht Lambsdorffs verständnisvoll zur Kenntnis genommen und seine Aussage in ihrer öffentlichen Wirkung begrüßt wird, so wird sie doch inhaltlich nicht ganz ernst genommen: „Schon eine erste Analyse der Lambsdorff-Argumente und der sich hierauf aufbauen-

den Diskussion zeigt, daß der Hinweis auf eine *größere Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit japanischer Arbeitnehmer* kaum ausreicht, um den Erfolg japanischer Exportanstrengungen zu erklären". Vielmehr seien auch Faktoren wie der Yen-Kurs, Lohnkosten, administrative Auflagen und die großzügigen japanischen Kartellbestimmungen zu untersuchen.

Die Bedeutung des Japan-Handels für die Bundesrepublik

Es folgt eine Untersuchung der quantitativen Relationen im Außenhandel der beiden Länder und der EG. Festgestellt wird dabei, daß Japan als extrem rohstoffabhängiges Land stark auf Exporte von Industriewaren angewiesen ist. Nach wie vor aber ist der Anteil Japans am Welthandel niedriger als jener der Bundesrepublik. Wegen des größeren Inlandsmarktes ist die Außenhandelsverflechtung Japans (Anteil des Exports am Bruttosozialprodukt) mit 10% wesentlicher niedriger als die der BRD, die bei etwa 27% liegt.

Das Defizit der westlichen Industrieländer im Japanhandel wird in der Öffentlichkeit teilweise auf protektionistische Abwehrmaßnahmen Japans zurückgeführt. Der BDI muß konstatieren, daß dies seit einiger Zeit nicht mehr zutrifft: „Hier zeigt sich, daß trotz der offiziellen Beseitigung der meisten Zugangsbeschränkungen der japanische Markt wegen der *soziokulturellen Fremdheit* (Sprache, Konsum- und Lebensgewohnheiten etc.), aber auch wegen der relativen *Geschlossenheit bestehender Absatz- und Vertriebswege* (enge Verbindung zwischen Handelshäusern, produzierenden Unternehmen und Banken) keineswegs als offen anzusehen ist. Verwundern muß zum Beispiel, daß auch nach Fortfall der letzten japanischen Schutzzölle im Schiffbau 1975 kein Verkauf eines deutschen Schiffes nach Japan bekannt geworden ist. Hier drängt sich der *Verdacht einer* – zwar nicht fixierten, jedoch internen, äußerst wirksamen – *Antihaltung zu Auslandskäufen* auf, die auf Dauer von den Handelspartnern Japans nicht akzeptiert werden kann und deshalb zu politischem Druck führen wird."

Der Verweis auf „soziokulturelle Fremdheit" erscheint allerdings etwas merkwürdig; schließlich dürften die Europäer für japanische Augen nicht weniger fremd erscheinen als umgekehrt. Es ist dies eher das Relikt einer Haltung gegenüber fremden Kulturen, die diese mit den eigenen Maßstäben mißt und sie mit einer gewissen Geringschätzung beurteilt. Praktische Folge ist, daß man sich hierzulande erst sehr spät bemüßigt fühlte, sich in den Beziehungen zu Japan auch den dortigen Verhältnissen anzupassen.

Eingeräumt werden muß vom BDI auch, daß der Vorwurf protektionistischer Praktiken von den Japanern mit Recht gegen die EG-Länder gekehrt werden kann. Das Papier registriert allein 51 Zollpositionsbeschränkungen im EG-Raum. „Verschiedene Vorstöße der EG-Kommission, zu einem Handelsabkommen mit Japan zu gelangen, sind bisher daran gescheitert, daß die japanische Seite den Abbau aller bestehenden Restriktionen als Verhandlungsgrundlage ansieht, während die betroffenen EG-Staaten nicht ohne Einbeziehung einer Schutzklausel bereit sind, auf ihre Einzelrestriktionen zu verzich-

ten oder höchstens einer *einheitlichen Linie auf erhöhtem Protektionsniveau* zustimmen wollen."

Ingesamt aber kommt der BDI zu dem Schluß, daß die japanische Konkurrenz für die Bundesrepublik noch eine vergleichsweise geringe Bedeutung hat. Mit einem Anteil von um 3% wird der Japanimport weder für die BRD noch für die EG als besorgniserregend bewertet. „Bereits diese Relationen zeigen, daß die japanische Ausfuhr in die Bundesrepublik trotz hoher Zuwachsraten in einigen konsumnahen Wirtschaftsbereichen insgesamt *kaum als „bedrohlich"* zu werten ist. Das Bestreben, angesichts aktueller Leistungsbilanzdefizite gegenüber Japan zu einem bilateralen Ausgleich der Handelsbilanzen zu kommen, sollte sich im Hinblick auf die relativ geringe Bedeutung dieses Landes für den deutschen Außenhandel, aber auch aufgrund erheblicher deutscher Überschüsse gegenüber anderen Partnerländern (siehe Schweiz, Österreich, Schweden etc.), erübrigen, da uns von diesen Ländern eine ähnliche Argumentation entgegengebracht werden könnte."

Während in der Öffentlichkeit die „japanische Herausforderung" eine große Rolle als Disziplinierungsmittel für Gewerkschaften spielt, ist, wie man sieht, intern klar, daß das Argument wenig Substanz hat. Die bestehenden Defizite der Bundesrepublik im Japan-Handel werden im vorliegenden Papier sogar eher heruntergespielt. Denn im BDI ist klar, daß Japan im Kern eine ähnliche, aggressiv-exportorientierte Außenwirtschaftspolitik betreibt wie die Bundesrepublik. Daher hat man hier auch Angst, daß eine zu vehement vorgetragene Kritik an Japan auf die eigene Praxis zurückfällt. Auch scheint der BDI als Gesamtverband vor dem Problem zu stehen, daß einige seiner Mitgliedsverbände protektionistischen Lösungen zuneigen; „auf *nationaler Ebene* fordern einige Mitgliedsbereiche einen wenn auch (vorübergehenden) wirksamen Schutz gegenüber aggressiven Exportstrategien; auf *europäischer Ebene* besteht der Wunsch wichtiger Partnerorganisationen nach einer geschlossenen und einheitlichen Handelspolitik, die die Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EG abbauen und die japanische Invasion hemmen soll (angesichts noch bestehender nationaler Einzelrestriktionen sicherlich aber nur auf hohem Protektionsniveau realisierbar wäre)."

Um solchen Forderungen den Boden zu entziehen, wird die Gleichartigkeit der japanischen und der bundesrepublikanischen Orientierung in der Außenwirtschaft herausgestellt. „Ein Vergleich der sektoralen Verteilung der Exporte Japans und der Bundesrepublik zeigt eine augenfällige *Konzentration der Exporte* beider Länder in bestimmten *expansiven bzw. hochtechnologischen Produktbereichen* wie Fahrzeug-, Maschinenbau, Chemie- und Elektroindustrie. Zwar variieren die Exportabhängigkeiten beider Länder in diesen Produktbereichen um einige Prozentpunkte, trotzdem würde eine Zunahme des Weltprotektionismus in diesen Teilmärkten beiden Ländern schaden. Der Anteil der Pkw-Exporte an der Gesamtausfuhr ist in Japan zwar etwas höher als in der Bundesrepublik; bei etwa 10% Anteil an der Gesamtausfuhr wären jedoch beide Länder durch eine Entliberalisierung des Automo-

bilwelthandels erheblich betroffen. Es kann deshalb kaum im Interesse der Automobilindustrie liegen, durch Abschottung des deutschen Marktes vor japanischen Produkten zu einer Erhöhung des Weltprotektionsniveaus in diesem Bereich beizutragen. . . Bei der Suche nach protektionistischen Seitenausgängen, die einen wirksamen Schutz vor der japanischen Konkurrenz gewährleisten sollen, muß aus der Gesamtsicht der Industrie beachtet werden, daß ein höheres Maß an Weltprotektionismus auch auf die Branchen zurückschlagen kann, die bislang eine starke Position auf dem Weltmarkt haben."

Ganz nebenbei wird hier deutlich, daß die gegenwärtig betonte „Liberalität" der bundesdeutschen Konzerne in bezug auf den Außenhandel nichts mit Prinzipien, aber sehr viel mit Interessen zu tun hat. Es wird klar, daß sich die Theoretiker des freien Welthandels, die heute jeden Tag die Überlegenheit marktwirtschaftlicher Prinzipien predigen, rasch in ebenso begeisterte Anhänger des Protektionismus verwandeln könnten, wenn sich die Interessenlage der herrschenden Konzerne verschieben würde.

Ursachen der japanischen Exporterfolge

Während in der Öffentlichkeit „Leistungsbereitschaft" und „Lohnkosten" als zentrale Faktoren des japanischen Exportmodells herausgestellt werden, haben intern ganz andere Momente das Hauptgewicht. So wird als wichtigster Vorteil Japans gegenüber der Bundesrepublik sein ausgeprägt staatsmonopolistischer Charakter herausgestellt. „Der im Rahmen der aktuellen Japan-Diskussion oft geäußerte Vorwurf, die japanischen Exporterfolge seien auf handelspolitisch bedenkliche, unfaire Methoden japanischer Exporteure (Dumping, Subventionen etc.) zurückzuführen, läßt sich in dieser allgemeinen Form nicht aufrecht erhalten. Abgesehen von der Tatsache, daß auch andere westliche Industrieländer ihren Exportindustrien teilweise massive Vorteile direkter und indirekter Art gewähren, muß beachtet werden, daß die steigende internationale Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Industrie zu einem großen Teil auf *strukturellen Vorteilen* beruhen, die sich aus der *speziellen politischen und gesellschaftlichen Verfassung* des Landes ergeben; andererseits sind die erstaunlichen Erfolge auf regional- und zielgruppenspezifisch sehr unterschiedlichen Auslandsmärkten auch auf eine virtuose und mit großem Aufwand vorbereitete *Marketingstrategie* zurückzuführen, bei deren Formulierung und Realisation der japanische Staat intensiv beteiligt ist."

Staatliche Wirtschaftslenkung in der japanischen Exportwirtschaft

Neidisch konstatiert der BDI vor allem die intensive staatliche Unterstützung der privaten Unternehmen in der Außenhandelspolitik. Bedeutsam erscheint ihm dabei die Ausschließlichkeit der Exportorientierung. „Anders als das Bundesministerium für Wirtschaft in der Bundesrepublik spielt das japanische Ministerium für Außenhandel und Wirtschaft (MITI) eine aktive Rolle in der Formulierung und Realisation von Exportzielen. Im Rahmen eines *globa-*

len strategischen Konzeptes fördert das MITI in ständigem Dialog mit Vertretern der Wirtschaft die Branchen, die einen besonderen Grad an Exportorientierung aufweisen und Güter mit hoher inländischer Wertschöpfung produzieren. Im Rahmen des staatlichen Förderungskonzeptes werden andere Kriterien wie soziale Kosten, von strukturellen Anpassungsmaßnahmen, Förderung des Mittelstandes, regional ausgeglichene Wirtschaftsstruktur, Umweltschutz etc. diesem Ziel in der Regel untergeordnet. Dies führt zu einer erhöhten Anpassungsfähigkeit der japanischen Industrie an die Erfordernisse der Auslandsmärkte. Es ist nicht verwunderlich, daß auch die diplomatischen Auslandsvertretungen Japans sich in weit stärkerem Maße der Förderung japanischer Außenhandelsinteressen widmen, als dies beispielsweise in der Bundesrepublik der Fall ist, wo das traditionelle ‚Generalistenprinzip' des Auswärtigen Amtes trotz verschiedener Bemühungen der letzten Jahre immer noch für Zufälligkeiten bei der Besetzung der Wirtschaftsreferate sorgt und die eher politische Aufgabensicht das Selbstverständnis der deutschen Diplomaten prägt (rühmliche Ausnahmen bestätigen hier die Regel)."

Nach Ansicht des BDI sollten sich die Diplomaten offensichtlich nicht länger durch Politik von ihren wirklichen Aufgaben, nämlich den Verkauf deutscher Waren, abhalten lassen.

Eine entsprechende Einschaltung des Staates in die Wirtschaft zur Durchsetzung anderer Ziele würde vom BDI mit Sicherheit als Ende der „Marktwirtschaft", als bürokratische Investitionslenkung, als unmittelbare Vorstufe zum Sozialismus verdammt. „Der Begriff *‚administrative Führung'*, der die Einwirkung und Lenkung der Wirtschaft durch Regierungsorgane ohne gesetzliche Grundlage kennzeichnet, ist zugleich symptomatisch für das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft. Konkret: Die administrative Führung verläuft in der Weise, daß Regierungsbeamte in häufigen Gesprächen mit Vertretern einzelner Unternehmen und Verbände versuchen, diese zur Kooperation bei der Realisierung wirtschaftspolitischer Ziele zu gewinnen. Hilfreich sind dabei sowohl der makroökonomische Informationsvorsprung und die besondere Autorität des MITI, wie auch die in annähernd 2000 Jahren homogener Entwicklung des japanischen Volkes erworbene besondere Konsensbereitschaft und -fähigkeit des einzelnen."

Während das Prinzip der „administrativen Führung" als „mit dem Individualismus westlicher Prägung" nicht vereinbar bezeichnet wird, wird die „Japan External Trade Organization" (JETRO), eine quasistaatliche Außenhandelsorganisation, vor allem befaßt mit Informationsbeschaffung für Exportunternehmen, ausdrücklich zur Nachahmung empfohlen. „Der Mitarbeiterstab der JETRO-Auslandsstellen besteht einerseits aus Beamten des MITI, andererseits entsenden aber auch die Fachverbände der Wirtschaft sowie japanische Gebietskörperschaften (Präfektur und Stadtverwaltungen) ihre Vertreter zu einer zwei- bis vierjährigen Auslandstätigkeit. Die Arbeit der JETRO wird in BDI-Mitgliedskreisen als *effizient, umfassend, flexibel,* insgesamt also sehr nützlich gewertet. Die JETRO beschränkt sich nicht nur auf herkömmliche

Branchenanalysen, sondern zieht auch *politische und soziale Veränderungen* der Partnerländer in ihre Untersuchungen ein, um Entwicklungen dieser Art, wenn sie Japan erreichen, entgegensteuern, bzw. sie verstärken zu können. Sie arbeitet unbürokratisch, gründlich und reagiert schnell und sensibel auf politische Veränderungen in den Analyseregionen. Die Untersuchungen erfolgen dabei *nie in Form von Industriespionage,* sondern stützen sich auf allgemein zugängliches Material. Besonderer Wert wird auf eine intensive Pflege der *persönlichen Kontakte mit politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern* aller Ebenen des Gastlandes gelegt."

Bewundert wird vor allem die finanzielle und personelle Ausstattung dieser Gesellschaft, die sich natürlich nicht nur nicht mit „Industriespionage", sondern auch nicht mit Bestechung und ähnlichen Praktiken befaßt, sondern vor allem „persönliche Kontakte" mit wichtigen Leuten pflegt. 1980 beschäftigte die JETRO etwa 1300 Mitarbeiter, während die vergleichbare bundesdeutsche Organisation, die Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfAi), nur etwa 120 Mitarbeiter hat. Allerdings weist der BDI selbst darauf hin, daß die Auslandshandelskammern der BRD z.T. vergleichbare Aufgaben haben, so daß die Bundesrepublik durchaus auch über ein wirksames, quasi-staatliches Instrumentarium der Außenhandelsförderung verfügt. Der BDI fordert hier unmißverständlich verstärkte staatliche Dienstleistungen für die private Exportwirtschaft, der angeblich bürokratische und uneffektive Staat soll sich hier als Marketinginstitution der Privatwirtschaft betätigen.

Arbeitskosten und Sozialbeziehungen

In der Öffentlichkeit spielen die in Japan niedrigeren „Arbeitskosten" als Wettbewerbsfaktor eine große Rolle. Auch im internen Papier wird dieser Tatbestand erwähnt, allerdings versehen mit wichtigen Einschränkungen. Tatsächlich ist der Stellenwert dieses Faktors nach Einschätzung des BDI wesentlich geringer, als in der Öffentlichkeit dargestellt. Nach der Feststellung, daß die japanischen „Arbeitskosten" 1979 um etwa 9 DM je Stunde niedriger gewesen seien, folgen einschränkende Bemerkungen. „Eine Analyse der japanischen Arbeitskostenstruktur muß das *dualistische System der Wirtschaft* des Landes berücksichtigen, in dem wenige kapitalkräftige und marktbeherrschende Großunternehmen mit hohen Löhnen und umfassenden Sozialleistungen einer Vielzahl finanzschwacher Klein- und Mittelbetriebe mit niedrigen Löhnen (durchschnittlich 30% weniger) gegenüberstehen. Ferner verdienen *Zeitarbeiter* (meist junge ledige Frauen oder ältere Arbeitnehmer) nur etwa 75% eines Stammarbeiterlohnes."

Gerade die exportstarken japanischen Großkonzerne haben also einen wesentlich geringeren Arbeitskostenvorsprung vor denen der Bundesrepublik, ein Beleg dafür, daß dieser Faktor einseitig überbewertet wird.

Auch weist der BDI selbst darauf hin, daß es im System der japanischen Sozialbeziehungen Faktoren gibt, die in bestimmten Situationen mit hohen Kosten verbunden sind. „In den großen japanischen Unternehmen gilt das Prin-

zip der *Lebenszeitbeschäftigung*. Der Mitarbeiter tritt nach dem Schul- bzw. Universitätsabschluß in das Unternehmen ein und verläßt es erst bei Erreichen des Pensionsalters. Dieses System bringt der Firma in der Regel den *Vorteil* unabdingbarer *Loyalität* der Mitarbeiter, es ermöglicht eine *langfristige Personalplanung* und die umfassende *Nutzung* der vom Unternehmen investierten *Weiterbildungskosten*. Andererseits hat dieses System für Großunternehmen eine *Erhöhung der Personalfixkosten* zur Folge. Das Unternehmen kann in Verlustzeiten nicht mit einem Abbau des Personalbestandes reagieren. Diese fixe Personalkostenbelastung durch das Prinzip der Lebenszeitbeschäftigung führt dazu, daß sich japanische Unternehmen in Krisenzeiten auch mit geringen Gewinnmargen zufriedengeben müssen."

Vorteilhaft vom Standpunkt der japanischen Konzerne wiederum ist die in Japan längere Arbeitszeit und die Tatsache, daß die enge Betriebsbindung einen stärkeren Druck in Hinblick auf krankheitsbedingte Abwesenheit und die Nutzung des Urlaubsanspruchs ermöglicht.

Festzuhalten ist immerhin, daß der BDI selbst auch von seinem Standpunkt aus keineswegs nur Vorteile im System der japanischen Sozialbeziehungen sieht. Dies hält ihn aber nicht davon ab, in der Öffentlichkeit mit einseitigen Darstellungen Stimmung gegen gewerkschaftliche Forderungen zu machen.

Staatliche Forschungspolitik

Als weiterer Faktor japanischer Wettbewerbsvorteile gilt die rasche technologische Entwicklung, die Japan in wenigen Jahrzehnten vom unterentwikkelten „Nachahmer" zum Technologieexporteur gemacht hat. Auch dies führt der BDI vorwiegend auf die intensive staatliche Lenkung zurück: „Die Gründe hierfür sind vor allem in der beträchtlichen Forschungsdynamik zu sehen, die in Japan von Staat und Wirtschaft gleichermaßen gefördert wird. Im Zeitraum 1971/1978 erhöhten sich die FuE-Ausgaben der Bundesrepublik um 52,4%, während sie in Japan um mehr als 140% wuchsen. Der Bundesrepublik droht jedoch nicht nur aus diesem quantitativen Unterschied der Forschungsdynamik Konkurrenz; die intensive Verzahnung von Wirtschaft und Staat in Japan erleichtert eine Konzentration der FuE-Aufwendungen in exportintensiven Hochtechnologiebereichen. . .

Die staatliche Forschungsförderung erfolgt durch direkte Zuwendungen und steuerliche Vergünstigungen. . .

Darüber hinaus begünstigt die steuerrechtliche Behandlung von Investitionen allgemein japanische Firmen: Anlagegüter mit kurzer Nutzungsdauer und Gebäude können wesentlich günstiger abgeschrieben werden als in der Bundesrepublik. Der erworbene Geschäftswert ist im Gegensatz zum deutschen Steuerrecht abschreibungsfähig, wirtschaftspolitische Zielsetzungen werden durch eine Vielzahl von Sonderabschreibungen in bestimmten Produktbereichen gestützt."

Hohe Staatsverschuldung als Wettbewerbsvorteil

Als weiteres Moment der japanischen Erfolge nennt der BDI die „Vorteile durch geringere administrative Belastungen", vor allem durch Steuern. „Hier schlägt sich die Tatsache nieder, daß es die japanischen Regierungen der letzten Jahre vorgezogen haben, notwendige Staatsausgaben anstatt über Steuern und Abgaben über den Kreditmarkt zu finanzieren (Verschuldung Ende 1979 241 Mrd. US $, Bundesrepublik 117 Mrd. US $)."

Staunend muß der Leser zur Kenntnis nehmen, daß der BDI, der in jeder öffentlichen Stellungnahme die zu hohe Staatsverschuldung in der Bundesrepublik für wirtschaftliche Schwierigkeiten verantwortlich macht, die viel höhere und viel rascher ansteigende Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Japan geradezu als eine Grundlage der japanischen Erfolge bezeichnet.

Hier wird deutlich, daß es sich bei der von Unternehmerseite geführten Diskussion um Staatsverschuldung um eine gezielte Verschleierungstaktik handelt. In Wirklichkeit geht es nicht um das Defizit, sondern um seine Verwendung nach dem Grundsatz: Staatsverschuldung ja, wenn die Mittel den privaten Unternehmen zugute kommen, Staatsverschuldung nein, wenn sie sozialen Aufgaben dienen. „Japanischen Firmen erwächst also durch eine insgesamt *geringere Belastung durch administrative Kosten* (Abgaben + Steuern) ein Wettbewerbsvorsprung gegenüber deutschen Unternehmen. Eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen in diesem Bereich kann nicht durch die Unternehmen selbst, sondern durch eine zukünftig maßvolle Abgaben- und Steuerpolitik des Staates gewährleistet werden."

Die Tatsache, daß die geringere Abgabenbelastung u. a. mit einer gewaltigen öffentlichen Verschuldung verbunden ist – 1980 wurden in Japan schätzungsweise ein Drittel, in der BRD 12,5% der öffentlichen Ausgaben kreditfinanziert –, stört auf einmal überhaupt nicht.

Gegenstrategien des BDI

Am Schluß des Papiers werden zusammenfassend und sehr knapp Ansätze für eine bundesdeutsche „Gegenstrategie" vorgestellt.

Als Ausgangspunkt wird nochmals die relativ geringe Bedeutung des Japanhandels unterstrichen. „Die *Konkurrenzfähigkeit* deutscher Unternehmen auf Binnen- und Auslandsmärkten ist jedoch *als Ganzes kaum bedroht.* Der japanische Anteil am deutschen Außenhandel ist trotz hoher Steigerungsraten in den letzten Jahren bislang immer noch gering und entspricht im *Einfuhrbereich* etwa der *Bedeutung Österreichs* und im Ausfuhrbereich der Bedeutung Griechenlands."

Dies zu unterstreichen, erscheint dem BDI wichtig, um protektionistischen Überlegungen in einigen Branchen entgegentreten zu können. „Die Analyse ergab, daß die *Positionen beider Länder* im Welthandel trotz verschiedener produktspezifischer Unterschiede *vergleichbar* sind. Nach wie vor *überwie-*

gen die gemeinsamen Interessen an der Erhaltung eines freien Welthandelssystems. Ein höheres Maß an Protektionismus würde den Interessen beider Länder zuwiderlaufen. Angesichts der weitaus größeren deutschen Exportabhängigkeit wäre die Bundesrepublik von einem Anschwellen der restriktiven Handelsmethoden stärker betroffen als Japan."

Da die deutschen Konzerne durch Importbeschränkungen insgesamt mehr zu verlieren als zu gewinnen hätten, wird eine „offensive" Strategie vorgeschlagen, wobei die Rolle des Staates im Mittelpunkt steht. „Die Analyse zeigt, daß japanischen Unternehmen bei Exporten auf den Weltmarkt in verschiedenen Bereichen Struktur- und Operationsvorteile gegenüber deutschen Konkurrenten entstehen. Hier sind vor allem eine intensive direkt und indirekt einwirkende Förderung des Staates (System der administrativen Führung), erheblich geringere Arbeitskosten, eine stärkere Forschungsdynamik, geringere administrative Belastung durch Abgaben und Steuern zu nennen. Darüber hinaus hat sich der niedrigere Yen-Kurs in den letzten 1 $^1/_2$ Jahren als exportfördernd erwiesen. Die japanischen Exporterfolge sind aber auch das Ergebnis einer langfristigen, sorgsam erarbeiteten und realisierten Strategie. Der japanische Staat leistet hierbei im Rahmen des Marktinformationssystems JETRO und durch andere direkte Hilfen wesentliche Beiträge."

Während von den Unternehmen der Bundesrepublik stärkere Rationalisierung, Kapitalexport und Produktionsverlagerungen verlangt werden, soll die staatliche Wirtschaftspolitik als Gesamtheit am Ziel der Exportförderung orientiert sein.

„– *Handelspolitik:* Verbesserung des Systems der klassischen Außenhandelsförderung nach japanischem Muster (Forderung aus VDMA-Kreisen: Wir brauchen eine deutsche JETRO), . . .

– *Nationale Wirtschaftspolitik:* Abbau bzw. Verlangsamung des Anstiegs sozialpolitischer und administrativer Belastungen deutscher Unternehmen durch maßvolle Binnenwirtschaftspolitik (Verbesserung der Kostenstruktur).

– *Energiepolitik:* Verringerung der Abhängigkeit vom Rohöl in den Industrieländern."

Nicht ein einziges Wort wird an die sozialen Folgen einer solchen aggressiven Exportstrategie verschwendet. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Konzerne ist hier reiner Selbstzweck, dem alle anderen Aspekte untergeordnet werden sollen. Es geht dem BDI nicht mehr um eine Erhöhung der Exporte zur inländischen Wohlstandssteigerung, es sollen umgekehrt Wohlstandsopfer gebracht werden, um neue Exportoffensiven zu stützen.

„Flucht und Vertreibung"

Aktuelle und historische Aspekte eines bundesdeutschen Syndroms

Von Klaus Naumann

„Die entscheidende moralisch-politische Belastung" in den deutsch-polnischen Beziehungen, so äußerte sich kürzlich der Sozialwissenschaftler und Vorsitzende der polnischen Delegation auf der deutsch-polnischen Schulbuch-Konferenz, Wladyslaw Markiewicz, ist „im Problem der Umsiedlung zu suchen. Wird dieses Problem nicht offen, nicht ehrlich und in einer emotionsfreien Atmosphäre zu Ende diskutiert, dann bleibt die Situation des gegenseitigen Mißtrauens . . . aufrechterhalten"[1]). Einer solchen Art der Behandlung dieses Themas stehen freilich tiefgreifende Widerstände entgegen. Sie finden ihre Wurzel in der verfassungsrechtlich wie politisch bestrittenen Endgültigkeit der osteuropäischen Nachkriegsgrenzen, speziell der Oder-Neisse-Grenze, sowie in den Modalitäten westdeutscher Vergangenheitsbewältigung überhaupt. Die dreiteilige Fernsehserie „Flucht und Vertreibung", die Ende Januar und Anfang Februar 1981 ausgestrahlt wurde, war ein jüngster Ausdruck dieser Widerstände[2]).

Vor diesem Hintergrund ist anzunehmen, daß die wiederholte Aktualisierung des Themas eine bedeutsame Funktion in der Reproduktion des bundesdeutschen ideologischen „Basiskonsensus" besitzt[3]). Wenn kürzlich darauf hingewiesen worden ist, daß die Wirksamkeit des spezifischen Nachkriegstyps bürgerlicher Herrschaft in der Bundesrepublik sich in entscheidendem Maße auf die „Verschmelzung der ‚nationalen Frage' mit dem Antikommunismus"[4]) gründet, so kann diese These dahingehend erweitert werden, daß die Konstruktion solcher Herrschaftstypen und ihrer tragenden Konsensusformen sich wesentlich aus einer ideologieträchtigen und politisch funktionalisierbaren Aufbereitung von Elementen der sozialen und historischen Wirklichkeit speist. Und umgekehrt wird die andauernde Reproduktion und „Vermassung" entsprechender politisch-ideologischer Konzepte zur Voraussetzung und zum Garanten der Stabilität eben dieses Herrschaftstyps.

1) Markiewicz, Vom „bösen" und vom „guten" Deutschen, in: Rattay/Chiczewski (Hrsg.), Narben. Am Beispiel von Danzig: Wege zur Versöhnung zwischen Deutschen und Polen, München 1981, S. 96.

2) Die ARD-Serie „Flucht und Vertreibung" wurde in drei Folgen gesendet: „Inferno im Osten" (am 29. 1. 1981), „Die Rechtlosen" (am 1. 2. 1981) sowie „Zwischen Fremde und Heimat" (am 8. 2. 1981). Die Einschaltquote betrug 20 %. Die erste und zweite Folge wurde auch vom Österreichischen Fernsehen übertragen.

3) Unter „Basiskonsensus" wird in der neueren, an Gramsci orientierten politikwissenschaftlichen Diskussion jener klassenübergreifende Komplex von Ideologien verstanden, der spezifische Typen bürgerlicher Herrschaft innerhalb der Gesamtgesellschaft absichert und ihnen – auch ohne die ständige Anwendung außerökonomischen Zwanges – Dauer verleiht. Vgl. in Anwendung auf die Geschichte der Bundesrepublik: Deppe/Jung, Entwicklung und Politik der herrschenden Klasse in der BRD, in: Albrecht u.a., Geschichte der Bundesrepublik. Beiträge, Köln 1979, S. 433ff., bes. S. 437ff.

4) Deppe, Autonomie und Integration, Marburg 1979, S. 83.

Der Komplex „Flucht und Vertreibung" ist ein Musterfall eines solchen konsensstiftenden Gemeinplatzes, der gleich mit seiner Benennung („Vertreibung") die wertende Interpretation schon mitliefert. Nicht um „Ausweisung", nicht um „Umsiedlung"[5]) und schon gar nicht um „Bevölkerungsverschiebungen" oder „Transfer"[6]) soll es sich gehandelt haben. Vielmehr ist „Unrecht" an Deutschen geschehen, ist das „Recht auf Heimat"[7]) verletzt worden, wurden millionenfache „Vertreibungsverbrechen"[8]) begangen, handelte es sich um einen „an Deutschen vollzogenen Holocaust"[9]). Die Massenwirksamkeit dieses zum Syndrom gesteigerten Interpretationsmusters verdankt sich nicht zuletzt den noch vielfach persönlich bezeugten Schrecken der Ereignisse des Kriegsendes und der unmittelbaren Nachkriegszeit in den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Die persönliche Erfahrung, wie vordergründig auch immer, bildet die Folie für weitreichende Konstrukte ideologischer Sinngebungen. So liefert denn auch – von der „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" (1953ff.)[10]) bis hin zu der eingangs genannten ARD-Serie – das persönliche Erlebnis der betroffenen „Zeugen der Zeit" das Material für authentisch wirkende und daher unaufdringliche Wertungen jenes Geschichtsabschnittes.

In diesen Beziehungen unterscheiden sich freilich Berichte und Darstellungen zu den Themen „Flucht und Vertreibung" oder „russische Kriegsgefangenschaft" auffällig von den Darstellungen der (west-)alliierten Bombenangriffe, obwohl diese in ihren Folgen für die Zivilbevölkerung jenen kaum nachgestanden hatten. Sofern der westalliierte Bombenkrieg überhaupt zum historisch-publizistischen Thema geworden ist, fehlt meist nicht der Verweis auf die hitler'sche Vorläuferschaft, auf die Bombardierung von Guernica, London, Coventry u.a.m. – Ganz anders im Falle der „Flucht und Vertreibung". Noch in einer jüngsten amerikanischen Studie zur „Vertreibung der

5) So der Terminus im Beschluß des Alliierten Kontrollrates vom 20. November 1945 über einen „Plan der Umsiedlung der aus Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen ausgewiesenen deutschen Bevölkerung nach den vier Besatzungszonen Deutschlands", in: Das Potsdamer Abkommen. Dokumentensammlung, Berlin 1975, S. 265f.; in der offiziellen Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Potsdam vom 2. August 1945 war in Abschnitt XIII von der „Ausweisung Deutscher aus Polen" etc. die Rede; vgl. ebd., S. 231.

6) Dies ist die Bezeichnung in den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, I. Geschichte, Abschnitt 22, in: „aus politik und zeitgeschichte", B 47/77 v. 26. 11. 1977, S. 15f. – Vgl. dazu den symptomatischen Aufsatz von Alfred Schickel, Aus Vertreibung soll „Transfer" werden, „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 19. 11. 1976, S. 11.

7) Maßgeblich fixiert in der sog. „Charta der Heimatvertriebenen" von 1950. Dort heißt es: Wir fühlen „uns berufen zu verlangen, daß das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird".

8) Vgl. die im folgenden noch behandelte „Dokumentation der Vertreibungsverbrechen" (Anm. 17).

9) So der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Becher (CDU-MdB), in einem Kommentar zu der ARD-Serie in: „Osmipress-Schnelldienst", Nachrichtendienst des Bundes der Vertriebenen, v. 5. 2. 1981.

10) Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. In Verbindung mit Adolf Diestelkamp, Rudorf Laun, Peter Rossow und Hans Rothfels bearbeitet von Theodor Schieder, hrsg. v. Bundesministerium für Vertriebene, o. O., o. J. (1953ff.), 2 Bde. sowie Ergänzungsbände. – Vgl. dazu auch Schieder, Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem, in: „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", 1/1960, S. 1ff. Zu den Fehlerquellen solcher Berichte vgl. Jolles, Zur Soziologie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Köln/Berlin 1965, S. 108 und 113.

Deutschen"[11]) wird ausdrücklich jeder Zusammenhang zwischen faschistischen Verbrechen im Osten, Nazi-Propaganda, deutschem Schuldbewußtsein und Fluchtmotiven vor der Roten Armee zurückgewiesen. Unverblümter gab sich seinerzeit die bereits erwähnte „Dokumentation der Vertreibung". Gleichsam in ungebrochener Fortschreibung der These vom „bolschewistisch-jüdischen Untermenschen" heißt es dort, daß hinter Ausschreitungen „eine Verhaltensweise und Mentalität stand, die für europäische Begriffe fremd und abstoßend wirkt", daß „gewisse Züge asiatischer Mentalität wesentlich zu jenen Ausschreitungen beigetragen haben"[12]).

Der Zirkel ist perfekt: die „Erklärung" für die Opfer des vom Hitlerfaschismus angezettelten Vernichtungskrieges bedient sich selbst noch der Ideologeme der faschistischen Rassenlehre[13]). Und gänzlich widersinnig wird das Wechselspiel von Anklage gen Osten und Exkulpation gen Westen, wo noch ein Teil der Opfer des anglo-amerikanischen Bombenangriffs auf das von Flüchtlingen überfüllte Dresden im Februar 1945 als „Vertreibungsverluste" geführt[14]), mithin also eine Mittäterschaft sowjetischer und polnischer Armeeangehöriger suggeriert wird.

Demnach liegt die doppelte politische Funktion des Syndroms von „Flucht und Vertreibung" auf der Hand. Zum einen diente (und dient) es als wichtiges Mittelglied zwischen der faschistischen und der postfaschistischen Variante des Antikommunismus bzw. Antisozialismus sowie der abwertend-feindseligen Einstellung gegenüber den slawischen Völkern schlechthin. Andererseits erfüllt das Syndrom Entlastungs- und Ablenkungsfunktionen gegenüber der (selbst)kritischen Wahrnehmung der persönlichen und/oder kollektiven Schuldprobleme, die mit den nationalsozialistischen Verbrechen aufgeworfen sind. Die gemeinsame Grundlage dieser beiden Funktionen ist die Herauslösung des Geschehens aus dem übergreifenden Bezugsrahmen des Hitlerfaschismus.

In den letzten Jahren ist in besonderem Maße die zweite Funktion des Syndroms hervorgetreten. Der Zusammenhang, in dem die jüngste ARD-Serie steht, belegt dies mit hinreichender Deutlichkeit. Vor allem für die Landsmannschaften war nach der Ausstrahlung der „Holocaust"-Serie 1978/79 das Signal gegeben, nun auch die Enttabuisierung des „Unrechts an Deutschen"

11) De Zayas, Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen, München 1977, S. 90ff.; vgl. dagegen Wiskermann, Germany's Eastern Neighbours, London 1956, S. 87, sowie Jolles, Soziologie, S. 112. Es ist bezeichnend, daß die Studie von Wiskermann in der BRD und den westeuropäischen Staaten eine völlig gegensätzliche Aufnahme erfahren hat. Den Verrissen deutscher Kritiker standen positive Rezensionen, etwa in der englischen Presse, gegenüber. Vgl. dazu Wagner, Deutschlands östliche Nachbarn. E. Wiskermann und die Oder-Neiße-Frage, in: „Außenpolitik", 1957, S. 94ff.

12) Dokumentation der Vertreibung, Bd. I/1, S. 61 E.

13) Vgl. generell Saller, Die Rassenlehre des Nationalsozialismus in Wissenschaft und Propaganda, Darmstadt 1961.

14) Dies gilt für die Flüchtlinge und Evakuierten unter den Bombenopfern Dresdens in: Die deutschen Vertreibungsverluste. Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete 1939/50, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart 1958. – Zur Kritik vgl. die grundlegende Studie von Schimitzek, „Vertriebenenverluste"? Westdeutsche Zahlenspiele, Warszawa 1966, S. 114.

auf die Tagesordnung zu setzen. Doch wäre es verfehlt, den Anstoß für dieses Projekt allein im Drängen der Vertriebenenverbände suchen zu wollen. Der offizielle Auslöser ging bereits im Jahre 1969 von der Großen Koalition aus. Der damalige CDU-Vertriebenenminister Windelen hatte im Juni 1969 einen Beschluß der Bundesregierung erwirkt, mit Hilfe des Bundesarchivs in Koblenz eine „Dokumentation der Vertreibungsverbrechen" erstellen zu lassen. Diese Arbeit wurde im Juli 1974 abgeschlossen. Die SPD/FDP-Bundesregierung hatte jedoch davon Abstand genommen, das Ergebnis der Öffentlichkeit vorzulegen. Wie Innenminister Maihofer ausführte, konnte das ausgewertete Material nicht den „Rang gesicherter geschichtlicher Wahrheit" beanspruchen"[16]). Dennoch ist die Arbeit des Bundesarchivs der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden: als gezielte „Enthüllung" der „Wahrheit, die Bonn verschweigt", wie es im Untertitel der von Wilfried Ahrens publizierten Dokumentation der „Verbrechen an Deutschen" hieß[17]). Über eine breite Presseberichterstattung ist dann ohnehin die von den Landsmannschaften und der CDU/CSU erwünschte Publizität hergestellt worden[18]). Schließlich hat sich das „Report"-Magazin der ARD der Dokumentation angenommen und in einer halbstündigen Sendung im Juni 1979 darüber berichtet[19]).

Schon damals wurde in Presseberichten – nicht nur in den Organen der Landsmannschaften – der Eindruck erweckt, als ob die Behandlung des Themas während der letzten drei Jahrzehnte systematisch hintertrieben worden sei. Die gleichen Argumente ließen sich auch nach der Ausstrahlung der jüngsten ARD-Serie vernehmen[20]). Während dies wohl für die Erforschung und Darstellung der tatsächlichen Ursachen, Verlaufsformen und Folgen des Geschehens in den ehemaligen deutschen Ostgebieten während der letzten Kriegsmonate und in den ersten Nachkriegsjahren gelten darf, hat das Syndrom „Flucht und Vertreibung" jedoch seinen festen Platz in Medien, Monographien und – vor allem – in Schulbüchern und Gesamtdarstellungen, also im „öffentlichen Bewußtsein", finden können. Um den Kontext der jüngsten Aktualisierung dieses Syndroms zu erhellen, ist es angebracht, auf einige Erscheinungen der letzten Jahre aufmerksam zu machen.

– Schon 1975, im Gefolge der Auseinandersetzung um die erwähnte „Dokumentation der Vertreibungsverbrechen", kam es zu einer Kampagne der Landsmannschaften, den 8. Mai 1975 als dreißigsten Jahrestag der „Vertreibung" zu begehen. Höhepunkt der gegen die antifaschistischen Kudgebun-

16) Vgl. FAZ v. 14. 3. 1975.

17) Verbrechen an Deutschen. Die Opfer im Osten. Endlich die Wahrheit, die Bonn verschweigt, hrsg. von Wilfried Ahrens, Huglfing/Obb. (1975).

18) Vgl. FAZ v. 14. 3. 1975 („Rückblick auf Grauenvolles"); „Bayernkurier" v. 29. 3. 1975 („Die Gewalttaten an Deutschen"); „Die Welt" v. 17. 2. 1975; „Deutsche Wochen-Zeitung" v. 21. 2. 1975. Im „Deutschen Ostdienst" (DOD) des Bundes der Vertriebenen v. 17. 4. 1975 hieß es, die Dokumentation enthalte nichts Neues – nur: die „Mitschuld der bolschewistischen Ideologiezentren und der asiatischen Psyche" sei bestätigt worden.

19) Vgl. FAZ v. 28. 6. 1979 („Die Greuel der Vertreibung").

20) Vgl. FAZ v. 29. 1. 1981; „Deutschland-Union-Dienst", Gesamtdeutsche Nachrichten und Kommentare, Pressedienst der CDU/CSU v. 17. 2. 1981; DOD Nr. 1 v. 8. 1. 1981; „Sudetendeutsche Zeitung" v. 6. 3. 1981 u.a.m.

gen dieses Tages[21]) gerichteten Aktivitäten war ein „Europa-Kongreß" in Straßburg und Kehl, an dem der damalige CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Filbinger, und der Präsident der „Paneuropa-Union", Otto v. Habsburg, als Hauptredner teilnahmen[22]).

– Mit steter Regelmäßigkeit sind die verschiedenen Fluchtbewegungen der letzten Jahre, z. B. in Vietnam, Kampuchea, Afghanistan und Palästina, zur Erinnerung an die Jahre 1944/45 genutzt worden. Die interessierte Anteilnahme am fernen Flüchtlingselend diente immer auch der Bekräftigung des „Rechtes auf Heimat" für die „vertriebene" ostdeutsche Bevölkerung[23]).

– Anläßlich der Veröffentlichung des Ostpreußen im Frühjahr 1945 betreffenden Teils der Erinnerungen des dissidenten sowjetischen Literaturwissenschaftlers und Schriftstellers Lew Kopelew im „Zeit-Magazin" (1976) – „Spiegel" und „stern" hatten den Vorabdruck abgelehnt – wurde einer breiten Öffentlichkeit der Eindruck vermittelt, als ob nun endlich von kompetenter Seite authentisches Material zum Verhalten von Angehörigen der Roten Armee in Ostdeutschland vorliege. Mit dem Hinweis auf „unsere(n) eigenen Faschismus"[24]) hatte Kopelew zudem ein Stichwort gegeben, das sich in die hiesige Totalitarismus-Theorie bruchlos einfügen ließ. Leserbriefe, die diesen Eindruck zu erschüttern versuchten, blieben unveröffentlicht[25]).

– Eine vergleichbare Ausrichtung hatte die Fortsetzungsreihe unter dem Titel „Die Flüchtlinge", die in der „Welt am Sonntag" im Dezember 1979 und Januar 1980 veröffentlicht wurde. Zuletzt ist es aus Anlaß der Beerdigung des Großadmirals und Hitler-Nachfolgers Dönitz zu Beginn dieses Jahres zu „Würdigungen" gekommen, die insbesondere die Verdienste der Marine bei der „Flucht übers Meer" 1944/45 hervorhoben.

– Mag man den erwähnten Fakten nur punktuelle Aktualität zubilligen, so trifft dies auf jene Inhalte zweifellos nicht zu, die zu den Geschehnissen der Jahre 1944–1947 in Schulbüchern, Richtlinien der Kultusminister-Konferenz (KMK) und anderen Lehrmitteln dargeboten werden. Nach den Totalitarismus- und Ostkunde-Erlassen der KMK aus den 50er bzw. 60er Jahren sorgt nun der KMK-Beschluß vom November 1978 über „Die deutsche Frage im Unterricht"[26]) sowie der jüngste Beschluß dieses Gremiums vom 12. Februar

21) Vgl. den Frankfurter Aufruf zum 8. Mai 1975 als 30. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg, in: „Blätter", 4/1975, S. 474ff.

22) Angaben nach: „Neue Kommentare" (NK), 1975.

23) Vgl. dazu NK, 23–24, 1974 („Landsmannschaften wollen wie die PLO vor die UNO"); NK 3/1975 („Vertriebenenlobby in arabischen Ländern"); „Osmipress-Schnelldienst" v. 24. 3. 1975 (Erklärung des BdV-Präsidenten Czaja zur „Massenflucht in Vietnam").

24) Kopelew, Den Feind vernichten mit Stumpf und Stiel, 4. Folge der Serie in: „Zeit-Magazin" 1976, S. 16; zu Kopelew vgl. auch die kritischen Bemerkungen von Högemann-Ledwohn in: DVZ v. 29. 7. 1976.

25) Ein solcher Leserbrief des ehem. Angehörigen der Sowjetarmee N. Kambulow ist in der erwähnten Ausgabe der DVZ wiedergegeben; eine andere Zuschrift, von G. Jeske/Hamburg, liegt mir vor. Dort heißt es: „Uns war klar, daß die sowjetischen Soldaten nicht als Touristen kommen würden, aber bevor sie da waren, wütete der deutsche Terror gegen die eigenen Landsleute ungeheuerlich . . ."

26) Abgedruckt in: FAZ v. 6. 2. 1979; vgl. dazu Klönne, Ein Rückfall ins Deutschnationale, in: „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 30. 12. 1978; generell vgl. Ebert, Der Geschichtsunterricht und die deutsche Frage, in: „Demokratische Erziehung", 3/1980, S. 277ff.

1981 zur „Darstellung Deutschlands in den Schulbüchern und kartographischen Werken"[27]) dafür, daß das an Deutschen verübte „Unrecht" der Oder-Neiße-Grenze (und der damit eng verbundenen Ausweisung der deutschen Bevölkerung) nicht in Vergessenheit gerät. Im übrigen wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR zur verbindlichen Richtschnur des zeitgeschichtlichen Unterrichts erklärt[28]). Dagegen haben die polnisch-deutschen Schulbuchempfehlungen[29]) bislang kaum nennenswerten Niederschlag in Lehrplänen oder Unterrichtsmaterialien[30]) gefunden. Die CDU-regierten Länder haben sich ohne Ausnahme gegen die verbindliche Einführung dieser Empfehlungen ausgesprochen. Gegen-Empfehlungen[30a]) sind freilich von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung und von der hessischen CDU in hoher Auflage vertrieben worden.

Wenn der für die ARD-Serie „Flucht und Vertreibung" verantwortliche Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks[31]), Rudolf Mühlfenzl, in der an die dritte Folge anschließenden Fernsehdiskussion im Hinblick auf den „Holocaust"-Erfolg meinte, danach sei es „jetzt höchste Zeit" für die „Vertreibungs"-Dokumentation gewesen, so konnte damit eigentlich kaum ein Defizit an publizistischen Verlautbarungen zum Themenkreis „Flucht und Vertreibung" gemeint sein. Eher schon ging es darum, im Zeichen der „Ausgewogenheit" nun auch die „Verbrechen an Deutschen" dem Publikum zu präsentieren. Die Form der Dokumentation war darauf abgestellt, den Eindruck solider zeitgeschichtlicher Information zu vermitteln, die eingestreuten Interviews sollten emotionale Betroffenheit mit historischer Authentizität koppeln. Thematisch war der Bogen vom Ehrenburg-Aufruf „Töte den Deutschen!" bis zum „Recht auf Heimat" gespannt. Von Hitlerfaschismus, Aggressionskriegen nach Osten, Versklavung und Ausrottung der dortigen Bevölkerung war mehr beiläufig die Rede. Die angestauten Emotionen der Zuschauer entluden sich in zahlreichen Anrufen beim Bayerischen Rundfunk. Vor allem alte Men-

27) Vgl. FAZ v. 2. 5. 1981: „große Erleichterung und tiefe Befriedigung . . ."; zur Vorgeschichte vgl. C.-E. Langen, Das östliche Deutschland in den Karten der Schulatlanten, in: FAZ v. 8. 2. 1979. Bisher hat nur der Schulsenator von Hamburg seinen Ausstieg aus diesem Beschluß bekanntgegeben.

28) Vgl. dazu Eisner, Zur rechtlichen und politischen Bedeutung des Karlsruher Urteils zum Grundlagenvertrag, in: „Blätter", 9/1973, S. 947 ff.

29) Vgl. den Abdruck in: „aus politik und zeitgeschichte", B 47/77 v. 26. 11. 1977, versehen mit einer „kritischen Stellungnahme" von H. Hupka, ebd., S. 43 ff.

30) Hervorzuheben ist die Unterrichtseinheit von Heck/Schurig, Deutschland und Polen nach 1945, Frankfurt/M. 1977; dazu „Die Welt" v. 8. 11. 1977: „Eine gemeinsame deutsch-polnische Geschichtsbetrachtung kann es . . . eo ipso nicht geben".

30a) Vgl. Menzel/Stribrny/Völker, Alternativ-Empfehlungen zur Behandlung der deutsch-polnischen Geschichte in den Schulbüchern. Veröffentlicht in der „Gelben Reihe" der CDU-Hessen, Nr. 15, Februar 1979 (Titel: „Verständigung durch Wahrheit"), sowie im v. Hase & Koehler-Verlag, Mainz o. J., sowie von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung. – Dazu die FAZ v. 25. 7. 1978: Damit sei ein „Ausweg aus dem unerquicklichen Schulbuchstreit" gewiesen. Vgl. ferner Neuhoff/Parlies, Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen zur Nachkriegsgeschichte. Eine kritische Stellungnahme, hrsg. v. BdV, Bonn 1976.

31) Vgl. DOD Nr. 1 v. 8. 1. 1981, S. 2f.: Die ARD-Serie habe nur vom Bayerischen Rundfunk „zuverlässig verwirklicht" werden können. G. Herde hat in „Die Tat" v. 23. 1. 1981 aufgedeckt, warum dem so ist: die Redakteure Mühlfenzl und Jost v. Morr erfreuen sich als Preisträger von Auszeichnungen der Landsmannschaften enger Kontakte zum BdV. Entsprechendes gilt auch für die wissenschaftlichen Berater der BR-Produktion.

schen hatten den Wunsch, ihre eigenen Erlebnisse einfach mitzuteilen; junge Zuschauer meldeten sich dagegen nicht zu Wort. Mit Recht ist die in der TV-Serie praktizierte Wechseldusche von emotionaler Aufladung und (schein-) rationaler Orientierung auf ein (juristisch wie praktisch völlig irreales) „Recht auf Heimat" als „psychische Gewaltanwendung"[32]) bezeichnet worden.

Damit nicht genug: Um das gewonnene Terrain abzusichern, wird nun von der landsmannschaftlichen Presse die Forderung angemeldet, Video-Aufzeichnungen der Serie für Schulen, Volkshochschulen und die Landeszentren für politische Bildung zur Verfügung zu stellen[33]). Von dieser Seite wird angenommen, daß „offenbar eine neue Bewegung im Gange ist, sich mit dieser Vergangenheit auseinanderzusetzen"[34]).

Demgegenüber steht nach wie vor wenig zugängliches Material zur Verfügung, um den Themenkomplex „Flucht und Vertreibung" in einer Weise zu behandeln, die den einleitend zitierten Ausführungen von Wladyslaw Markiewicz entspricht. Im folgenden soll deshalb versucht werden, in knapper Form zu drei Aspekten des Problemkreises einiges historisches Material zusammenzutragen – vornehmlich zu solchen Gegenständen, die in der ARD-Serie gar nicht oder nur entstellt thematisiert wurden.

Historisch-politische Grundlagen der Massenausweisung

Das Faktum der Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus den ehemaligen Reichsgebieten jenseits der Oder-Neisse-Grenze sowie jenseits der Reichsgrenzen von 1937 ist nur als Kulminationspunkt jahrzehntelanger Spannungen zwischen der deutschen und der polnischen Bevölkerung dieser Regionen zu begreifen[35]). Wie die Geschichte der polnischen Teilungen zeigt, sind diese Auseinandersetzungen für den polnischen Staat oft mit dem Kampf um die bloße staatliche Existenz verbunden gewesen. Nachdem bereits während des späten 19. Jahrhunderts Massenausweisungen polnischer Staatsangehöriger aus Preussen praktiziert worden waren[36]), gewann der Konflikt seine eigentliche Brisanz erst durch die anhaltenden Expansionsbestrebungen des Deutschen Reiches während des Ersten Weltkrieges[37]), in der Zeit der Weima-

32) Vgl. Böhm, Das persönliche Schicksal politisch mißbraucht. Fernsehserie „Flucht und Vertreibung" als psychische Gewaltanwendung, in: „Die Tat" v. 13. 2. 1981; vgl. auch Kühnl, Das politische Geschäft mit den Flüchtlingen, in: Die Tat Nr. 27 v. 3. 7. 1981 und Nr. 28 v. 10. 7. 1981.

33) Vgl. „Der Schlesier" v. 20. 2. 1981; „Osmipress-Schnelldienst" v. 26. 2. 1981; DUD v. 4. 3. 1981; „Sudetendeutsche Zeitung" v. 6. 2. 1981.

34) G. v. Glinksi, Von der Geschichte eingeholt, in: „Kulturpolitische Korrespondenz", hrsg. v. der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, 5/1981, S. 5.

35) Vgl. als Überblick Wiskermann, German's Eastern Neighbours; ferner Plat, Deutsche und Polen. Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen, Köln 1980; vgl. auch Grube/Richter, Flucht und Vertreibung. Deutschland zwischen 1944 und 1947, Hamburg 1980, S. 9ff.

36) Im Winter 1886 waren alle Polen aus Preußen ausgewiesen worden. Vgl. Leśniewski/Nurowksi, Die politischen Hintergründe der räumlichen Bevölkerungsbewegungen zwischen Oder und Bug 1939–1950, in: Räumliche Bevölkerungsbewegungen zwischen Oder und Bug 1939–1950, Poznań/Warszawa 1961, S. 17.

37) Vgl. Geiss, Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Lübeck/Hamburg 1960; Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Königstein/Ts.[2] 1979, bes. S. 230ff.

rer Republik[38]) und – vor allem und abschließend – in den Jahren des Zweiten Weltkrieges. Dabei standen die expansionistischen Neigungen deutscher Politiker, Wirtschaftsführer und Militärs durchwegs in einem merkwürdigen Widerspruch zu den zunehmenden wirtschaftlichen Strukturschwächen des deutschen Ostens und der damit verbundenen Abwanderung von Teilen der deutschen Bevölkerung[39]).

Von den Annexionsplänen und Umsiedlungsvorhaben während des Ersten Weltkrieges läßt sich eine direkte Linie zu der – freilich umfassenderen und hemmungsloseren – nationalsozialistischen Polenpolitik zwischen 1939 und 1945 ziehen. Im „Generalplan Ost" von 1940 wurde die Aussiedlung von 80 bis 85% der Polen (ca. 16 bis 20 Mio.) aus dem künftigen „deutschen Siedlungsraum" anvisiert. Eine „Umvolkung" der Polen wurde ausgeschlossen, da sich die polnische Bevölkerung „rassisch vom deutschen Volk erheblich" unterscheide. Die Fortdauer eines polnischen „völkisch-politischen und kulturellen Eigenlebens" wurde „absolut ausgeschlossen"[40]). Die Bilanz dieses Programms war die Deportation von 4–5 Mio. Polen[41]), ein Fünftel der polnischen Bevölkerung wurde getötet[42]), – Zahlen, die nur noch durch das Ausmaß der an der sowjetischen Bevölkerung begangenen Verbrechen überschritten wurden.

Der bundesdeutsche Historiker Martin Broszat hat aus der „nationalsozialistischen Polenpolitik" den prägnanten Schluß gezogen, sie „wirtschaftete . . . nicht nur sich selbst zugrunde, sie verwirtschaftete auch den historischen Rechtsgrund deutscher Stellung im Osten"[43]). Überdies, meint der Leiter der Arbeitsgruppe der „Dokumentation der Vertreibung" (1953ff.), Theodor Schieder, sei es „eine unbestreitbare Tatsache, daß die nationalsozialistische Bevölkerungsmanipulationen im Kriege bis hin zur sogenannten Endlösung der Judenfrage die moralischen Hemmungen gegen eine solche Politik (des Bevölkerungstransfers; d. Verf.) . . . beseitigt haben. Hier liegt der Anteil, den wir selbst an der Verursachung unseres eigenen Schicksals haben"[44]).

Es ist demnach wenig überraschend, daß sich die Allierten der Anti-Hitler-Koalition prinzipiell sowohl auf eine Westverschiebung der polnischen

38) Vgl. Plat, Deutsche und Polen, S. 136ff.

39) Im Rahmen der sog. Ostflucht wanderten zwischen 1852 und 1939 ca. 4,6 Mio. Menschen nach Westen ab. Vgl. generell Rogmann, Die Bevölkerungsentwicklung im preussischen Osten in den letzten hundert Jahren, Berlin 1937; Volz, Die ostdeutsche Wirtschaft, Berlin/Leipzig 1930. Als ein Beispiel für das Verhältnis der polnischen und deutschen Bevölkerung in Oberschlesien vgl. Lubos, Deutsche und Slawen. Beispiele aus Schlesien und anderen Ostgebieten, Wien 1974, sowie Lubojanski, Die polnische Sprache in Westoberschlesien 1910–1939, Warszawa 1957.

40) Der „Generalplan Ost" ist im Original nicht erhalten. Seine Aussagen lassen sich aus verschiedenen Denkschriften rekonstruieren. Vgl. die Belege bei Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961, S. 23f., sowie in: Bevölkerungsbewegungen, Anhang, S. 96ff.

41) Vgl. Schimitzek, „Vertreibungsverluste"?, S. 316. – Übrigens läuft diese Art offensichtlich widerrechtlicher Verschleppungen bei Broszat, Polenpolitik, S. 85, unter den Bezeichnungen „Bevölkerungstransfer" und „Polenaussiedlung".

42) Vgl. Polens Kriegsverluste 1939–1945, Poznań/Warszawa 1960, S. 42.

43) Broszat, Polenpolitik, S. 192.

44) Schieder, Vertreibung, S. 14.

Grenze bis zur Oder-Neisse-Linie einigten[45]), wie sie auch über die Frage der Ausweisung der deutschen Bevölkerung dieser (und anderer) Gebiete Übereinstimmung erzielten[46]). Zum einen ging es vorrangig um die künftige Sicherung des polnischen Staatsverbandes, die Beseitigung der Konfliktherde der Vorkriegsjahrzehnte sowie um eine Entschädigung der polnischen Nation für die erlittenen Opfer und für die Wiederherstellung der alten polnisch-sowjetischen Grenze (von 1921)[47]). Zum anderen wurde in Anbetracht des Scheiterns von Regelungen zum Schutz von Minderheiten die erneuerte Konstruktion von Rechtsgarantien für die deutsche Bevölkerung in den nunmehr polnischen Gebieten verworfen[48]). Wie aus den alliierten Dokumenten[49]) hervorgeht, war die Endgültigkeit der neuen polnischen Westgrenze – trotz des Vorbehalts einer endgültigen friedensvertraglichen Fixierung des exakten Grenzverlaufs – zunächst unstrittig. Auch die Behandlung des Flüchtlings- und Aussiedlerproblems durch die westlichen Besatzungsbehörden (Koalitionsverbot; korrekte Presseberichterstattung; Integrationsvorhaben usw.) belegt bis in die Terminologie hinein[50]), daß hier definitive Regelungen getroffen werden sollten.

Flucht – Ausweisung – Umsiedlung

In der bundesdeutschen Publizistik werden für die zivilen „Vertreibungsverluste" im allgemeinen und die „Vertreibungsverbrechen" sehr unterschiedliche Zahlen genannt[51]). Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, lassen sich einige methodische Mängel der statistischen Erhebungen benennen, die eher von der politischen Tendenz als von der wissenschaftlichen Redlichkeit dik-

45) Differenzen in der wissenschaftlichen Literatur bestehen weniger hinsichtlich der Einigung der Alliierten als vielmehr bezüglich des völkerrechtlichen Status der in Potsdam getroffenen Vereinbarungen. Vgl. dazu etwa Gelberg, Die Entstehung der VR Polen, Frankfurt/M. 1972, bes. S. 97 ff.; ders., Die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung nach dem gegenwärtigen Völkerrecht, in: Osteuropa-Recht 1968, S. 86 ff.; Quist, Ostpolitik, Völkerrecht und Grundgesetz, Starnberg 1972, S. 10 ff.; Faust, Das Postdamer Abkommen und seine völkerrechtliche Bedeutung, Frankfurt/M./Berlin ^{4}1969; zuletzt De Zayas, Anglo-Amerikaner, 25 ff., 126 ff.

46) Vgl. den in Anm. 5 zitierten Beschluß des Alliierten Kontrollrats vom 20. 11. 1945. Weitere Dokumente zur Umsiedlung finden sich in: Goguel (Hrsg.), Polen, Deutschland und die Oder-Neisse-Grenze, Berlin 1959, S. 402 ff., sowie bei Lubojanski, Legende und Wahrheit über die sogenannte Tragödie der Deutschen aus dem Osten, Anhang zum Informationsblatt 1965 der Presseagentur West/ZAP, S. 24 ff.

47) Vgl. Gelberg, Entstehung der VR Polen, S. 100; generell zur polnischen Frage in den alliierten Verhandlungen vgl. Baggeley, Der Weltkrieg und der Kalte Krieg, in: Horowitz (Hrsg.), Strategien der Konterrevolution, Darmstadt 1969, S. 93 ff., bes. S. 130 ff.; Issraelian, Die Antihitlerkoalition, Moskau 1975, passim, Zur Curzon-Linie vgl. Goguel, Anhang 2, S. 857 ff.

48) Vgl. Wiewora, Die rechtlichen Grundlagen der Umsiedlung der deutschen Minderheit aus Polen, in: Goguel, S. 408 ff.

49) Vgl. die Dokumente in: Goguel, S. 101 ff, S. 396 ff.; speziell zur französischen Haltung vgl. ebd., S. 447, 472.

50) Typisch für die terminologischen Wandlungen bei Aufkommen des Kalten Krieges ist die Vorbemerkung der Übersetzung des sog. Walter-Berichts an den US-Kongreß über „Vertriebene und Flüchtlinge volksdeutschen Ursprungs" vom 24. März 1950, hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene. In dem vorgehefteten Blatt heißt es: „Ursprünglich gab es für alle Heimatvertriebenen nur die Bezeichnung ‚Flüchtlinge'. Im Laufe der Zeit hat sich eine Unterscheidung zwischen Vertriebenen und Flüchtlingen als notwendig erwiesen". – Vgl. auch Anm. 73.

51) Die Angaben schwanken zwischen 0,8 und 3,2 Mio. Zivilverluste. Vgl. die Übersicht und ausführliche Auseinandersetzung mit dem statistischen Material bei Schimitzek, „Vertreibungsverluste?", S. 14 und passim. – Die Probleme der Umsiedlungsaktionen der Nazis in Polen zwischen 1939 und 1945 sowie die Evakuierungen in die Ostgebiete werden hier nicht behandelt.

tiert zu sein scheinen. So werden die „Vertreibungsverluste" der ostdeutschen Bevölkerung als „Nachkriegsverluste" bezeichnet, doch wird als Kriegsende nicht der 8. Mai 1945 angesetzt, sondern jener Termin, an dem der Einmarsch sowjetischer Truppen stattfand bzw. sich in Offensivbewegungen ankündigte. Für Ostpreußen wird beispielsweise der Beginn der sowjetischen Winteroffensive im Oktober 1944 als „Kriegsende" angenommen[52]). Dagegen gelten als „Kriegsverluste" nur die Luftkriegsopfer. Der Effekt besteht darin, daß die „Kriegsverluste" gedrückt werden, während die Zivil- oder „Vertreibungsverluste" mit der Ankunft bzw. Annäherung sowjetischer Truppen enorm in die Höhe schnellen. Dies Verfahren wird ergänzt durch ein zweites, in dem die Summe der „ungeklärten Fälle" der Zivilverluste aufgewertet und pauschal den „Nachkriegsverlusten" und/oder den „Vertreibungsverlusten" bzw. „Vertreibungsverbrechen" zugeschlagen wird. Unter Umständen – wie in der „Dokumentation der Vertreibungsverbrechen" des Koblenzer Bundesarchivs[53]) – werden auch die beiden letztgenannten Kategorien identifiziert, und es ergibt sich die Gleichung „ungeklärte Fälle" = „Vertreibungsverluste" = „Vertreibungsverbrechen". Solchen Konjunktionen leistet die Deutung der Begriffe „Vertreibung" und „Vertriebene" Vorschub. Unter „Vertreibung" werden die unterschiedlich motivierten und initiierten Bevölkerungsbewegungen dieser Zeit verstanden: der „Begriff Vertreibung" meine „in seiner allgemein gültigen Deutung" den „Gesamtvorgang der Entwurzelung"[54]) – von den letzten Kriegsmonaten bis in die frühen 50er Jahre. Diese Deutung ist offiziell fixiert worden in der Definition der „Vertriebenen" im Bundesvertriebenengesetz[55]).

In einer dem historischen Vorgang angemessenen Darstellung[56]) wären mindestens vier verschiedene Abschnitte der ost-westlichen Bevölkerungsbewegungen dieser Jahre zu unterscheiden. Zunächst setzte die – unzulänglich vorbereitete und sehr verlustreiche[57]) – *Flucht der ostdeutschen Bevölkerung* gegen Ende 1944 ein, während der etwa die Hälfte der Bewohner sich westwärts in Bewegung setzte. Diese Zivilverluste, die auf das Konto der Durchhaltepolitik der Hitler-Regierung gehen[58]), wären zweifellos auch dann eingetreten, wenn eine Abtrennung der Oder-Neisse-Gebiete nicht vorgenommen worden, es also zu einer „Vertreibung" niemals gekommen wäre. Über-

52) Deutsche Vertreibungsverluste, S. 65.
53) Vgl. Verbrechen an Deutschen, S. 77f.: „Bei einer weitgehenden Auslegung des Begriffs ‚Vertreibungsverbrechen' kann vorsichtig davon ausgegangen werden, daß es sich bei der Mehrzahl der . . . ‚ungeklärten Fälle' um Vertreibungsopfer handelt".
54) Ebd.
55) Vgl. Bundes-Vertriebenen-Gesetz, München/Berlin ^{4}1963, §§ 1–2.
56) Eine eindeutige Systematisierung der Phasen findet sich auch in polnischen Darstellungen nicht durchgehend. Vgl. zum folgenden Keersten, The Transfer of the German Population from Poland in 1946–1947 (On the Example of West Pomerania), in: Acta Poloniae Historicae 10, 1964, S. 27ff.; Lubojanski, Legende und Wahrheit; Wiskermann, German's Eastern Neighbours, bes. S. 86ff. und 113ff.; Dokumentation der Vertreibung, Bd. I/1, einleitende Darstellung, S. 1Eff.; Jolles, Soziologie, S. 106ff.
57) Vgl. Schimitzek, „Vertreibungsverluste?", S. 235ff.; Thorwald, Es begann an der Weichsel, Stuttgart, 8. Aufl., o. J.
58) Für die Verfasser der einleitenden Darstellung der Dokumentation der Vertreibung I/1, S. 10E, handelte es sich um „verzweifelte Maßnahmen" der politischen Führung.

dies ist es ein Hohn auf die Opfer verspäteter Räumungsbefehle, unzureichender Versorgungs- und Transportmöglichkeiten, auf die Verluste in den zu „Festungen" erklärten Städten (Breslau, Danzig, Gdingen, Glogau u.a.m.)[59]) und infolge der von der Wehrmachtsführung selbst angeordneten Taktik der verbrannten Erde[60]) – diese als „Vertreibungsverluste" oder „Nachkriegsverluste" zu qualifizieren.

Die beiden folgenden *Perioden der Zwangsausweisung* durch die polnischen Behörden in den Ostgebieten erstreckten sich auf die Zeit *vor* Abschluß der Potsdamer Konferenz (Juli/August 1945) sowie *vor* dem entsprechenden Beschluß des Alliierten Kontrollrates vom 20. November 1945, aufgrund dessen die „ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" (Art. XIII des Potsdamer Abkommens) durchgeführt werden sollte. Man kann für beide Perioden den polnischen Behörden den Vorwurf machen, sie hätten noch vor entsprechenden alliierten Vereinbarungen vollendete Tatsachen schaffen wollen, doch sollte nicht übersehen werden, daß sich die polnische Administration – mit gutem Grund – in Übereinstimmung mit den seit längerem diskutierten alliierten Grenz- und Umsiedlungsvorhaben wähnen konnte[61]). Die in diesem Zeitraum entstandenen Zivilverluste können schon deshalb nicht als „Vertreibungsverluste" pauschalisiert werden, weil die Ernährungslage und Gesundheitsversorgung gänzlich zusammengebrochen war: die ostdeutsche Bevölkerung lebte nun unter den gleichen Bedingungen wie die polnische oder sowjetische Bevölkerung während der gesamten Kriegs- und Okkupationszeit.

Im Februar 1946 begann dann die *organisierte Umsiedlung* der verbliebenen Bevölkerungsreste[62]). Die deutschen Aussiedler sind für den Transport von polnischen Behörden mit Lebensmitteln versorgt worden – soweit dies angesichts der prekären Versorgungslage überhaupt geschehen konnte[63]). Als es infolge des außergewöhnlich kalten Winter 1946/47 zu zahlreichen Frostopfern kam, wurden die Umsiedlungsaktionen von Januar bis April 1947 eingestellt. Im Frühjahr und Sommer 1947 war die Umsiedlung im wesentlichen abgeschlossen[64]).

---

59) Zum Schicksal der Zivilbevölkerung und Flüchtlinge in Breslau vgl. etwa Kaps (Hrsg.), Die Tragödie Schlesiens 1945/46, München 1962, S. 23ff., sowie Thorwald, Weichsel, S. 98ff.

60) Vgl. Kriegstagebuch OKW, Bd. IV/2, S. 1571, 1591, 1674; nach einer Anweisung Hitlers sollten „irgendwelche Rücksichten auf die Zivilbevölkerung . . . z.Z. nicht genommen werden"; vgl. dazu Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, Zürich 1946, bes. S. 49ff., sowie generell Förster/Lakowski (Hrsg.), 1945 – Das Jahr der endgültigen Niederlage der faschistischen Wehrmacht. Dokumente, Berlin 1975.

61) Vgl. Goguel (Hrsg.), Polen, S. 221ff. Die polnische provisorische Regierung hatte am 5. 2. 1945 eine Erklärung zu den neuen Westgebieten abgegeben und am 3. 3. 1945 deren Besiedlung mit Polen angekündigt. Den Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen war mit Beschluß vom 28. 2. 1945 die Staatsbürgerschaft entzogen worden. Zu dieser Zeit begannen schon repatriierte Polen aus Deutschland sowie aus den Gebieten östlich des Bug in die Westgebiete zu strömen. Vgl. Bevölkerungsbewegungen, S. 76f.

62) Vgl. Lubojanski, Legende und Wahrheit, S. 23ff. Nach Keersten, Transfer, S. 36, handelte es sich um ca. 2,07 Mio. Deutsche.

63) Vgl. Wiskermann, German's Eastern Neighbours, S. 115f.; das Umsiedlungsabkommen zwischen dem polnischen und dem britischen Vertreter beim Combined Repatriation Executive vom 14. 2. 1946 findet sich in: Goguel (Hrsg.), Polen, S. 405ff.

64) Die späteren Umsiedlungen sowie die Aktionen im Rahmen der Familienzusammenführung können hier unberücksichtigt bleiben.

Der Verlust der Heimat, der mit der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung verbunden war, wiegt zweifellos schwer; er bildet jedoch nicht den Kern des „Vertreibungs"-Syndroms. Dieser liegt vielmehr in der Dämonisierung der Ausschreitungen von sowjetischen und polnischen Militär- bzw. Milizangehörigen gegenüber Deutschen, in den sog. „Vertreibungsverbrechen". Der Tatbestand der Übergriffe, Ausschreitungen, Repressalien u.a.m. ist unbestreitbar; er verdient weder Beschönigung noch Rechtfertigung. Doch sollten Ursachen, Motive und Dimensionen des Geschehens einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden.

Zeitgenossen erschienen Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung seinerzeit als unausweichlich[65]). Vor dem Hintergrund des Kriegsgeschehens und der zunehmenden Augenzeugenschaft am Nazi-Terror in den besetzten Gebieten wurden Rachegefühle zugleich verständlich und relativiert. Solche Rache- und Vergeltungsverlangen waren in der Tat verbreitet, zum Teil mündeten sie in die bewußte Anwendung der erlittenen Drangsale auf die angetroffene deutsche Bevölkerung[66]), bisweilen läßt sich freilich den „Vertriebenen"-Berichten entnehmen, daß auch Unterschiede gemacht wurden[67]). Vergleiche mit dem „Holocaust", wie sie aus der landsmannschaftlichen Presse (Anm. 9) zitiert wurden, sind jedoch irreführend und demagogisch: es gab keine von langer Hand vorbereitete organisierte, zielbewußte oder auch nur offiziell gebilligte Vernichtungsaktion gegenüber den Ostdeutschen. In der Literatur wird immer wieder – und z.T. in Fortsetzung goebbels'scher Fälschungen – auf die Artikel des Sowjetschriftstellers Ehrenburg hingewiesen. Die ihm zur Last gelegte Aufforderung „Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen" hat sich bis heute nicht belegen lassen[68]). Dagegen sind aber die Kritik an Übersteigerungen Ehrenburgs in der „Prawda" (Nr. 89 v. 14. 4. 1945) sowie verschiedene Armeeaufrufe bekannt, die sich in den ersten Monaten des Jahres 1945 gegen Disziplinvergehen wenden[69]). Un-

65) Vgl. Werth, Rußland im Krieg 1941–1945, Bd. 2, München/Zürich 1967, S. 700ff.; wie Wiskermann, German's Eastern Neighbours, S. 89 Anm. 1, berichtet, hatte schon der polnische Kurier Jan Karski in einer Unterredung mit Roosevelt am 28. 4. 1943 prophezeit, „nichts auf der Welt wird die Polen davon abhalten, nach dem Nazi-Zusammenbruch an den Deutschen irgendwelche Racheakte zu verüben. Es wird Terrorismus geben, wahrscheinlich nur kurzfristig, aber dies wird unvermeidlich sein" (zit. n. Ciechanowski, Defeat in Victory, 1947, S. 185). – Vgl. auch Plat, Deutsche und Polen, S. 174ff.

66) So wurden Deutsche durch Armbinden kenntlich gemacht, erhielten geringere Rationen, wohnten z. T. in Lagern. Nur ein einziger Bericht (Nr. 236) in der Dokumentation der Vertreibung, Bd. I/2, S. 439, setzt solche Maßnahmen mit der Schuld des eigenen Volkes in Beziehung.

67) Vgl. Dokumentation der Vertreibung, Bd. I/1, Bericht 92, S. 350ff.: „Nur wer in früheren Zeiten . . . sein Deutschtum nicht andauernd provozierend in den Kriegsjahren betont hatte, konnte dies Dasein jetzt überstehen, die anderen hatten einfach kein Leben mehr" (S. 351).

68) Vgl. dazu „Der Spiegel", 36/1962, S. 71ff. Zu dem Appell „Töte den Deutschen!" hat sich Ehrenburg bekannt und zugleich versucht, seine Beweggründe darzulegen: „Zu Kriegsbeginn kannten unsere Soldaten nicht nur keinen Haß, sie empfanden sogar eine gewisse Hochachtung vor den Deutschen, besonders vor ihrer materiellen Kultur. . . Ich mußte unsere Männer vor dem illusorischen Vertrauen auf die Klassensolidarität der deutschen Arbeiter warnen. . . Es war jetzt nicht die Zeit, in der vorrückenden Armee des Feindes nach ‚guten Deutschen' zu suchen . .". Ehrenburg, Menschen, Jahre, Leben, Bd. 3, München 1965, S. 28/29.

69) Vgl. Werth, Rußland im Krieg, II, S. 702 (Leitartikel aus dem „Roten Stern" v. 9. 2. 1945: „Wenn die Deutschen marodierten und unsere Frauen schändeten, so heißt das nicht, daß wir dasselbe tun müssen . ."; In der oben (Anm. 24) zitierten „Zeit-Magazin"-Serie von Kopelew erwähnt dieser einen ähnlichen Aufruf von Marschall Rokossowski.

ter diesen Vorzeichen scheint es eher angemessen, von Aktionen individueller Rache und von Tendenzen der Demoralisierung als von systematischen Ausschreitungen zu sprechen[70]). „Die Rote Armee", schrieb Martin Walser anläßlich der Publikation der Ehrenburg-Memoiren, „mußte nicht von einem Literaten aufgehetzt werden. Es genügte wohl, den Rotarmisten mitzuteilen, wie sich unsere Spezial-Einheiten in der Sowjet-Union vorwärtsmordeten . . ."[71]).

Eingliederung in den Westzonen bzw. in der Bundesrepublik

Nach dem „Inferno im Osten" (Titel der ersten Folge der ARD-Serie) wird in Darstellungen häufig die „gelungene Integration"[72]) präsentiert. Die wissenschaftliche Literatur[73]) ist freilich kritischer. Sogar ein „Berufsvertriebener" wie P.P. Nahm hat implizit auf jene Pole aufmerksam gemacht, zwischen denen der „Wille zur Eingliederung" hin und her pendelte: „Eine Eingliederung . . . bedeutet natürlich ein Wagnis in bezug auf die Virulenz des Heimkehrwillens"[74]). Mit anderen Worten, das Eingliederungsproblem stellte sich nicht nur als Funktion sozialer und innenpolitischer Probleme dar, sondern wurde – mit Aufkommen des Kalten Krieges – zunehmend auch zum Spielball internationaler Strategien des Westens. Der empfindliche materielle, soziale und sozialpsychologische Bruch, dem die Umsiedler ausgesetzt waren[75]), begünstige binnen kurzem die Politisierung des „Vertriebenenproblems". Nicht nur in der Wohnungssituation, auf dem Arbeitsmarkt und in vielen Berufen war die Masse der Umsiedler benachteiligt, sondern auch in ihrer sozialen Wertschätzung („Fremde", „deutsche Parias", „fünfter Stand" usw.)[76]). Dem Assimilitationsgebot der alliierten Behörden[77]) stand schon bald eine Segregationspraxis gegenüber: die vornehmlich geschlossene Ansiedlung, das Festhalten an überlieferten Binnenstrukturen der Landsmannschaften, die Abdrängung in separate Organisationen. Verbesserungen der Wohnungslage, der Zugänge zu den industriellen Ballungsgebieten u.a.m. mußten z.T. durch Kampfmaßnahmen erzwungen werden[78]). Entscheidende

70) So auch Wiskermann, German's Eastern Neighbours, S. 92f.
71) Zit. nach „Der Spiegel", 36/1962, S. 72.
72) So G. Rühle in der Besprechung der Serie in: FAZ v. 29. 1. 1981.
73) Vgl. vor allem Lemberg/Edding (Hrsg.), Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben, 3 Bde., Kiel 1959; Hilger, Die mobilisierte Gesellschaft, in: Löwenthal/Schwarz (Hrsg.), Die zweite Republik, Stuttgart 1974, S. 95ff.; Imhof, Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland, Marburg 1975; Jolles, Zur Soziologie, passim; Schoenberg, Germans from the east. A study of their migration, resettlement, and subsequent group history since 1945, The Hague 1970.
74) Nahm, Der Wille zur Eingliederung und seine Förderung, in: Lemberg/Edding, S. 152.
75) Vgl. zusammenfassend Neumann, Der „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten", Meisenheim 1965, S. 1ff.; Jolles, Zur Soziologie, 357ff. (zur politischen Ideologie).
76) Vgl. Neumann, Der BHE, S. 1; Schwab-Felisch, Das Flüchtlingsproblem, in: Richter (Hrsg.), Bestandsaufnahme, München 1962, S. 106ff.
77) Vgl. Middelmann, Enstehung und Aufgaben der Flüchtlingsverwaltung, in: Lemberg/Edding, S. 276ff.
78) Die Umsiedlung aus ländlichen Gebieten, v.a. Schleswig-Holsteins, in die Industriezentren Nordrhein-Westfalens wurde beispielsweise durch demonstrative Treck-Gruppen erzwungen. Vgl. Imhof, Vertriebenenverbände, S. 74.

Sozialmaßnahmen wie die Bodenreform konnten jedoch nicht durchgesetzt werden.

Die vielfach befürchtete Radikalisierung der Umsiedler blieb aus[79]; Folgeerscheinungen der gravierenden Deklassierungsprozesse, denen sie unterlagen, wurden z.T. durch Arbeitseifer und Aufstiegsstreben kompensiert, z.T. durch revanchistische Sinngebungen und Organisationsangebote neutralisiert. Spezifische Momente der politischen Integration bildeten und bilden die Beschwörung der „Schicksalgemeinschaft", der Appell an die Bewahrung des ostdeutschen Erbes[80]) sowie die Nährung eines illusionären „Heimatgefühls"[81]). Dennoch entwickelte sich unter den Umsiedlern – entgegen den Beteuerungen der Landsmannschaften – keine parteipolitische Homogenität. Gruppenspezifische politische Formationen wie der „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) verschwanden schon in den 50er Jahren wieder[82]). Andererseits erlangten die „Vertriebenenverbände" ein Ausmaß an Stabilität und (partei-)politischer Repräsentanz[83]), das in auffälligem Gegensatz zu der sozial- und generationsbedingten Aktualität des Umsiedlerproblems steht. Dies verweist zurück auf die eingangs angesprochene syndromhafte Verdichtung des Komplexes „Flucht und Vertreibung" in der Bundesrepublik. So wäre es ein Irrtum, die Umsiedler bzw. ihre Nachkommen (sofern sie sich zum Status des „Vertriebenen" bekennen[84]) und die „Vertriebenenverbände" nur als gesellschaftspolitische Randerscheinung zu deuten, ohne dabei zu sehen, daß die *Separation* der „Volksgruppen in Vertreibung" nur die spezifische Form ihrer ideologisch-politischen *Integration* in den „Basiskonsensus" des bundesdeutschen Herrschaftsmodells bedeutet. Dies entspricht durchaus dem Selbstverständnis der landsmannschaftlichen Funktionäre: Die „Vertriebenen" haben die Aufgabe, „Hammer am Gewissen unseres Volkes zu sein" (Ulitz), sie tragen „maßgeblich zur politischen Selbstbe-

79) Vor allem wurde eine kommunistische Politisierung des Sozialprotests der Umsiedler befürchtet, ja in der Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung wurde geradezu eine „Konzeption Stalins" gesehen, um in Westdeutschland eine „Wandlung zum Kommunismus (zu) begünstigen". So Schwab-Felisch, Flüchtlingsproblem, S. 106, vgl. dazu die kürzlich publizierte Studie von Grieser, Die ausgebliebene Radikalisierung. Zur Sozialgeschichte der Kieler Flüchtlingslager, Wiesbaden 1980. – In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß es nicht nur reaktionär-revanschistische Vereinigungen der Umsiedler gab. Eine zeitweise wichtige Rolle spielte der „Westdeutsche Flüchtlingskongreß", der einmal eine ausführlichere Behandlung verdiente. Vgl. dazu knapp Imhof, Vertriebenenverbände, S. 162ff.

80) Schwab-Felisch, Flüchtlingsproblem, S. 123, sah die geistige Mission der „Heimatvertriebenen" darin, eine „einseitig westlich-rationalistische Entwicklung dieser armen Bundesrepublik . . . zu überwinden". – Vgl. kritisch Jolles, Zur Soziologie, S. 264ff.

81) Wie wenig Realität etwa Rückkehrmöglichkeiten zugemessen wurde, zeigte bereits 1950 der oben (Anm. 50) zitierte amerikanische Walter-Bericht. Dort heißt es auf S. 94: „Die Rückkehr der deutschen Ausgewiesenen und Vertriebenen zu ihren früheren Wohnorten in Osteuropa (erscheint) auch *nach* einer Ablösung des Sowjetregimes, das sich jetzt in den früher unabhängigen Staaten gebildet hat, höchst unwahrscheinlich. . . . Auch ein Wechsel des Regimes würde kaum die Haltung der Völker der osteuropäischen Länder gegenüber den Deutschen ändern, die in ihrer Mitte lebten".

82) Vgl. dazu ausführlich Neumann, Der BHE.

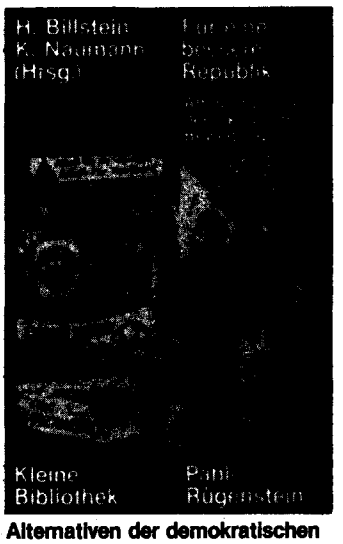
83) Vgl. dazu Herde, Die Rolle der Landsmannschaften im politischen Leben der Bundesrepublik, in: „Blätter", 12/1966, S. 1136ff., sowie ders./Wagner, Revanschistische Politik. Einfluß – Kräfte – Gefahr, Frankfurt/M. 1977.

84) Dies ist auch Kindern von „Vertriebenen" entsprechend BVG § 7 möglich. So ist das statistische Paradox entstanden, daß 1970 46,7% der „Vertriebenen" nach Kriegsende geboren worden waren. Vgl. Imhof, Vertriebenenverbände, S. 336.

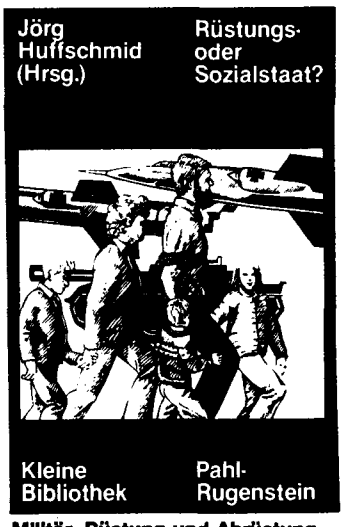
hauptung unseres Volkes" (Dollinger, CDU) bei und bilden einen „wesentlichen Faktor zur Bewahrung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung" (Windelen)[85]). Mithin teilt die „Vertriebenen"ideologie alle Grundwerte des reaktionär-konservativen Gesellschaftsideals wie Ordnung, Autorität, Volk, Nation, Heimat, Gemeinschaft und – Antikommunismus[86]). Als Protagonist eines bundesdeutschen Syndroms ist diese Ideologie *zugleich* entschiedener und immer wieder mobilisierbarer Garant des bundesdeutschen „Basiskonsensus".

Die ARD-Serie „Flucht und Vertreibung" zeigte erneut die Aktualität dieses Syndroms. Gegenzeugnisse, wie die kürzlich gesendete Koproduktion des deutschen und polnischen Fernsehens („Narben")[87]) über die Geschichte Danzigs zwischen 1939 und 1945, sind noch immer selten[88]).

85) Alle Zitate nach Imhof, ebd. S. 7 und 403.
86) Vgl. ebd., S. 408ff.
87) Die Sendung ist ausführlich in dem von Rattay/Chiczewski herausgegebenen Taschenbuch dokumentiert (vgl. Anm. 1).
88) Georg Herde danke ich für die freundliche Bereitschaft, mit der er mir Einblick in das Archiv der „Neuen Kommentare", Frankfurt/M., gewährte.



Alternativen der demokratischen Bewegung
Kleine Bibliothek Band 210
257 Seiten, DM 14,80



Militär, Rüstung und Abrüstung in der Bundesrepublik
Ein Handbuch
Kleine Bibliothek Band 208
286 Seiten, DM 14,80

Erwiderung auf Mechtersheimer

Von Hartmut Pohlman

Im Januarheft der „Blätter" veröffentlichten wir unter der Überschrift „Vorschlag für eine Strategie zur Verhinderung der Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik Deutschland" ein Diskussionspapier von Dr. Alfred Mechtersheimer. Die Überlegungen des Starnberger Friedensforschers und ehemaligen Oberstleutnants der Bundesluftwaffe haben vielfältige Resonanz gefunden. Mittlerweile erreichte uns auch ein Echo aus dem Bundesverteidigungsministerium. Hartmut Pohlman, Oberst i.G. und im Bundesverteidigungsministerium mit Militärpolitik beschäftigt, schickte eine als Erwiderung auf Mechtersheimer bezeichnete Rechtfertigung der Bonner „Nach"rüstungspoltik an die „Blätter"-Redaktion. Nachstehend veröffentlichen wir die Ausführungen Oberst Pohlmans und einen Kommentar des Angesprochenen. Im übrigen verweisen wir auf die seit 1979 in den „Blättern" geführte Auseinandersetzung mit allen Aspekten der sog. Nachrüstung, mit den Grundirrtümern der herrschenden Doktrin militärischer „Sicherheits"-Politik und um mögliche Alternativen. D. Red.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Da in dem erwähnten Artikel von Herrn Mechtersheimer neben Richtigem einige Argumente stehen, denen man nicht unwidersprochen Raum in der verteidigungspolitischen Diskussion geben kann, möchte ich Sie bitten, meine Erwiderung in Ihrer Zeitschrift zu veröffentlichen.

Zu „Kriegsgefahr durch neue Atomwaffen"

Die eigentliche Gefahr ist eine ganz andere als im Artikel von Herrn Mechtersheimer dargestellt: Wird durch die Aktivitäten der Gegner einer Stationierung der sogenannten eurostrategischen Waffen die verteidigungspolitisch erforderliche Nachrüstung zerschlagen bzw. durch Rüstungskontrollverhandlungen das sowjetische Übergewicht nicht abgebaut, wird die Strategie der Abschreckung unglaubwürdig.

Ein ausreichendes Potential, um der SU ein hohes Risiko zu signalisieren, fehlt dann. Damit aber wächst das Risiko eines Krieges oder die Gefahr des Verlustes der Freiheit, wie wir sie verstehen.

Die konventionell unbestrittene Überlegenheit der Sowjetunion macht eine rein konventionelle Verteidigung in Europa wenig sinnvoll; die im Vergleich zum Warschauer Pakt geringen konventionellen Kräfte der NATO schrecken nicht ausreichend ab. Eine Verteidigung ohne eurostrategische Waffen wäre durch das bestehende Ungleichgewicht im eurostrategischen Bereich für die NATO tödlich, da eine derartige Verteidigung nur europäischen Ländern, hauptsächlich der Bundesrepublik, nicht aber der SU Schaden zufügen würde. Die SU ginge also im Falle eines rein konventionell geführten Krieges nur ein geringes, kalkulierbares Risiko ein.

Sich nicht verteidigen zu können, führt zu politischer Machtlosigkeit, denn zur Durchsetzung einer politischen Eigenständigkeit fehlen dann die erforderlichen Machtmittel. Ein Frieden in Abhängigkeit oder Unfreiheit kann nicht unsere politische Absicht sein. Die politische Freiheit ist eine der Grundvoraussetzungen menschenwürdiger Lebensführung und der Schaffung humaner Lebensverhältnisse. Es steht daher auch nicht im Belieben einzelner, wegen eines „Friedens um jeden Preis" für alle auf den er-

reichten Stand politischer Freiheit verzichten zu wollen, als wäre das ein Luxusgut. Die These „Lieber rot als tot" ist deshalb falsch, weil sie die richtige Alternative „Nicht rot, aber auch nicht tot" als Folge funktionierender Abschreckung schlicht unterdrückt.

Gegner der Nachrüstung unterstellen, daß es zu einem Krieg kommen muß, der dann für uns tödlich wäre. Sie übersehen bewußt, daß die NATO als Verteidigungsbündnis *nie* angreifen wird, es also von Seiten der NATO außer zur Verteidigung nie zu einem Einsatz von Waffen kommen wird, auch nicht der Pershing II oder der GLCM.

Wird aber eine rational handelnde Sowjetunion angreifen, wenn sie dadurch selbst einem tödlichen Risiko ausgesetzt wäre?

Warum andererseits sollte sie es unterlassen, wenn sie auf diese Weise risikolos (weil NATO-Europa über keine sie gefährdenden Waffen verfügt) ihre politischen Ziele verwirklichen könnte?

Bevor die Gegner der Nachrüstung vehement gegen die Ausstattung mit eurostrategischen Waffen zu Felde ziehen, müßten sie – sich selbst gegenüber ehrlich – folgende Fragen beantworten:
Warum forciert die SU den Ausbau ihrer eurostrategischen Komponente in Form des Bombers Backfire oder der SS-20, obwohl es gleichwertige Waffensysteme der NATO in Europa gar nicht gibt und obwohl sie durch die Raketen SS-4 und SS-5 ohnehin schon die Überlegenheit besaß?
Warum stellt die SU ihre konventionelle Überlegenheit verhandlungstechnisch nicht zur Disposition?
Würde sich die SU im Falle eines Angriffes durch die NATO verteidigen? Wenn ja, warum darf die NATO nach Meinung der Nachrüstungsgegner dies nicht oder nicht mit wirkungsvollen Waffen?

Zu „Rüstungskontrollpolitik gescheitert"

Es verdient herausgehoben zu werden, daß weder die bisherigen Entspannungsbemühungen des Westens noch seine bisherige Rüstungskontrollpolitik zum Erfolg führen konnte, weil es an entscheidenden Zugeständnissen der SU gefehlt hat. Was zählt, sind nicht „propagandistische Friedensoffensiven", sondern sowjetische Vorschläge mit Substanz, die den Frieden sicherer machen. Diese stehen bisher aus.

M. behauptet, daß sich die Hoffnung, durch SALT-III-Verhandlungen eine Verringerung oder gar einen völligen Verzicht der sog. Nachrüstung zu erreichen, als Fehleinschätzung erwiesen hat. Diese Behauptung ist falsch. Nicht nur haben im Herbst 1980 Vorgespräche der USA mit der Sowjetunion in Genf zu diesem Thema stattgefunden. Auf demXXVI. Parteitag der KPDSU hat Breschnew eindeutig die Bereitschaft der SU zur Fortsetzung der Rüstungskontrollverhandlungen, darunter besonders der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Kernwaffen, bekundet. Die NATO-Außenminister haben Anfang Mai 1981 in Rom dieses Angebot zur Kenntnis genommen und ihre Gesprächsbereitschaft betont. Dies gilt auch für die USA. Es liegt also nun an der Kompromißbereitschaft der SU, ob es zu einer Nachrüstung kommt, oder ob sich der zweite Teil des Nachrüstungsbeschlusses durchsetzen wird.

Mit Rüstungskontrollpolitik ist die vorgesehene atomare Nachrüstung sowohl zu begrenzen als auch zu verhindern, je nach Umfang der Zugeständnisse, die die sowjetische Seite, die auf dem Sektor Tactical Nuclear Forces (TNF) unbestritten die Überlegenheit besitzt, zu machen bereit ist.

Die Legitimation der Nachrüstung kommt nicht wie irrtümlich angenommen aus der Rüstungskontrollpolitik an sich, sondern aus dem berechtigten Wunsch nach gleichwertigen Mitteln der Sicherheit für beide Seiten.

So wird auch einsichtig, daß die Behauptung M. s falsch ist, daß der Sicherheitspolitik des NATO-Bündnisses durch den Nachrüstungsbeschluß die Grundlage entzogen ist. Das Gegenteil ist der Fall.

Zu „Sicherheitspolitik ohne Entspannung"

Es ist ungenau, die neuen eurostrategischen Waffen als Instrument der neuen amerikanischen Atomstrategie zu bezeichnen. Erstens gibt es gar keine „neue" amerikanische Atomstrategie und zweitens ist das, was als PD 59 die Zusammenfassung der nuklearstrategischen Grundsätze der USA darstellt, 1980 herausgegeben worden. Also lange nach dem Nachrüstungsbeschluß und weit später als der Entwicklungsbeginn Pershing II und GLCM. M. ist allerdings zuzustimmen, daß die eurostrategische Waffen im Rahmen der Bündnisstrategie unentbehrlich sind.

Mechtersheimer, als Gegner der Nachrüstung, behauptet, durch den Nachrüstungsbeschluß habe sich die internationale Lage verschlechtert. So unbewiesen diese Behauptung ist – es könnten ganz andere Kausalitäten aufgeführt werden – warum bot nicht die Seite, die sich durch den Nachrüstungsbeschluß herausgefordert fühlte, *sofort* Verhandlungen an, um es nicht zu einer Nachrüstung kommen zu lassen? Sie hatte es voll in ihrer Hand. Stattdessen hat sie zunächst Verhandlungen kompromißlos abgelehnt und dadurch wertvolle Zeit verstreichen lassen.

Es trifft nicht zu, daß die SS-20 überschätzt wurde und nur einen Sprengkopf befördern kann. Sie kann drei befördern! Dies beweisen von den USA aufgeklärte sowjetische Versuche.

Der Satz „Außerdem hat die SU die Zahl ihrer Trägerwaffen im vergangenen Jahrzehnt nicht erhöht" kann durch seine Undifferenziertheit nur als bewußte Irreführung der Leser angesehen werden. Bezieht man ihn auf das Gesamtpotential, ist er falsch. Außerdem ist diese Zahl nicht das entscheidende Kriterium, sondern die Zahl der Sprengköpfe. Und die hat sich durch die MIRV-Technik in den letzten Jahren überproportional erhöht.

Von einer Fremdbestimmung der deutschen Politik kann nicht gesprochen werden, wohl aber von Einflüssen, von Kompromissen, die aufgrund der Büdniszugehörigkeit und der Bündnisstrategie sicherheitspolitisch erforderlich sind.

Das Sicherheitskonzept der NATO ist nicht deshalb ins Wanken geraten, weil die neue US-Adminsistration Entspannung als zweitrangige Aufgabe versteht. Hier werden Ursache und Wirkung verwechselt. Der Teil „Entspannung" des Sicherheitskonzepts ist in Frage gestellt, weil der Westen erleben mußte, daß die SU in der Phase der Entspannung mit ihrem Verhalten in Afghanistan, Kambodscha und Afrika sowie kontinuierlicher Rüstung, speziell im SS-20-Bereich und letztlich durch ihre Drohhaltung gegenüber Polen, den „code of conduct" verletzt hat.

Die ersten Reaktionen der SU auf das geänderte Verhalten der Amerikaner ihr gegenüber zeigen die Richtigkeit einer festen und beharrlichen Politik anstelle von Nachgiebigkeit. Entspannung kann nur eine Zweibahnstraße sein.

Diese Reaktionen sollten Herrn Mechtersheimer nachdenklich stimmen und anregen, seine Position neu zu überdenken.

Kommentar zu einer „Erwiderung" von Oberst i. G. Harmut Pohlman

Von Alfred Mechtersheimer

Die Auslassungen von Oberst i. G. Hartmut Pohlman repräsentieren das immer noch vorherrschende Denken im Bundesministerium der Verteidigung (BMVg). Dieses sicherheitspolitische Denken ist a) antiquiert, b) pathologisch und c) xenokratisch*).

a) Das BMVg sieht die Kriegsgefahr ausschließlich in einem kalkulierten Angriff der Sowjetunion auf die Bundesrepublik und glaubt folglich, schon dadurch hinreichende Kriegsverhütungspolitik zu betreiben, wenn mit möglichst viel atomarer Vernichtungskraft „abgeschreckt" wird. Tatsächlich ist die Gefahr kriegerischer Konflikte in Europa aus einer nicht steuerbaren Krise heraus ungleich größer. Es ist deshalb irrelevant, wenn Oberst P. schreibt, daß „die NATO als Verteidigungsbündnis *nie* angreifen wird", weil der Ersteinsatz bestimmter Waffen keine Frage von Angriff oder Verteidigung im politischen Sinne ist, sondern Ergebnis eines Konfliktablaufs, der mehr militärischen Zwängen als politischem Kalkül zu folgen droht.

b) Das BMVg ist lernkrank, wenn es heute immer noch meint, der SALT-Prozeß lasse sich nach kurzer Unterbrechung wieder fortsetzen. Die USA haben das unterzeichnete SALT-II-Abkommen nicht ratifiziert, weil die gesellschaftliche Zustimmung für eine Paritätspolitik gegenüber der Sowjetunion nicht mehr vorhanden ist und die waffentechnologisch vorgezeichneten Tendenzen zu beiderseitigen Erstschlags-Vernichtungs-Kapazitäten die Grundlagen für die Rüstungskontrolle dauerhaft zerstört haben. Wenn Oberst P. schreibt, „Mit Rüstungskontrollpolitik ist die vorgesehene atomare Nachrüstung sowohl zu begrenzen als auch zu verhindern, . . .", dann beteiligt er sich an einem Versuch der Scheinlegitimierung des atomaren Weiterrüstens, das sonst kaum mehr innenpolitisch durchzusetzen wäre.

c) Das BMVg übernimmt US-amerikanische Vorstellungen, wonach das Territorium der Bundesrepublik Deutschland ein „integriertes Gefechtsfeld" ist, auf dem konventionelle, chemische und atomare Waffen zum Einsatz kommen. Weil sich die amtliche Sicherheitspolitik gegenüber dem Grundgesetz auf immer größere Distanz begibt, kann Oberst P. schreiben: „Eine Verteidigung ohne eurostrategische Waffen wäre für die NATO tödlich". Für die Bundesrepublik wäre sie schon heute tödlich und *mit* eurostrategischen Waffen erst recht. Eine Verteidigung der Bundesrepublik in der vorbereiteten Weise – und eine andere gibt es nicht – würde Deutschland zu einer atomaren Wüste machen. Dies wäre für die USA vielleicht ein schlimmes Übel, für Mitteleuropa aber der atomare Holocaust.

Als Berufsoffizier hat Oberst P., dem ich die Überzeugung, mit seiner Arbeit der Kriegsverhütung zu dienen, keineswegs absprechen möchte, einen Diensteid geleistet:

„Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe."

Wann endlich wird in der Bundeswehr begriffen, daß verteidigen kein Synonym für vernichten ist?

*) Xenokratie = Fremdherrschaft, Regierung eines Staates durch ein fremdes Herrscherhaus (Duden). Anm. d. Red.

Zielen amerikanische Atomwaffen auf deutsche Städte?

Dokumentation eines „stern"-Artikels von 1970 und eine Anfrage der „Blätter" an die Bundesregierung

In der gegenwärtigen Diskussion um die Stationierung neuer US-Atomraketen in Mitteleuropa wird von führenden Regierungs- und Parteienvertretern vorzugsweise auf die Bedrohung der Bundesrepublik durch sowjetische SS-20-Mittelstreckenraketen hingewiesen. Die von den ca. 10.000 in der Bundesrepublik gelagerten US-Atomsprengköpfen (SIPRI) ausgehende Gefährdung wird dagegen verschwiegen.

In diesem Zusammenhang scheint es geboten, eine schon längere Zeit zurückliegende Enthüllung des „stern" von 1970 über die amerikanischen Zielplanungen in Europa ins Gedächtnis zu rufen. Aus amerikanischen Geheimdokumenten konnte der „stern" belegen, daß auch Städte der Bundesrepublik in den Zielkatalogen für den Atomwaffeneinsatz der US-Luftwaffe aufgeführt sind. Im Falle eines Einsatzes dieser Waffen würde sich die Bundesrepublik binnen kurzem in ein atomar verseuchtes Schlachtfeld verwandeln.

Die Zahl der in diesem Land gelagerten Atomwaffen ist in der Zwischenzeit noch angestiegen. Gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt der intensiven öffentlichen Debatte um die „Nachrüstung" ist die Bundesregierung angehalten, ihr sicherheitspolitisches Konzept zu legimitieren. Die Redaktion der „Blätter" wendet sich an den Bundeskanzler und den Bundesverteidigungsminister und fordert sie auf, öffentliche Klarheit über Funktion und Einsatzplanung der auf westdeutschem Boden stationierten US-Atomsprengköpfe zu schaffen. D. Red.

Geheimdokumente

ATOMBOMBEN AUF KIEL

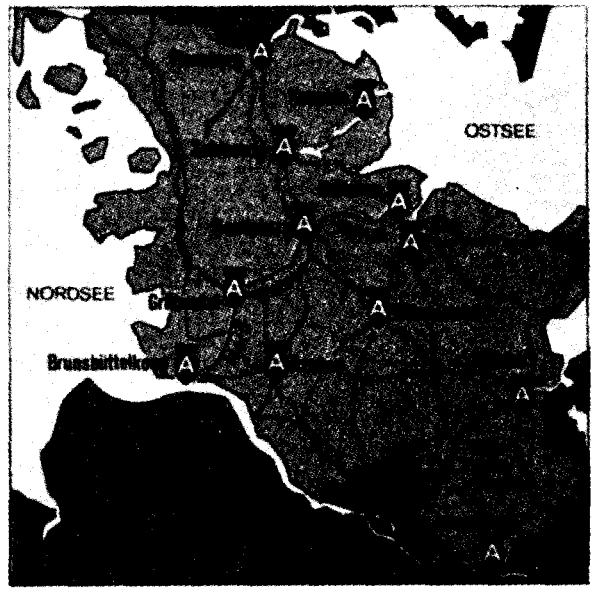
Der „STERN" berichtet über Amerikas „streng geheime" Atom-Zielplanung

Major John Doe, Kommandant und Pilot eines amerikanischen Bombers, erhält eines Tages den Einsatzbefehl, das Ziel 0726M anzugreifen. Bevor er startet, entnimmt er dem Handbuch „Nuclear Yield Requirements" die genauen „Kernsprengkraft-Erfordernisse" für die Vernichtung des Ziels: die Kilotonnenstärke der mitzunehmenden Atombombe und die exakte Höhe, auf die ihr Zünder einzustellen ist. Das Ziel 0726M liegt in GW, in der Bundesrepublik („Germany, West"); das Handbuch gibt dafür die exakten geografischen Koordinaten an, der Buchstabe M bedeutet, daß es an einer Wasserstraße liegt und entweder eine Schleuse oder ein Damm ist. Dafür ist Aufschlagzündung („Contact Burst") vorgeschrieben.

Nach dem Einsatz von Major John Doe wären viele Einwohner der schleswigholsteinischen Landeshauptstadt Kiel und ihrer Umgebung sofort tot. Viele andere würden in der Folgezeit qualvoll

dahinsiechen und sterben – und zwar durch die „radiologischen Wirkungen", die der Aufschlag einer Atombombe auf die Nord-Ostsee-Kanal-Schleusen bei Kiel-Holtenau erzeugen würde. Dieses Ziel nämlich verbirgt sich hinter der sogenannten SACEUR-Nummer 0726M.

In der vierstelligen Zahl von Atomangriffszielen bis hin nach Teheran, die SACEUR, der seit jeher von Amerika gestellte Oberste Befehlshaber der NATO in Europa, ausgewählt hat, sind manche Städte Mehrfach-Ziele, so auch Kiel: Unter der SACEUR-Nummer 0737E würde es auch wegen seiner militärischen „Befehlsstellen und Truppenunterkünfte" (das bedeutet der Buchstabe E) atomar angegriffen werden, um den Sowjets deren Benutzung zu verwehren – ebenso wie die umliegenden Städte Schleswig (0736E), Neumünster (0738E), Itzehoe (0739E), Flensburg (0740E) und Lübeck (0741E). Die Orte Rendsburg, Grünental, Brunsbüttelkoog, Kappeln und Lauenburg müßten wegen ihrer Brücken und Schleusen daran glauben.



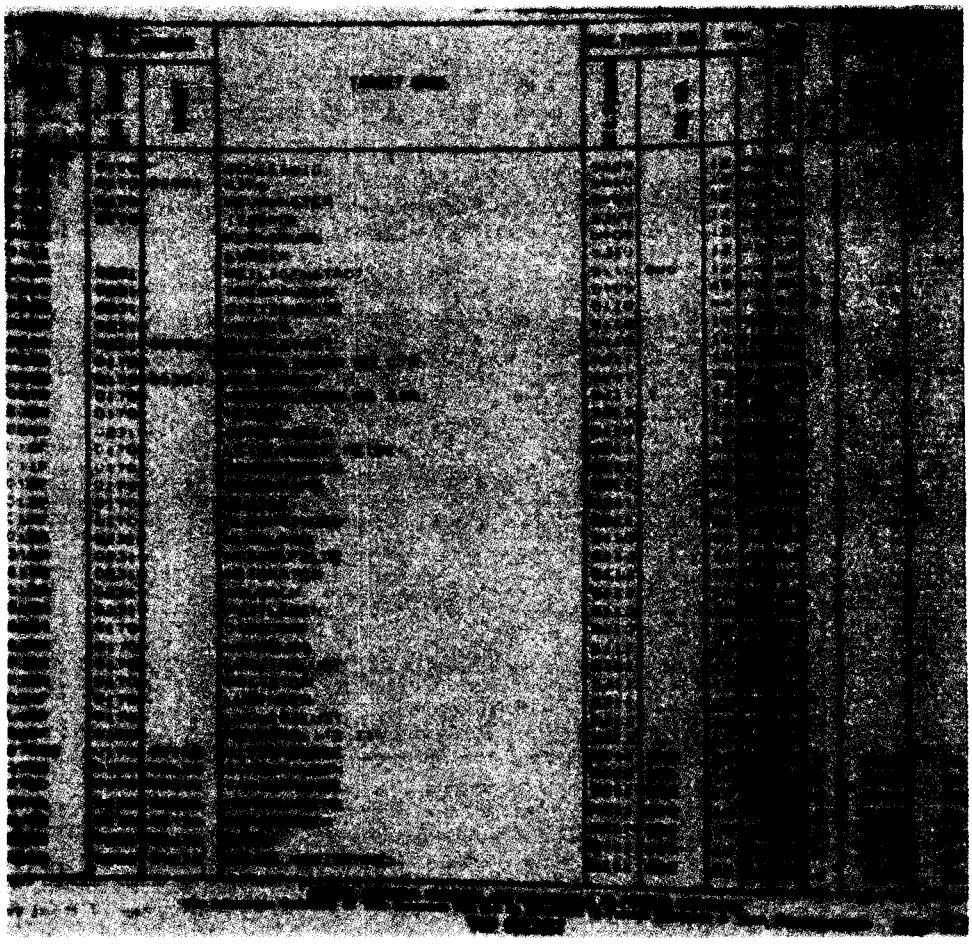
Zwölf US-Ziele in Schleswig-Holstein

Und dies sind nur zwölf Ziele im kleinen westdeutschen Bundesland Schleswig-Holstein, die auf den Seiten 21 und 22 von Band I des zweibändigen Zielplanungs-Handbuchs „Nuclear Yield Requirements" stehen.

Auf jeder Seite der voluminösen US-Zielliste stehen vierzig Ziele – insgesamt eine vierstellige Zahl. Es sind Flugplätze, Brücken, Bahnanlagen, militärische Hauptquartiere und Truppenkonzentrationen, Munitions- und Waffendepots, Schleusen, Dämme und Häfen – und das nicht nur in sämtlichen Warschauer-Pakt-Staaten.

DDR-Ziele sind zum Beispiel Rostock, Wismar, Stralsund, Neustrelitz, Wittenberge, Schwedt, Frankfurt/Oder, Halle, Halberstadt, Eisenach, Gotha, Suhl. In Polen u. a. Danzig, Kolberg, Breslau, Hela, Ratibor, Grünberg, Glogau. In der Tschechoslowakei Preßburg, Leitmeritz, Pardubitz, Ostram, Budweis. In Ungarn Pécs, Komárom, Kecskemét, Gyor. In Rumänien Ploesti, Bukarest, Galati, Braila. In Bulgarien Plovdiv, Dimitrovgrad, Marica. Und in der Sowjetunion unter anderem Leningrad, Tallinn, Riga, Murmansk, Leninakan, Rostow, Sewastopol, Taganrog, Tiflis, Eriwan.

Aber auch US-Verbündete von der Bundesrepublik bis nach Persien (Teheran, Abadan, Hamadan, Kermanschah, Täbris) werden in der Zielliste ebenso unterschiedslos mit Atombomben bedacht wie neutrale und blockfreie Staaten: Österreich zum Beispiel ist in der Liste u. a. mit Wien, Sankt Pölten, Linz, Mauthausen, Klagenfurt, Innsbruck und Graz vertreten. Finnland mit Helsinki, Tampere, Rovademi und Lappeenranta. Jugoslawien mit Belgrad, Novi Sad, Maribor, Zagreb und Rijeka. Im Nahen Osten stellen Irak, Syrien und Ägypten zahlreiche Ziele



Was Deutsche nicht wissen sollten: Allein Seite 22 des US-Atombomber-Handbuchs führt 40 Ziele in GW (Bundesrepublik) und GE (DDR) auf. Nr. 1070BD ist die Bahn/Straßen-Brücke bei Wittenberge/Elbe, Länge 2540, Breite 35 Fuß. Über dem Geheimvermerk »Top Secret« steht: »Die Informationen dieses Dokuments dürfen Ausländern nicht mitgeteilt werden.« Bei Helmstedt irrten die US-Zielplaner: Sie verlegten es in die DDR

Weitere Listen des Handbuchs legen je nach Art des Ziels Bodenexplosion mit Aufschlagzündung oder Detonation der Bombe in der Luft fest. Und eine besondere Tabelle gibt die richtige Explosionshöhe für Bombenkaliber zwischen 2,5 Kilotonnen (2500 Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs) und 1,4 Megatonnen (1,4 Millionen Tonnen) Sprengkraft an. Eine Bombe von 1,4 Megatonnen hat die siebzigfache Sprengkraft der Bombe von Hiroshima!

Die NATO-amerikanische Zielplanung ist nicht mehr geheim: Umfangreiche Teile des Atombomber-Handbuchs „Nuclear Yield Requirements" befinden sich seit Beginn des Jahres 1970 im Besitz des STERN. Hohe US-Dienststellen bestätigen dem STERN ihre absolute Echtheit. Und Geheimdienstgewährsleuten zufolge ist die vor Amerikas Verbündeten peinlich geheimgehaltene Zielplanung den Russen längst bekannt:

Denn die Zielplanungsdokumente wurden zusammen mit einem ganzen Packen anderer US-Geheimpläne von dem US-Army-Sergeanten Robert Lee Johnson an die Sowjets verraten. Johnson hatte von 1959 bis 1964 als Kurier amerikanischer Dienststellen in Frankreich und danach bis zu seiner Verhaftung im April 1965 als Kurier des Pentagon Zugang zu geheimsten Dokumenten. Seitdem er in einem nichtöffentlichen Gerichtsverfahren das volle Ausmaß seines Verrats gestand, verbüßt er eine 25jährige Zuchthausstrafe. Verratenes aber kann nicht mehr verraten werden. Der STERN erfüllt deshalb nur seine Informationspflicht, wenn er die Öffentlichkeit mit Tatsachen bekanntmacht, die bisher wohl vermutet wurden – weshalb auch Bundeswehr-Generale anfingen, über die Grenzen der Bündnistreue nachzudenken (STERN Nr. 4/1970: „Im Ernstfall meutern?") –, die aber nicht einmal Bonner Verteidigungsminister konkret erfahren durften.

Denn dem hochbrisanten Handbuch „Nuclear Yield Requirements", das der Stellvertretende Chef des Stabes für Feindaufklärung des Hauptquartiers der US-Luftwaffe in Europa (USAFE) zusammenstellen ließ, wurde außer der Geheimhaltungsstufe „Top Secret" – streng geheim – noch der Sondervermerk aufgedruckt: „Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen dürfen ausländischen Staatsangehörigen oder deren Vertretern nicht mitgeteilt werden."

So wurden denn auch die Bundesrepublik und andere NATO-Mitglieder über die Detailergebnisse der US-Zielplanung nie unterrichtet. Noch nach dem Verrat des Sergeanten Johnson verschwieg man ihnen, was die Russen schon wußten.
Die Planung liegt nach wie vor ausschließlich in US-Händen: Der amerikanische NATO-Oberkommandierende in Europa (SACEUR) gibt alljährlich seine „Wunschliste" für Atomwaffenziele an das Strategische Luftwaffenkommando (SAC) der USA in Omaha, Nebraska. Dort wird die „Abdeckung" der Ziele durch verschiedene Atomwaffenträger ausgearbeitet. Ein Resultat war so zum Beispiel für den Bereich der US-Luftwaffe in Europa das nun nicht mehr geheime Handbuch „Nuclear Yield Requirements". Nach Meinung von Fachleuten dürften die US-Spitzenmilitärs in der NATO es sogar als höchst geheime „Cosmic"-Sache ihren Alliierten vorenthalten haben.

Der STERN jedoch kam in den Besitz der ultra-geheimen Informationen. Ein „großer Unbekannter" lieferte Filmnegative, und in der Dunkelkammer wurden Teile des Atombomber-Handbuchs und weiterer US-Geheimdokumente sichtbar.

Derselbe Anonymus hatte im Sommer 1969 mit Briefen, die in Rom zur Post gegeben waren, schon einmal einen US-Operationsplan publik gemacht, den die Amerikaner vor ihren Verbündeten geheimgehalten hatten: den Plan 10-1 für einen nach einer NATO-Niederlage im Felde überall in Europa zu entfesselnden Partisanenkrieg mit atomaren, biologischen und chemischen Waffen.

Der STERN berichtete über den giftschwangeren Partisanenkriegs-Plan 10-1 in Nr. 35/1969 („Verrat per Post") und Nr. 37/1969 („Partisanenkrieg auf deutschem Boden") Amerikanische Militärinstanzen mußten damals wie heute die Echtheit der Dokumente bestätigen.

Nach Veröffentlichung des amerikanischen Partisanenkriegspläne wurde von Geheimdienstsprechern erklärt, Quelle der US-Geheimpläne sei der Sowjet-Geheimdienst KGB und speziell dessen Abteilung D („Desinformation") gewesen. Dasselbe wird auch diesmal behauptet.

Die Zielplanungsdokumente haben ihre Ursprung in der Zeit, in der Kernwaffen zu Tausenden in die Hände der US-Atomstrategen kamen, so daß für fast jede Brücke und Straßenkreuzung in Europa eine Atombombe eingeplant wurde. Damals meinte der CDU-Kanzler Adenauer naiv, die Atomwaffen seien nur „eine Weiterentwicklung der Artillerie".

Wahrscheinlich ist die in den Dokumenten festgelegte Zielplanung nicht mehr in allen Einzelheiten gültig, da die Zielliste alljährlich revidiert wird. So werden, seit es Raketen und „Atomminen" gibt, die Ziele nicht mehr ausschließlich von Bombenflugzeugen „abgedeckt". Doch eine wesentliche Änderung ist nach dem Urteil hoher US-Militärs schon dadurch ausgeschlossen, daß strategische Ziele wie Brücken, Verkehrszentren, Häfen usw. ihre Position nicht verändern. Und die Tatsache, daß in NATO-Europa auch heute noch mehr als 7000 amerikanische Atomsprengsätze lagern, spricht nicht dafür, daß die vierstellige Zielliste kleiner geworden ist.

Eines ist sicher: Die den Deutschen und anderen US-Verbündeten verheimlichten Dokumente sind den Russen längst bekannt. Moskau hat sich auf Washingtons Atomplanung einrichten können. Die Bonner Politiker und Militärs keineswegs, und schon gar nicht die deutsche Bevölkerung.

„Der Respekt vor dem mündigen Staatsbürger verlangt, daß man ihm Schwierigkeiten nicht vorenthält" erklärte Bundeskanzler Brandt in seinem Bericht „zur Lage der Nation" am 14. Januar 1970. Die vorliegenden „Schwierigkeiten" betreffen eine Strategie, die Verbündete auslöscht, die sie zu verteidigen vorgibt.

Als die Filmnegative alle entwickelt waren, kamen auch amerikanische Befehle für die Landkriegführung und den Einsatz von US-Heeres-Atomwaffen in „befreundeten und neutralen Ländern" zum Vorschein. Sie laufen auf eine Strategie der verbrannten Erde hinaus. Der STERN wird auch darüber berichten.

Geheimdokumente II

RHEIN UND MAIN IN FLAMMEN

US-Generale planten verbrannte Erde in der Bundesrepublik

Wenn die Russen je gekommen wären, hätte die amerikanische Armee in der Bundesrepublik zur Deckung ihres Rückzugs sogar die Flüsse angezündet. In einem Befehl des V. US-Korps (Hauptquartier: Frankfurt am Main) an seine Pioniereinheiten heißt es: „So könnten Vorräte von Petroleumprodukten, die an Binnenwasserstraßen gelagert sind, zu gegebener Zeit in diese abgelassen und in Brand gesetzt werden, um Flammenbarrieren zu schaffen."

Der „Sperr- und Verwehrungsplan" („Barrier and Denial Plan") befiehlt den US-Pionieren, „zur Verstärkung natürlicher Hindernisse" auf alle verfügbaren örtlichen Hilfsmittel zurückzugreifen. Der Bereich des V. Korps, gleichzeitig sein Rückzugskorridor von der Fulda bis zum Rhein, wird im Norden von der Lahn, im Süden vom Main begrenzt.

Teile dieses brenzligen „Sperr- und Verwehrungsplans" und Teile eines Plans für nukleare Unterstützungsmaßnahmen („Nuclear Support Plan") gelangten Anfang Januar per Post in die Redaktion des STERN – zusammen mit ebenso „streng geheimen" Unterlagen über Amerikas Atomziele von Flensburg bis Teheran.

Über diese Zielpläne berichtete der STERN in der letzten Woche (Nr. 6/1970: „Atombomben auf Kiel"), nachdem hohe US-Militärinstanzen die Echtheit aller dieser Geheimdokumente bestätigt hatten. Geheimdienst-Gewährsleute wiesen auf die Tatsache hin, daß den Sowjets alle diese „Geheimnisse" durch den Verrat des US-Sergeanten Robert Lee Johnson längst bekannt sind.

Was die Russen also wissen, die Westdeutschen aber bisher nicht erfuhren, ist dies: Seinen Rückzug zum Rhein will das V. US-Korps im Ernstfall nicht nur durch brennende Flüsse, sondern vor allem atomar decken. So wurde die „bewußte Integrierung" der als „Atomminen" bekannten „atomic demolition munitions" in alle Sperrvorbereitungen befohlen. Schluchten, Brücken und Tunnels auf den Einfallswegen des Gegners sollen atomar blockiert werden, der via Fulda und Marburg mit dem Ziel Frankfurt erwartet wird.

Auf dem Rückzug hofft das Korps zwar den nachdrängenden Feind in atomare „Vernichtungsräume" („killing grounds") locken zu können, will ihm – und der überlebenden Bevölkerung –

aber auf jeden Fall den Gebrauch von Verkehrsanlagen, Transportmitteln, Vorräten und Fernmeldesystemen durch „Zerstörung, Neutralisierung oder Wegschaffung" unmöglich machen. Schließlich sollen alle Brücken gesprengt werden, damit der Gegner nicht nachrückt, wenn das Korps über den Rhein retiriert.

Diese Pläne für eine Strategie der brennenden Flüsse und der atomar verbrannten Erde – Anlagen zum Kriegsplan EDP 1–62 des V. Korps – hat der US-Generalleutnant John Hersey Michaelis unterzeichnet. Er kommandierte das V. Korps vom 15. Mai 1962 bis Juli 1963.

Die Daten sind wichtig, denn das Bundesverteidigungsministerium versuchte die vom STERN veröffentlichten atomaren Zielpläne mit dem Argument zu bagatellisieren, daß seit der Athener NATO-Konferenz vom 4. bis 6. Mai 1962 der Einsatz nuklearer Waffen nur nach Konsultation unter den Alliierten erfolgen dürfe.

Zeitlich nach den sogenannten „Athener Richtlinien" liegt ebenfalls ein „Top-Secret"-Befehl, den der US-Heeresoberbefehlshaber Europa (CINCUSAREUR), General Paul L. Freemann (Mai 1962 bis März 1965), unterzeichnete und dessen Anhang L die „chemische und biologische Kriegführung" betrifft.

Was die nuklearen Waffen angeht, so kommt es nach einem weiteren „Top-Secret"-Befehl lediglich auf die „R-Stunde" („release hour") für die Freigabe des Atomfeuers an: Danach brauchten amerikanische Truppenkommandeure „in befreundeten und neutralen Ländern" nur dann die Genehmigung ihres Oberbefehlshabers einzuholen, wenn sie Atomwaffen mit mehr als zehn Kilotonnen Sprengkraft – die halbe Stärke der Hiroshima-Bombe – einsetzen wollen. Der Einsatz kleinerer Atomwaffen ist bei simpler „militärischer Notwendigkeit" von der „R-Stunde" an pauschal freigegeben – „in befreundeten und neutralen Ländern".

Schritte zur Abrüstung
Welche Initiativen kann die Bundesrepublik Deutschland ergreifen, und was können die Kirchen tun?

Ein Abrüstungsvorschlag, vorgelegt von der Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung" im Mai 1981

(Wortlaut)

Erhebliches Aufsehen hat im Vorfeld des diesjährigen Evangelischen Kirchentages die nachstehend dokumentierte Studie einer neugebildeten Arbeitsgruppe „Schritte zur Abrüstung" gefunden. Der Gruppe gehören an: Achim Battke, Hans Günter Brauch, Jörg Dantscher, Volkmar Deile, Anton Andreas Guha, Jens Harms, Peter Hertel, Manfred Linz, Friedhelm Solms, Martin Stöhr.

Kontaktadressen sind:
Jörg Dantscher, Heinrich Pesch Haus, Frankenthaler Str. 229, Postfach 21 06 23, 6700 Ludwigshafen. Telefon 0621/52 20 75 – Martin Stöhr, Evangelische Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten 1-Arnoldshain, Telefon 06084/514.

Die Autoren erklären, daß sie sich in Grundgedanken und in vielen Einzelheiten die „Plattform", die die deutsche Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi im November 1980 zum Thema Abrüstung und Sicherheit veröffentlicht hat, zu eigen machen und mit dem Abrüstungsvorschlag „Schritte zur Abrüstung" deren Impulse aufnehmen wollen. D.Red.

I. Abrüstung und Sicherheit heute

1. In der Bundesrepublik hat sich eine verhängnisvolle Neigung entwickelt, *für die eigene sicherheitspolitische Position Rationalität* und Nüchternheit in Anspruch zu nehmen, dem *Andersdenkenden* dagegen Naivität und Wirklichkeitsferne zuzuschreiben. Darin bilden die Kirchen leider keine Ausnahme. Diese gegenseitige Verweigerung der Zurechnungsfähigkeit belastet das Gespräch sehr. Sie ist auch nur in seltenen Fällen begründbar. Angesichts der ungeheuren Sicherheitsprobleme und der kaum weniger großen Verlegenheiten, in die auch lange geltende Sicherheitsdoktrinen geraten, sind Überlegenheitsgefühle ohne Berechtigung. Es ist im Gegenteil wichtig, daß *Alternativen öffentlich vorgetragen* und sorgsam *diskutiert* werden können. Nur so gewinnen wir ein vertieftes Bewußtsein unserer Probleme, das unserer schwierigen Situation angemessen ist.

2. Was kann sich eine *an den Realitäten orientierte* Politik der Friedenssicherung heute vornehmen? Auf diese Frage werden in der Bundesrepublik sehr verschiedene, teilweise einander direkt widerstreitende Antworten gegeben. Da sind die Verfechter einer „Politik der Stärke" gegenüber dem Osten; da gibt es auf der Gegenseite den einseitigen und bedingungslosen Verzicht auf alle Waffen, Nur: Die Einsichten und die Ängste der großen Mehrheit unseres Volkes lassen im gegenwärtigen Zeitpunkt einen völligen Verzicht auf Waffen nicht zu. Aber ebenso sehr warnen Erfahrung und Nachdenken gerade uns Deutsche vor dem Versuch, den Osten durch eine einfache Verschärfung der militärischen Drohung zum Einlenken zu zwingen. Darum haben nach unserer Einsicht nur solche Positionen Aussicht auf eine genügend breite Zustimmung unter den Wahlbürgern unseres Landes, die sowohl aktiv auf Entspannung hinarbeiten als auch die vorhandenen Militärapparate in ihrer noch bestehenden Abschreckungs- und Schutzfunktion ernstnehmen.

Freilich: Auch in diesem mittleren Bereich ist eine Verständigung über das, was jetzt, Anfang der achtziger Jahre, zu tun ist, nicht leicht. Wenn man eine Vereinfachung in Kauf nimmt, stehen sich zwei Positionen gegenüber, die sich etwa so beschreiben lassen:

3. Die einen sagen: Alles spricht dafür, einen sicherheitspolitischen Kurs fortzusetzen, der sich in den Jahrzehnten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der beginnenden Konfrontation zwischen den Machtblöcken in Ost und West bewährt hat.

Der Friede wird am besten durch eine *Entspannung auf der Basis des militärischen Gleichgewichts* bewahrt. Dieses Gleichgewicht ist ein rationales Prinzip, auf das sich auch Gegner verständigen können. Denn Parität der Bewaffnung läßt sich ausreichend genau feststellen, sie läßt sich auch politisch herstellen, und zwar durch geduldige Verhandlungen über Rüstungskontrolle. Auch wenn eine Seite immer wieder einmal den Versuch macht, eine Übermacht zu erreichen, haben doch beide Seiten grundsätzlich eingesehen, daß keiner den anderen überwinden kann und daß sie darum miteinander leben müssen. Aus einem vitalen Eigeninteresse heraus lassen sie sich auf das Prinzip des Rüstungsgleichgewichtes verpflichten. Abschreckung kann also funktionieren und eröffnet sogar hoffnungsvolle Perspektiven:

Wenn einmal der SALT-Prozeß, also die Gespräche über eine Begrenzung der strategischen Atomwaffen, und die Wiener MBFR-Verhandlungen über eine beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderung in Mitteleuropa zu ausreichenden Erfolgen geführt haben, kann man mit einigermaßen stabilen Ost-West-Beziehungen rechnen. Man darf hoffen, daß sich auf der Grundlage gemeinsamer Einsicht nach und nach das militärische Gleichgewicht auf immer niedrigere Ebenen absenken und so das riesige Zerstörungspotential langsam abbauen läßt.

4. Der entscheidende Punkt ist, daß für dieses Denken der Rüstungsprozeß zwar zu schlimmen Auswüchsen geführt hat, aber immer noch ein im Kern rational verlaufender, von rationalen Sicherheitsinteressen geleiteter und darum auch *rational zu steuernder Vorgang* ist. Folgerichtig werden alternative Sicherheitspolitiken, die im Wettrüsten auch ganz andere Kräfte und Ziele am Werk sehen und darum nach anderen Strategien der Abrüstung suchen, als naiv und wirklichkeitsfern beurteilt.

5. Es gibt andere, denen sich die militärische und sicherheitspolitische Wirklichkeit völlig anders darstellt.

Sie sagen: In den Prozessen des Wettrüstens wird wohl eine gewisse Folgerichtigkeit erkennbar,

aber keine Vernunft mehr; wer seiner Sicherheitspolitik das Prinzip des militärischen Gleichgewichts zugrundelegt, verkennt, daß beide Seiten unter Gleichgewicht etwas ganz Verschiedenes verstehen, und er muß die Erklärung dafür schuldig bleiben, warum trotz aller Rationalität das Wettrüsten so vehement voranschreitet. Die bisherigen Erfahrungen sprechen im Gegenteil dafür, daß *Rüstungskontrollverhandlungen* auf dieser Basis *wenig oder nichts ausrichten.* Inzwischen aber sind Bedrohungen unserer Sicherheit entstanden, die das geltende sicherheitspolitische Denken nicht erkennt, weil es auf gleichgewichtige Rüstungskontrolle fixiert ist. Diese zweite Gruppe beurteilt also ihrerseits das, was den andern als beste Gewähr für Sicherheit und Frieden erscheint, als eine folgenschwere Fehleinschätzung der tatsächlichen Gefährdung unserer Welt.

Die Verfasser dieses Abrüstungsvorschlages neigen der zweiten Position zu. Sie sind von bestimmten Entwicklungen der letzten Jahre so beunruhigt, daß sie für eine gründliche Prüfung und Neuorientierung unseres Nachdenkens über Sicherheit eintreten. Diese beunruhigenden Entwicklungen sehen sie so (Abschnitt 6—11):

6. Pro Jahr werden weltweit inzwischen *fast 1 000 Milliarden* Mark *für ein Zerstörungspotential* ausgegeben, das in immer kürzeren Abständen von neuen Systemen überholt, anschließend unbrauchbar gemacht oder in andere Länder, meist in Staaten der Dritten Welt, exportiert wird. Alle Versuche, diese Entwicklung zu stoppen oder auch nur zu verlangsamen, sind bisher ohne Erfolg geblieben. Dabei zeigt sich, daß der *Rüstungsprozeß* keineswegs nur dem jeweiligen Sicherheitsbedürfnis dient, sondern ebenso von Faktoren angetrieben wird, die *mit Sicherheit wenig zu tun haben:* Rüstungsproduktionen als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung; der Wunsch, Arbeitsplätze zu sichern oder kostengünstiger zu produzieren; trotzdem Kostensteigerungen, die kaum mehr kalkulierbar sind; die Verflechtung und Kooperation zwischen Rüstungsproduzenten und staatlichen Instanzen (der sogenannte militärisch-industrielle Komplex); die Erfahrung, daß sich die Entwicklung neuer Waffensysteme nicht selten eigengesetzlich vollzieht, also den Interessen der großen Firmen oder aber des sogenannten technologischen „Fortschrittes" mehr gehorcht als den Entschlüssen der politisch Verantwortlichen usw. Faktoren dieser Art schränken den Handlungsspielraum für eine Politik, die sich an den tatsächlichen Sicherheitsbedürfnissen orientiert, mehr und mehr ein.

7. Die Abschreckung als sicherheitspolitische Konzeption gerät in immer stärkere innere Widersprüche. Widersprüchlich ist der Versuch, angesichts der schon erreichten Fähigkeit zur vielfachen Übertötung des Gegners (Overkill) ihn durch weiter erhöhte Vernichtungspotentiale noch stärker abzuschrecken. Widersprüchlich ist es, dem Gegner mit dem Einsatz von Waffen zu drohen, die uns selbst ebenso wie ihn vernichten müßten. Einen begrenzten Sinn mochte diese Art Abschreckung haben, solange die großen Atomwaffen Vernichtungswaffen waren, die sich nicht auf Einzelziele richten ließen, sondern ein großes Gebiet vollständig zerstörten. Wer sie als erster einsetzte, leitete auch seine eigene Zerstörung ein, da ein gleichartiger Gegenschlag unvermeidlich war. Diese *Garantie wechselseitiger Vernichtung* hat einige Zeit eine PAX ATOMICA, einen Atomfrieden, bewirkt. Aber in den letzten Jahren hat sich die Waffentechnologie auf eine folgenschwere Weise verändert.

Die neuen Entwicklungen drohen der Kriegsverhütung durch Abschreckung die Grundlage zu nehmen. Denn die atomaren Systeme beider Seiten haben entscheidend an Zielgenauigkeit gewonnen (wobei die USA ihren immer schon bestehenden technologischen Vorsprung erhalten hat). Die neue Generation der Mittel- und Langstreckensysteme läßt sich auf Punktziele einsetzen, auf militärische Stellungen ebenso wie gegen Wirtschafts-, Verkehrs- und Nachrichtenzentren oder politische Schaltstellen. Das heißt: *Aus den politischen Waffen* der *Kriegsverhütung* sind wieder *militärische Waffen der Kriegsführung* geworden, die dem, der sie zuerst einsetzt, einen möglicherweise kriegsentscheidenden Vorteil versprechen. Krieg als Mittel der Ausschaltung eines gefürchteten Gegners ist wieder denkbar und wird wieder gedacht.

Damit erhöhen sich wechselseitig die Gefühle des Bedrohtseins. Je mehr ein vernichtender Erstschlag wieder möglich erscheint, desto mehr steigt damit auf beiden Seiten das Mißtrauen und mit ihm die Kriegswahrscheinlichkeit. Schon ein Irrtum könnte den nächsten Krieg auslösen; erst recht gilt das für eine Fehleinschätzung der Absichten und der Kriegsbereitschaft des Gegners.

Denn die Annahme, die andere Seite bereite einen Erstschlag vor, könnte zum eigenen vorbeugenden Erstschlag führen, weil sich die eigenen Waffen nur noch durch ihren rechtzeitigen Einsatz vor der Zerstörung durch den Gegner schützen lassen. Gegen solche von der technologischen Perfektion erzeugten Ängste sind *Rüstungskontrollverhandlungen* der *bisherigen Art wirkungslos.*

8. *Auf beiden Seiten* gibt es hinsichtlich der Rüstungskontrolle oder gar der Abrüstung *widerstreitende Interessen*, vor allem, was die Führungsmächte angeht. Einerseits wird das Wettrüsten aus den genannten Gründen als Sicherheitsrisiko erkannt, werden auch seine Kosten, jedenfalls im Warschauer Pakt und in Westeuropa, als zunehmende Beeinträchtigung der nationalen und weltweiten Wohlfahrt empfunden. Andererseits gibt es auf beiden Seiten Kräfte, die sich von einer weiterbestehenden Konfrontation einschließlich Wettrüsten einen größeren Nutzen versprechen als von einer mit Entspannung verbundenen Abrüstung. Die Motive sind unterschiedlich.

In den USA ist zur Stärkung eines beschädigten Nationalgefühls der Gedanke wiederbelebt worden, die USA müsse die stärkste Militärmacht der Welt sein, und die NATO könne die wirtschaftliche Überlegenheit des Westens nutzen, um den Osten niederzurüsten, ihn also durch ein forciertes Wettrüsten ökonomisch so in Schwierigkeiten zu bringen, daß er sich politisch beugen muß (wobei ja zu fragen ist, ob nicht eine in die Ecke gedrängte Sowjetunion eher zu Verzweiflungsakten neigen würde, solange ihre Rüstung noch einigermaßen gleichwertig ist).

Die UdSSR wiederum hat erkennbar so viele politische und wirtschaftliche Probleme in ihrem Herrschaftsbereich, daß sich Kräfte durchsetzen könnten, denen die Konfrontation mit dem Westen lieber ist als eine Entspannung, die Veränderungen in den von ihr abhängigen Staaten begünstigt.

9. Der Verlauf der bisherigen Verhandlungen über Rüstungskontrolle begründet kein Vertrauen darauf, daß künftige Verhandlungen bessere Ergebnisse erbringen werden als die bisherigen. Gewiß wäre es gefährlich, solche Verhandlungen für überflüssig zu halten; sie bleiben eine wichtige Plattform für *Gespräche* zwischen *den gegnerischen Lagern*. Aber als *Instrumente* zur *Beendigung des Wettrüstens* sind sie nach den bisherigen Erfahrungen kaum tauglich.

Denn die bisherigen SALT-Verhandlungen sind – mit Ausnahme des Vertrages über die Begrenzung von Raketen-Abwehr-Waffen (ABM) – eher eine kontrollierte Aufrüstungspolitik gewesen. In ihnen wurden fast nur Begrenzungen *oberhalb* der vorhandenen Kapazitäten vereinbart, und sie haben nur Quantitäten, also Stückzahlen, festgelegt. Die Qualität der Waffen, ihre Treffsicherheit, Stärke, Unverwundbarkeit, blieb unberührt. Es gibt sogar Grund zu der Annahme, daß die Einigung auf quantitative Grenzen die so folgenreiche qualitative Weiterentwicklung geradezu gefördert hat und ebenso eine verstärkte Rüstung in den sogenannten Grauzonen, also bei jenen Waffen, die nicht Gegenstand der Verhandlungen waren. Auch in den Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Europa (MBFR) hat es in acht Jahren keine greifbaren Ergebnisse gegeben.

Man muß auch fragen, ob Mächte, die so sehr miteinander rivalisieren, überhaupt eine Übereinstimmung darüber erzielen können, wann ein Gleichgewicht ihrer Stärke erreicht ist. Gleichgewicht ist ja von vielerlei Faktoren abhängig, die von den Betroffenen ganz unterschiedlich eingeschätzt werden: von der geopolitischen Lage; von der gewählten Verteidigungsstrategie; von der Einschätzung der eigenen wie der gegnerischen Waffentechnologie und Wirtschaftskraft; von der Verläßlichkeit der Verbündeten usw. Wann *Gleichgewicht* besteht, das *ist eine Frage der Deutung.* Ungleichgewicht läßt sich immer begründen und damit die Rüstungsspirale in Gang halten. Werden nicht beide Seiten jeden eigenen Rüstungsschritt als „Nachrüstung" verstehen und jeden Rüstungsschritt der Konkurrenten als Versuch, Übermacht zu erreichen? Die USA wie die UdSSR haben zwar verschiedentlich ihre Bereitschaft zu einer paritätischen Rüstungsbegrenzung erklärt, aber in ihrem tatsächlichen Rüstungsverhalten haben sie bis heute nicht erkennbar auf Überlegenheit ihrer Waffensysteme und auf das Ziel einer effektiven *Erstschlagkapazität* verzichtet.

10. Das Verteidigungsbündnis der NATO hat in den vergangenen Jahrzehnten seinen Zusammenhalt aus einer fast vollständigen Identität der amerikanischen und der westeuropäischen Sicherheitsinteressen gewonnen. In einer Reihe fundamentaler Aspekte ist das auch weiterhin so;

aber in den letzten Jahren sind Verschiebungen entstanden, die zu besprechen unser europäisches Sicherheitsinteresse erfordert. Es hat keinen Sinn, daß wir sie um der Bündnistreue willen oder wegen etwaiger nachteiliger Rückwirkungen auf das Klima in den USA unterdrücken; denn ein Bündnis, in dem die tatsächlichen Interessenlagen nicht offen besprochen werden können, wird im Krisenfall wenig wert sein.

Zwei *Verschiebungen* in den *Sicherheitsinteressen* seien genannt:

– Bisher haben die USA und die UdSSR ihre Territorien gegenseitig im wesentlichen nur *mit Hilfe der Interkontinentalwaffen bedrohen können.* Die *Stationierung* der neuen *Mittelstreckenraketen in Westeuropa* würde den ganzen westlichen Teil der UdSSR zusätzlich und einseitig der Drohung eines vernichtenden Schlages mit einer Vorwarnzeit von nur wenigen Minuten aussetzen. Dadurch könnte sich die UdSSR in eine ähnliche Situation versetzt fühlen, wie sie 1962 die USA erlebte, als sie sowjetische Raketen auf Kuba entdeckte.

Nun wird die Nachrüstung der NATO damit begründet, die Russen bauten derzeit ein System sehr wirksamer Mittelstreckenraketen (SS-20) auf. Damit werde Westeuropa militärisch und politisch zunehmend erpreßbar und müsse mit Hilfe neuer, auf seinem Territorium stationierter Raketen ein strategisches Gegengewicht schaffen. Nur: Gerade diese neue Generation von im Angriff fast unverwundbaren Mittelstreckenraketen, die uns doch vor der russischen Überlegenheit schützen soll, *erhöht gleichzeitig die Gefahr* eines russischen Erstschlages gegen Westeuropa in einem nicht mehr kalkulierbaren Maße. Da es gegen diese Waffen kein funktionierendes Abwehrsystem gibt, könnte sich die UdSSR im Falle eines erwarteten Angriffs vor ihnen nur schützen, indem sie sie zerstört, solange sie noch nicht abgeschossen sind. Im dichtbesiedelten Westeuropa würde aber jeder Angriff auf die Waffenbasen der NATO unabsehbare Zerstörungen im ganzen Land anrichten. Überdies müßte eine Zerstörung Europas nicht notwendig in ein weltweites atomares Inferno münden; denn die USA und die UdSSR würden sehr genau prüfen, ob sie ihre Interkontinentalwaffen gegen das Heimat-Territorium des Gegners einsetzen und damit dessen Gegenschlag auf ihr eigenes Gebiet auslösen.

– Wir müssen es für möglich halten, daß für die USA wie für die UdSSR die Fortsetzung einer kalkulierten Konfrontation und damit das Weiterrüsten gewisse Vorteile versprechen kann (siehe Abschnitt 8).
Für Europa gibt es kein denkbares Interesse dieser Art. Unser Interesse ist es, unter allen Umständen den Krieg zu verhindern. Darum müssen Europäer unbeirrbar an der Entspannung zwischen NATO und Warschauer Pakt festhalten und für konkrete Abrüstungs-Maßnahmen eintreten. Unser Selbsterhaltungsinteresse führt uns also zu einer Politik, die auch das Überleben des kommunistischen Staatensystems will (soviel wir auch gegen es vorzubringen haben) und die auf seine Veränderung durch innere Reformen hofft. Gewiß gehört dazu auch die *Hoffnung auf Neuorientierungen* innerhalb des Warschauer Pakts. Realistisch ist eine solche Hoffnung freilich nur, wenn wir auch selbst prüfen, was Bündnistreue innerhalb der NATO für uns sinnvollerweise bedeutet. Eine Neuorientierung der Bündnisse bringt wohl eine *Periode der Unsicherheiten* und Risiken mit sich; sie ist aber für uns Europäer gleichzeitig eine der stärksten Hoffnungen, daß die vor allem im Wettrüsten ausgetragene Rivalität der beiden Weltmächte UdSSR und USA nicht zu einer tödlichen Konfrontation auf unserem Gebiet wird.

11. Die meisten Bürger der Bundesrepublik sehen ihre Sicherheit immer noch fast ausschließlich *aus dem Osten bedroht.* In den Welteroberungsplänen des kommunistischen Blocks sehen sie beinahe die einzige Gefahr. Die kommunistischen Staaten ihrerseits schreiben dem Kapitalismus imperialistische Ziele zu und fürchten seinen Angriff auf ihre Errungenschaften. Schutz versprechen sich beide Seiten von einer Rüstung, für die fast alle Gelder, wenn sie nur dringend genug verlangt werden, auch bewilligt werden.

Diese Fixierung auf *eine* Gefahr macht uns blind für andere, von denen unsere Sicherheit ebenso oder mehr bedroht ist. Zu diesen *unerkannten Bedrohungen* unserer *Sicherheit* gehören:

– die Kluft zwischen *reichen* und *armen Nationen* mitsamt ihren Folgen für die politische Stabilität;
– die *Vergeudung* der *Ressourcen* dieser Erde und die Zerstörung unserer Umwelt (beides nicht

zuletzt durch die gigantischen Rüstungsproduktionen), mitsamt der dadurch entstehenden Verteilungskämpfe beziehungsweise der Gefährdung gesunden Lebens;
– die *Verelendung* eines großes *Teils* der *Weltbevölkerung*, die trotz aller Mechanismen der Beschwichtigung eine unerträgliche Herausforderung an das christliche oder subchristliche Gewissen bleibt und damit ein Potential für Radikalisierungen der Gesinnungen und politischen Ziele.

Gegen alle diese Probleme kann sich die Bundesrepublik *militärisch nicht* sinnvoll *schützen*. Hinzu kommt, daß die Welt längst nicht mehr zweigeteilt ist zwischen NATO und Warschauer Pakt. Die Renaissance des Islam, die Erstarkung Chinas, die wachsende Bedeutung der Rohstoffregionen, die Interessenverschiebungen innerhalb der beiden Machtblöcke – all das hat das bisherige Ordnungsgefüge wesentlich verändert und bestimmt unsere Sicherheit mit. Die *Einengung unseres Sicherheitsdenkens* auf die *militärische Rüstung gegen den Ostblock* ein *Anachronismus*. Sie bindet die kreativen Kräfte, die wir für die Lebensprobleme unserer ganzen Zivilisation brauchen, so wie wir das Geld, das wir jetzt in die Rüstung stecken, dringend nötig haben, um in den Teilen der Erde Lebensmöglichkeiten zu schaffen, von deren friedlicher Entwicklung auch unsere Sicherheit abhängt.

12. Aus den genannten Gründen ist für uns die Fortsetzung der gegenwärtigen Rüstungspolitik kein Beitrag zu unserer Sicherheit mehr. Mit anderen zusammen, die vor uns und neben uns ähnliche Anstöße gegeben haben, treten wir für eine *Abrüstungsinitiative* der Bundesrepublik ein, die mit eigenen deutlichen und konkreten Abrüstungsschritten beginnt und die Ernst macht mit der Einsicht, daß sich die Übertötungs-Kapazitäten in einem erheblichen Maße abbauen ließen, ohne unsere begründbaren Sicherheitsbedürfnisse zu gefährden (Teil III).
Wir wissen, daß unsere Vorschläge Widerspruch erregen werden, erwarten eine *gründliche Diskussion*, in der wir uns gern eines Besseren belehren lassen wollen, und hoffen, daß sich gerade die *christlichen Kirchen* aus *ihrer Friedensverantwortung* heraus *für ein solches offenes Gespräch* einsetzen werden.

II. Was die Kirchen tun können

13. Versöhnung mit Gott und der Menschen untereinander in Gerechtigkeit und Liebe – das ist die Kernaussage des Evangeliums. Das *Reich* des *Friedens*, das Gott für die neue Welt verheißen hat, hat mit dem Kommen Jesu Christi auf die Erde schon in dieser Welt begonnen. Es gilt *allen Menschen*. Christen leben in diesem Frieden Gottes, bezeugen und betätigen ihn. Darum preist Jesus ausdrücklich die Friedensstifter selig. Christen können also ihrem Glauben nur treu sein, wenn sie sich nach Kräften für Frieden, das heißt für Versöhnung und Gerechtigkeit, einsetzen.

14. Für die konkrete Friedensarbeit sind uns dabei die folgenden Gedanken wichtig:

Christen kommen nur mit ihrem Nächsten und ihrem Feind zusammen zu Gott. Deswegen suchen sie auch der gegnerischen Menschen, Städte und Dörfer Bestes. Das bedeutet: Das *berechtigte Sicherheitsinteresse*, das wir selbst haben,wollen wir auch unseren Gegnern zuerkennen. Unsere Sicherheit können wir nur vermehren, indem wir ihre Sicherheit mitbedenken; unsere Angst nur vermindern, indem wir ihre Angst ernstnehmen.

Solche Einsichten drohen zu verblassen, wo die *Abschreckung des Gegners* zum Leitgedanken der militärischen und sicherheitspolitischen Planung wird. Gewiß soll der Begriff den defensiven Charakter der Bündnis-Strategie unterstreichen (der mögliche Gegner soll nicht angegriffen, sondern von einem Angriff auf uns abgeschreckt werden). Aber Begriffe beeinflussen das Denken und die Gefühle, und sie entwickeln ihr eigenes Schwergewicht. Abschreckung hat heute keineswegs mehr für alle einen defensiven Klang; sie hat inzwischen auch aggressive Untertöne. Der Begriff Abschreckung verschweigt ja das, was uns mit den Menschen auf der anderen Seite verbindet; er reduziert unser Verhältnis zu ihnen auf die Erwartung eines Angriffs; er macht sie für uns zu solchen, die wir uns vom Leibe halten müssen. Wo Abschreckung das Denken regiert, kann Sicherheit nur gedacht werden in der Abgrenzung vom anderen und in seiner Abwehr. Dabei geht leicht verloren, daß Sicherheit gerade aus Beziehungen entstehen kann, aus Verbindungen, die Bindungen zur Folge haben, weil einer dem anderen durchschaubarer und damit in seinen friedfertigen Absichten glaubhafter wird.

Angesichts der gegenwärtigen Verengung des Denkens ist das biblische *Gebot der Feindesliebe*

für uns eine Ermutigung. Es leugnet ja nicht, daß wir in dieser Welt mit Feinden zu rechnen haben; es verharmlost auch nicht, daß unsere Sicherheit durch Feindschaft bedroht ist. Es fordert von uns keine Selbstaufgabe. Es fordert nur eins: den Widerstand gegen den Feind auf das Ziel der Versöhnung hin zu führen und mit den Mitteln, die diesem Ziel dienen. Das Gebot der Feindesliebe ist darum ein vernünftiges Gebot.

Es versteht Feindschaft als etwas Vorläufiges. es sieht den Feind nicht nur, wie er ist, sondern wie er sein könnte. Und es macht mich auf meine eigenen aggressiven Bedürfnisse aufmerksam: die Feindbilder, die ich mir mache; die aggressiven Bedürfnisse, mit deren Hilfe ich dem Feind zuschreibe, was ich an mir selbst nicht zu entdecken wünsche. Das Gebot der Feindesliebe gibt Antwort auf die entscheidende Frage: Wer fängt an? Feindesliebe fordert nicht den andern auf, den ersten Schritt zu tun, es besteht nicht auf Gleichzeitigkeit und Gleichgewicht. Es fordert mich, der ich es höre, auf, einen Anfang zu machen. Gerade diese Einseitigkeit macht das Gebot vernünftig. Denn das ist die einzige Weise, den Vergeltungszwang aufzubrechen, der Feindschaft so oft unlösbar macht. In unserer Welt gibt es zu einer auch politisch verstandenen Feindesliebe keine Alternative mehr. Feindesliebe ist die Vernunft des Überlebens.

15. Die Kirchen in unserem Land sind es gewohnt, ihre Friedensverantwortung innerhalb der kirchlichen Gemeinschaft vor allem in Predigt und Gebet wahrzunehmen, während sie sich an die Gesellschaft vor allem mit Appellen werden, in denen sie jedermann und besonders die Mächtigen zum Frieden mahnen.

So wichtig das ist, in der gegenwärtigen Situation können die Kirchen es nicht dabei belassen. Zur Mahnung und zum Gebet für den Frieden gehört die *Arbeit für den Frieden*. Das heißt: Bürger und Politiker, die sich um Abrüstung und Sicherheit bemühen, müssen auch bei ihren konkreten Schritten von den Kirchen begleitet werden. Wer so genau wie die Kirchen weiß, daß Krieg gegen Gottes Willen ist und daß Kriege unter Einsatz der modernen Massenvernichtungsmittel durch nichts mehr zu rechtfertigen sind, der wird heute mitüberlegen müssen, welche konkreten politischen Schritte die Kriegsgefahr fördern und welche sie verringern. Denn bei diesen Schritten geht es immer auch um Grundentscheidungen, die mitzubedenken zum *besonderen Friedensmandat* der Kirchen gehört (siehe dazu die Abschnitte 16 bis 19). Christliche Ethik muß politikfähig sein; nur so dient sie wirklich dem Frieden.

16. Freilich geraten die Kirchen damit in den Bereich politischer Konflikte und werden selbst Gegenstand des politischen Streites. Denn unter ihren Mitgliedern sind alle gegenwärtig vertretenen Positionen der Sicherheitspolitik zu finden, und jede Gruppe hofft und fordert zunächst einmal, daß die kirchenleitenden Organe die von ihr vertretene Position kirchlich legitimieren oder ihr zumindest nicht widersprechen. Es liegt nahe, daß kirchenleitende Gremien sich solchen Anforderungen soweit wie möglich entziehen, weil auch in ihnen selbst diese Unterschiede zu finden sind. Umso wichtiger ist es, sich klarzumachen, daß die Kirche auf sehr verschiedenen Ebenen lebt und tätig wird: als Ortsgemeinde, als freie kirchliche Initiative, als regionale oder nationale Kirchenleitung, als ökumenischer Zusammenschluß mit anderen Kirchen. Am meisten Bewegungsraum haben freie Initiativen innerhalb der Kirchen. Sie können, so wie wir es tun, sich an die Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb der Kirchen werden und um Zustimmung zu einer entschiedenen Position werben. Offizielle Organe der Kirche können dann behutsamer vorgehen, auch aus der verständlichen Scheu heraus, sich gegenseitig zu überstimmen, die ethischen Positionen also durch Abstimmung festzulegen, aber auch einfach, um den Zusammenhalt der Volkskirche nicht zu gefährden. Das mag der Grund sein, warum kirchliche Verlautbarungen zum Frieden oft in ihren allgemeinen Aussagen sehr entschieden formuliert sind, in ihren Konkretionen dagegen so kompromißhaft bleiben, daß keine Gruppe sich ins Unrecht gesetzt fühlen muß, aber auch niemand eine Entscheidungshilfe bekommt.

So verständlich dieser Verzicht ist, gegenüber dem Problem des Weltfriedens und der Mitverantwortung der Kirche für ihn wäre er nicht zu rechtfertigen. Aber die verantwortlichen Organe der Kirche müssen ihrer Friedensaufgabe nicht ausweichen.

Denn es gibt gerade zum Thema Abrüstung und Sicherheit dringende Aufgaben, die unmittelbar zum Friedensmandat der Kirche gehören und die auch ohne Zerreißprobe für die Gesamtkirche zu leisten sind. Zwei dieser Aufgaben seien genannt.

US-Präsidentschaftswahlkampf 1980

Innerhalb weniger Wochen ist dem Präsidentschaftskandidaten der Republikanischen Partei, Ronald Reagan, die Favoritenrolle bei den bevorstehenden Wahlen am 4. November zugekommen. Wir dokumentieren im folgenden aus der Rede Reagans vor dem Nationalkonvent der Republikanischen Partei sowie aus dem Wahlprogramm dieser Partei jene Teile, die Aussagen zur künftigen Rüstungs- und Außenpolitik der USA enthalten. D. Red.

Rede Ronald Reagans vor dem Nationalkonvent der Republikanischen Partei vom 17. Juli 1980 (Auszüge)

. . .

Niemals zuvor in unserer Geschichte ist es Amerikanern zugemutet worden, sich mit drei grundsätzlichen Bedrohungen unserer Existenz auseinanderzusetzen, von denen jede einzelne uns zerstören kann. Wir stehen vor einer sich auflösenden Wirtschaft, einer geschwächten Verteidigung und einer Energiepolitik, die darauf basiert, die Knappheit allen aufzubürden.

Das Hauptthema dieser Wahlkampagne ist die direkte politische, personelle und moralische Verantwortlichkeit der Führung der Demokratischen Partei – im Weißen Haus und im Kongreß – für dieses noch nie dagewesene Unheil, das über uns hereingebrochen ist.

Sie erzählen uns, sie hätten nahezu alles Menschenmögliche getan. Sie sagen, die Tage des Sonnenscheins seien für die Vereinigten Staaten vorbei, unsere Nation habe ihren Zenith überschritten. Sie erwarten von Ihnen, daß Sie Ihren Kindern sagen, das amerikanische Volk habe nicht mehr die Willenskraft, mit seinen Problemen fertigzuwerden, und die Zukunft werde bestimmt sein durch Opfer und Mangel an Chancen.

Meine Mitbürger, ich lehne diese Auffassung mit aller Schärfe ab. Das amerikanische Volk, das großzügigste Volk der Erde, das den höchsten Lebensstandard geschaffen hat, wird die Ansicht nicht akzeptieren, wir könnten eine bessere Welt für andere nur durch unseren eigenen Rückzug herbeiführen. Wer das glaubt, hat kein Recht, die Nation zu führen.

Ich werde nicht untätig dabei zusehen, wie sich dieses große Land selbst zerstört unter einer mittelmäßigen Führung, die sich von einer Krise in die andere treiben läßt und unseren nationalen Willen und unsere nationale Sache aushöhlt. Wir sind hier zusammengekommen, weil das amerikanische Volk Besseres von denjenigen verdient, denen es die höchsten Ämter unserer Nation anvertraut hat, und wir stehen hier vereint in unserer Entschlossenheit, in dieser Sache etwas zu tun.

. . .

Wenn wir die Innenpolitik verlassen und unsere Blicke dem Ausland zuwenden, dann stoßen wir auf ein ebenso trauriges Kapitel in der Amtsausübung der gegenwärtigen Regierung.

– eine sowjetische Kampfbrigade ist zu Ausbildungszwecken auf Kuba stationiert, nur 90 Meilen von unseren Küsten entfernt;
– eine sowjetische Invasionsarmee hält Afghanistan besetzt und bedroht darüber hinaus unsere lebenswichtigen Interessen im Mittleren Osten;
– die Verteidigungsstärke Amerikas ist auf ihrem tiefsten Stand seit einer Generation angelangt, während die Sowjetunion uns in den Ausgaben für strategische und konventionelle Waffen bei weitem übertrifft;
– unsere europäischen Verbündeten blicken beunruhigt auf die zunehmende Bedrohung aus dem Osten, suchen Führung bei uns und finden sie nicht;
– und es werden unglaublicherweise über 50 unserer amerikanischen Mitbürger seit über acht

Handeln Absichten, Mittel und Ziele zugleich bedenken muß. Jede dieser Initiativen enthält Elemente der Friedensförderung, die für eine politikfähige christliche Friedensethik unentbehrlich sind.

Sie formulieren ihre Wahrheiten freilich so ausschließlich, daß sie kaum zusammenarbeiten können, jedenfalls solange man versuchen würde, ihre jeweiligen sicherheitspolitischen Weltbilder zur Deckung zu bringen. Anders kann es werden, wenn man fragt, ob es einen nächsten Schritt gibt, in dem beide ihren Einsatz für Abrüstung wiederfinden können, auch ohne daß vorher eine Übereinstimmung in den Ausgangspositionen erreicht ist. Wäre ein solcher *Handlungskonsens* möglich, so würde er zur Friedensfähigkeit der Kirchen erheblich beitragen und vielleicht auch Hinweise darauf geben, wie die Gesellschaft in der Bundesrepublik mit ihren unterschiedlichen und gegensätzlichen Sicherheitsvorstellungen umgehen kann.

III. Schritte zur Abrüstung

21. Wir legen drei ausgewählte Schritte zur Abrüstung vor mit der Frage, ob sich für sie ein Handlungskonsens finden läßt, und zwar auch unter solchen, die in anderen Fragen der Sicherheitspolitik unterschiedlicher Meinung sind.

Die beiden ersten Schritte sind in die Bündnisverhandlungen der NATO einzubringen, den dritten kann die Bundesrepublik in eigener Entscheidung tun.

22. Alle drei Schritte gehören zu einer *gradualistischen Abrüstungsstrategie*. Da sie häufig mißverstanden worden ist, seien ihre Grundgedanken noch einmal genannt. Die gradualistische (schrittweise) Abrüstungsstrategie unterscheidet sich fundamental von unilateralen (einseitigen) Abrüstungsvorstellungen. Unilaterale Abrüstung setzt sich für vollständige und bedingungslose Abschaffung der eigenen Rüstung ein. Sie orientiert das eigene Verhalten bewußt nicht an dem des Gegners. Ganz anders die gradualistische Strategie. Auch sie beginnt mit einseitigen Schritten, zielt mit ihnen aber gerade auf erhoffte Reaktionen des Gegners und kommt *ohne solche Reaktionen der anderen Seite* nach einiger Zeit *zum Erliegen*. Sie hat als ihr Fundament die *Bewahrung* einer ausreichenden, zur Zeit auch noch *nuklearen Abschreckungskapazität*, die so groß sein muß, daß ein Angriff des Gegners zu einem nicht kalkulierbaren Risiko für ihn wird. Auf dieser Grundlage *verzichtet* eine gradualistische Abrüstungsstrategie freilich auf militärisches Gleichgewicht, beginnt vielmehr mit genau durchdachten, einseitigen Abrüstungsschritten. Sie kündigt diese Schritte dem Gegner an und erklärt sie als Maßnahmen, mit denen die defensive Absicht der eigenen Militärmacht und der Wunsch nach Verständigung und Entspannung glaubhaft gemacht wird. Sie fordert den Gegner zu entsprechenden Schritten auf, setzt aber die eigenen Abrüstungsschritte über einen beträchtlichen Zeitraum hin fort, selbst wenn die Reaktionen der Gegenseite unbefriedigend sind oder sogar ausbleiben.

Der Gradualismus geht also das Problem des Wettrüstens auf der Ebene an, auf der es bisher am schwersten zu behandeln war: der gegenseitigen Glaubwürdigkeit. Er setzt darauf, daß durch einseitige Abrüstungsmaßnahmen (die die Verteidigungsfähigkeit und Mindestabschreckung nicht gefährden) Ängste und Mißtrauen abgebaut werden und dadurch immer mehr Probleme in Verhandlungen erfolgreich bearbeitet werden können. Er setzt ferner darauf, daß sich – angesichts der ungeheuren Probleme, die die Rüstung schafft – kein Land und kein Bündnissystem *auf Dauer* einer erkennbar veränderten Grundeinstellung seines Gegners entziehen kann. Gradualismus ist also, kurz gesagt, eine Strategie einseitiger, kalkulierter Abrüstungsschritte, um so die *Basis für aussichtsreichere zweiseitige Verhandlungen* zu schaffen.

23. Eine gradualistische Abrüstungsstrategie kann sich erst voll auswirken, wenn die NATO als ganze sie übernimmt. Freilich ist die Situation in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich. Während die USA zu einer „Politik der Stärke" zurückzukehren scheinen, stehen Länder wie Dänemark und Holland gradualistischem Denken nahe. Die Bundesrepublik hat eine Chance, ihr Gewicht zugunsten einer solchen Politik einzusetzen. Die Bundesregierung wird aber nur Schritte in diese Richtung tun können, wenn sie dafür in der Bevölkerung und bei den großen meinungsbildenden Institutionen genug Unterstützung erhält. Zu diesen Institutionen gehören die Kirchen.

24. Die drei hier zur Diskussion gestellten Schritte sind auch andernorts schon im Gespräch. Aber vom Verbot des Rüstungsexportes abgesehen sind sie nach unserem Urteil *bisher nicht konse-*

quent genug diskutiert worden. Wir setzen sie in den Zusammenhang einer Abrüstungsstrategie, von der wir uns neue Handlungsmöglichkeiten erhoffen.

25. Erstens: *Verzicht auf neue Atomwaffen.* Wir treten dafür ein, daß die Bundesregierung einer Stationierung von mehr oder von moderneren Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik nicht zustimmt, und daß sie im Bündnis darauf hinwirkt, daß die vorhandenen Potentiale im Zusammenhang einer gradualistischen Abrüstungsstrategie vermindert werden.

Begründung: Die immer weitere Steigerung des atomaren Bedrohungspotentials in Europa vergrößert die Unsicherheit auf beiden Seiten. Was Westeuropa angeht, so bedrohen uns nicht erst die sowjetischen SS-20-Raketen; vielmehr verfügt die UdSSR schon seit den sechziger Jahren über Mittelstreckenwaffen (S-4, S-5), die ganz Europa verwüsten könnten. Die Fähigkeit der NATO zum atomaren *Zweitschlag* reicht heute ebenso aus, einen Angreifer abzuschrecken, wie sie es bisher getan hat.

Ein einseitiger Verzicht auf neue Atomwaffen hat den Sinn, dem Osten gegenüber auf ein erhöhtes *Angriffs*potential zu verzichten und damit den Wunsch des Westens nach Entspannung und Abrüstung glaubhaft zu machen. Der Verzicht geschieht auch in der Einsicht, daß mehr Atomwaffen uns nicht mehr Sicherheit bieten, sondern weniger (siehe Abschnitt 10a).

26. Zweitens: *Umrüstung der Streitkräfte.* Wir treten ein für die Umrüstung der Bundeswehr zu einer Streitmacht, die unser Territorium so wirksam wie möglich schützt, aber zu einem Angriff über unsere Grenzen hinaus strukturell unfähig ist.

Begründung: Da die beiderseitige Furcht vor einem Angriff des Gegners eine der wahrscheinlichsten Ursachen für einen neuen Krieg in Europa wäre, ist die Minderung dieser Furcht eines der wirksamsten Mittel zur Kriegsverhütung. Glaubhafte Abrüstung geschieht aber nicht nur durch eine Verringerung der Waffenzahl und -stärke, sondern mehr noch durch eine Umrüstung der Streitkräfte. Und zwar so, daß sie auch für die Augen des Gegners zu effektiver Verteidigung fähig, aber zur Offensive unfähig sind, weil ihnen dafür die Waffen wie die Organisation fehlen. Es gibt bereits durchdachte Pläne für eine solche Umrüstung der Bundeswehr. Dazu würde u.a. gehören, Panzerverbände allmählich durch kleinere Einheiten mit Präzisionslenkwaffen zur Panzerbekämpfung zu ersetzen. Eine solche Defensivstreitmacht hätte drei Vorzüge, die in der gegenwärtigen Krise unserer Sicherheitspolitik schwer wiegen: a) Sie würde die Wahrscheinlichkeit massiver atomarer Schläge des Ostens gegen die Bundesrepublik verringern, weil sie ihnen keine militärischen Ziele bietet (die zur Abschreckung notwendigen Atomwaffen wären nicht land-, sondern seegestützt); b) sie würde den Westen nicht länger nötigen, als Teil der gegenwärtig geltenden Strategie des „Flexible Response" Atomwaffen zuerst einzusetzen beziehungsweise damit zu drohen; c) infolge fehlender Eignung zur Offensive würde diese Streitmacht *aus sich selbst heraus* die defensive Absicht der westlichen Sicherheitspolitik glaubhaft machen.

27. Drittens: *Verbot von Rüstungsexporten.* Wir treten ein für ein striktes Verbot von Rüstungsexporten in Gebiete außerhalb der NATO, für eine schärfere parlamentarische Kontrolle dieses Verbots und für eine strafrechtliche Verfolgung von Verstößen.

Begründung: Es ist politisch gegen unsere eigenen langfristigen Sicherheitsinteressen und es ist ethisch unverantwortlich, wenn die Industrieländer mit ihren Waffenproduktionen die Militarisierung der Dritten Welt fördern und daran verdienen, daß Regierungen Gelder, die für die Ernährung der Hungernden und den Aufbau der Volkswirtschaft dringend benötigt werden, diesen Zwecken entziehen.

Aber auch für unsere nationale Solidarität hat ein Verbot von Rüstungsexporten große Bedeutung. Es mutet uns in der Bundesrepublik zu, unserer besseren Einsicht zu folgen, auch wenn andere Staaten zu dieser Selbstbeschränkung noch nicht bereit sind. Das geht nur, wenn wir die Folgen gemeinsam tragen. Da Arbeitnehmer und Unternehmer von einem solchen Verbot existentiell betroffen sind, muß es mit Maßnahmen verbunden werden, die die Abhängigkeit bestimmter Teile der Wirtschaft von Rüstungsaufträgen vermindern und den Verlust von Arbeitsplätzen verhindern. Das kann z.B. durch Förderung alternativer Produktionen im Bereich entwicklungspolitischer Projekte geschehen.

28. Die Bereitschaft zu eigenen einseitigen Abrüstungsschritten schließt nicht aus sondern ein, auch die Gegenseite zu einer Antwort aufzufordern. Indem wir uns für die drei oben genannten Schritte einsetzen, verstehen wir sie gleichzeitig als eine ausdrückliche Aufforderung an den Warschauer Pakt, seinerseits Maßnahmen anzukündigen und zu vollziehen, die für den Westen als Zeichen der Abrüstungsbereitschaft möglichst unmißverständlich erkennbar sind. Der im Oktober 1979 von Leonid Breschnew angekündigte Abzug von 1000 Panzern und 20000 Soldaten hatte diese Unmißverständlichkeit für die westlichen Regierungen offenbar noch nicht. Eine Verringerung der SS-20-Raketen wäre dagegen ein Schritt, der der NATO die ernsthafte Verständigungsbereitschaft deutlich anzeigen würde. Ein um Ausgleich und Abrüstung bemühter Warschauer Pakt kann nicht übersehen, daß Westeuropa sich von diesem Waffensystem besonders bedroht fühlt.

Wir möchten aber noch einmal klarstellen, daß wir den Beginn eigener Abrüstungsschritte nicht von einer befriedigenden Antwort des Warschauer Paktes auf diese Aufforderung abhängig machen. Der Sinn gradualistischer Abrüstung ist gerade, mit dem Vollzug erster eigener Abrüstungsschritte eine neue Situation zu schaffen, den Gegner zu gleichem Handeln aufzufordern und so eine veränderte Lage für beide herzustellen.

„Neue Wege der Abrüstungsplanung" Denkschrift der Arbeitsgruppe Abrüstungsplanung

(Wortlaut)

Im Rahmen eines von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung geförderten Projekts hat die Arbeitsgruppe Abrüstungsplanung im November 1980 eine Denkschrift vorgelegt, die bisher nicht die gebührende öffentliche Beachtung gefunden hat. Die „Blätter" brachten im Januar 1980 einen Abschnitt in ihrer Übersicht über Kritik und Alternativen von Organisationen, Initiativen und Institutionen zum Thema „Nachrüstung", S. 92–111, hier S. 93f. Nachstehend dokumentieren wir den für die gegenwärtige friedenspolitische Diskussion unverändert wichtigen Wortlaut.

Projektbearbeiter der Arbeitsgruppe Abrüstungsplanung sind: Prof. Dr. Ulrich Albrecht, Berlin; Dr. Hans-Günter Brauch, Heidelberg; Dr. Wolf-Dieter Eberwein, Berlin; Erwin Müller M.A., Hamburg, und Prof. Dr. Volker Rittberger (Projektleiter) sowie Fregattenkapitän Erhard Rosenkranz, Bonn/Kiel. Soeben erschienen ist als Buchveröffentlichung: Volker Rittberger (Hrsg.), Neue Wege der Abrüstungsplanung. Organisationsprobleme und Reformoptionen im internationalen Vergleich, Baden-Baden 1981 (Band 2 der Reihe „Studien zur Abrüstungsplanung" in der Nomos-Verlagsgesellschaft). D. Red.

I. Entspannungspolitik am Scheidewege

Die jüngste Vergangenheit hat vorallem seit der Intervention der Sowjetunion in Afghanistan und der teils voraufgehenden, teils nachfolgenden außenpolitischen Verhärtung in den USA gezeigt, daß die Politik der Entspannung zwischen Ost und West vielerlei Gefährdungen ausgesetzt ist. Die konventionelle Antwort auf die Neubelebung politischen Konfliktpotentials läuft in beiden Lagern darauf hinaus, ein jeweils unterschiedlich bewertetes Gleichgewicht der militärischen Kräfte und politischen Einflußzonen (wieder)herzustellen, bevor über den Fortgang der Entspan-

nungspolitik geredet werden kann. Als unmittelbare Folge dieser konventionellen Krisenreaktion dürfte eine neue Runde im Rüstungswettlauf zwischen Ost und West nahezu sicher sein.

Dieses Vorgehen vermag keiner der beteiligten Parteien Sicherheit zu garantieren. Es verstärkt vielmehr die Gefahr der Selbstvernichtung, in die uns eine auf militärische Stärke fixierte Sicherheitspolitik immer mehr hineintreibt.

Die Arbeitsgruppe Abrüstungsplanung hat im Laufe der letzten zwei Jahre den Versuch unternommen, eine Bestandsaufnahme der sicherheitspolitischen Perspektiven der Bundesrepublik Deutschland vorzunehmen. Sie hat sich bewußt darauf konzentriert, die Inhalte und die Organisation der westdeutschen Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik zu untersuchen und darauf aufbauend Vorschläge auszuarbeiten und zu diskutieren, die konkrete Änderungen in diesem Politikfeld zum Ziel haben.

Wir gehen davon aus, daß
1. Rüstungsbegrenzung und Abrüstung eine absolute Notwendigkeit für den Fortgang der Entspannungspolitik darstellen;

2. Entspannung und Abrüstung für die Bundesrepublik Deutschland mehr als für andere Länder eine Bedingung ihres Überlebens im Sinne der Erfüllung des Grundgesetzes ist;

3. der Bundesrepublik bei der Förderung von Entspannung und Abrüstung eine besonders wichtige Rolle zufällt;

4. die Voraussetzungen für eine konsequente Politik der Entspannung und Abrüstung in der Bundesrepublik erst noch herzustellen sind: Weder Regierung und Verwaltung noch Parlament und Öffentlichkeit haben sich letztlich als fähig erwiesen, dem Glauben an eine Politik der militärischen Stärke, die sich der Fiktion des Machtgleichgewichts bedient, abzuschwören;

5. die Bundesrepublik Deutschland allein nicht in der Lage ist, ihre Außen- und Sicherheitspolitik zu bestimmen, sondern aus Eigen- und Fremdinteresse gehalten ist, im Verbund des Nordatlantischen Bündnisses (NATO) und der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) zu agieren;

6. wegen der Inflexibilität und Zähllebigkeit eingefahrener Verhaltensweisen und verfestigter Strukturen einschneidende Veränderungen kurzfristig nicht zu erwarten sind, aber dennoch schon heute Weichen gestellt werden, die den Kurs der Politik auf Jahre hinaus festlegen.

II. Widerstände gegen militärische Entspannung

Sicherheitspolitik, deren Kernpunkt in der fortschreitenden Ersetzung (Substitution) einer Politik der militärischen Stärke durch Entspannung, Zusammenarbeit und Rüstungsbegrenzung besteht, sieht sich einer Reihe von Tatbeständen gegenüber, die ihrem Durchbruch im Wege stehen:

1. Die Führungsmächte der beiden Bündnissysteme in Ost und West halten an der Option fest, außenpolitische Ziele in bestimmten Fällen unter Androhung oder Anwendung von Gewalt (siehe Vietnam einerseits, Afghanistan andererseits) zu erreichen. Da politische Kontroversen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion – wie sich gerade in jüngster Zeit wieder erweist – weniger kooperativ beigelegt als konfrontativ vertieft und bestenfalls zeitweilig stillgelegt werden, liegt es für beide Seiten nahe, dem politischen Konkurrenten zu unterstellen, er wolle auf militärische Erzwingungsstrategien zurückgreifen. Um dennoch eine erfolgreiche Androhung oder Anwendung von Gewalt der jeweils anderen Seite zu verhindern, streben beide Lager militärische Stärke an, die – je nach Umständen und Adressatenkreis – als „Gleichgewicht der Kräfte" oder als Überlegenheit umschrieben wird und als Fundament einer Politik der Sicherheit durch militärische Abschreckung dient. Eindeutige Kriterien für militärische Stärkevergleiche (net assessment) lassen sich aber nicht festlegen: Qualitative Parameter können kaum quantifiziert und gewichtet werden; die Bewertung der Kampfkraft der jeweiligen Komponenten der Militärapparate wie der darauf fußenden strategischen Optionen bleibt weitgehend subjektiven Einschätzungen überlassen. Zudem sind militärische Kräftevergleiche gegen interessenbedingte Manipulationen nicht gefeit.

2. Das militärischen Kräftevergleichen eigentümliche Worst-case-Denken, das bei der Verteidigungsplanung dem Potential der Gegenseite optimale Schlagkraft unterstellen muß, um auch für den schlimmsten aller denkbaren Fälle hinreichend gerüstet zu sein, programmiert die Überbewertung der militärischen Fähigkeiten des potentiellen Gegners vollends vor. Die militärpolitische Konsequenz solcher militärischen Lageanalysen drückt sich in dem Bemühen der sich unterlegen wähnenden Seite aus, durch „Nach"-Rüstungen militärische Parität oder Überlegenheit herzustellen. Da der Logik des Paritäts- und Worst-case-Denkens zufolge die Gegenseite darin eine „Vor"-Rüstung, also den weiteren Ausbau eines bereits überlegenen Potentials, sehen muß, wird sie ihrerseits zur Wahrung der „Parität" entsprechende Rüstungsschritte einleiten die dem ursprünglich „nach"-rüstenden Akteur als Versuch erscheinen müssen, bestehende Disparitäten zu verstärken. Dieser wechselseitige rüstungsdynamische Prozeß läßt sich ad infinitum fortsetzen. Er mündet in ein sicherheitspolitisch perspektivloses und riskantes Wettrüsten, in dessen Kontext die – subjektiv plausibel mit dem angeblichen Überlegenheitsstreben der anderen Partei begründbaren – Feindbilder stets aufs neue bestätigt werden.

Einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Dynamik dieses Prozesses leistet eine sicherheitspolitische Einstellung, die nur die eigene Sicherheit im Auge hat, die Bedrohung des Sicherheitsgefühls der Gegenseite, die mit der Herstellung der eigenen Sicherheit einhergehen kann, aber nicht berücksichtigt.

III. Neue Prioritäten der Sicherheitspolitik

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß bei einer derart pessimistischen Sicht der sicherheitspolitischen Lage die politischen Entscheidungsträger in Ost und West zu „alarmistischen" Rüstungsreaktionen neigen und Abrüstung kaum eine Chance einräumen, obgleich es immer problematischer wird, das materielle Rückgrat militärischer Sicherheit zu finanzieren. Mit den fallenden wirtschaftlichen Wachstumsraten sind auch bei den Militärpotentialen die „Grenzen des Wachstums" erreicht. Der Rückgriff auf Ressourcen z. B. aus dem Bereich der Sozialpolitik dürfte mit heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen um die nationalen Prioritäten gekoppelt sein und könnte die Regierungen zu einer zunehmend autoritären innenpolitischen Durchsetzung sicherheitspolitischer Ziele verleiten. Das Ausweichen auf eine Politik der Staatsverschuldung zur Finanzierung massiver Rüstungsprogramme vermag diesen Konflikt hinauszuschieben, läuft aber nur um so mehr Gefahr, eine lang andauernde wirtschaftliche Stagnations- und Austeritätsphase heraufzubeschwören.

Die sicherheitspolitische Alternative, eine Politik der Entspannung, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, muß perspektivlos bleiben, wenn sie sich nicht aus dem Bann der beschriebenen verteidigungspolitischen Denkstrukturen lösen kann: So lange nicht nur die Verteidigungspolitik am Denkrahmen des militärischen Gleichgewichts festhält, sondern nach vorherrschender Meinung auch erfolgreiche Rüstungskontrollpolitik nur auf der Grundlage militärischer Stärke betrieben werden kann, bleibt (Auf-)Rüstung das Fundament der Verteidigung und von Rüstungsbegrenzung. Damit reproduzieren Verteidigungspolitik wie Rüstungskontrollpolitik gleichermaßen die Mechanismen der Rüstungsdynamik.

Die unausbleiblichen Mißerfolge einer Strategie des „Aufrüstens, um abzurüsten" bei der Begrenzung der Verteidigungsanstrengungen verleiten zu dem Schluß, angesichts der scheinbaren Unmöglichkeit von Abrüstung Sicherheit wieder verstärkt in militärischer Stärke zu suchen. So schließt sich der Kreis hin zu einer Politik der primär militärisch definierten Sicherheit, deren Risiken in Kauf genommen werden, da eine sicherheitspolitische Alternative „erwiesenermaßen" nicht existiere.

Das Gebot der Stunde ist daher die Entwicklung einer alternativen sicherheitspolitischen Konzeption, die den Elementen Entspannung und Abrüstung einen wesentlich höheren Stellenwert einräumt als die derzeit herrschende, die faktisch Verteidigung als Standbein und Entspannung lediglich als Spielbein begreift. Diese Forderung wird allerdings so lange deklamatorisch bleiben, als das Denken in Kategorien der militärischen Stärke nicht nur verteidigungspolitisch, sondern auch abrüstungspolitisch bestimmend bleibt. Eine veränderte Sicherheitspolitik muß daher Wege finden, die aus diesem Dilemma herausführen.

Dazu muß sie
1. im Rahmen von Bedrohungsanalysen die ausschließliche Fixierung auf das Militärpotential der Sowjetunion aufgeben und sich verstärkt einer unvoreingenommenen Einschätzung der globalen politischen Bedrohungslage widmen, also der Analyse jener politischen Bedingungen, unter denen sich, wenn überhaupt, die Führung der Sowjetunion entschließen könnte, von diesem Potential Gebrauch zu machen. Folgerichtig kommt es darauf an, abzuschätzen, ob sich im Rahmen einer konfrontationsarmen Außenpolitik das Eintreten dieser Situation vermeiden ließe;
2. die Sicherheit der eigenen Allianz als integralen Bestandteil der Sicherheit des anderen Bündnisses sehen und jeden militärischen wie politischen Schritt unterlassen, der diese gefährden könnte;
3. Feindbilder auf ihren realen Kern reduzieren und durch den Aufbau von Vertrauen entkräften;
4. auf Maßnahmen bauen, die eine innen- wie außenpolitisch bedingte Rüstungsdynamik dämpfen. Dazu gehören u. a. die Einschränkung der Rüstungsexporte, die Vorsorge für die Konversion der Kapazitäten für die Rüstungsproduktion auf nichtmilitärische Programme und eine Vorsorge für die Konversion der Kapazitäten für die Rüstungsproduktion auf nichtmilitärische Programme und eine Vorausschau der Konsequenzen neuer Rüstungsvorhaben für das Rüstungsverhalten der Gegenseite sowie für die Chancen künftiger Initiativen zur Rüstungsbegrenzung. Rüstungskontrolle muß zu einem integralen Bestandteil schon der Rüstungsplanung werden;
5. entspannungs- und rüstungskontrollpolitische Strategien entwickeln, die sich von den zentralen Bezugspunkten konventioneller Denkmuster dieses Politikfeldes lösen.

Damit ist nicht der Scheinalternative „Sicherheit oder Abrüstung" das Wort geredet. Natürlich ist auch eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung nicht von Risiken frei. Gleichwohl gilt: Militärische Sicherheitspolitik ist mit ungleich höheren Risiken behaftet, die von jenen, die unermüdlich die Gefahren der Abrüstung beschwören, paradoxerweise in Kauf genommen werden. Die Risikobereitschaft zum Krieg muß durch die Risikobereitschaft zum Frieden ersetzt werden.

IV. Institutionelle Defizite der Abrüstungsplanung

Mit der Aufgabe, ein sicherheitspolitisches Alternativkonzept zu entwickeln, sind Regierung wie Parlament anscheinend zeitlich und fachlich überfordert. Dies gilt auch für jene Einheiten des Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland, von denen derzeit die Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik geplant und zur Entscheidung vorbereitet wird. Angesichts der personellen, statusbedingten und organisatorischen Defizite der gegenwärtigen Abrüstungsplanung scheint uns eine Reform des Instrumentariums wie der Organisation der abrüstungsbezogenen Sicherheitspolitik unumgänglich:

1. Zur Zeit sind in der Bonner Ministerialverwaltung gerade zwei Dutzend Ministerialbeamte und Stabsoffiziere mit Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung beschäftigt. Der ranghöchste Beamte, ein Botschafter im Range eines Ministerialdirigenten mit dem Titel „Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle", ist Leiter der Unterabteilung 22 des Auswärtigen Amtes, die federführend mit diesem Aufgabenbereich betraut ist. Sie nimmt ihre Zuständigkeiten in Abstimmung mit Referaten mehrerer anderer Ressorts wahr, unter denen ein Referat im Führungsstab der Streitkräfte, das im Bundesministerium der Verteidigung rüstungskontrollpolitischen Aufgabenstellungen nachgeht, von besonderer Bedeutung ist. Diese administrativen Kapazitäten sind von der Personalausstattung her gerade in der Lage, die auf internationaler Ebene ablaufenden rüstungskontrollpolitischen Aktivitäten zu verfolgen und kurzfristige Reaktionen auf aktuelle Entwicklungen in den Verhandlungsforen vorzuschlagen. Mit der Ausarbeitung langfristig angelegter und thematisch umfassender Grundsatzplanungen scheinen sie schon rein zeitlich überfordert. Auch der vergleichsweise geringe Rang dieser Einheiten kann nicht gewährleisten, daß den Problemen der Abrüstung eine angemessene politische Aufmerksamkeit widerfährt.

2. Die Organisation der Abrüstungsplanung unterliegt zudem den generellen Restriktionen der Organisations- und Entscheidungsstruktur im System der staatlichen Verwaltung. Aufgrund des Ressortprinzips werden ressortübergreifende Problemzusammenhänge nach ressortspezifischen Gesichtspunkten aufgeteilt und fragmentiert bearbeitet. Eine einheitliche Planung und Durchführung von Politik wird dadurch erschwert. Die interministerielle Koordination politischer Vor-

haben mündet, sobald die beteiligten Ressort kontroverse oder voneinander abweichende Einzelplanungen entwickeln, allzuoft in eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners, die Neuerungen abträglich ist. Auch und gerade im Bereich der abrüstungsbezogenen Sicherheitspolitik fehlt ein Instrumentarium, das der Entwicklung und Durchführung von einheitlichen Grundsatzprogrammen dient, indem es zu ressortübergreifender Planung imstande ist oder alle wesentlichen sachlichen Zuständigkeiten in sich vereint.

3. Die Tatsache, daß die Entwicklung abrüstungspolitischer Handlungskonzepte als NATO-Angelegenheit den Konsultations- und Abstimmungserfordernissen der Bündnisverflechtung unterliegt, erzeugt im nationalen Rahmen die Tendenz, auf die Entwicklung von rüstungskontroll- und abrüstungspolitischen Strategien durch die Allianz zu vertrauen. Dabei wird übersehen, daß die Rüstungskontrollpolitik der NATO durch entsprechende Initiativen der Mitgliesstaaten gesteuert wird, die diese Möglichkeit eben in sehr unterschiedlichem Maße wahrnehmen. Gerade die Fähigkeit eines Mitgliedslandes, den NATO-Gremien sorgfältig ausgearbeitete Rüstungskontrollkonzepte unterbreiten zu können, begründet seine Chance, die Politik des Bündnisses inhaltlich mitprägen zu können.

V. Organisatorische Reform der Abrüstungsplanung

Organisatorische Innovation ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung der Prioritätenänderung in der Sicherheitspolitik. Grundvoraussetzung für die wirksame Tätigkeit von Planungseinheiten bleibt die Aufgeschlossenheit von Regierung und Parlament gegenüber ihren Vorschlägen. Eine abrüstungsfreundlichere Disposition der politischen Entscheidungsträger kann nur eine entsprechend engagierte Öffentlichkeit herbeiführen. Ein abrüstungsfreundliches innenpolitisches Klima aber vorausgesetzt, würde ein effektiv organisiertes Planungsinstrumentarium die Chancen der Entwicklung und Durchführung veränderter sicherheitspolitischer Programme wesentlich erhöhen, denn Politik wird von der Organisation der Politikentwicklung mitbestimmt.

Von diesen Überlegungen ausgehend hat sich die Arbeitsgruppe Abrüstungsplanung mit den Möglichkeiten einer organisatorischen Reform der Abrüstungsplanung in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt und eine Vielzahl von Reformvorschlägen aus Politik und Wissenschaft gesichtet, überprüft und zum Teil weiterentwickelt. Sie ist zu dem Ergebnis gelangt, daß es *die* optimale Reformoption nicht gibt. Vielmehr bietet sich ein ganzes Spektrum von Neuerungen an, die sich zum Teil wechselseitig ausschließen, teilweise aber auch ergänzen können.

Wir halten die im folgenden skizzierten Reformmöglichkeiten für bedenkenswert. Sie sollten von den politischen Entscheidungsträgern wie von der Öffentlichkeit eingehend diskutiert und gründlich geprüft werden. Politische Opportunitätsgesichtspunkte oder ressortspezifisches Besitzstandsdenken sollten dabei möglichst weit zurücktreten. Statt dessen muß sich die Bewertung der verschiedenen Alternativen von der Antwort auf die Frage leiten lassen, welchen Beitrag die jeweiligen Reformalternativen zur Optimierung der Abrüstungsplanung leisten könnten.

1. Verstärkung der abrüstungsbezogenen sicherheitspolitischen Forschungskapazität durch die Gründung eines interdisziplinär mit Experten aus dem In- und Ausland ausgestatteten Forschungsinstituts für Sicherheits- und Abrüstungspolitik bei gleichzeitigem Ausbau eines dezentralen Netzes von Forschungseinheiten an Universitäten und anderen einschlägigen wissenschaftlichen Institutionen. Diese Einrichtungen sollten in ständigem Informations- und Gedankenaustausch mit staatlichen und nichtstaatlichen Stellen, die am sicherheitspolitischen Willensbildungsprozeß teilnehmen, um die Entwicklung abrüstungspolitisch relevanter Problemanalysen und Handlungsempfehlungen bemüht sein. Ein besonderes Gewicht kommt der Verpflichtung zu, ihre Forschungsergebnisse verstärkt der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

2. Verbesserung der parlamentarischen Mitwirkung an der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik. Als institutionelle Lösung ist zum einen die Einsetzung eines Abrüstungsbeauftragten des Deutschen Bundestages denkbar, dessen Amt in Anlehnung an die Institution des Wehrbeauftragten gestaltet werden könnte, zum anderen die Aufwertung des Bundestagsunterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle zu einem vollwertigen Ausschuß, der entsprechende Unterausschüsse (u.a. zur Überwachung der Rüstungsexportpolitik) bilden könnte.

Dabei würde ein jährlicher Abrüstungsbericht der Bundesregierung, der Auskunft über den Stand der Rüstungskontrollverhandlungen, die Entwicklung der Rüstungsexporte und die Möglichkeiten und Probleme der Rüstungskonversion gibt, dem Bundestag (je nach Ausbau seiner abrüstungspolitischen Kapazität) die Möglichkeit einräumen, die Sicherheitspolitik der Bundesregierung einer sachkundigen und gründlichen Überprüfung zu unterziehen. Der Bericht könnte zudem der bislang sträflich vernachlässigten sicherheitspolitischen Debatte in der Öffentlichkeit neue Impulse verleihen.

3. Stärkung politisch-administrativer Planungs- und Entscheidungskapazitäten. Dabei sind drei Möglichkeiten überdenkenswert:

a) die Bildung einer dritten politischen Abteilung im Auswärtigen Amt. In diese „Sicherheitspolitische Abteilung" könnten die für Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen zuständige Unterabteilung 22 sowie die übrigen sicherheitsbezogenen Einheiten des AA eingegliedert werden, z. B. die für Waffentransfers, Nuklearexporte und NATO-Politik zuständigen Referate. Für die Grundsatzplanung im abrüstungsbezogenen Sicherheitspolitikbereich sollte die Abteilung mit einem Forschungs- und Planungsreferat ausgestattet werden. Die Ernennung eines Staatsministers im Auswärtigen Amt, dessen Arbeitsschwerpunkt Sicherheits- und Abrüstungsfragen bilden, würde das politische Gewicht dieser Lösung erhöhen.

Die Einrichtung einer sicherheitspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt sollte kurzfristig möglich sein, da sie ohne größeren politischen oder administrativen Aufwand vonstatten gehen kann. Sie wäre gewiß keine Optimallösung des Abrüstungsplanungsproblems, würde aber gegenüber dem Status quo eine merkliche Verbesserung bedeuten.

b) Ausstattung des Bundessicherheitsrates mit einem planungsfähigen organisatiorischen Unterbau. Dies würde eine ressortübergreifende Planung und die Koordination der Einzelplanungen der beteiligten Ressorts erleichtern. Die Ressorts müßten bei dieser Lösung keine Abgabe von Kompetenzen an eine Konkurrenzeinheit befürchten, sie müßten sich jedoch willens erweisen, ihre konzeptionellen und operativen Aktivitäten einer übergreifenden Planung und Koordination unterzuordnen.

Auch diese Änderung wäre relativ kurzfristig durchsetzbar und würde das bestehende Kompetenz- und Organisationsgefüge im Regierungssystem der Bundesrepublik nicht grundsätzlich verschieben;

c) die Einrichtung eines Bundesministeriums für Sicherheit und Zusammenarbeit. Sie wäre eine vergleichsweise weitgehende Reformoption, da sie grundlegend in das bestehende Kompetenzgefüge der Sicherheits- und Abrüstungsplanung eingreifen würde. Wir sind uns bewußt, daß eine Innovation mit derart weitgesteckten Zielen weder kurzfristig noch gegen den Widerstand der zur Zeit mit sicherheitspolitischen Aufgaben betrauten Ministerien vonstatten gehen kann. Sie setzt vielmehr die Einsicht in die Notwendigkeit und Fruchtbarkeit organisatorischer Strukturreformen und die Abkehr von ressortspezifischem Besitzstandsdenken voraus, die – wenn überhaupt – nur in einem langfristigen Prozeß des sicherheitspolitischen Umdenkens und bei einem entsprechend massiven Engagement von Öffentlichkeit und Parlament zugunsten strukturändernder Lösungen erfolgen können.

Prinzipiell ist nicht auszuschließen, daß drängende politische Probleme durch die Einrichtung neuer, auf ihre Bearbeitung zugeschnittener Ressorts effektiver bearbeitet werden können. Die Einrichtung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dessen Aufgaben vordem von anderen Ressorts wahrgenommen wurden, kann hier als Präzedenzfall angeführt werden. Sollte langfristig eine Ressortlösung erwogen werden, könnten einem Ministerium für Sicherheit und Zusammenarbeit u. a. Zuständigkeiten für die folgenden Aufgabenbereiche übertragen werden:

- Sicherheits- und kooperationspolitische Grundsatzfragen
- Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen
- Rüstungskontrollgutachten über die Verträglichkeit von Rüstungsprogrammen mit rüstungskontrollpolitischen Zielen

- Kontrolle der Rüstungsexporte
- Leitung der Rüstungskonversionspolitik

Welcher Reformvariante im politisch-administrativen Bereich auch immer der Vorzug gegeben wird, jede bedingt eine Rekrutierung von Personal, dessen geistige Prägung und fachliche Qualifikation eine fruchtbare Tätigkeit erwarten lassen. Das erfordert u. a. eine Abkehr vom Generalistenprinzip in der staatlichen Verwaltung. Generalisten mit rein juristischer oder militärfachlicher Ausbildung neigen dazu, eine dieser Ausbildung entsprechende Problemsicht und somit eher konventionelle Lösungsstrategien zu entwickeln. Sie können sich auch durch langjährige Einarbeitung in spezifische Problemfelder nicht die Expertise aneignen, die nur im Rahmen fundierter wissenschaftlicher Spezialausbildung erworben werden kann. Neben geeigneten Generalisten, deren administrative Erfahrung unentbehrlich bleibt, sollten daher sozial- und naturwissenschaftliche Experten in den Personalstamm der veränderten oder neuen Einheiten für Abrüstungsplanung integriert werden.

Wir meinen, daß die vorgestellten Reformoptionen einer eingehenden Bewertung unterzogen werden sollten, die ermitteln könnte, welche Modellvarianten politisch und administrativ praktikabel und realisierbar sind. Diese Aufgabe könnte u. U. einer Enquetekommission des Bundestages übertragen werden. Zu ihrer Unterstützung könnte die Kommission abrüstungs- und sicherheitspolitisch erfahrene Vertreter der staatlichen Verwaltung sowie wissenschaftliche Experten heranziehen, die auf den Fachgebieten Sicherheits-, Rüstungskontroll-, Planungs- und Verwaltungsforschung ausgewiesen sind.

Fassen wir zusammen: Sicherheitspolitik, die nicht Rüstungsbegrenzung mit dem Ziel der Abrüstung zum zentralen Bezugspunkt hat, wird auf Dauer ihrem Anspruch nicht gerecht. Die Konsequenzen eines Scheiterns militärischer Sicherheitspolitik sind für Westeuropa wie für Osteuropa untragbar. Eine Politik der Rüstungskontrolle und Abrüstung, die sich im überkommenen Denkrahmen der Verteidigungspolitik bewegt und auf militärische Parität als Voraussetzung erfolgreicher Verhandlungen festgelegt ist, bleibt perspektivlos und fördert durch ihr Scheitern nur die Bereitschaft, Sicherheit um so mehr auf militärische Abschreckung zu gründen. Um aus dieser sicherheitspolitischen Sackgasse herauszukommen, bedarf es

1. der Mobilisierung der Öffentlichkeit durch Verdeutlichung der Risiken militärisch fixierter Sicherheitspolitik. Ihr Engagement könnte die politischen Entscheidungsträger bewegen, überlebte sicherheitspolitische Denkmuster abzustreifen;

2. der Entwicklung eines realisierbaren alternativen Sicherheitskonzepts, in dessen Mittelpunkt Entspannung, Zusammenarbeit und Abrüstung stehen und das zudem einer Strategie des „Aufrüstens, um abzurüsten" entsagt;

3. eines geeigneten politischen Instrumentariums, das dieses Alternativkonzept entwirft, sowie der Neustrukturierung des abrüstungsbezogenen sicherheitspolitischen Planungs- und Entscheidungssystems der Bundesrepublik Deutschland, die eine übergreifende Planung und eine koordinierte Umsetzung abrüstungspolitischer Konzepte erlaubt. Die Fortschreibung einer segmentierten und thematisch verengten Bearbeitung sicherheitspolitischer Probleme bedeutet eine schwere Einbuße an sicherheitspolitischer Handlungskompetenz.

Diese Reform sollte nicht auf die lange Bank geschoben werden. Schon heute werden die Weichen für die Politik von morgen und übermorgen gestellt. Institutionelle Reformen zur Erleichterung von Kursänderungen tun not.

Erläuterungen von Verteidigungsminister Ustinow zum sowjetischen Moratoriums-Vorschlag in der „Prawda" vom 25. Juli 1981

(Wortlaut)

Am 25. Juli 1981 erschien in der sowjetischen Parteizeitung „Prawda" unter dem Titel „Gegen Wettrüsten und Kriegsgefahr" ein umfangreicher Artikel von Verteidigungsminister Ustinow. Nachstehend dokumentieren wir die darin enthaltenen Erläuterungen zum sowjetischen Moratoriums-Vorschlag im Wortlaut. D. Red.

Ein großer Beweis des guten Willens der Sowjetunion ist der Vorschlag, ein Moratorium für die Stationierung neuer Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite durch die NATO-Länder und die UdSSR in Europa zu vereinbaren. Der konstruktive Charakter unseres Vorschlages liegt auf der Hand: Dem Wettrüsten wird Einhalt geboten. Beiden Seiten wird untersagt, neue Kernwaffen zu stationieren oder bereits vorhandene durch neue zu ersetzen. Das dient der Stabilisierung der Lage in Europa. Es werden günstige Bedingungen für Verhandlungen geschaffen.

Der Vorschlag eines Moratoriums basiert auf dem annähernden Gleichgewicht an Kernwaffen mittlerer Reichweite auf seiten der NATO und der UdSSR, das in Europa einige Jahre lang besteht. Es liegt bei ungefähr 1000 Trägereinheiten auf jeder Seite. Bei der NATO handelt es sich um amerikanische kernwaffentragende Flugzeuge F-111 und F-4, die auf Luftwaffenbasen in einer Reihe westeuropäischer Länder stationiert sind, ferner um Mittelstreckenbomber vom Typ FB-111 sowie kernwaffentragende Flugzeuge A-6 und A-7 an Bord amerikanischer Flugzeugträger, was insgesamt 700 Einheiten ausmacht, weiterhin um landgestützte ballistische Raketen mittlerer Reichweite, Raketen-U-Boote und Bombenflugzeuge der Verbündeten der USA in einer Gesamtzahl von etwa 300 Einheiten. Alle diese Waffen haben eine Reichweite, einen Aktionsradius zwischen 1000 und 4500 Kilometern und stellen eine reale Gefahr für das Territorium der UdSSR dar. Die genannten Waffen der NATO wurden ständig modernisiert und werden weiter vervollkommnet. (In England werden auf U-Booten neue „Polaris A-3 TK"-Raketen eingeführt. Vorgesehen sind dafür auch „Trident"-Raketen. In Frankreich werden land- und seegestützte Raketen mit einem Sprengkopf durch Raketen mit sieben Sprengköpfen ersetzt.) Erneuert werden auch die Ausrüstungen der vorgeschobenen USA-Basen.

Ein Modernisierungsprozeß findet auch in der UdSSR statt. Jedoch während der Erneuerung haben wir zehn Jahre lang die Anzahl der sowjetischen Trägerraketen mittlerer Reichweite in Europa um keine einzige erhöht. Die Anzahl der Raketenstartrampen verringert sich sogar, weil mit der Stationierung jeder neuen Rakete in der UdSSR gleichzeitig eine – bisweilen zwei – der alten abgezogen werden. Diese Raketen werden demontiert und nicht in anderen Regionen stationiert. Es verringert sich ebenfalls die Gesamtstärke der Kernsprengladungen der sowjetischen Raketen. Indessen muß man konstatieren, daß gegenwärtig die NATO-Raketen mittlerer Reichweite bei einem einzigen Start (Abschuß) anderthalbmal mehr Kernsprengladungen tragen können als die entsprechenden Mittel der UdSSR.

Im Falle der Stationierung von weiteren etwa 600 amerikanischen Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite in Europa erhält die NATO ein mehr als anderthalbfaches Übergewicht bei Trägermitteln. Bei den Kernsprengladungen pro Start (Abschuß) wächst der Vorteil der NATO noch mehr. Das Ergebnis ist, daß das annähernde Gleichgewicht der Kernwaffen beider Seiten in Europa zugunsten der NATO gravierend verletzt wird.

Es gibt noch einen nicht weniger wichtigen Aspekt dieses Problems. Die neuen amerikanischen Raketen mittlerer Reichweite sind in bezug auf die Sowjetunion strategische Waffen. Auch das ist den Vereinigten Staaten gut bekannt. Geleitet von eigennützigen Interessen sagen jedoch die USA ihren europäischen NATO-Verbündeten nichts über die wirklichen Pläne zur Anwendung ihrer Raketen mittlerer Reichweite, die zur Stationierung in Europa vorgesehen sind. Offiziell wird erklärt, die neuen Raketen dienten der Verteidigung der westeuropäischen Länder. In Wirklichkeit hat Washington sie für „Präventiv"-Schläge gegen die sowjetischen interkontinentalen

ballistischen Raketen und gegen andere lebenswichtige Objekte vorgesehen, die sich in den westlichen Regionen der UdSSR befinden. Die Pershing-II-Raketen, die eine Reichweite von 2500 Kilometern und eine hohe Treffsicherheit haben, können die sowjetischen Objekte, auf die sie gerichtet sind, schon fünf bis sechs Minuten nach ihrem Start treffen. Das aber würde die strategische Situation wesentlich verändern. Hauptanliegen der USA ist der Versuch, einen Gegenschlag auf das Territorium der USA bei einer Aggression gegen die UdSSR abzuschwächen, und nicht die Sorge, um die Sicherheit Europas.

Selbstverständlich wird auf all das, wenn es sich als notwendig erweist, eine entsprechende Antwort gegeben werden. Wir haben Möglichkeiten, eine militärische Überlegenheit der USA nicht zuzulassen. Dadurch wird das Gleichgewicht erhalten, allerdings auf höherem Niveau. Dabei nimmt die Sicherheit Westeuropas aber nicht zu, sondern sie wird verringert, und die westeuropäischen Länder selbst geraten in noch größere Abhängigkeit von der Kernwaffenstrategie des Pentagon.

Der Sinn eines Moratoriums, wie wir ihn verstehen, besteht darin, daß beide Seiten die weitere Forcierung der in Europa bereits vorhandenen Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite einstellen. Genosse L. I. Breschnew erklärte bei dem Essen zu Ehren W. Brandts: „Die UdSSR ist bereit, die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen im europäischen Teil des Landes an dem Tag zu stoppen, an dem Verhandlungen über das Wesen der Sache beginnen. Das freilich nur dann, wenn die USA uns sagen, daß sie während der Verhandlungen gleichfalls von einer Anhäufung ihrer Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa absehen."

Wenn die NATO-Länder auf dem Territorium Europas nicht zusätzlich amerikanische Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite stationieren werden, dann ist die UdSSR bereit, die Zahl der in ihren westlichen Gebieten stationierten Kernwaffen mittlerer Reichweite im Vergleich zum gegenwärtigen Stand zu verringern. Wir sind bereit, uns schon morgen an den Verhandlungstisch zu setzen und unter Einhaltung des Prinzips der Gleichheit und gleichen Sicherheit über eine Begrenzung, noch besser über eine Reduzierung, und zwar eine beträchtliche Reduzierung, der Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa übereinzukommen.

Das Moratorium ist keine Vorbedingung für den Beginn von Verhandlungen. Wenn es aber von den Seiten akzeptiert würde, gäbe es zuverlässigere Voraussetzungen für die Einstellung des gefährlichen Prozesses der Anhäufung von Kernwaffen auf europäischen Boden.

Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn: „Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen – für Abrüstung und Entspannung in Europa"

Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Ein 3. Weltkrieg wird aufgrund der weltweiten Aufrüstung immer wahrscheinlicher. Seit mehr als 30 Jahren haben die Militärblöcke der NATO und des Warschauer Paktes so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Wir in Europa sind durch die Stationierung neuer Atomwaffen in besonderem Maße bedroht.

Deshalb rufen Friedensorganisationen aus den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern zu einer Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn auf.

– Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa.

– Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.

– Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.

– Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.

Wir sind alle aufgerufen, uns mit Mut, Kraft, Phantasie und langem Atem gegen einen drohenden Atomkrieg zu wehren und Alternativen zur gegenwärtigen Militärpolitik zu entwickeln.

Der Plan und der Aufruf entstanden in Kooperation von niederländischen und deutschen Friedensorganisationen. Veranstalter auf deutscher Seite sind die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.

Den Aufruf unterstützen:

Aachener Friedensgruppe – Aachener Friedensforum – Abrüstungsinitiative Bremer Kirchengemeinden – Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden – Aktionsgruppe „Freiheit für Nelson Mandela" e.V. Stuttgart – Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste – Anti-Apartheid-Bewegung, Bonn – Anstiftung der Frauen zum Frieden, Berlin – Arbeitsgemeinschaft Solidarische Kirche Westfalen – Arbeitskreis Frieden und Abrüstung Artland – Arbeitskreis Friedensarbeit Stuttgart – Arbeitskreis Ökologie und Frieden, Wittmund – Beratungsgruppe für KDV und ZDL, Mönchengladbach – BIK-Zentrum Mönchengladbach – Bonner Bürgerinitiative für Abrüstung – Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands e.V. – Bundeskongreß entwicklungspol. Aktionsgruppen, Hamburg – Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz – Bürgeraktion Garlstedter Heide, Bremen – Bürgerinitiative Frieden durch Neutralität, Oberhausen – Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung, Viersen – Bürgerinitiative „Grenzland für Abrüstung und Frieden", Wegberg-Wildenrath – Christen für die Abrüstung – Christlicher Friedensdient – Christliche Friedenskonferenz BRD und West-Berlin – Demokratische Fraueninitiative Hannover – Deutsche Friedensunion, Direktorium – Deutsche Friedensunion, LV Hamburg – Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner, Bundesvorstand und Gruppe Krefeld – Deutsche Jungdemokraten, Bonn – Deutsche Kommunistische Partei – Die Grünen, Bundesvorstand und KV Pirmasens – „Die Neue" (Tageszeitung, Berlin) – Dokumentationsstätte zu Kriegsgeschehen und über Friedensarbeit Sievershausen e.V. – Eirene, Neuwied – Evangelische Studentengemeinde Bonn – Evangelischer Stadtjugenddienst, Hannover – Fluchblatt, Zeitung für Theologiestudenten, Tübingen – Friedensinitiative Biedenkopf – Friedensinitiative Rothenburg o. d. Tauber – Friedenskreis Wegberg – Friedenspolitische Studiengesellschaft e.V., Hamburg – Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus e.V., Berlin – Grüne Liste Schleswig-Holstein – Hamburger Initiative kirchlicher Mitarbeiter und gewaltfreie Aktion – Initiative Kirche von unten, Bonn – Interkirchlicher Friedensrat, Niederlande – Internationale Jugendgemeinschaftsdienste e.V., Bonn – Internationale Liga für Menschenrechte, Berlin – Internationales Freundschaftsheim e.V. Bückeburg – Junge Europäische Föderalisten, Bonn – Junge Presse Niedersachsen, Göttingen – Jungsozialisten in der SPD, Bundesvorstand – Juso-UB Heinsberg – Jusos in der SPD Hamburg – Koblenzer Friedensinitiative – Kölner Bürger für die SPD, Wählerinitiative – Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Köln – Krefelder türkischer Arbeiterverein e.V. – Landesjugendring Hamburg e.V. – Landesjugendring Niedersachsen e.V. – Landesjugendring Saar – Landesschülervertretung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf – Leeraner Friedensinitiative „Stoppt die Atomraketen" – Liberaler Hochschulverband, Bonn – Mannheimer AK für Frieden und Abrüstung – Marler Friedensinitiative – MSB-Spartakus, Bonn – Naturfreundejugend Deutschlands, Stuttgart – Naturfreundejugend Hannover – Neuer Westeuropäischer Volksmissionsdienst, Mönchengladbach – Neue Stimme, Redaktion, Mainz – Ohne Rüstung leben, Stuttgart und München – Pädagogen gegen Rüstungswahnsinn, Hamburg – Pax Christi Basisgruppe Münster – Ratinger Friedensinitiative – Regionale Koordinierung der Friedensinitiativen Niederrhein – Remscheider Friedensinitiative – Service Civil International, Deutscher Zweig e.V. – SHB-Bundesvorstand – Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken, Niedersachsen – Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS) – Verband christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder, Hannover – Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung – Versöhnungsbund – VVN-Bund der Antifaschisten, Präsidium und LV Hessen – VHS Friedensinitiative Duisburg – Wülfrather Initiative gegen Atomraketen – Zweibrücker Friedenskomitee (Stand: 12. Juli 1981)

Koordination und Kontakt: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/229192

Autoren dieses Heftes

Ron BROWN, M. P., geb. 1940 in Edingburgh, Ingenieur, hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär, Unterhausabgeordneter der Labour-Party, Wahlkreis Leith/Schottland. *** *Helmut Wolfgang KAHN*, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte 1969 „Die Russen kommen nicht: Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". *** *Dr. Werner RÜGEMER*, geb. 1941 in Amberg/Oberpfalz, Journalist, zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, darunter: Philosophische Anthropologie und Epochenkrise. Arnold Gehlen, Köln 1979. *** *Wolfgang KOWALSKY*, geb. 1956 in Köln. Diplomsoziologe, Studium an der FU Berlin und der Universität Paris-Nanterre, Diplomarbeit bei Urs Jaeggi über das Thema „Ideologischer Krieg in Frankreich"; Zeitschriftenbeiträge. *** *Frank NIESS M.A.*, geb. 1942 in Blankenfelde/Teltow, Studium der Geschichte und der Politikwissenschaft in Bonn und Heidelberg, 1972-76 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politikwissenschaft, Stuttgart, seitdem freier Autor; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, darunter „Amerikanische Außenpolitik" (1977) und „Geschichte der Arbeitslosigkeit" (1979). *** *Klaus NAUMANN*, geb. 1949 in Bremen. Studium der Geschichte und Politikwissenschaft in Marburg, Dissertation über „Formationsbegriff und Geschichtswissenschaft", Redakteur, Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, Mitherausgeber des Bandes „Für eine bessere Republik. Dokumente der demokratischen Bewegung", Köln 1981. *** *Dr. Jörg GOLDBERG*, geb. 1943 in Wittenberge, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Alfred MECHTERSHEIMER*, geb. 1939 in Neustadt/Weinstraße, Studium der Politikwissenschaft und Volkswissenschaft in Bonn, Berlin und München, Oberstleutnant der Bundesluftwaffe a. D., Mitarbeit im Wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU, Mitarbeiter der Forschungsgruppe Alternative Sicherheitspolitik am Max-Planck-Institut Starnberg; Veröffentlichungen zu Problemen der Rüstung und Abrüstung, u. a. „Rüstung und Politik in der Bundesrepublik, MRCA Tornado", Bad Honnef 1977.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Rudolf Hickel, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Klaus Naumann, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 4,00), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 6,00. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 60,–; öS 468,–; hfl 72,–; bfrs 1080,–; FF 156,–; $ 36,–; Lit 33 000,–; dkr 210,–; nkr 180,–; skr 153,–; yen 7200,–; £ 15,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Locher GmbH, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Das Jahresregister erscheint jeweils im Dezemberheft. Heft 9/1981 der „Blätter" wird am 14. 9. 1981 ausgeliefert. ISSN 0006-4416